DER SPIEGEL

C 7007 CX
Nr. 21
28. Jahrgang · DM 2,00
20. Mai 1974

Letztes Aufgebot Letzte Chance


Helmut Schmidt
Kanzler


Hans-Dietrich Genscher
Außen


Werner Maihofer
Innen


Hans Apel
Finanzen


Hans Friderichs
Wirtschaft


Georg Leber
Verteidigung


Walter Arendt
Arbeit


Hans Matthöfer
Forschung


Hans-Jochen Vogel
Justiz


Katharina Focke
Gesundheit


Karl Ravens
Städtebau


Kurt Gscheidle
Verkehr


Egon Franke
Innerdeutsches


Josef Ertl
Ernährung


Helmut Rohde
Bildung


Erhard Eppler
Entwicklungshilfe

Regierung Schmidt-Genscher


König-Pilsener
König-Brauerei Duisburg-Beeck
Sieben Minuten vor König-Pilsener.

HAUSMITTEILUNG

Datum: 20. Mai 1974 Betr.: Kanzlerwechsel

Helmut Schmidt hat nicht nur Menschenleben vor der großen Flut gerettet. Er hat, acht Monate später, im November 1962, der Pressefreiheit einen Dienst erwiesen, als er während der SPIEGEL-Affäre an den Bundesinnenminister Höcherl fernschrieb: „Die Gefahr einer ungesetzlichen Einschränkung der Pressefreiheit ist nicht von der Hand zu weisen. Ich fühle mich dafür verantwortlich, dass hamburgische Beamte nicht zur Amtshilfe bei gesetzwidrigen Amtshandlungen herangezogen werden."

Als Tausende demonstrativ zum Untersuchungsgefängnis strömten („Augstein raus – rein mit Strauss"), setzte sich der Innensenator an die Spitze des Zuges und beruhigte die Menge, auf dem Trittbrett eines Polizeiwagens



Innensenator Schmidt während der SPIEGEL-Affäre 1962

stehend. Freilich, der Senator selbst wurde von dem heutigen Generalbundesanwalt Buback des fahrlässigen Landesverrats verdächtigt. Fast vier Jahre hat die Bundesanwaltschaft gebraucht, das Ermittlungsverfahren gegen Schmidt einzustellen.

+

Mit SPIEGEL-Leuten hat Schmidt oft kontrovers diskutiert. Bekannt wurde das Streitgespräch vor Mainzer Studenten mit Rudolf Augstein vom 9. Februar 1966, heute noch Muster einer scharfen, aber manierlichen Diskussion (SPIEGEL 13/1966). Schmidt damals: „Mit der Grossen Koalition, Herr Augstein, das ist Ihr Lieblingsgespenst, auf das Sie den ganzen Tag immer wieder eingeschlagen haben... Ich finde, all die Spekulationen über die Grosse Koalition sind entweder Wunschdenken oder Feinddenken, sie entbehren eigentlich der Realität." Neun Monate später war das eigentlich Irreale real, wunschgedacht von Herbert Wehner und Helmut Schmidt.

+

Für den SPIEGEL ist Schmidt mehrfach als Rezensent und Autor tätig geworden, zuletzt in einem Glückwunschartikel zum 60. Geburtstag Willy Brandts (SPIEGEL 51/1973). Dass Brandt die solidarische Mitwirkung seiner Gefährten immer zur Seite stehen möge, war damals Schmidts „Geburtstagswunsch zum neuen Jahr".

IN DIESEM HEFT

DEUTSCHLAND

Schwere Zeiten für Helmut Schmidt Seite 19



Kanzler Schmidt

Mit der schnellsten Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik hat Helmut Schmidt seinen ersten Rekord als neuer Kanzler aufgestellt. Ob ihm die Arbeit auch weiter so flott von der Hand gehen wird, scheint indessen fraglich: Obwohl er das Reformprogramm, mit dem sein Vorgänger Willy Brandt 1972 angetreten war, drastisch zurückgeschnitten hat, bleibt ein schwieriger Rest. Bei der Steuerreform, die bis zum 1. Januar 1975 stehen soll, ist ihm der Widerstand der Länder sicher; bei der Mitbestimmung droht neuer Streit in der Koalition.

Stoltenberg: „Wir können es besser" Seite 29

Die Hypotheken der Regierung Schmidt, sagt CDU-Wirtschaftssprecher Gerhard Stoltenberg im SPIEGEL-Gespräch, seien „so groß, daß wir glauben, die besseren Voraussetzungen im Wettbewerb zu bieten". Schmidts Stabilitätskonzept sei „ohne Chance auf baldige Wirkung".

Neue Giftmüllfunde Seite 73

Auf die Giftmüll-Enthüllungen des SPIEGEL reagierten Politiker mit Ausflüchten und Beschwichtigungen. Stuttgarts Umweltminister Brünner empfand gar die Presseveröffentlichungen als den „eigentlichen Skandal". Unterdessen aber stieß die Polizei auf weitere Giftablagerungen.

AUSLAND

Italien: Scheidungsvotum gegen die Kirche Seite 86



Papst Paul VI.

Das Volk Italiens, des Landes der Päpste, schien fest in der Gewalt der katholischen Kirche — bis sich bei einem Volksentscheid fast 60 Prozent der Bevölkerung gegen den Willen des Vatikan für die Ehescheidung bekannte. Papst Paul empfand „Schmerz und Erstaunen". Mit Recht: Nach 130 Jahren Päpste-Gängelei gewannen im italienischen Staat überraschend antiklerikale Strömungen die Oberhand.

Der schmutzige Krieg der CIA in Vietnam Seite 92

Eine Fluggesellschaft, die vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert wird, führt in Südvietnam noch immer Krieg: die „Air America". Die Tarn-Firma war auch schon in China, in Bolivien und im Kongo aktiv — demnächst wird sie in Kambodscha eingesetzt.

KULTUR

Talk Show: Konfession und Kommerz — Seite 124

Fünf Tage in der Woche lockt er von 23.30 bis 1.00 Uhr nachts eine Zehn-Millionen-Gemeinde vor den Bildschirm: Johnny Carson, Amerikas erfolgreicher Talk-Show-Master. Er und seine Kollegen gehören als feste Institution zum amerikanischen Alltag. In Programmen von morgens bis Mitternacht werden Stars zu plaudernden Familienmitgliedern.

Psycho-Analyse des Kanzlersturzes — Seite 132

Schon der Bruch mit Karl Schiller hätte die SPD-Spitze alarmieren, ihr zeigen müssen, daß die „Gruppenidentität" der Führungsmannschaft gefährdet war, die gruppeninternen Egoismen und Rivalitäten stärker waren. Im Verfall der Gruppenidentität aber sieht der Psychoanalytiker Horst E. Richter („Die Gruppe") den wahren Grund des Kanzlersturzes.

Reise über die Sex-Grenze — Seite 138



Transsexuelle Coccinelle

„Es ist nichts Künstliches an ihren Gesten, sie ist ein reizendes weibliches Wesen", befand eine britische Reporterin und Kollegin über Jan, vormals James Morris, die ein Mann war und sich durch Operation zur Frau hatte machen lassen. In einer in England sogleich zum Bestseller avancierten Autobiographie beschrieb Morris, zehn Jahre lang reisender Korrespondent bei der „Times" und beim „Guardian", die Stationen seiner Geschlechtsumwandlung. Nach dem Urteil von „Newsweek" wurde es „der beste Bericht von einem Reisenden, der je die Sex-Grenze überquerte".

WIRTSCHAFT

Multis: Gewalt statt Wettbewerb? — Seite 46



Henry Ford II

Die Branchen Öl, Auto, Chemie und Elektrotechnik sind in die Hand riesiger Wirtschafts-Imperien geraten, deren abgestimmte Politik den Wettbewerb ausschaltet. Im letzten Teil der Serie „Stärker als der Staat" werden unbekannte Kartellstrategien der Öl- und Elektro-Industrie aufgedeckt.

Wo der Ölmilliarden-Strom hinfließt — Seite 93

Europas, Amerikas und Japans Banker reißen sich darum, die nach Arabien fließenden Ölmilliarden wieder in den Kreislauf der Weltwirtschaft zurückzupumpen. Die im Westen erwartete Springflut von Petrodollars ist indes vorerst ausgeblieben. Die arabischen Finanzmanager scheuen sich, ihre Gelder längerfristig auszuleihen.



Und das bedeutet für viele Manager wieder „dicke Luft" im Betrieb. Denn wenn das Personal ins Schwitzen kommt, weil die Sonne aufs Dach knallt und sich die Hitze mit den Öldünsten in der Fabrikhalle staut – dann ist es selbst mit der besten Arbeitsmoral vorbei.

Die Konzentration läßt nach. Pausen werden eingelegt. Und die Produktivität schmilzt dahin.

Doch frische Luft kann schnell Wunder wirken. Und COLT weiß, wie sie am optimalsten zu nutzen ist.

Denn COLT, das sind die Experten im Bereich der industriellen Be- und Entlüftung, die für jede Halle in jeder Größe das kostengünstigste Lüftungssystem haben.

COLT kennt über 80.000 mögliche Lösungen. Und hat bereits 11.000 in die Praxis umgesetzt. Vom riesigen Stahlwerk bis hin zur Molkerei.

Ist es da nicht Zeit, daß auch jemand aus Ihrem Betrieb bei COLT anruft und eine kostenlose Analyse Ihres Problems verlangt? Bevor Ihrem Personal die Hitze unnötig zu Kopf steigt.

COLT International GmbH, 4190 Kleve, Briener Straße 186, Telefon: 02821-9091 – für kostenlose Beratung bei Alt- und Neubau.

Das COLT System beseitigt die Lüftungsprobleme der Industrie.

COLT International

BRIEFE

Heiliger Fleiß

(Nr. 20/1974, SPIEGEL-Titel: „Bundeskanzler Helmut Schmidt – Warum Brandt gehen mußte"; Rudolf Augstein: „Moral, mit Grund doppelt")

Der Rücktritt Brandts ist für mich die Konsequenz einer gescheiterten Politik. Schon meine plattdeutsche Großmutter würde gesagt haben: „Nimm dat Muul nich to full" oder auch „Biet (beiß) af, wat du ook sluken kannst!" Insofern kann man Guillaume nur als den willkommenen Anlaß ansehen, von den tatsächlichen Schwierigkeiten abzulenken und beim Normalverbraucher auf die Tränendrüsen zu drücken, was ja auch gelungen scheint, wenn man den Tenor vieler Leserbriefe hört ...

Bargteheide (Schlesw.-Holst.) HEINZ R. WIESE

Ausnahmslos suchten Mitverantwortliche die Schuld für den verhängnisvollen Schritt Brandts bei denen, deren politischer Standort ideologisch am weitesten von ihrem eigenen entfernt ist, um ihre Mitschuld so weit wie nur eben möglich von sich zu schieben. Jeder sah den Splitter im Auge des anderen, keiner den Balken im eigenen Auge.

Oberhausen (Nrdrh.-Westf.) HORST LUFT

Die SPD-Führung hat versagt, denn nie hätte es geschehen dürfen, daß der Kanzler, dessen weltweite Bedeutung in diesen Tagen so deutlich wird, in solche ausweglose Situation geriet. Die roten Rosen und Treuebekenntnisse sind jetzt nur noch Makulatur.

Königslutter (Nieders.) REINHARD KINDERMANN

Hier in Rom ist die Meinung verbreitet, der Kanzler sei von seinen eigenen Leuten wissentlich hereingelegt worden. Des Mannes Lauterkeit und Anständigkeit war seine Achillesferse, und deshalb war er zum Opfer prädestiniert.

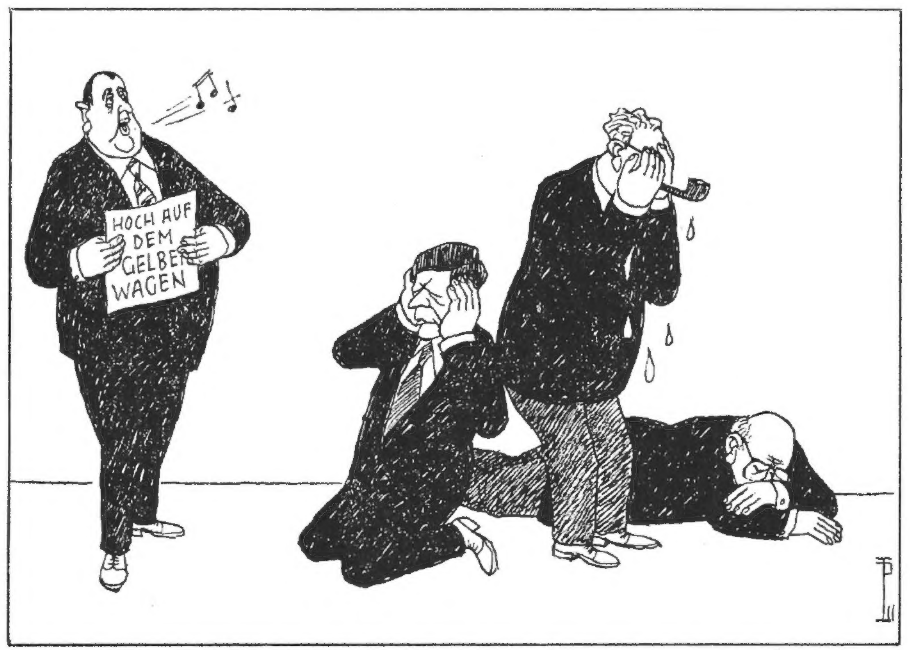
Rom D. BONIFAZI

Das Rechtskartell kann zufrieden sein: Die jahrelange unsägliche Hetz- und Diffamierungskampagne gegen Willy Brandt ist erfolgreich beendet worden.

Oldenburg (Nieders.) RÜDIGER BLECKMANN

Wohl ist Politik ein Scheißspiel — es sollte gewisse Herren in Bonn aber nicht davon abhalten, sich in angebrachter Weise zu regen, statt sich immer nur unangebracht aufzuregen.

München WILFRIED BLASBERG, Schauspieler



Süddeutsche Zeitung

„Sag, was willst du noch Hans-Dietrich?"

Besteht denn Politik hauptsächlich in menschlichen Schwächen der sie Gestaltenden? Welche Auswirkungen auf die Politik hat es denn, wenn eine Journalistin drei statt einer Stunde sich in des Altbundeskanzlers Salonwagen aufhält? Was interessiert es den Bürger, wenn Helmut Schmidt „Reyno pafft" ...

Wiesbaden JÜRGEN GUTTECK

Der Vorstand des CDU-Ortsverbandes Alt-Hamborn/Bruckhausen hat nachstehenden offenen Brief an Sie beschlossen: „Die Ausleuchtung der Hintertreppenaffäre des Ex-Kanzlers Willy Brandt mag schamlos sein. Noch

schamloser ist aber, was sich Herr Augstein in Sachen Moral geleistet hat. Da wird mit Dreck auf verstorbene und amtierende Staatsmänner geworfen unter der Behauptung: viele hatten oder haben Amouren ... Uns erbittert der frivole Versuch, Ehebruch gleichsam durch die Hintertür einer Staats(männer)räson gesellschaftsfähig zu machen. Solcher Sonder-Amoral muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, nicht nur, weil Artikel 6 unseres Grundgesetzes die Ehe unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt, sondern weil ein Volk, das sich in



tz, München

„Wir haben keine Ahnung, wer ihm das angehängt hat"

der Präambel des Grundgesetzes zur Verantwortung vor Gott bekennt, die Gebote zur Geltung zu bringen hat.

Alt-Hamborn/Bruckhausen (Nrdrh.-Westf.)
EBERHARD SPIECKER
CDU-Ortsvorsitzender

Das Wählervolk will also offensichtlich vom Kanzler nicht die Richtlinien der Politik, sondern eine Moralvorstellung von vorgestern dargestellt haben. Wenn man sich vorstellt, über wieviel Strauß trotz des HS-30-Schadens und Wienand trotz der Paninternational-Toten nicht stürzten, dann erscheint es noch unwirksamer, über wie wenig dem menschlich und fachlich großen Brandt seine Richtstätte bereitet wurde.

München CHRISTINE HELINGHAUS

Ein ganz schön tragisches Volk, die Deutschen. Von den Völkern beneidet um einen solchen Moralisten, verwenden sie ihren heiligen Fleiß darauf, ihn mit „moralischen" Gründen abzuschieben.

Helsinki DR. ULRICH HÄUSSERMANN

Wir werden schon noch sehen, was uns der Übergang zu ambitiösen Machtpolitikern, zu politischen Taktierern und

Intriganten, zu Effizienzfanatikern ohne Ausstrahlung kosten wird ...

Paris KLAUS-WALTER RIEDEL

Ob Helmut Schmidt, der sicher etliche Angriffsflächen bietet, wenigstens von der sogenannten liberalen Presse eine faire Chance bekommt?

Hohentengen (Bad.-Württ.) GÜNTER SANDER

Neukanzler Schmidt sollte sich die graue Eminenz Wehner weit vom Leibe halten.

Hannover PETER BOENIG

Löbliches hört man in diesen Tagen von Kanzler Schmidt: Sparen und streichen, wo immer es geht. Aber als Verteidigungsminister engagierte auch er einen Tanzkapellmeister für seine Bigband der Bundeswehr, der samt Nebenvergütungen zum weitaus bestbezahlten Mann der Bundeswehr wurde.

Düsseldorf HERBERT LEIBELT

Willy Brandt überläßt dem weniger populären Helmut Schmidt das Feld — in menschlicher Größe resignierend —, um als Wahllokomotive 1976 der SPD wieder zum Sieg zu verhelfen. Abwegige Spekulation?

Berlin PETER LICHTWITZ

Rührende Naivität

(Nr. 20/1974, Martin Walser: „Treten Sie zurück, Erich Honecker!“)

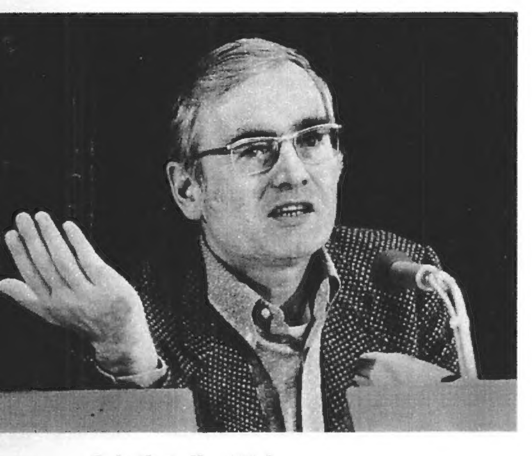
Warum hat Martin Walser sein Schreiben an den „sehr geehrten Genossen Honecker“ nicht dort veröffentlicht, wo es allein sinnvoll gewesen wäre, nämlich im „Neuen Deutschland“?

Müllheim (Bad.-Württ.) G. LAUCKNER

Der „Offene Brief“ des Genossen Walser an den Genossen Honecker läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, welche Hoffnungen westdeutsche Kommunisten auf Willy Brandt und seine Politik setzten. Walser mag den Rücktritt beklagen, ich jetzt nicht mehr.

Nürnberg ERICH SCHULZ

Dem Volke drängt sich die Frage auf: Wie traumtänzerisch und utopisch muß



Schriftsteller Walser
„Was sind sozialistische Grüße?“

man eigentlich denken können, um zum auserlesenen Kreis der linken deutschen Intelligenzija zugelassen zu werden.

Hamburg CHRISTOPH FECHLER

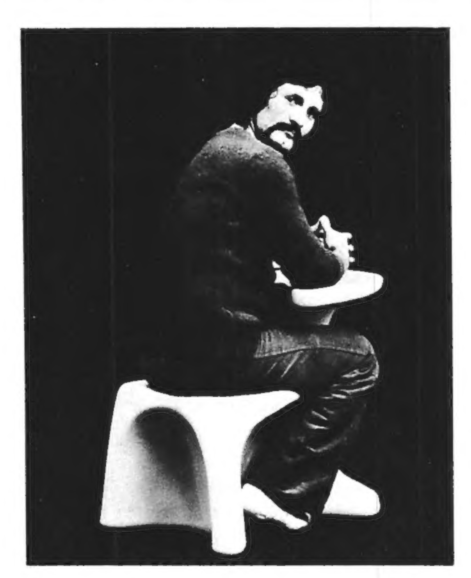
Naivität ist rührend, Ihre ist zu rührend! In welchem politischen Kindergarten wurden Sie denn erzogen? Im übrigen, sehr geehrter Herr Schriftsteller, was sind denn sozialistische Grüße? Sie liegen doch sicherlich ganz in der Nähe des berühmten „mit deutschen Grüßen".

Schömberg (Bad.-Württ.) HELMUT FROMM
1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins

Bequeme Puddingformen

(Nr. 18/1974, Design: Neue Entwürfe von Luigi Colani)

Herr „Ohnelineal" Colani verschweigt uns eins: Wenn seine Puddingformen



Designer Colani
„Keine neue Welt in Sicht"

nicht in Bezug zum rechten Winkel stehen, sind sie Schwabbelkram. Also, Gott sei's gelobt, keine neue Welt in Sicht, nur schön bequeme Plastiken.

Wiesbaden MICHAEL HÜHNERFELD
Designer

Alles gerät ihm einige Nummern zu groß. Auch die Pappmachékronen, die er sich in penetranter Häufigkeit überstülpt. Sie rutschen ihm stets über Augen und Ohren, so daß er weder sehen noch hören kann. Aber vielleicht fühlt er es, denn angesichts dieser traurigen Umstände reißt er, offensichtlich aus schierer Verzweiflung, in schöner Regelmäßigkeit sein breites Maul im „Stern" und SPIEGEL auf, in der Hoffnung, hier das Publikum zu finden, das er auf anderer Ebene längst verloren hat. Angesichts solcher Osterhasen wie Colani haben Leute vom Genre Mies van der Rohe Konzeptionen entwickelt, die eine zeitgemäße Gültigkeit besaßen und zum Teil noch besitzen, zum anderen aber — und dies ist viel wichtiger — Grundlage für neue, zeit- und gegebenheitsorientierte Lösungen bieten.

Frankfurt PETER ENGELHARD
Architekt Designer
„durch schicksalhafte Fügung lediglich zu den kleinen Verbrechern zählend"

Bewährtes Bremsmittel

(Nr. 15/1974, Finnland: Bonn soll für die Verwüstung Lapplands zahlen)

Bei der Schwäche der deutschen Position schien die „Verbrannte Erde" das einzige Mittel zu sein, den Gegner am schnellen Nachrücken zu hindern. Daß dieses Mittel in so exzessiver Form angewendet wurde, kann sicher kritisiert werden; bestimmt aber hat es keinem Spaß gemacht... Damit, daß die Finnen einmal Schadenersatz fordern würden, mußte man rechnen. Zu seiner Durchsetzung haben sie es aber nicht nötig, den damals vorliegenden Notstand zu leugnen.

Simmern (Rhld.-Pf.) WILLI POHL
Oberstudienrat
ehemaliger „FlieVO" beim XXXVI. (Geb.) AK

Von besonderer Tragik, auch Problematik, ist das Mißverständnis über die finnische Bereitschaft, gegen die alten Waffenbrüder zu kämpfen, als Folge der Verpflichtungen der sowjetischen Waffenstillstandsauflagen. Der zweite Kriegsschauplatz, „Östliche Ostsee", ist ein gesonderter Kriegsschauplatz, der nicht in einem Atem zu nennen ist mit dem Rückzug der 20. (Geb.) Armee in Lappland. Zu diesem Komplex ist bereits im Jahre 1961 eine Untersuchung vorgelegt worden.**

Freiburg (Bad.-Württ.)
URSULA VON GERSDORFF
Militärgeschichtliches Forschungsamt

Als der alte Waffenbruder Finnland die Gewehre umdrehte und auf uns richtete, begann für uns eine gefährliche Absatz-



Finnische Stadt Rovaniemi 1944*
„Hat keinen Spaß gemacht"

* Die finnische Lappland-Hauptstadt wurde im Herbst 1944 von deutschen Truppen niedergebrannt.
** „Operationsgebiet Östliche Ostsee und der Finnisch-baltische Raum 1944". Stuttgarter Verlagsanstalt 1961; 187 Seiten; 24 Mark (vergriffen).

FIAT-LKW auf Erfolgskurs in Deutschland



FIAT, Europas großer Autobauer, hat in Deutschland viele Freunde gewonnen. Sie suchen ihre Vorteile dort, wo sie liegen: auf der Straße. FIAT-LKW beweisen im täglichen Transport-Alltag, was sie können. Sie zeigen, wie man günstige Tonnenkilometer schafft.
Lassen Sie sich nicht weismachen, daß es nur eine einzige, alleinseligmachende LKW-Marke für Ihr Transportproblem gibt.
Fragen Sie Ihren FIAT-LKW-Händler, was ein echtes Alternativ-Angebot ist. Es lohnt sich.

Die gesunde Alternative:

Pritschenwagen bis 22 t.
Kastenwagen bis 7,94 t.
Großraumkabiner
bis 9 Mann und Material.
Kipper bis 22/26 t.
Sattelzugmaschinen bis 38 t.
Mit 50.000 km oder 1 Jahr Garantie.

FIAT LKW

Deutsche FIAT AG, 71 Heilbronn, Postfach 270



FIA 127

operation, die Führung und Truppe — in den Winter hinein — gegen Feind, Natur und Klima gemeistert haben. Ein unerläßliches Kampfmittel in diesen Breiten ist das „Verbrennen der Erde“, wie es die Finnen im „Winterkrieg“ in ihrem eigenen Land praktiziert haben. Das und nichts anderes ist geschehen, und das war notwendig, ob dabei Hausrat zu Bruch gegangen ist, ob Kühe und Schafe geschlachtet wurden, und ob Alkohol getrunken wurde. Den Schnaps, den wir übrig hatten, haben wir den nachstoßenden Finnen hinterlassen. Auch das war keine Freundlichkeit, sondern ein bewährtes „Bremsmittel“. C'est la guerre!

Bad Boll (Bad.-Württ.) HERMANN HÖLTER
1944/45 Chef des Generalstabes der 20. Gebirgs-Armee

Schädlicher Konkurrenzkampf

(Nr. 20/1974, Gewerkschaften: „Ende dieses Monats verhandelt die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft über eine Fusion mit dem DGB“)

Die DAG verhandelt nicht über eine Fusion. Ein Kongreßbeschluß der DAG von 1971 besagt, daß die DAG gemeinsam mit dem DGB nach Wegen suchen soll, um für die Zukunft einen für die Angestellten in der Bundesrepublik besseren Organisationsgrad zu erreichen, da der seit Jahren geführte gewerkschaftliche Konkurrenzkampf beiden großen Gewerkschaftsorganisationen nur geschadet hat. Es trifft nicht zu, daß ein Wechsel von Mitgliedern nur zu Lasten der DAG stattfindet. Das gleiche gibt es auch in umgekehrter Richtung. Die Anziehungskraft der DAG ist ungeschmälert. Seit Beginn 1974 haben 21 000 Angestellte ihren Beitritt zur DAG erklärt. Die DAG ist daran interessiert, in den bevorstehenden Gesprächen eine Übereinstimmung über eine alle deutschen Gewerkschaften umfassende Organisationsreform herbeizuführen. Damit soll eine optimale Vertretung der Belange der Angestellten ermöglicht werden.


Brandt

Hamburg HERMANN BRANDT
Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft

Zu keinem Zeitpunkt

(Nr. 18/1974, Sport: „Noch einen ‚Saustall Bundesliga‘ lehnen einige Fußballfunktionäre ab“)

Sie berichten, Weingroßhändler und CDU-Bundestagsabgeordneter Elmar Pieroth, Vorsitzender der nicht qualifizierten Eintracht Kreuznach, habe den Alsenbornern die sportliche Qualifikation für einige hunderttausend Mark abkaufen wollen. Ich habe mich sowohl auf der entscheidenden Vorstandssit-

Ihr Kinderlein, kommet, aber kommet doch nicht alle auf einmal!

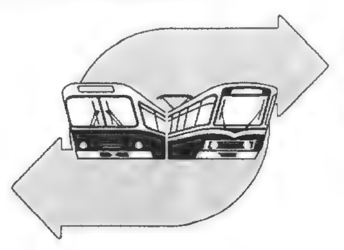
So manche Kinder, die morgens zu spät zur Schule kommen, handeln unbewußt richtiger als so manche Bildungspolitiker.

Denn sie tragen zur Entzerrung der Verkehrsspitzen bei: durch Staffelung der Schulanfangszeiten.

Eine Maßnahme, die dringend notwendig ist. Denn solange dies viele Bildungspolitiker noch immer nicht sehen oder einsehen, schreitet der „größte Bürgerkrieg" weiter fort: der Kampf von Millionen, jeder gegen jeden, Arbeitnehmer gegen Schulkinder, Rentner gegen Hausfrauen, jeden Morgen aufs neue, um die Plätze in Busse & Bahnen.

Deshalb, liebe Politiker in Stadt und Land: unterstützt überall gestaffelte Schulanfangszeiten! Vielleicht wird man Sie dann nicht gleich für einen Orden vorschlagen.

Aber zur Wiederwahl:



BUSSE & BAHNEN
Im Namen von 15 Millionen Fahrgästen

zung als auch auf der Mitgliederversammlung gegen eine Fusion mit dem SV Alsenborn gewandt und mich damit auch durchgesetzt. Zu keinem Zeitpunkt habe ich als Vorsitzender versucht, anders als durch eine sportliche Qualifikation mit der Eintracht Kreuznach die 2. Bundesliga zu erreichen. Dies bestätigte mir auch der von Ihnen zitierte Herr Gluding inzwischen schriftlich.



Pieroth

Bonn ELMAR PIEROTH

Gefahr für Nichtbayern

(Nr. 17/1974, Bayern: Landrat und Bürgermeister rufen für einen Bauern zu Spenden auf, der eine Zigeunerin erschossen hat)

In Altbayern gehen halt die Uhren etwas anders. Habe gerade zehn Mark für die Zigeunerkinder gespendet.

Lauf (Bayern) HERMANN SCHREIWEIS

„Bayerische Moral" hätte der Titel von Nr. 17 lauten können. Gleich dreimal tritt sie allzudeutlich in die Erscheinung. Ein betrügerischer öffentlicher Aufruf eines volljuristischen Landrates, um Geld zu sammeln für einen Bauern, welcher eine im siebten Monat schwangere Zigeunerin erschoß und damit zwei Menschenleben vernichtet, sowie ebenfalls ohne Grund einer anderen Zigeunerin vier Kugeln in den Leib jagte. Zigeunerinnen sind nun mal Hexen. — Vor ihrem Schlößchen in München-Schwabing stach eine rheinische Gräfin ihren südländischen Geliebten nieder. Wie kann ein stets sündiges — dazu nicht einmal bayerisches — Weib es wagen, mit einem Messer, der geheiligten Kirchweihwaffe der bayerischen Bauernburschen, einem Manne einen Stich zu versetzen. — Zu dem hochpolitischen Meineidsprozeß gegen den früheren Innen-Minister Geislhöringer verschwanden zur Erschwerung eines möglichen nachträglichen Freispruches eines innenpolitischen Gegners wichtige Beweisstücke. Andere Papiere wurden zu Staatsgeheimnissen erklärt und damit der Wahrheitsfindung entzogen. Ein Richter, der sich zu diesem Bereiche schon mehrfach fragwürdig festgelegt hatte, findet nicht den Mut und die Linie, sich als befangen zu erklären und damit als unabhängig zu zeigen. Nach der „Bayerischen Moral" zu leben sei den Bayern als höchstpersönliche Stammeseigentümlichkeit zugestanden. Ein dieser Moral entsprechendes „Bayerisches Recht" wäre jedoch gemeingefährlich. Es würde zum Verhängnis werden für Andersgläubige, insbesondere für Nichtbayern, welche sich in Bayern aufhalten.

Lohne (Nieders.) JOSEF FRENKEN
Oberrichter i. R.

Ob nun der Bauer, als er zum Gewehr griff, feststellen konnte, daß es sich um unbewaffnete Frauen handelte, ist keineswegs bewiesen. Nur wenn dies zuträfe, wäre seine Verurteilung gerechtfertigt.

Kempten (Bayern) UTZ LEIDERER

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Brandstwiete 19 / Ost-West-Straße
Telephon 3 00 71, Telex 2 162 477
Telegramm Spiegelverlag

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Johannes K. Engel, Erich Böhme

REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Lutz Bindernagel, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Stephan Burgdorff, Carl-Gideon von Claer, Werner Dähnhardt, Werner Detsch, Rolf Diekhof, Horst-Dieter Ebert, Jutta Fischbeck, Klaus Franke, Dr. Werner Funk, Börries Gallasch, Rudolf Glismann, Walter Gloede, Dieter P. Grimm, Dr. Helmut Gumnior, Christian Habbe, Werner Harenberg, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Hans Hielscher, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Dr. Hellmuth Karasek, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Ingrid Kolb, Helger Kolipost, Joachim Korthals, Klaus Kröger, Karl-Heinz Krüger, Albrecht Kunkel, Hagen Graf Lambsdorff, Otto von Loewenstern, Heinz Lohfeldt, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Johannes Matthiesen, Gerhard Mauz, Jürgen Mechelhoff, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Dr. Werner Meyer-Larsen, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Hans-Georg Nachtweh, Hans-Joachim Nesslinger, Gunar Ortlepp, Jürgen Petermann, Olaf Petersen, Dr. Karl Poerschke, Jörgen Pötschke, Norbert F. Pötzl, Günter Rau, Klaus Reinhardt, Dr. Rudolf Ringguth, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Dr. Gunter Schäble, Marie-Luise Scherer, Siegfried Schmidt-Joos, Siegfried Schober, Hans Joachim Schöps, Hermann Schreiber, Gisela Schröder-Ernst, Walther von Schultzendorff, Ulrich Schwarz, Mareike Spiess-Hohnholz, Wolf Dieter Steinbauer, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Peter Stolle, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Karlheinz Vater, Monica Vogelgsang, Eberhard Wachsmuth, Dr. Dieter Wild, Georg Wolff

ILLUSTRATION
Hans Peter Baumann, Martina Blume, Frank Böhm, Thomas Bonnie, Regine Braun, Volker Fensky, Günther Gatermann, Christiane Gehner, Manfred Igogeit, Digne Meller-Marcowicz, Jan Menssing, Ingeborg Molle, Gisela Pernau, Walter Pomikalko, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Gesa Thielmann, Heidrun Wandschneider, Helmut Wolff, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Werner Borsbach, Jens Eggers, Horst Engel, Bernd Heyen, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Josef Klessinger, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Dr. Heinz Pohle, Wolfgang Polzin, Dieter Schaake, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Wolfgang Söltner

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin (West): Wolfgang Bayer, Axel Jeschke, 1 Berlin 30, Kurfürstenstraße 72/74, Telephon 261 13 33, Telex 184 704 • Berlin (DDR): Jörg R. Mettke, 1055 Berlin, Storkower Str. 165, Tel. 53 55 97, Telex 11-30 75 • Bonn: Manfred Eichhöfer, Alfred Freudenhammer, Dr. Wolfgang Kaden, Dirk Koch, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Marion Schreiber, Diethelm Schröder, Hans-Gerhard Stephani, Klaus Wirtgen, 53 Bonn, Dahlmannstr. 20, Tel. 22 40 31, 22 39 81, Telex 08 86 630 • Düsseldorf: Heide Dörrhöfer, Stefan Klein, Siegfried Mehnert, Wolfram Pohl, Richard Rickelmann, Peter Stähle, 4 Düsseldorf 1, Immermannstr. 15, Telephon 35 33 21, Telex 85 82 737 • Frankfurt a. M.: Hans Werner Kilz, Dr. Gisela Oehlert, Peter Roller, Horst Stübling, 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Telephon 71 71 81, Telex 413 009 • Hannover: Wolfgang Becker, Gerd Kröncke, 3 Hannover, Kurt-Schumacher-Str. 26–28, Telephon 32 69 39, Telex 922 320 • Karlsruhe: Rolf Lamprecht, 75 Karlsruhe 1, Amalienstraße 25, Telephon 2 25 14 / 15, Telex 07 825 471 • Kiel: Dietrich Lachmund, 23 Kiel, Niemannsweg 18, Telephon 5 12 66 / 67, Telex 299 859 • Mainz: Peter Adam, Hans Dieter Degler, 65 Mainz, Rheinstraße 101, Telephon 2 61 61, Telex 4 187 507 • München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, 8 München 80, Stuntzstraße 16, Tel. 47 40 38, Telex 05 22 501 • Stuttgart: Eberhard Hungerbühler, 7 Stuttgart, Kriegsbergstr. 11, Tel. 22 15 31 / 32, Telex 722 673

AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Valaoritou 12, Athen T. T. 134, Telephon 636-577, Telex 215 418 • Brüssel: Harald Hotze, 134 Avenue de Cortenberg, 1040 Brüssel, Tel. 36 24 49, Telex 25 294 • London: Dr. H. G. Alexander, Helmut Sorge, 6 Museum House, Museum Street, London WC 1, Tel. 580-5759/5750, Telex 25 278 • Moskau: Norbert Kuchinke, Moskau, Leninskij Prospekt 83, Korp. 5, Kw. 565, Tel. 133 96 61 • Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33 • New York: Valeska von Roques, 1501 Broadway, Room 301 A, New York, N. Y. 100 36, Tel. 221-7583/84, Telex 237 723 • Paris: Wolfgang Gust, 17 Avenue Matignon, Paris 8e, Tel. 256-12-11, Telex 65 086 • Pretoria: Paul M. Schumacher, P. O. Box 26027 Arcadia, Pretoria, Tel. 64 25 52, Telex 3-0119 • Rom: Dr. Bernhard Müller-Hülsebusch, Largo Chigi 9, I—00187 Rom, Tel. 68 90 54, Telex 68 255 • Singapur: Dr. Tiziano Terzani, 2 Winchester Road, Singapur 5, Tel. 63 71 82 • Tel Aviv: Henri Zoller, Spinozastraße 6, Tel Aviv, Telephon 24 97 17, P. O. Box 11288 • Tokio: Wulf Küster, 12-2, 5-chome, Kamiuma Setagaya-Ku, Tokio 154, Telephon 411-3679, Telex 23 363 • Washington: Jürgen Leinemann, National Press Building 14th and F Street N. W., Washington DC 20 004, Tel. 347-5161 und 347-5222, Telex 64 300 • Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, A-1190 Wien, Tel. 36 15 92, Telex 75 888

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Titelgeschichte, Gegendarstellung, SPIEGEL-Gespräch, Bundeswehr: Karlheinz Vater; für Paragraph 218, Prozesse, Giftmüll: Dr. Wolfgang Malanowski; für Konzerne, Trends, Banken, Japan: Dr. Werner Meyer-Larsen; für Affären: Heinz Höhne; für Naher Osten, Spanien, Italien, Geheimdienste, Kanada, Sowjet-Union: Siegfried Kogelfranz; für Verbände, Serie: Walter Gloede; für Szene: Peter Stolle; für Talk Shows, TV-Affären, Satire, Fernseh-Vorausschau: Dr. Hellmuth Karasek; für Kunst: Dr. Jürgen Hohmeyer; für Bücher: Rolf Becker; für Sex, Medizin, Spectrum: Rolf S. Müller; für Automobile: Rudolf Glismann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe: Werner Detsch; für Panorama, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Jörgen Pötschke; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Walter Busse (sämtlich 2 Hamburg 11, Brandstwiete 19/Ost-West-Straße)

DOKUMENTATION
Sigrid Behrend, Jürgen Bergeder, Burghard von Bülow, Dagmar Christiansen, Armin Dirks, Dr. Herbert Enger, Wolfgang Fischer, Ille von Gerstenbergk-Helldorf, German Hausknecht, Hartmut Heidler, Hans-Joachim Heinze, Wolfgang Henkel, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Günter Johannes, Ilse Lange-Henckel, Leonore Lohse, Elke Martin, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Michael Morozow, Claus Nodop, Paul Ostrop, Nora Peters, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Karl-Otto du Roveray, Hedwig Sander, Karl-Heinz Schaper, Hans Schiller, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Wolfgang Seehaber, Werner Siegert, Robert Spiering, Monika Tänzer, Dr. Iris Timpke-Hamel, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Ernst Wildt, Georg Wöhner, Alfred Wüste

Leitung: Armin Sellheim

NACHRICHTENDIENSTE
Newsweek, New York Times, AP

SPIEGEL VERLAG RUDOLF AUGSTEIN KG
Büro des Herausgebers: Walter Busse; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 30 vom 1. Januar 1974; Verlagsgeschäftsstellen: 1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 72/74, Tel. (030) 2 69 51, Telex 183 867; 4 Düsseldorf, Immermannstraße 15, Tel. (0211) 35 33 21, Telex 8 582 737; 6 Frankfurt a. M., Oberlindau 80, Tel. (0611) 71 71 81, Telex 413 009; 8 München 80, Maria-Theresia-Straße 11, Tel. (089) 47 20 35, Telex 524 601; 7 Stuttgart, Kriegsbergstraße 1, Tel. (0711) 22 15 31/32, Telex 722 673; Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg und Darmstadt

VERLAGSLEITUNG
Michael Nesselhauf, Helmut Wallbaum, Alfred E. Wissmann

GESCHÄFTSFUHRUNG
Rudolf Augstein, Hans Detlev Becker

Kopf gewaschen

Auf der Routinesitzung des SED-Politbüros nach dem Brandt-Rücktritt ist herbe Kritik an den Verantwortlichen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) laut geworden. Dem MfS-Chef Erich Mielke sei, wie Eingeweihte in Ost-Berlin wissen wollen, von der Parteiführung wegen der Guillaume-Affäre „gehörig der Kopf gewaschen worden". Ministerpräsident Horst Sindermann habe vor seiner Blitz-Reise nach Moskau am Montag vergangener Woche denn auch vorausgeahnt, er müsse sich deswegen „viel Unangenehmes anhören". Gleichwohl wird die Agenten-Affäre für das MfS keine personellen Konsequenzen haben: Die Verantwortlichen hatten sich vorsorglich abgesichert — bei Parteichef Erich Honecker ebenso wie bei der sowjetischen Bruderorganisation KGB. Allerdings sind die Sowjets bis heute nicht recht sicher, ob die SED-Führung in ihrem Top-Agenten nicht von Anfang an weniger den nützlichen Späher als eher einen probaten Hebel gesehen hat, den in der DDR äußerst beliebten Willy Brandt bei passender Gelegenheit zu kippen. Immerhin sahen nach SED-Meinungsumfragen fast 80 Prozent der Bürger in Brandt einen Politiker mit ehrlichen Friedensabsichten, „der gute Beziehungen zu den sozialistischen Ländern anstrebt" — ein Umstand, der es der SED zunehmend schwerer machte, ihre Politik der Abgrenzung von der westdeutschen Sozialdemokratie ans Staatsvolk zu bringen.

Patentamt verschlampt

Der Bau des Europäischen Patentamts in München, das bis 1976 fertiggestellt sein sollte, verzögert sich um mindestens ein halbes Jahr — aufgrund von Schlampereien der Stadtverwaltung. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof erklärte vergangene Woche in letzter Instanz die Bebauungspläne für ungültig. Die Pläne seien nicht so lange wie vorgeschrieben ausgelegt worden. Überdies habe es den Papieren an „Verständlichkeit und Vollständigkeit" gemangelt. Das bayrische Grundsatzurteil betrifft alle Kommunen der Bundesrepublik, da in den meisten Rathäusern die Auslegungsvorschriften auf das formal Notwendige reduziert werden. Die Münchner Stadtverwaltung will sich jetzt gegen neue Beanstandungen wappnen: Die — nochmals zu beschließenden — Pläne sollen verständlich abgefaßt und länger zugänglich sein; für Publikums-Beratung wird ein Beamter abgestellt. Oberbürgermeister Georg Kronawitter: „Diesen Tribut müssen wir der Demokratie zollen."

Benzin aus dem Reaktor

Einen entscheidenden Schritt, um in Zukunft unabhängiger vom Öl zu sein, will die nordrhein-westfälische Landesregierung tun. Zur langfristigen und

„Frühmorgens ein dünner Whisky"

Mit „lieber Helmut" beginnt und mit „Ihr Theo" schließt ein offener Brief, den Theo Sommer, der Chefredakteur der Hamburger „Zeit", an Bundeskanzler Helmut Schmidt richtete. Auszug:

Es muß Ende der fünfziger Jahre gewesen sein, daß wir zum erstenmal im Fernsehen miteinander diskutiert haben: über Verteidigungspolitik. Im Sommer 1961, erinnere ich mich, reiste ich von einer Konferenz des Instituts für Strategische Studien aus Genf zurück, als Sie plötzlich in mein Schlafwagenabteil zustiegen, wir haben dann fast die ganze Nacht bei Fürstenberg-Pils über Nuklearstrategie und Außenpolitik geredet. Eine lange Reihe langer Gespräche schloß sich in den folgenden Jahren an. Im Herbst 1969 holten Sie mich schließlich ins Bundesministerium der Verteidigung auf die Hardthöhe. Dort baute ich Ihnen den Planungsstab auf, leitete die „kritische Bestandsaufnahme" und produzierte das Weißbuch 1970; es war eine kurze, aber aufregende und fruchtbare Zeit an Ihrer Seite. Später gehörte ich noch zwei Jahre lang der Wehrstrukturkommission an.

Ich bin damals zur „Zeit" zurückgekehrt, als der Weg der Bundeswehr in die Zukunft trassiert war. Heute noch bin ich Ihnen dankbar, daß Sie mir dies nie als Fahnenflucht ausgelegt, sondern stets meine Ansicht geteilt haben: daß die Redaktion einer großen Zeitung ebenso Dienst an unserem Lande sei wie die Leitung einer Ministerialabteilung — daß es aber leichter falle, in Bonn Abteilungsleiter zu finden als anderswo Redaktionschefs.

Ich kenne Sie also gut; daher meine Befangenheit. Ich kann über Sie kein Archivporträt schreiben, kann nicht einfach die Klischees nachbeten, all die cleveren Etiketten abmalen, die Ihnen in den letzten Tagen angeklebt worden sind. „Schneller Brüter", „kühler Macher", „Erfolgsmensch im Hans-Albers-Stil" — wie schief das alles sitzt.

Da lese ich zum Beispiel im SPIEGEL, anders als Ihr Vorgänger belasteten Sie sich nicht mit langwierigem Aktenstudium. Daß ich nicht lache! Ich entsinne mich der Stapel von Vorlagen, oft auf zwei, drei Teewagen aufgeschichtet, die im Verteidigungsministerium jeden Tag auf Sie warteten. Ich erinnere mich vieler Abende, an denen Sie sich nach irgendeiner anderen Verpflichtung, einem Truppenbesuch oder einer Wahlveranstaltung, vor Mitternacht noch einmal an Ihren Schreibtisch gesetzt haben, um Ihre Akten durchzuarbeiten, Berichte zu lesen, Nato-Papiere zu studieren, engzeilig getippt und miserabel vervielfältigt — oder auch nur, um Berge von Beförderungsurkunden zu unterschreiben.

Und ich weiß noch, wie oft ich frühmorgens um drei oder halb vier, wenn noch Licht im Ministerzimmer brannte, den Kopf bei Ihnen hineinsteckte, mit Ihnen einen dünnen Whisky trank — und wir uns dann gegenseitig ins Bett schickten, weil für 8.30 Uhr schon wieder der erste Termin angesetzt war.

Freunde Sommer, Schmidt (1970)

krisenfesten Energiesicherung fördert sie in den nächsten Jahren mit mehr als zwei Milliarden Mark eine Ehe zwischen Kohle und Atom. Kostspieligstes Vorhaben des „Technologieprogramms Energie", das vom Kabinett in dieser Woche verabschiedet werden soll, ist der Bau einer Reaktoranlage, in der mit Atomwärme Gas und Mineralöl-Ersatzprodukte aus Kohle gewonnen werden sollen. FDP-Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer hofft, daß in dieser Anlage auch Benzin aus Kohle zu marktgerechten Preisen hergestellt werden kann.

Neues Nervengas

Die „Modernisierung" der amerikanischen Giftgasvorräte mit dem zweigeteilten Nervengas-Typ „Binary" empfahl der Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Amos A. Jordan, einem Unterausschuß des US-Kongresses. Das Gas besteht aus zwei getrennt voneinander aufbewahrten Wirkstoffen — einer alkoholischen Komponente und einem Insektenvertilgungsmittel — und wird erst kurz vor dem Verfeuern in Granaten oder Bomben abgefüllt. Ihre tödliche Wirkung entfalten die beiden Stoffe während des Fluges, wenn sie von einem eingebauten Rührwerk miteinander verquirlt werden. Schon ein winziger Tropfen auf der Haut genügt, um die Produktion des lebensnotwendigen Enzyms Cholinesterase, das maßgeblich an der Muskelsteuerung beteiligt ist, zu hemmen. Die Folge ist ein qualvoller Tod durch Atemlähmung. Die Umrüstung der schon bestehenden Nervengaslager auf Binary, deren Kosten auf ein bis zwei Milliarden Dollar geschätzt werden, begründete Jordan am Donnerstag vorletzter Woche mit geringeren „operationellen und Sicherheitsproblemen": Getrennt voneinander aufbewahrt und transportiert, seien die beiden Chemikalien ungefährlich.

Zitate

„Warum sollte ich mein Abgeordneten-Mandat niederlegen? In dem Augenblick, in dem ich als Bundespräsident vereidigt werde, erlischt es ohnehin. Das ist nur eine Frage der Arbeitsökonomie" (Walter Scheel).

„Ford tritt sehr selbstsicher auf. Er formuliert seine Ansichten gut; man wird aber kaum sagen können, daß diese sehr originell seien. Er macht einen vertrauenerweckenden Eindruck, in der Art von Eisenhower — ohne jedoch einen Krieg gewonnen zu haben" (Die „Neue Zürcher Zeitung" über US-Vizepräsident Gerald Ford).



DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

SPIEGEL *Titel*

Regierung Schmidt: Schonfrist gibt es nicht

Helmut Schmidts Kabinett der Polit-Handwerker wird der Opposition, so fürchtet nicht nur CDU-MdB Friedrich Vogel, „noch zu schaffen machen". Dabei sind die Aussichten der neuen Regierung keineswegs rosig: Bei der Steuerreform muß Schmidt mit Widerstand der Länder, bei der Mitbestimmung mit weiterem Koalitionsstreit rechnen.

Helmut Schmidt herrschte die Genossen an: „Warum geht das hier so langsam. Kann das nicht schneller gehen?"

Willy Brandt versuchte den Aufgeregten zu beruhigen. Bei einem Photo-Termin für das SPD-Organ „Sozialdemokrat Magazin" am Dienstag letzter Woche, zwei Tage vor Schmidts Wahl zum neuen Regierungschef, klopfte der Vorgänger dem Nachfolger beschwichtigend auf die Schulter: „Helmut, warte nur ab, wenn du erst Bundeskanzler bist, mußt du so was noch öfter machen."

Aus Ehrgeiz, so schnell wie nie zuvor die neue Regierung auf die Beine zu bringen, gönnte sich Schmidt keine Pause. Schon unmittelbar nach Willy Brandts Rücktritt hatte er, am Dienstag vorletzter Woche, seinen Finanzstaatssekretären Order gegeben, die Regierungserklärung vorzubereiten. In sein Programm, das er nicht wie Brandt im umständlichen Umlaufverfahren von den einzelnen Ressorts entwerfen ließ, sondern selbst konzipierte, schrieb Schmidt den Marschbefehl für den kurzen Weg bis zum Wahlkampf 1976: „Bis dahin ist vieles zu tun."

Kaum mehr als eine Woche brauchte der neue Kanzler, dann hatte er fünf SPD-Minister sowie sieben Parlamentarische und drei beamtete Staatssekretäre neu bestellt und mit dem Koalitionspartner FDP den Umbau der Regierung nebst geschrumpftem Programm ausgehandelt.

Selbst bei der Wahl von FDP-Chef Walter Scheel zum Bundespräsidenten am vergangenen Mittwoch hielt es ihn nicht in der Bonner Beethovenhalle. Während die 1033 Stimmen ausgezählt



Kanzler Schmidt: „Helmut, warte nur"

RUDOLF AUGSTEIN

Onkels Rolle

Fällt Siegfried, die Lichtgestalt, ist Hagen nicht weit. Verdacht kriecht durch alle Löcher, unvermeidlich. Die Wunde blutet, wenn der getreue Bahr an die Leiche tritt. Hat Helmut Schmidt an Brandts Rücktritt gedreht? Offenkundig nicht, er ist der offene Nutznießer. Daß er Kanzler gar nicht hat werden wollen, steht zwar in einfühlsamen Kommentaren, ist aber Unfug. Er wollte. Auf die Gefahr hin, mich wichtig zu machen, muß ich bekennen, daß er am Abend des 17. Dezember 1968, nach einer NDR-Fernsehdiskussion, vor fünf Biertrinkern darauf bestanden hat, binnen dreier Jahre werde er entweder Kanzler oder in der Industrie sein.

Das war fünf Tage vor seinem 50. Geburtstag. Sicher würde er guten Gewissens beschwören, dergleichen nie geäußert zu haben. Die Verdrängungsmaschinerie unseres Bewußtseins funktioniert wie ein Caterpillar. Der Kronprinz ist immer objektiv ein Verräter, mag er subjektiv auch die besten Absichten hegen. Alle Schwächen des Herrschers gerinnen zu Erwartungen an den Kronprinzen. Macht der aus seinem Herzen keine Mördergrube, so gilt er ganz von selbst als Meuchelmörder, wenn der König fällt.

Daß Helmut Schmidt die Herrschaft gleichwohl recht ungeschoren antreten konnte, dankt er einem Charakter-Schauspieler, dem die Rolle des Königsmörders auf den Leib geschrieben scheint, der die Speere aber auch masochistisch auf sich zieht: dem SPD-Winkelried Herbert Wehner.

Anders als die Kollegen von der „Welt“, halte ich diesen Mann für einen der anständigsten Politiker der deutschen Nachkriegsszene, für, um mit der „Welt“ zu schreiben, „einen besonders typischen Repräsentanten des ‚anständigen Deutschland‘“ (typisch nur deshalb nicht, weil er sich jeder Typisierung entzieht).

Seit er 1957 einer triefenden Hetzkampagne ausgesetzt war, hat der SPIEGEL ihm die Stange gehalten, selbstverständlich ohne Dank zu erwarten. Von einem Herbert Wehner erwartet man keinen Dank, obwohl er selbst recht empfindlich und empfänglich auf Treuekundgebungen jeder Art reagiert. Man erwartet von ihm, und darf erwarten, Hilfe, wenn es einem schlecht geht.

Wehner als der große Akteur, der er ist, allerdings mit Einsprengseln des Meininger Schauspielstils, scheint die Rolle, die er gibt, jeweils selbst zu glauben, das macht seine Stärke aus. Aber sowenig der Darsteller des König Lear tot ist, wenn der Vorhang fällt, so wenig darf man Wehner unbesehen glauben, was er uns so über die Jahre als Wahrheit verkauft.

Wenn er de Gaulle dafür tadelt, daß der die Oder-Neiße-Grenze anerkennt, dann sagt er die Wahrheit nicht. Er weiß, oder müßte wissen, daß er Politik und nicht Wahrheit an den Mann bringt.

Wenn er zwischenzeitlich die Verantwortung für die Große Koalition abgelehnt hat — „*ich* hätte ja warten können, aber die anderen konnten nicht, allen voran dieser Schmidt“ —, dann weiß er, oder muß wissen, daß er eine höchst subjektive Wahrheit, und in Wahrheit eine Unwahrheit von sich gibt: Er war der Miterfinder, wenn nicht der Erfinder der Großen Koalition.

Nicht anders steht es mit Wehners immer wieder und zuletzt im Fernsehen aufgestellter Behauptung, er habe Brandts Rücktritt „nicht für richtig gehalten“. In sein Herz können wir nicht blicken. Aber betragen hat er sich während des kritischen Wochenendes so, daß niemand der Gesprächsteilnehmer auf die Idee kommen konnte, er, Wehner, halte Brandts Rücktritt nicht für richtig, am wenigsten Brandt selbst. Der Entschluß zum Rücktritt war ja auch richtig, ja, unvermeidlich. Daß Wehner ihn nun nachträglich nicht für richtig gehalten haben will, ist die übliche Wehner-Retusche. Wenn er's schon war, dann will er's doch wenigstens nicht gewesen sein.

Daß er die Rolle des Königsmörders — die er in Münstereifel jedenfalls nicht gespielt hat — scheut, muß man gar nicht einmal annehmen. Aber wenn denn der in Münstereifel unentschlossen brütende Kanzler Sinn für die Effekte des Elisabethanischen Theaters hat, muß ihn das Angebot Herbert Wehners, sich für ihn „zerhacken zu lassen“, lebhaft an einige Szenen in Shakespeares Königsdramen erinnert haben. Erst zerstückelt man einen, dann bietet man ihm an, sich für ihn in Stücke zu reißen.

Denn an dieser Alternative führt ja kein Weg vorbei: Entweder hat Wehner mit seiner Moskauer Schelte nach Plan gehandelt, um Brandt zu demontieren, Stichwort Königsmord, oder er hat sich ganz irrational und unzurechnungsfähig entladen. Recht behalten hat er wieder einmal, und vielleicht wird er das Geheimnis mit ins Grab nehmen, wie ein Mann so oft irrational und gleichwohl, überblickt man die gesamte Strecke, so erfolgreich agieren konnte. Den Kanzler Schmidt freilich, einen Mann, der es laut Wehners jüngster Aussage „liebt, forsch aufzutreten“, wird er nun nicht mehr demontieren dürfen.

Der Mann Herbert Wehner, der, wie in dramatischen Wochen immer, wieder glänzende Arbeit geleistet hat, könnte sich zu einem Handikap für diese Regierung entwickeln — sofern er seine neue Rolle nicht annimmt. Was er über Willy Brandt gesagt hat, gilt auch für ihn selbst: Er ist „größer, bedeutender und integerer als alle, die ihn schmähen, und auch als die meisten, die so tun, als bewunderten sie ihn, soweit sie das öffentlich zur Schau tragen“.

Ja, das ist so, nur muß ja einer, der die Oper kritisiert, sie nicht schreiben können, wie schon Olim wußte. Ja, wir bewundern den Onkel, und wir tragen das sogar öffentlich zur Schau. Aber wir werden uns von ihm nichts mehr gefallen lassen, und wenn er uns noch so sehr gefällt. Es ist nicht jeder Journalist ein Miesnick, der eine Information nicht hinlänglich überprüft, und nicht jeder Politiker ein Schurke, der einen Sachverhalt zu verschleiern oder zu verfälschen sucht; auf das Wie und das Warum kommt es an.

Jener Onkel Herbert, der laut und ungebührlich wird, wenn es gilt, etwas zu verschweigen oder aus schwarz weiß zu machen; jener Haltet-den-Dieb-Wehner, der verdächtigt und schimpft, um von Tatsachen und berechtigter Kritik abzulenken: der wird nun zunehmend auf Widerstand stoßen.

Früher stritt er für eine neue, die Phantasie der Menschen beflügelnde Politik, und für deren personifizierte Lichtgestalt Willy Brandt. Jetzt ist er einer von zwei Fraktionsvorsitzenden in einer Koalition, die dem Bürger keine andere Parole mehr bietet als „Mir geht es gut, und ich erwarte das auch weiterhin“. Wehners Devise „Ich diene“ wird sich künftig nicht mehr übersetzen lassen mit: „Wem ich diene, der hat seinen Herrn schon gefunden“.

wurden, war Schmidt bereits beim Schreiben der Regierungserklärung.

Den formulierten Entwurf legte er noch am Mittwochabend seinem künftigen Kabinett vor. Im Kanzlerbungalow im Schaumburg-Park rief Schmidt die einzelnen Passagen auf und ging sie bis 2.30 Uhr in der Frühe mit den Ministern durch.

„Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche."

Am letzten Freitag schließlich trug der fünfte Kanzler der Bundesrepublik (SPD-Vorstandsmitglied Rudi Arndt: „Die SPD hat das Kunststück fertiggebracht, zum erstenmal aus einem Menschen namens Schmidt einen bedeutenden Deutschen zu machen") dem Volke vor, was er und sein liberaler Kompagnon, der neue Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, im Köcher haben: Steuergeschenke von elf Milliarden und gleichzeitig strikte Sparsamkeit bei den Staatsausgaben. Kern der Regierungserklärung: „In einer Zeit weltweit wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite."

Viele Genossen schockte diese Abkehr von der auf dem letzten Parteitag 1973 in Hannover beschlossenen Linie sozialdemokratischer Politik, wonach ein stetig wachsender Anteil der Staatseinnahmen für gesellschaftliche Reformen und öffentliche Investitionen auszugeben sei. Ein Parlamentarischer Staatssekretär zum Schmidt-Programm: „Das ist reine CDU-Politik."

Der stellvertretende Parteivorsitzende Heinz Kühn urteilt über den Spargang: Trotz der Steuergeschenke könne „ein gewisses Spannungsverhältnis zu den traditionellen SPD-Wählerschichten entstehen", weil die neue Regierung sich bei den Tarifrunden im Herbst und Winter dieses Jahres mit den Gewerkschaften anlegen müsse.

Nur: Den in der Wählergunst abgefallenen Sozialdemokraten bleibt kaum eine andere Wahl, als, wenigstens für eine Übergangszeit, auf Erfolgsrezepte früherer CDU-Regierungen zurückzugreifen. Die Not der sozialliberalen Koalition ist groß. Das letzte Aufgebot ist mobilisiert, es hat noch eine letzte Chance.

Nach dem Ende der bewährten Kombination Brandt/Scheel durch den Abgang des FDP-Führers in die Villa Hammerschmidt, nach der Serie schwerer SPD-Niederlagen bei Landtags- und Kommunalwahlen, nach der Agenten-Affäre Guillaume und schließlich dem Fall Brandts steht das angeschlagene SPD/FDP-Bündnis vor Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen, die



Fraktionschef Wehner (r.), Kanzler: Nach Plan explodiert



Hoffen auf den Macher

Sehr geehrte Herren!

Gemäß § 11 des Hamburgischen Pressegesetzes verlange ich zu dem SPIEGEL-Titel Nr. 20/1974 den Abdruck folgender *Gegendarstellungen:*

1. Sie behaupten in dem Artikel, ich hätte als prominenter Freitagsbesucher aus eigener Quelle Erkenntnisse über Brandts Provinz-Ausflüge mitgebracht und hätte unnachsichtig darauf beharrt, daß Brandt die Koalition und Partei nur mit einem sauberen Rücktritt aus der Affäre bringen könnte. Diese Behauptung ist unrichtig.

   Richtig ist, daß ich an diesem Freitag überhaupt nicht mit Willy Brandt gesprochen habe und daß ich ihm weder die behaupteten Erkenntnisse mitgeteilt noch auf seinen Rücktritt beharrt habe.

2. Sie behaupten in dem Artikel weiter, ich hätte am vorigen Wochenende im Gästehaus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münstereifel für den Rücktritt Willy Brandts votiert. Dies ist unrichtig.

   Richtig ist vielmehr, daß ich bei diesem Gespräch Willy Brandt meiner uneingeschränkten Treue für jede denkbare Entwicklung versichert habe.

Hochachtungsvoll

Herbert Wehner

über die Regierungsfähigkeit der Koalition in Bonn entscheiden.

In dieser Lage nimmt sogar die große Mehrheit des linken SPD-Flügels den Sparkurs des neuen Kanzlers hin — zumindest einstweilen. Klaus Matthiesen, linker Spitzenmann der SPD in Schleswig-Holstein, hält Schmidts Programm „für mehrheitsfähig". Im Parteivorstand solidarisierte sich sogar der Berliner Sozialist Harry Ristock mit dem konservativen Regierungschef. Und Jochen Steffen, der wegen der Schmidt-Politik um die Zukunft der Partei fürchtet und eher auf die Regierungsbeteiligung als auf das Programm des demokratischen Sozialismus verzichten will, stand in der vergangenen Woche sogar unter seinen Gesinnungsfreunden als Außenseiter da.

Der Linke von der Küste zweifelt nicht daran, daß der Frieden der Sozialisten mit Schmidt nur von kurzer Dauer sein wird. Steffen: „Da wird dem Schmidt dann mit Parteitagsbeschlüssen zur Steuerpolitik der Hosenboden strammgezogen." Parteivize Heinz Kühn fürchtet schon, die Linke wolle sich mit ihrem gegenwärtigen Wohlverhalten nur ein „Alibi" verschaffen, um bei einem Scheitern Schmidts die Schuld von sich weisen zu können.

Wie keiner seiner Vorgänger steht so der neue Kanzler unter Erfolgszwang, Schonfrist gibt es nicht. Zu prekär ist die Lage der Partei, zu groß sind die Hoffnungen der Bürger auf den neuen starken Mann. Für seinen Marsch zum Erfolg hat sich Schmidt ein Kabinett zusammengestellt, passend zu seinem Stil der straffen Führung und raschen Entscheidungen, eine „Art Präsidialkabinett" (SPD-MdB Bruno Friedrich). Nicht mehr gefragt sind große Namen, intellektueller Glitzerglanz und hoher Gedankenflug wie einst unter Brandt; gewünscht sind stramme Loyalität zum Kanzler, Fleiß und Sachverstand.

Für den Geldverwalter volle Unterstützung.

So bietet Schmidts Kabinett mit seiner Vielzahl zu Ministerwürden aufgestiegener Staatssekretäre das Bild einer Truppe von folgsamen Polithandwerkern. Ein SPD-Staatssekretär spottete: „Oberleutnant Schmidt hat den Volkssturm mobilisiert." Die Opposition hingegen, die glaubte, mit einer ausgepowerten Regierung Brandt leichtes Spiel zu haben, warnt davor, das Schmidt-Team zu unterschätzen. CDU-MdB Friedrich Vogel: „Das ist ein solides Arbeitskabinett, die werden uns noch zu schaffen machen."

In seinem Sparkabinett übertrug Schmidt die Schlüsselposition des Finanzministers seinem Protegé und Landsmann Hans Apel, bislang Parlamentarischer Staatssekretär im Auswär-

ERICH BÖHME

Er muß, er will - kann er denn?

Sein Doktor, sagt der Bundeskanzler, habe ihn für den ruinösen neuen Job nur freigegeben, nachdem er versichert habe, daß das Amt ihn nicht mit mehr Ärger und Streß belaste als das alte. Und Schmidt meinte, er sei da sehr sicher. Wenn er nicht mehr auf überfällige Entscheidungen eines eher kontemplativen Kanzlers warten müsse, sondern selber entscheiden könne, sprudele die Streß-Quelle nicht mehr so wie bisher, versiege gar — das Palais Schaumburg als seelische Kneipp-Anstalt.

Helmut Schmidt muß entscheiden, und er will. Kann er denn?

Noch liest sich seine Regierungserklärung der Stabilität und Konsolidierung als Katalog der Unvereinbarkeiten. Noch ist nicht zu sehen, wie der Tatenfrohe Unvereinbares vereinbaren wird.

Unvereinbarkeit Nummer eins: Der Sozialdemokrat Schmidt muß aus politischen Gründen jene seit fünf Jahren dahinsiechende Steuerreform durchbringen, mit der er den mittleren und kleinen Einkommensbeziehern — seiner Mitte-Rechts-Klientel — elf Milliarden Mark zuschieben will. Doch da steht der sozialdemokratische Regierungschef dem sozialdemokratischen Langzeitpolitiker auf dem Fuß. Der hatte sich vor seiner Partei verpflichtet, den „Korridor der öffentlichen Aufgaben" zu verbreitern, statt mit kleingestückelten Steuergeschenken das private Vermögen zu mehren. Nun will der konservative Linke also wieder raus aus den Reformen, rein ins Kindergeld.

Unvereinbarkeit Nummer zwei: Wenn schon konservativ und wenn schon so, wie es anders die etatmäßigen Konservativen von der Union auch nicht tun würden, dann doch wenigstens nicht zu höheren Preisen. Der neue Kanzler hofft, die Gewerkschaften würden sein Steuergeschenk honorieren und die zwei bis drei Prozent Steigerung ihres Reallohnes freiwillig von ihren Lohnforderungen abstreichen. Seit wann denn freiwillig? Auch der Vorgänger konnte selten auf einen Gewerkschafts-Bonus rechnen, den die Sozialdemokraten Loderer (Metall), Kluncker (ÖTV) und Hauenschild (Chemie) weder zahlen wollten noch konnten. Da helfen auch die neuen treuen Gewerkschaftsseelen im Kabinett nicht, kein Gscheidle und kein Matthöfer, kein Rohde und kein Ravens. Und wie soll der Genscher-Nachfolger Maihofer verhindern, daß die -zig öffentlichen Hände Ende des Jahres eine neue Gehaltslawine im öffentlichen Dienst ausklunckern?

Unvereinbarkeit Nummer drei: Selbst unterstellt, die Gewerkschaften würden mitziehen und ihren eigenen Leuten klarmachen, die elf Schmidt-Milliarden müßten bei den Lohnverhandlungen wieder eingespart werden — woher will Schmidt sie nehmen? Prophylaktisch hat der Restriktions-Kanzler jene Milliarden-Schlucker am Kabinettstisch aus- und umgetauscht, auf deren Verständnis er nicht bauen zu können glaubte. Dohnanyi, dessen Bildungspläne nicht mehr zu finanzieren sind, mußte gehen, und Vogel — Bauherr ohne Geld — wurde im sparsamen Justiz-Ressort eingemauert.

Doch weiß Schmidt selber, daß er damit keine elf Milliarden aus dem Etat bringt, der zu über 90 Prozent fest- und durch überproportionale Gehaltserhöhungen von Jahr zu Jahr fester liegt. Er muß darauf hoffen, daß die Bundesländer seinen Scheck einlösen. Aber warum sollten sie? Bisher war föderalistische Solidarität nicht Mode, weder bei den roten noch bei den schwarzen Ländern. Die von der Union geführten haben schon signalisiert, sie hätten selber genug Probleme mit Umweltschutz und Lehrerbesoldung, Sicherheit und Ordnung. Und die sozialdemokratisch geführten haben ihre speziellen Sorgen: Die Hessen haben im Herbst, die Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr Wahlen. Die verzichten nicht auf einen Kilometer Landstraße zweiter Ordnung und nicht auf 500 Meter S-Bahn-Trasse. Warum auch? Es ist doch Schmidts „öffentlicher Korridor", den es nach sozialdemokratischem Reformverständnis auszuweiten gilt.

Auf Solidarhilfe kann der neue Kanzler nur rechnen, solange ihm das Wasser bis zum Halse steht — sinkt die Flut, kriegt er den linken Reform-Flügel an den Hals. Wie soll da einer fröhlich entscheiden können?

tigen Amt. Der zielstrebige Apel, wegen seines kessen Tons im EG-Ministerrat berüchtigt, soll jetzt eine Politik des knappen Geldes rücksichtslos betreiben.

Vor der Fraktion sicherte der neue Kanzler seinem Geldverwalter volle Unterstützung zu und reservierte sich selbst zugleich die Rolle eines Überfinanzministers: „Der neue Finanzminister wird mich bedingungslos an seiner Seite finden."

Kurt Gscheidle, vom beamteten Staatssekretär im Postressort zum Nachfolger des drögen Verkehrsministers Lauritz Lauritzen aufgestiegen, soll die defizitäre Bundespost, die vom Forschungs- zum Verkehrsministerium zurückwanderte, in ein Unternehmen umwandeln, das dem Bund nicht mehr so auf der Tasche liegt. Bewältigt Gscheidle das Problem, die für die Gewerkschaften bislang unbefriedigende Postverfassung endlich durchzusetzen, hat er Aussicht, Generalpostmeister zu werden. Der aus Hamburg als Verkehrs-Staatssekretär herbeigeholte Schmidt-Spezi und ehemalige Innensenator Heinz Ruhnau kann dann Verkehrsminister werden.

Hans Matthöfer, bisher Parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungsministerium, dem Freund Schmidt das zuvor von Horst Ehmke geführte Forschungsressort zugewiesen hat, soll dafür sorgen, daß künftig weniger kostspielige und besonders auf den gesellschaftlichen Bedarf orientierte Forschungsvorhaben vorrangig gefördert werden.

Und gemäß der Spar-Richtlinie des neuen Mannes im Palais Schaumburg haben Wohnungsbauminister Karl Ravens, vorletzte Woche noch Parlamentarischer Staatssekretär im Kanzleramt, und Bildungsminister Helmut Rohde, ehemals Parlamentarischer Staatssekretär in Walter Arendts Sozial-Ressort, sich bereit erklärt, Ausgabenwünsche ihrer Amtsvorgänger zu reduzieren. Ravens muß wahrscheinlich ein 900-Millionen-Projekt im Wohnungsbau, das der ins Justizressort abgeschobene Hans-Jochen Vogel energisch forderte, in der Schublade lassen. Rohde wird ehrgeizige Vorhaben des geschaßten Brandt-Mannes Klaus von Dohnanyi im Hochschul-Bereich und bei der Ausbildungsförderung zurückschneiden müssen.



Sozialliberale Koalitionsplaner*: Große Namen nicht gefragt

Bei der Rekrutierung seiner Truppe achtete Kanzler Schmidt darauf, möglichst viele gestandene Gewerkschafter zu verpflichten. Neben den früheren Gewerkschaftsführern Georg Leber (Verteidigung) und Walter Arendt (Soziales), die bereits unter Brandt als Minister dienten, holte sich Schmidt die IG-Metaller Matthöfer und Ravens, den früheren zweiten Vorsitzenden der Postgewerkschaft, Gscheidle, und den Chef der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Rohde, ins Kabinett; von der IG Metall kommen zudem die beiden Staatssekretäre Buschfort und Ruhnau.

Sie alle sollen dem Kabinett Schmidt/Genscher Streit mit den Gewerkschaften ums Geld ersparen helfen. Zudem erwartet Schmidt von den Gewerkschaften, daß sie ihren Widerstand gegen den zwischen SPD und FDP bereits ausgehandelten Mitbestimmungs-Kompromiß aufgeben, der Paritätswünsche der Arbeitnehmer-Organisationen offenläßt.

Die Spitze der Kanzlei konsequent zurückgestutzt.

Dirigieren will der Regierungschef sein Team von einem neu formierten Kanzleramt aus. Darauf bedacht, keinen starken Mann neben sich zu dulden und das Entscheidungsmonopol für sich zu reservieren, soll das Kanzleramt, einst unter Horst Ehmke mächtiges Lenkungsorgan der Regierungsgeschäfte, zu einem Sekretariat ohne politisches Eigengewicht werden. Alle wesentlichen Entscheidungen möchte Schmidt vom Kabinett fällen lassen.

Einerseits will der Kanzler so seiner Mannschaft das Gefühl vermitteln, alle Beschlüsse beeinflussen zu können, andererseits sichert er sich als dem stärksten Mann in der Runde das letzte Wort. Schmidt am vergangenen Freitag: „In einer Sache, die ich für richtig halte, werde ich mich nicht der Mehrheit beugen."

Konsequent hat Schmidt daher die vielköpfige Spitze seiner Kanzlei zurückgestutzt, die unter Brandt aus dem Sonderminister Egon Bahr, dem Kanzleramtschef Horst Grabert, dem Parlamentarischen Staatssekretär Ravens und dem deutsch-deutschen Chefunterhändler Staatssekretär Günter Gaus bestand. Die Behörde wird künftig nur noch von dem beamteten Staatssekretär Manfred Schüler geleitet, dem die Parlamentarische Staatssekretärin Marie Schlei mit ihren guten Fraktions-Kontakten zur Seite steht. Aus dem Finanzministerium hat Schmidt sich seinen Bürochef Klaus Dieter Leister mitgebracht.

Weil ein Regierungs-Sekretariat mit der Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst (BND) überfordert ist, wird sogar überlegt, die Zuständigkeit für den BND an das Verteidigungsministerium abzugeben.

So leicht es Schmidt hatte, die SPD-Crew für Kabinett und Kanzleramt nach seinem Geschmack zusammenzustellen, so schwer tat sich der starke

---

* Im Garten des Palais Schaumburg (v. l.): Genscher, Schmidt, Mischnick, Scheel, Wehner, Kühn.

„Vorwärts, Genossen, wir müssen zurück!“

SPIEGEL-Reporter Hermann Schreiber über Wachwechsel und Rollentausch in Bonn

So, gestorben!“ befindet Helmut Schmidt, seit einer Stunde bestallter Bundeskanzler. Die Photographen sollen gehen, haben ihre karge Chance gehabt: Gruppenbild neben der Polstergarnitur im Arbeitszimmer des Regierungschefs, Kanzler Schmidt, Staatssekretäre Marie Schlei und Manfred Schüler. Auf dem Couchtisch leere Teetassen. Keine Zeit für Zeremonielles.

Am Schreibtisch, an dem schon Konrad Adenauer regiert hat, läßt der neue Mann sich nicht fotografieren, keinesfalls. Denn den findet er „zum Kotzen“, den nennt er ein scheußliches Stück „Gelsenkirchener Barock“, zurückbefördert aus dem Möbelmagazin des Kanzleramts, weil Willy Brandt seinen eigenen Tisch (ein Geschenk) mitgenommen hat. Schmidt wird das ändern, das auch. Soll einer sagen, er habe kein Stilgefühl!

Der Kavalierstart des Kanzlers Schmidt hat seinem Verständnis von sich selber neue Flügel wachsen lassen. Auf so etwas muß er wirklich lange gewartet haben: Wachwechsel im Sauseschritt, und beim Troß allgemeine Atemlosigkeit.

Was jedenfalls im Zeitraffer der letzten Bonner Woche von Helmut Schmidt sichtbar geworden ist, war gekonnte, nicht gekünstelte Selbstdarstellung — die angedeutete Verbeugung nach dem ersten, beifallumrauschten Platznehmen im Kanzlerstuhl auf der Regierungsbank ebenso wie gelegentliche, beziehungsreiche Sarkasmen: „Lieber Walter“, so hat er dem gewählten Bundespräsidenten Scheel am Mittwochabend in der Beethovenhalle seine Tochter Susanne (27) präsentiert, „darf ich dir meine neue Freundin vorstellen. Bißchen jung, aber man kann sie vorzeigen.“

So schnell, so leicht hat längst nicht jeder die Rollen getauscht in dieser Woche des Wechsels.

Selbst Hans-Dietrich Genscher, dem niemand Mangel an Mimikry vorwerfen wird, hat da ein bißchen Mühe mit sich; hat sich jedenfalls schon wohler gefühlt in seiner (gar nicht so dicken) Haut.

Genscher ist darauf trainiert, Probleme zu rationalisieren, vollends die eigenen. Das tut er offenbar auch jetzt. „Ich hatte nie vor, den Beruf des Dolmetschers zu ergreifen“, sagt er, wenn man den Außenminister nach seinen fehlenden Sprachkenntnissen fragt. Und daß er eine ziemlich „andere“ Lebensart hat, als der ihm künftig unterstellte diplomatische Dienst sie kultiviert, daß überhaupt der Duft der großen, weiten Welt ihm wohl immer ein fernes Rüchlein bleiben wird — das läßt er alles gelten, will es (will zumindest sich) auch gar nicht ändern.

Denn er hat eben rationalisiert, daß der auslandserfahrene, mit persönlichen Kontakten reichlich versehene Kanzler Schmidt ihm international ohnehin den Donner stehlen wird — soweit er sich das innenpolitisch erlauben kann. Da aber, eben in der Innenpolitik, führt auch künftig kein Weg an dem Koalitionspartner Genscher vorbei.



Kanzler Schmidt (M.), Amtshelfer*
Der Himmel ist leer

Das kann sein Amtsnachfolger im Innenministerium von sich nicht sagen. Werner Maihofer, bislang Sonderminister für Reformpolitik und ein „Professor mit Leib und Seele“, künftig unter anderem Sportminister, Polizeiminister und Sicherheitschef, muß den Rollentausch anders bewältigen — versucht es auch: mit beidhändigem Griff in den „Fundus an bisherigem Leben“.

War er nicht einmal „fast mit Ausschließlichkeit“ Leistungssportler, zehn Stunden täglich auf dem Eis, sogar Mitglied der Olympia-Auswahl im Eiskunstlauf? War er nicht mehrere Jahre lang Soldat, auch Kompanieführer, und hat er als solcher nicht Situationen erlebt, die der mißglückten Geiselbefreiung von Fürstenfeldbruck mindestens in puncto Gefährlichkeit gleichkommen? Hat er nicht als Strafrechtslehrer auch Polizisten und Geheimdienstler ausgebildet? Hat er nicht als Universitätsrektor schon Umgang gepflogen mit einem Verwaltungsapparat?

Und wo die Biographie keinen Mut mehr macht, da helfen (mindestens solange Heinz Kluncker und die nächste ÖTV-Tarifrunde noch weit sind) vielleicht Visionen weiter: beispielsweise „die Verklemmung zu lösen“ zwischen „allem, was sich bei uns und so links nennt“, und diesen ganzen „Notwendigkeiten“ eines modernen demokratischen Gemeinwesens wie Staatssicherheit, Grenzschutz, Polizei ...

So hehre Empfindungen sind rar in dieser Woche der Wachablösung. Es herrscht noch nicht einmal Aufbruchstimmung, und der Kanzler Schmidt erweckt auch keine. Die Startgeschwindigkeit, die er vorlegt, hat nichts mit Höhenflug zu tun, zielt nicht nach den Wolken. „Gottvater“ ist gegangen, der Himmel ist leer. Vor den Karren spannt sich vielmehr ein „Vater Courage“, und heißt alles, was noch nicht gestorben ist, sich auf die Socken machen: „Vorwärts, Genossen, wir müssen zurück!“

Gar keinen Ärger mit dem Rollentausch hat bloß Walter Scheel: 35 Jungdemokraten aus Bonn, denen der gewählte Bundespräsident versichert, „in fünf Jahren wieder voll da“ und dann immer noch jung zu sein, fallen am Donnerstag mit Fakkeln in seinen Garten und schließlich (als ein Jungdemokrat sehen will, ob Scheel auch „Das Kapital“ auf dem Bücherbord habe) auch in sein Haus ein.

Dort (und wohl nur dort) wird an diesem Abend gefeiert. Scheels haben Freunde eingeladen, nicht nur Politiker, und unter diesen auch solche, die in der neuen Regierung nichts mehr geworden sind. Einen, der mutmaßlich die meiste Mühe hat, den auferlegten Rollentausch zu vollziehen, vermißt der Hausherr besonders. Aber Willy Brandt ist in Norwegen.

„Er hätte hier sein sollen“, sagt Walter Scheel und deutet hinter sich in den Trubel.

* Staatssekretäre Marie Schlei, Manfred Schüler.

Mann gegenüber dem Koalitionspartner FDP. Die Liberalen retteten alle ihre Minister aus dem Kabinett Brandt (außer Scheel) in das Kabinett Schmidt hinüber — wenn auch mit Krach.

Nach der ersten Verhandlungsrunde der Koalitions-Kommissionen waren die Sozialdemokraten Schmidt, Herbert Wehner und Kühn mit dem Eindruck von ihren liberalen Partnern Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick geschieden, die Freidemokraten seien bereit, das nach Genschers Wechsel ins Außenamt frei werdende Innenministerium den Sozialdemokraten für den bisherigen Wohnungsbauminister Hans-Jochen Vogel zu überlassen und sich für den bisherigen FDP-Sonderminister Werner Maihofer, wie von Schmidt gewünscht, mit dem Justizressort zu bescheiden. Ein SPD-Kommissionär: „Die FDP-Leute waren davon sehr angetan."

Doch später kamen den Liberalen Bedenken. Nun wollten sie wieder das Innenministerium behalten, weil dort mit Umweltschutz und Beamtenrecht wichtige Reformbereiche ressortieren und im Justizministerium nach Verabschiedung der wichtigsten Reformen keine Popularität mehr zu gewinnen ist. Auf einer Sitzung von Parteivorstand und Fraktion am vergangenen Montag wurde der in der Führung großer Behörden unerfahrene FDP-Chefprogrammatiker Maihofer ohne Gegenstimmen nominiert.

Wie stets, konnte der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende Horst-Ludwig Riemer den Mund nicht halten. Er verkündete das Maihofer-Votum vor der Presse und verstimmte den künftigen Kanzler Schmidt, der sich bei der Kabinettsbildung nicht öffentlich festlegen lassen wollte.



Außenpolitiker Genscher
„Ich bin Leninist"

Am Montagabend im Kanzler-Bungalow explodierten Schmidt und SPD-Fraktionschef Herbert Wehner nach Plan. Schmidt blaffte die Freidemokraten wegen der Riemer-Panne an, dies entspreche nicht den Geboten der Fairneß, an die sich auch Leute wie Herr Riemer gewöhnen müßten. Die Sozialdemokraten verlangten, die Sitzung zu unterbrechen, und zogen sich demonstrativ in ein Nebengelaß zurück.

Die Liberalen mußten etwa eine halbe Stunde lang warten, dann verlangte der sich immer noch empört gebende Regierungsbildner Satisfaktion: Als Ausgleich für Maihofer im Innenministerium müsse den Sozialdemokraten dort ein Parlamentarischer Staatssekretär zugestanden werden.

Die Freidemokraten akzeptierten ohne Widerspruch, und sie fügten sich auch darin, ihren Presse-Staatssekretär Rüdiger von Wechmar zu opfern. Neuer Chef des Bundespresseamtes wurde wieder ein SPD-Mann, wie es sich die Sozialdemokraten schon lange gewünscht hatten: der Intendant von Radio Bremen, Klaus Bölling.

Des Kanzlers erste Wahl für diesen Posten, der „Zeit"-Chefredakteur und Schmidt-Fan Theo Sommer, war nicht zu haben. Sommer bedeutete dem Kanzler, er könne ihm auch als Chefredakteur des Hamburger Wochenblattes nützlich sein. Schon in der Woche der Kanzlerwahl zeigte Sommer, wie er sich das denkt. In der „Zeit" brachte er unter der Anrede „Lieber Helmut" eine huldvoll-fettige Antrittsode für den neuen Kanzler zu Papier, wie sie einem demokratischen Politiker hierzulande bisher noch nicht widerfuhr. Ein Schmidt-Staatssekretär: „Das peinlichste Stück Journalismus seit 1945."



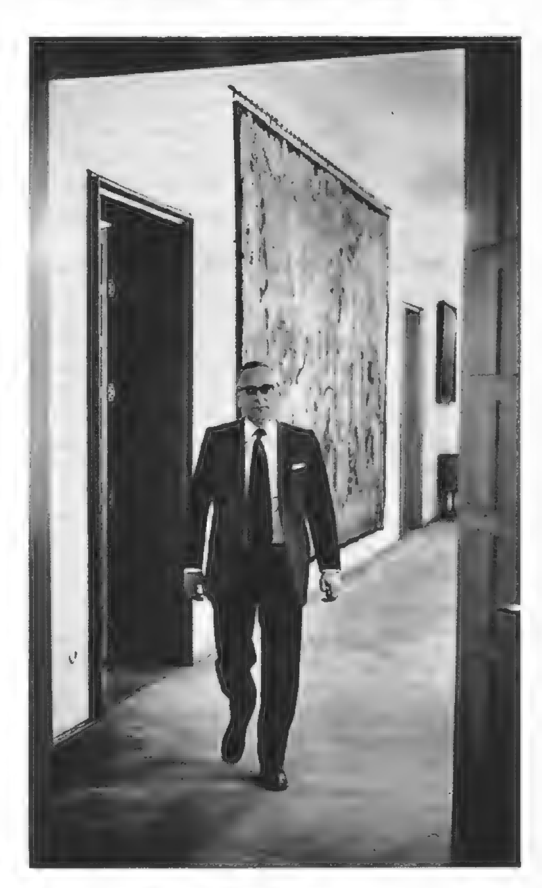
Entlassener Ostpolitiker Bahr
Als willfährig verdächtigt

Auch wenn es Schmidt gelingt, die nach der Guillaume-Affäre und dem Bonner Blitzrevirement noch verstörten Sozial- und Freidemokraten zu einer allein dem neuen Chef verpflichteten Truppe zu formen — gemessen wird die Equipe Schmidt/Genscher allein an den Leistungen, die sie bis 1976 noch zustande bringt.

Steuergeschenk von elf Milliarden für Arbeitnehmer geplant.

Zwar mühte sich der neue Regierungschef in fast jedem Interview, das er nach seinem Amtsantritt gab, und auch in seiner Regierungserklärung, den Erwartungshorizont der Bürger zu verengen. Aber schon in den ersten Wochen nach seiner Wahl will Schmidt jenes heikle Projekt angehen, das den Deutschen seit der Großen Koalition immer versprochen, aber nie beschert wurde: eine grundlegende Reform der Einkommensteuer.

Von 1975 an sollen beispielsweise rund zehn Millionen Familien mit Kindern mindestens fünfzig Mark je Kind vom Staat erhalten, sollen den Arbeitnehmern statt bisher 240 künftig 600 Mark monatlich als Freibetrag gewährt werden. Ein Angestellter mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von



Versetzter Ostpolitiker Gaus
Fernab vom Palais Schaumburg



Kanzlerhelfer Bölling: Im Presseamt ein Mann nach Wunsch

24 000 Mark müßte dann statt 2684 Mark nur noch 1305 Mark Lohnsteuer bezahlen. Folge: Durch das Steuergeschenk verlöre die Staatskasse jährlich etwa elf Milliarden Mark, fast ein Zehntel der Einnahmen des Bundes.

Doch sosehr den bedrängten Sozialdemokraten ein Steuergeschenk für ihre Arbeitnehmerklientel zupaß kommt, so schwer wird es Schmidts Finanzminister Hans Apel fallen, die Lücke im nächsten Etat zu schließen. Denn neben dem Elf-Milliarden-Loch, das die Steuerreform in die Staatskasse reißt, muß der neue Bundeskassier den Verlust von weiteren neun Milliarden Mark verkraften, die nach der mittelfristigen Finanzplanung ohnedies eingespart werden sollen.

Bislang können die Bonner Haushalter allenfalls hoffen, daß Länder und Gemeinden für etwa fünf der dann insgesamt fehlenden zwanzig Milliarden durch eigene Etatkürzungen geradestehen werden. Inständig warb daher Schmidt in seiner Regierungserklärung bei den Länder- und Gemeinde-Kämmerern um „solidarisches Verhalten".

„Seine Regierung ist weg, wenn Hessen verlorengeht."

Aber selbst die eigenen Genossen zeigen sich verstockt. Hessens Ministerpräsident Albert Osswald weigerte sich bereits, die Bundesfinanzen zu Lasten der Länder zu sanieren. Schmidt, so der Hessen-Premier, vergesse offenbar die bevorstehenden Landtagswahlen: „Er hat wohl noch nicht erkannt, daß seine Regierung weg vom Fenster ist, wenn Hessen verlorengeht."

Wie immer der Streit zwischen Bund und Ländern in den nächsten Monaten ausgeht, Schmidt-Nachfolger Apel muß in jedem Fall mit einem Rekord-Minus in der Geschichte der Bundesrepublik fertigwerden.

Zudem muß der Finanz-Neuling auf einen bewährten Helfer verzichten. Ex-Finanzminister Schmidt nahm mit Staatssekretär Manfred Schüler ausgerechnet jenen Mann ins Kanzleramt, der als ausgepichter Kenner der komplizierten Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gilt. Mit Mühe konnte Apel am vergangenen Donnerstag im Plenarsaal des Bundestages seinen Kabinettskollegen Erhard Eppler überreden, auf den Haushaltsdirektor des Finanzministeriums, Joachim Hiehle, zu verzichten. Hiehle, der jetzt die Schüler-Nachfolge antreten soll, hatte schon vor längerer Zeit dem Entwicklungshilfeminister versprochen, als Staatssekretär in sein Ressort zu wechseln.



Kanzlerhelfer Leister
Umzug mit dem Chef

Die Kreml-Führer fühlen sich irritiert.

So hat Apel wenigstens einen erfahrenen Streicher zur Seite, wenn er bereits im Juni ans Kürzen der Ressortanforderungen für 1975 geht. Immerhin muß Apel Milliarden streichen, die in Arendts Sozial-Etat für die Rentenversicherung, in Ertls Agrar-Budget für die Bauern oder in Gscheidles Verkehrshaushalt für die Bundesbahn eingeplant sind.

In Schwierigkeiten gerät der neue Finanzchef auch, wenn er den Bildungsetat des Kollegen Rohde ausbürsten muß. Hatten die Sozialdemokraten noch im letzten Wahlkampf mit der Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle geworben, so will der Kanzler jetzt die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten (bisher eingeplanter Aufwand für 1975: drei Milliarden) kappen und auch im Hochschulbau (Haushaltsansatz für 1974: zwei Milliarden) kurztreten. Schon opponiert FDP-MdB Jürgen Möllemann: „Da machen wir nicht mit."

Ohne Geld kommt Rohde auch bei seinem Konzept zur beruflichen Bildung nicht aus, mit dem er um Arbeitnehmer-Stimmen werben will. Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung, die vor allem von den Gewerkschaften verlangt wird, gehören nämlich nicht nur neue Ausbildungs-Ordnungen und überbetriebliche Lehrstellen, sondern auch zusätzlich 15 000 Gewerbelehrer.

Sicher scheint, daß die neue Bonner Regierung den Gewerkschaften weder eine perfekt reformierte Berufsausbildung noch die für diese Legislaturperiode versprochene Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Wirtschaft bescheren kann. Dafür haben sich die sozialliberalen Koalitionäre fest vorgenommen, bis 1975 wenigstens ein neues Mitbestimmungsgesetz zuwege zu bringen. Will Schmidt dieses Projekt noch termingerecht durchziehen, müssen sich die Koalitionspartner allerdings über haarige Details — zum Beispiel die bislang heftig umstrittene Definition des leitenden Angestellten — bald einig werden.

Weil Helmut Schmidt der Stabilisierung von Staat und Partei den Vorrang geben muß, bleibt für die von Brandt bevorzugte Außenpolitik zunächst nur Routine. Trotz des Versprechens, die von seinem Amtsvorgänger eingeschlagene Ostpolitik fortzusetzen, fällt es Schmidt schwer, gerade diesen An-

spruch gemeinsam mit seinem neuen Außenminister Genscher zu erfüllen.

Nach dem Rücktritt Brandts, dem Abgang Scheels, der Entlassung Bahrs und der Vertreibung von DDR-Unterhändler Günter Gaus aus dem Kanzleramt — Schmidt wies dem Staatssekretär einen neuen Arbeitsraum fernab vom Palais Schaumburg in der Bonner Kaiserstraße an — sind die engagierten Ostpolitiker von der Bühne verschwunden. Statt ihrer verwaltet nun Hans-Dietrich Genscher, der die Annäherung an die osteuropäischen Staaten stets zurückhaltend beurteilt hat, das Bonner Außenamt.

Die Sowjets, die zu Brandt und Bahr großes Vertrauen hatten, müssen sich auf einen Mann einstellen, der ihren Lieblingspartner Bahr stets als allzu willfährigen Kontaktmann verdächtigte. Schon lange vor dem Fall Guillaume erregte sich ein Sowjetdiplomat über den künftigen Außenminister: „Dann schon lieber Helmut Schmidt. Der ist zwar auch schlimm, aber wenigstens Sozialdemokrat."

Irritiert fühlten sich die Kreml-Führer auch, weil Genscher als Innenminister seine Aufwartung nur bei Moskau-Gegnern und -Abweichlern gemacht hat. So ließ er sich nach Rumänien einladen, das auf eine selbständige Politik gegenüber der Sowjet-Union bedacht ist, und er stellte sich beim sozialistischen Erbfeind in der Volksrepublik China vor — zu einem Zeitpunkt, als für ihn bereits erkennbar war, daß er als Nachfolger Scheels ins AA einziehen würde.

Genscher freilich schiebt für den mangelnden Kontakt den Russen die Schuld zu: Er habe von der Sowjet-Union keine offizielle Einladung erhalten: „Die Botschaft in Bonn hat dafür sicher eins aufs Dach gekriegt."

Mittlerweile hat sich Moskau, um seine Westpolitik nicht zu gefährden, auf die neuen Bonner Spitzen eingestellt. Vorsichtig signalisierten die Russen schon vor der Vereidigung des neuen Kabinetts, sie seien sogar bereit, zum Einstand des Gespanns Schmidt/Genscher weiteres Entgegenkommen zu zeigen. Sie ermunterten Helmut Schmidt, möglichst bald zu Breschnew nach Moskau zu reisen.

Aber Schmidt hat zu verstehen gegeben, daß er es gar nicht eilig hat, so schnell zur Visite im Kreml anzutreten. Den zwischen Brandt und Breschnew vereinbarten Besuchstermin für Anfang Juli will er auf keinen Fall wahrnehmen.

Für den Kanzler und seinen Stellvertreter Genscher hat neben der Innenpolitik erst einmal die Neuordnung der desolaten westlichen Verhältnisse Vorrang — in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis.

Vor allem der Außenminister hofft, sein bis zur Guillaume-Affäre tadellos gepflegtes Image als Garant von Sicherheit und Ordnung in seinem neuen Amt aufpolieren zu können. Sein Ziel ist es deshalb, den Deutschen die Zweifel an der Lebenskraft von Nato und EG zu nehmen. Programmatischer Auftakt soll Genschers Auftritt bei der Frühjahrs-Konferenz der Nato in Ottawa sein.

Dort werden die internationalen Profis Mitte Juni einen ihnen gänzlich unbekannten Laien-Diplomaten erleben, der des Englischen kaum mächtig ist. Washington hat der AA-Chef erst einmal gesehen — 1962 als junger Gehilfe des damaligen FDP-Vorsitzenden Erich Mende, der dem US-Präsidenten John F. Kennedy seine Aufwartung machte.

An Bonns Adenauer-Allee erwarten die Außenbeamten ihren neuen Vorgesetzten mit Schrecken. Genscher steht im Ruf eines autoritären und strapaziösen Amtschefs: „Ich bin Leninist", so verblüffte er kürzlich Vertraute, „ich handle nach dem Motto: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser."

Sein Ministerbüro im Innen-Ressort hatte der Freidemokrat zu einem Kontrollorgan mit sieben Aufpassern ausgebaut, die nicht nur die Abteilungsleiter, sondern auch die Staatssekretäre überwachten. Einzig Büroleiter Klaus Kinkel, der mit ins AA wechselte, genießt das volle Vertrauen des allzeit mißtrauischen Ministers. Die Staatssekretäre mußten sich von ihrem Dienstherrn oft hart anfahren lassen, auch vor Untergebenen. Parlamentarische Staatssekretäre hielt Genscher nicht für ernst zu nehmende Verhandlungspartner. Parteifreund und NRW-Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer bemerkte: „Genscher regiert ziemlich autoritär, haut bisweilen zu und kümmert sich um jeden feuchten Kehricht."

Sorgen macht der Wechsel Genschers auch den Sozialdemokraten. Als Willy Brandt sich noch mit der Berufung des Unvermeidlichen zum Außenminister plagte, sah er bereits mit Beklemmung voraus, wie der Liberale auf internationalem Parkett wirken würde. Brandt: „Dieser dicke Boche." Für Fraktionschef Herbert Wehner ist der künftige FDP-Vorsitzende „der mit den Ohren". Und Bundeskanzler Helmut Schmidt äußerte noch in der Parteiratssitzung vorletzte Woche sein Unbehagen an dem neuen Chef-Partner: „Der taktiert doch noch im Schlaf."

Obwohl der Vizekanzler schon seit fast zwanzig Jahren hinter und auf der Bonner Bühne agiert, wissen seine so-



Die Zeit

Lohn der Angst

zialdemokratischen Partner immer noch nicht, was an ihm Überzeugung, was nur Tünche ist. Seine Undurchschaubarkeit brachte ihn in den — freilich albernen — Verdacht, er mache das sozialliberale Bündnis nur halbherzig mit und sei ständig auf dem Absprung zur CDU/CSU.

Argwöhnisch beobachtete die SPD Genschers herzliche Kontakte zu den Oppositionsoberen. Sein einstiger CSU-Vorgänger im Innenministerium, Hermann Höcherl, lobt: „Er ist sehr flexibel und wandlungsfähig." Sein bisheriges Haus führte er ganz nach Geschmack der Christenunion. CDU-Innen-Experte Friedrich Vogel: „Der machte unsere Politik." Und in den Koalitionsverhandlungen vergangene Woche weigerte sich Genscher strikt, den Wunsch des neuen Kanzlers zu erfüllen, den von ihm vor wenigen Wochen ernannten CDU-nahen Staatssekretär Siegfried Fröhlich wieder zu entlassen und ihn durch einen koalitionstreuen Spitzenbeamten zu ersetzen.

NRW-Premier Heinz Kühn fürchtet bereits, daß die Liberalen sich schon nach der Niedersachsen-Wahl im Juni wieder von der Koalition mit der SPD in Bonn absetzen könnten, sollte das Ergebnis nicht ihren Erwartungen entsprechen.

Kanzler Schmidt ist von vornherein auf Distanz zu seinem Stellvertreter bedacht. Während Brandt in seinem freundschaftlichen Bündnis mit Scheel eine Hauptstütze der Koalition sah, meidet Schmidt jeden Anschein allzu großer Vertraulichkeit mit dem Scheel-Nachfolger. Vielmehr will er die Koalition im Verein mit allen vier FDP-Ministern führen.

Aber auch in der Sympathiefigur des demissionierten Kanzlers könnte Schmidt ein Widerpart erwachsen. Als Partei-Kanzler soll Willy Brandt nun die reine sozialdemokratische Lehre gegenüber dem Pragmatismus des von Schmidt betriebenen sozialliberalen Alltagsgeschäfts hochhalten — und das könnte der derzeit schweigenden Linken Mut machen. Denn als SPD-Vorsitzender muß Brandt auch dafür sorgen, daß Schmidt den Reformverzicht nicht zum ersten Programmpunkt macht. Betriebe Kanzler Schmidt mit Rücksicht auf den Wählerzeitgeist nur eine bessere Art von CDU-Politik und gelänge es dem Parteivorsitzenden Brandt nicht, die dagegen opponierende Linke zu zügeln, könnte der Partei sogar die Spaltung drohen.

Einige Spitzen-Genossen plagen sich schon mit düsteren Ahnungen, falls Schmidt scheitern sollte und mit ihm bei der nächsten Bundestagswahl die SPD. Entwicklungsminister Erhard Eppler apokalyptisch: „Wer das Kabinett Schmidt das letzte Aufgebot der Sozialdemokratie nennt, muß wissen: Dies ist dann auch das vorletzte der deutschen Demokratie."

SPIEGEL Gespräch

„Wir glauben, wir können es besser"

CDU-Wirtschaftssprecher Gerhard Stoltenberg über die Bonner Stabilitätspolitik

SPIEGEL: Herr Stoltenberg, Sie und Ihre Partei, die CDU, haben eine Reihe spektakulärer Wahlerfolge errungen. Ihre wirksame Parole war der Hinweis auf die Inflation und andere wirtschaftspolitische Fehler der Regierung. Glauben Sie, der wirtschaftspolitische Sprecher der Union, wirklich, daß Sie es besser könnten?

STOLTENBERG: Wir glauben, daß wir es besser könnten.

SPIEGEL: Obwohl nun Helmut Schmidt, der strikte Sparsamkeit und damit eine relativ straffe Stabilisierungspolitik durchsetzen will, Kanzler ist?

STOLTENBERG: Es bedurfte der schweren Wahlniederlagen der letzten Monate und in ihrem Gefolge einer Regierungskrise, bis Helmut Schmidt seine betonte Geringschätzung der Stabilität überprüfte. Jetzt muß abgewartet werden, ob der neuen Sprache wirklich eine neue Politik folgt. Zunächst sind die Hypotheken der Koalition so groß, daß wir glauben, die besseren Voraussetzungen im Wettbewerb mit der neuen Regierung zu besitzen. Dabei verkennen wir nicht die großen Schwierigkeiten, die aus der internationalen Entwicklung erwachsen und die jede Bundesregierung belasten würden.

SPIEGEL: Glauben allein ist nicht viel.

STOLTENBERG: Wir haben, als die CDU den Bundeskanzler stellte, also in den Jahren 1949 bis 1969, einen entscheidenden Stabilitätsvorsprung vor den anderen Industrieländern errungen, obwohl die Ausgangsvoraussetzungen in der Nachkriegszeit sicher schwieriger waren. Das sind Indizien für die These, daß wir es besser machen würden.

SPIEGEL: Meinen Sie denn, daß der Hinweis auf die im Vergleich zu heute niedrigen Preissteigerungen der fünfziger und sechziger Jahre allein schon die Behauptung rechtfertigt, die CDU könnte heute mehr Stabilität herstellen?

STOLTENBERG: Dieser Hinweis ist wichtig, reicht aber nicht aus. Es ist ganz klar, daß die Bedingungen der siebziger Jahre andere sind als die der fünfziger und sechziger Jahre. Die Erschütterung des internationalen Währungs- und Handelssystems wirft Fragen auf, stellt schwierige Probleme, die damals noch nicht gesehen wurden. Aber das rechtfertigt in keiner Weise die gröbliche Mißachtung des Stabilitätsgesetzes ...

SPIEGEL: ... nach dem die Bundesregierung zur Aufrechterhaltung von Preisstabilität verpflichtet ist ...

STOLTENBERG: ... und sich nicht daran hält. Diese unsere Kritik an den Unzulänglichkeiten und schweren Fehlern und Versäumnissen der nationalen Stabilitätspolitik wird übrigens ja eindrucksvoll unterstrichen, zuletzt von allen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten.

SPIEGEL: Die Forschungsinstitute geißelten die am 19. Dezember von Bonn verfügte Lockerung des strammen Stabilitätsprogramms, das die Bundesregierung im vergangenen Mai verordnet hatte.

STOLTENBERG: Ja, und ich teile die Auffassung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, daß es zu früh in entscheidenden Punkten aufgehoben wurde.

SPIEGEL: Da haben Sie Ihre Meinung aber erstaunlich schnell geändert. Sie haben just Anfang Dezember genau das gefordert, was die Wirtschaftsforscher, nachdem es geschah, kritisierten, nämlich die Aufhebung der Investitionsteuer, die Abschaffung des Kreditstopps für Länder und Gemeinden, die Hilfen für gefährdete Branchen.

STOLTENBERG: Ich habe mit anderen damals eine regional differenzierte Konjunkturpolitik gefordert. Rechtzeitig eingeleitete Maßnahmen zur gezielten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Rand- und Problemgebieten hätten Chancen für ein längerfristiges Durchhalten der allgemeinen Stabilitätsmaßnahmen eröffnet.

SPIEGEL: Sie haben aber bereits vor Monaten gesagt, man müsse überprüfen, ob die Bundesbank ihre Kreditbremsen nicht lockern sollte. Eine laxere Geldpolitik aber hieße, die gesamten Stabilitätsbemühungen aufzugeben.

STOLTENBERG: Die wachsenden Härten der Hochzinspolitik der Bundesbank, die vor allem im Bereich der Selbständigen und des Mittelstandes erhebliche Sorgen verursachen, könnten nur dann gerechtfertigt werden, wenn diese Politik Teil einer umfassenden Stabilitätsstrategie ist. Aber die Bundesbank bremst ohne eine angemessene wirksame Unterstützung durch die Bundesregierung und darum ohne Chance auf baldige stabilitätspolitische Wirkungen.

SPIEGEL: Als notwendige Unterstützung der Geldpolitik forderten Ihre Parteifreunde, voran der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, eine sparsame Haushaltspolitik, also geringere Defizite der öffentlichen Hand, als die Bundesregierung vorsieht. Nur: Diese Defizite wirken, soweit sie am Kapital-



Stoltenberg (M.) beim SPIEGEL-Gespräch in Kiel*

* Im Büro des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten mit (v. l.) Renate Merklein, Klaus Wirtgen, Stenograph Walter Steinbrecher.

markt finanziert werden — und das werden sie ja wohl —, nicht inflationsfördernd. Alles, was der Staat auf diese Weise finanziert, müssen private Investoren einsparen, solange die Bundesbank das Geld knapp hält.

STOLTENBERG: Natürlich ist die Geldpolitik nicht inflationsfördernd.

„Die Zielkonflikte verschärfen sich mit fortschreitender Inflation."

SPIEGEL: Auch die von der CDU/CSU beklagten und als inflationär angeprangerten Defizite der öffentlichen Haushalte sind unter solchen Bedingungen nicht inflationsfördernd.

STOLTENBERG: Aus den enormen Fehlbeträgen der öffentlichen Haushalte erwächst jedoch ein ständiger politischer Druck auf zusätzliche Geldschöpfung.

SPIEGEL: Bisher hat aber noch niemand erfolgreich gedrückt.

STOLTENBERG: Die Ausgabe von Schuldscheindarlehen durch Minister Schmidt zu elf Prozent war sicher nicht stabilitätsgerecht. Das einzig positive Ergebnis einer negativen Bilanz der letzten 15 Monate ist zweifellos, daß es zum erstenmal durch die Leistung der Bundesbank und die Freigabe der Wechselkurse im kleineuropäischen Verbund gelungen ist, die Geldmengensteuerung wirksamer als zuvor vorzunehmen. Darin stimme ich Ihnen zu.

SPIEGEL: Die Folgen der Bundesbankpolitik wurden von der Opposition aber scharf mißbilligt.

STOLTENBERG: Die sich abzeichnende Zunahme der Konkurse und Vergleichsverfahren ist schon ein beunruhigender Sachverhalt, vor allem weil wir wissen, daß es viele 10 000 Betriebe gibt, die noch gerade an diesem Markierungspunkt vorbeikommen, bei denen wir aber fragen müssen: Wie lange noch?

SPIEGEL: Sie können doch nicht einerseits die Pleiten beklagen und andererseits für Stabilität sein. Die Pleite gehört zur Marktwirtschaft und zur Stabilitätspolitik. So ist es nun einmal.

STOLTENBERG: Das Ausscheiden von nicht mehr leistungsfähigen Betrieben gehört natürlich zur Marktwirtschaft. Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß wichtige Wirtschaftszweige, die nach meiner Überzeugung auch zum volkswirtschaftlichen Bild von morgen dazugehören müssen, einem zu harten Druck unterworfen sind.

SPIEGEL: Das Bonner Hilfsprogramm für stabilitätsgeschädigte Branchen umfaßt eine Milliarde zinssubventionierter Kredite. Obwohl die Wirtschaftsforschungsinstitute, die Sie vorhin als Kronzeugen für Ihre Kritik anführten, das schon zuviel fanden, wollen Sie, daß noch mehr ausgeworfen wird?

STOLTENBERG: Das Hauptproblem ist nicht die Aufstockung der Mittel, sondern die Frage, zu welchen Zinsbedingungen und zu welchen Laufzeiten sie gegeben werden.

SPIEGEL: Sie fordern also günstigere Konditionen.

STOLTENBERG: Günstigere Konditionen sind zweifellos dringend notwendig.

SPIEGEL: Außer besseren Hilfen für notleidende Branchen und Maßnahmen gegen regionale Arbeitslosigkeit fordern Sie und Ihre Parteikollegen auch noch niedrigere Steuern, alles Dinge, die nach herkömmlicher Ansicht die Inflation eher anheizen als bremsen.

STOLTENBERG: Die Zielkonflikte verschärfen sich mit einer fortschreitenden Inflationsbewegung. Im übrigen glaube ich nicht, daß die genannten Widersprüche bestehen. In der Steuerdiskussion verlangen wir genaugenommen ja nicht Steuersenkungen, sondern eine Reduzierung der ständig wachsenden Steuerquote. Es geht ja in den vorliegenden Anträgen der CDU/CSU ...

SPIEGEL: ... die einen Einnahmeausfall des Staates von zehn Milliarden Mark bedeuten würden ...

STOLTENBERG: ... gar nicht darum, den Staatsanteil zu verringern, sondern die Doppelwirkung von Inflation und Progression zu mildern. Denn nur steuerpolitische Kurskorrekturen hätten die Einkommenspolitik ...

SPIEGEL: ... also die Lohnabschlüsse ...

STOLTENBERG: ... auf einen stabilitätsgerechten Kurs bringen können. Damit wäre vielleicht das Debakel im öffentlichen Dienst vor wenigen Monaten vermieden worden. Dem Arbeitnehmer werden ja von einer zusätzlichen Mark Lohnsteigerung 47 Pfennig wieder abgenommen gegenüber 30 Pfennig im Jahr 1970.

SPIEGEL: Sie fordern die steuerlichen Entlastungen aber auch noch jetzt, nachdem die Löhne für den größten Teil der Arbeitnehmer schon ausgehandelt sind. Warum?

STOLTENBERG: Die Doppelwirkung von Progression und Inflation auf die Arbeitnehmer und den Mittelstand ist eine Quelle wachsender politischer Unruhe. Wenn die Bundesregierung nicht endlich erkennt, daß eine permanente Erhöhung der Steuerlasten parallel zur Inflation gefährlich ist, können wir eines Tages politische Reaktionen erleben, wie wir sie in Dänemark haben.

SPIEGEL: Wahlerfolge staats- und steuerfeindlicher Gruppen wie in Dänemark hat es bisher nicht gegeben.

STOLTENBERG: Ja, weil wir uns zum Sprecher entscheidender Wünsche der Menschen, wie Abbau der ständigen heimlichen Steuererhöhungen, gemacht haben. Nur würde ich diese Integrationskraft der CDU für alle Zukunft nicht als selbstverständlich ansehen. Überdies beginnt die neue Tarifrunde im November. Deswegen werden wir bis zur Sommerpause das Thema Steuersenkung weiter behandeln müssen.

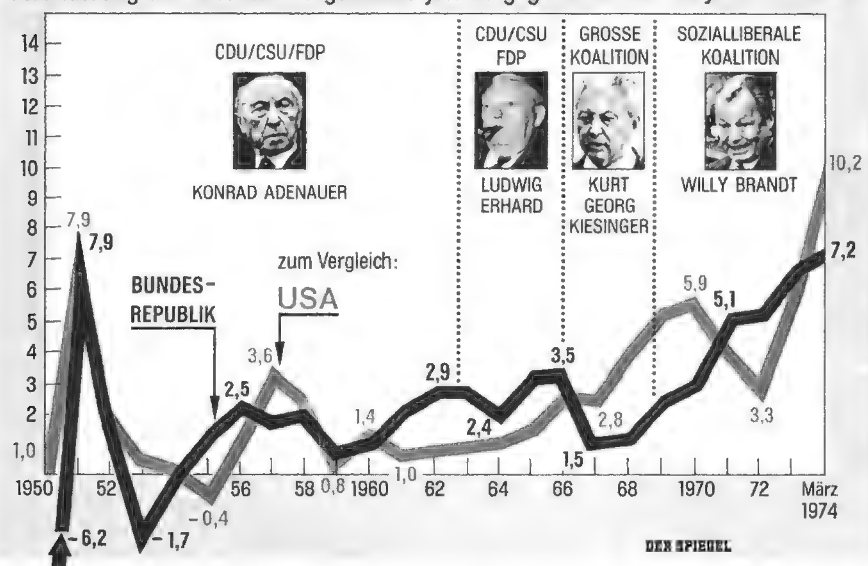
„Im Herbst eine Chance für den Neubeginn."

SPIEGEL: Nur, das macht die Regierung auch — die Koalition plant ja schließlich eine Steuerreform, die den unteren Einkommensschichten auch eine Entlastung von zwölf Milliarden garantieren soll.

STOLTENBERG: Die jetzigen Pläne der Koalition führen nur zu einer

PREISE: MIT DER CDU STABILER?

Veränderung der Lebenshaltungskosten jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent



War Ihre letzte Konferenz wirklich so erfolgreich, wie Sie dachten?

Vielen entscheidenden Konferenzen fehlt oft der letzte Schliff.

Da Hotels die traditionellen Konferenz-Zentren sind, ist ihr Mitwirken von großer Wichtigkeit. Leider verhalten sich die meisten im besten Fall passiv.

Dagegen bieten Esso* Hotels – aufgrund ihrer großen Konferenz-Erfahrung – alles, was für eine perfekte Tagung wichtig ist: kompletten Konferenz-Service, verlockende Restaurants mit internationaler Küche und den kulinarischen Spezialitäten des jeweiligen Landes, gemütliche Bars, kostenlose Parkplätze und eine hervorragende Lage.

Darüber hinaus haben Esso*-Spezialisten für Groß-Konferenzen ihre Erfahrung aus 7 Ländern Europas im Esso* Hotel „Konferenz-Planer" zusammengefaßt. Er gibt Aufschluß über perfekte Konferenz-Planung für 25 – 500 Teilnehmer – egal, ob sie in Glasgow oder Florenz stattfinden.

Esso* Hotels gibt es in 7 Ländern Europas.

England: Bristol, Coventry, Edinburgh, Glasgow/Erskine, Luton, London/Wembley, Maidenhead, Runcorn, South Mimms

Belgien: Antwerpen, Casteau

Holland: Amsterdam, Born, Velp

Deutschland: Bremen, Köln, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Heidelberg, München, Nürnberg, Sindelfingen

Österreich: Linz

Italien: Bologna, Florenz

Frankreich: Bordeaux

Direkt Buchung:

Tel. (0611) 67 80 51

Esso* Hotels – von hier aus erobern Erfolgreiche Europa.



Wenn Sie mehr über Esso* Hotels in Europa wissen möchten, dann schicken Sie bitte diesen Coupon an: Frankfurt Esso* Hotel, Erika Kunzelmann, 6000 Frankfurt/Main, Isenburger Schneise.

Name

Firma

Ort

Straße

kurzfristigen Entlastung für die unteren Einkommensgruppen, die bereits in ein bis zwei Jahren durch die neuen vorgesehenen Steuertarife vollkommen wirkungslos wird.

SPIEGEL: Wo ist denn der wesentliche Unterschied zwischen Ihren Vorschlägen und den Plänen der Regierung, die — wenn Ihre Hypothese stimmt — ja auch mäßigend auf die nächsten Lohnabschlüsse wirken müßten.

STOLTENBERG: Die Vorschläge der Union zu den Steuertarifen, den Freibeträgen und den Sonderausgaben sollen zu einer langfristigen Entlastung für die Mehrzahl der Steuerzahler führen.

SPIEGEL: Und was würden Sie außerdem jetzt besser machen als die Regierung?

STOLTENBERG: Ich glaube, daß die nächste wirksame Chance für einen Neubeginn in der Stabilitätspolitik nach der verlorenen Schlacht dieses Winters im Herbst liegt, in einer besseren, umfassenderen Vorbereitung der nächsten Einkommensrunde.

SPIEGEL: Wenn Ihre Forderungen nach institutioneller Stärkung des Staates und nach entschlossener Vertretung des Gemeinwohls gegenüber Einzelinteressen nicht Phrasen bleiben sollen, dann verlangen Sie doch faktisch eine Einschränkung der Tarifautonomie.

STOLTENBERG: Nein, ich glaube, daß Tariffreiheit im Bereich der Wirtschaft und Freiheit der Preisbildung am Markt in einem zumindest politischen Zusammenhang stehen. Der Versuch, mit den Möglichkeiten des Stabilitätsgesetzes zu einer wirksamen Einkommenspolitik zu kommen, muß gemacht werden, wahrscheinlich von einer anderen Regierung als der jetzigen, die dazu nicht bereit ist.

SPIEGEL: Die andere Regierung würde von Ihrer Partei geführt, und Sie haben als stabilitätspolitische Alternative nur unverbindliche Orientierungsdaten für die Löhne anzubieten.

STOLTENBERG: Orientierungsdaten, ihre energische Vertretung und Konsequenzen bei einer Mißachtung.

SPIEGEL: Was heißt energische Vertretung?

STOLTENBERG: Energische Vertretung heißt, daß die Bundesregierung, beginnend vom Regierungschef, sie erläutert und vertritt, notfalls auch in einer kritischen Auseinandersetzung ...

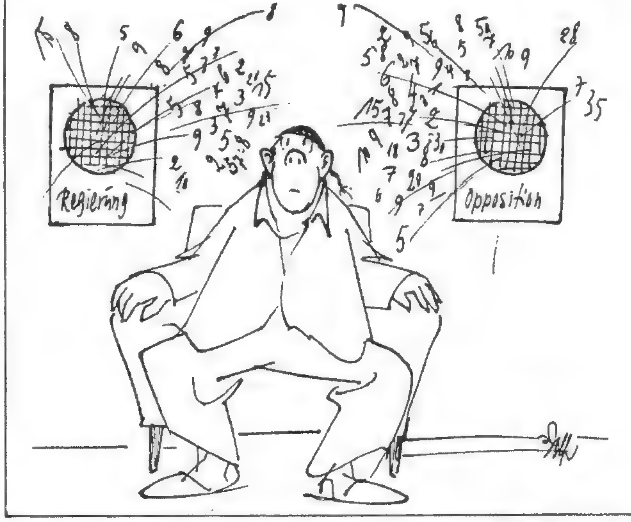
SPIEGEL: ... aber nur verbal vertritt ...

STOLTENBERG: ... verbal vertritt, natürlich. Zwangsmaßnahmen gibt es bei der Tariffreiheit nicht. Aber eine Regierung, die sie im Sinne des Stabilitätsgesetzes vorlegt und energisch vertritt, muß zweierlei mit ihnen erreichen: Einmal muß klar werden, wer durch entscheidendes Abweichen von den Orientierungsdaten die Verantwortung für Fehlentwicklungen übernimmt. Zum zweiten schafft die Bundesregierung sich damit einen politischen und psychologischen Handlungsspielraum, gegebenenfalls auch durch Anwendung anderer Maßnahmen des Stabilitätsgesetzes einem Fehlverhalten zu begegnen.

SPIEGEL: Das würde heißen, eine zu hohe Lohnerhöhung wird mit einer Stabilisierungskrise beantwortet.

STOLTENBERG: Nicht mit einer Stabilisierungskrise, sondern durch gezielte Maßnahmen des Stabilitätsgesetzes.

SPIEGEL: Ja, das wäre dann eine Stabilisierungskrise.



Kieler Nachrichten

„Welche Zahlen stimmen denn nun?“

STOLTENBERG: Nein, das könnte theoretisch auch der Konjunkturzuschlag sein, es braucht nicht eine Stabilisierungskrise zu sein.

SPIEGEL: Aber entschuldigen Sie, wenn zu hohe Löhne abgeschlossen werden und die Wirtschaftspolitiker verordnen daraufhin einen Konjunkturzuschlag, dann kann das nur den Sinn haben, daß die Nachfrage reduziert wird. Also werden die Unternehmen die hohen Löhne nicht, wie vorher angenommen, auf die Verbraucher abwälzen können. Das hat Beschäftigungseinbrüche zur Folge, und diesen Zustand nennen viele Ökonomen Stabilisierungskrise.

STOLTENBERG: Ob ein Konjunkturzuschlag, wenn wir einmal theoretisch hier diskutieren, automatisch zu einer Stabilisierungskrise führt, hängt ja von einer ganzen Reihe von anderen Faktoren ab. Ich möchte mich nur gegen die Kausalbeziehung zwischen gezielten Maßnahmen im Sinne des Stabi-

litätsgesetzes und einer Stabilisierungskrise wenden.

SPIEGEL: Wenn Sie das Wort Stabilisierungskrise nicht so gerne hören, sagen wir Beschäftigungsrisiko.

STOLTENBERG: Ja, sicher, eine konsequente Stabilitätspolitik schafft ein begrenztes Beschäftigungsrisiko. Nur muß man hier deutlich die andere Seite der Medaille sehen. Ein Treibenlassen der Inflation in der Form, wie wir es in den letzten Jahren erleben, vergrößert mittelfristig nach meiner festen Überzeugung die Beschäftigungsrisiken in erheblich stärkerem Umfang.

SPIEGEL: Wir sehen nicht, was an diesem Konzept originell ist. Nach den Lohnabschlüssen vom Winter, die als stabilitätsgefährdend gelten, ging die Bundesregierung auch ein begrenztes Beschäftigungsrisiko ein, etwa dadurch, daß sie bedrohten Branchen sogar teilweise weniger half, als Sie verlangen. Sie verhält sich also nicht anders, als Sie unter Berufung auf das Stabilitätsgesetz in solchen Fällen vorschlagen.

STOLTENBERG: Dies kann man, wie ich glaube, auf dem Hintergrund der jüngsten Analysen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute nun wirklich in keiner Weise sagen. Die Möglichkeiten und die Verpflichtungen des Gesetzes sind nicht ausgeschöpft.

„Auch der Staat muß seine Ausgaben begrenzen."

SPIEGEL: Herr Stoltenberg, dürfen wir daran erinnern, daß das Stabilitätsgesetz die Bundesregierung außer zu Stabilität auch zu Vollbeschäftigung, angemessenem Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht verpflichtet. Diese vier Ziele hat bisher keine Regierung auf dieser Welt verwirklichen können, auch die CDU-Regierungen der fünfziger und sechziger Jahre konnten es nicht.

STOLTENBERG: Zweifellos kann eine derartige Zielkombination auch von einer erfolgreichen Regierungspolitik nur annäherungsweise verwirklicht werden. Aber dies braucht nicht zu bedeuten, daß wir ständig steigende Inflationsraten weiter passiv hinnehmen und durch die Regierung politisch verharmlosen.

SPIEGEL: Machen Sie es sich nicht ein bißchen zu einfach, wenn Sie Inflation nur mit Einkommenspolitik, also an der Lohnfront, bekämpfen wollen?

STOLTENBERG: Auch der Staat muß mittelfristig seinen Ausgabenzuwachs klarer begrenzen. Entsprechende Ankündigungen des neuen Bundeskanzlers genügen nicht. Vor ihm liegt noch die schwere Aufgabe, die Vielfalt eingegangener Versprechungen und Verpflichtungen abzubauen, notfalls durch Gesetz. Ferner ist die konsequente An-

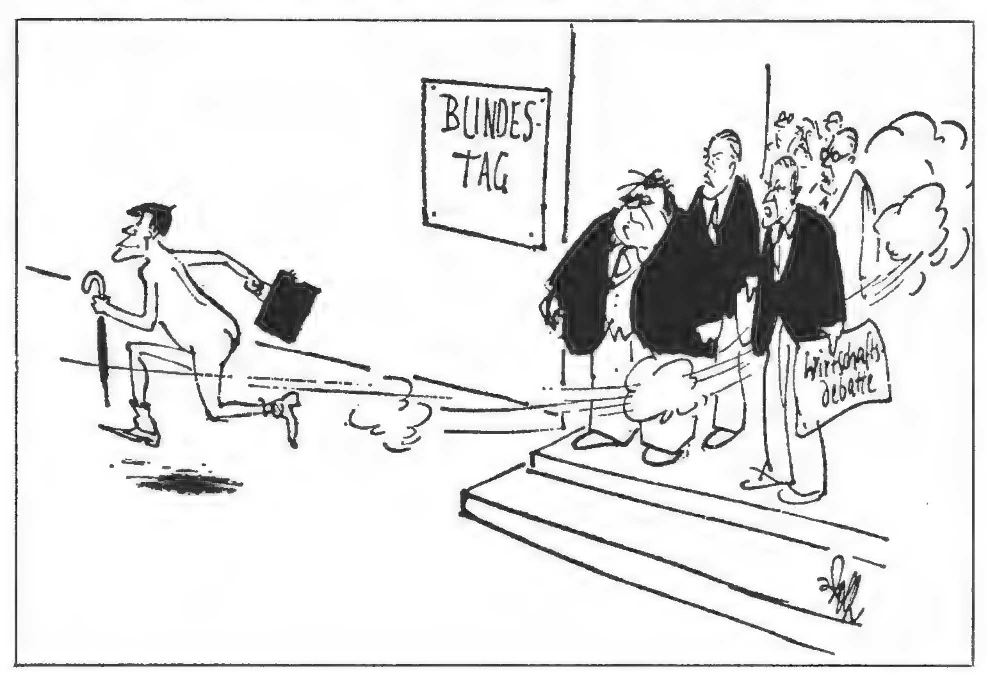
wendung des Wettbewerbsrechts entscheidend.

SPIEGEL: Meinungsumfragen ergeben, daß die Bevölkerung die allgemeine wirtschaftliche Situation ähnlich negativ beurteilt wie Sie, obwohl es den Befragten selber nach eigenem Urteil gut geht. Ist das ein Wahlkampferfolg von Ihnen?

STOLTENBERG: Nein, ich glaube nicht, daß die Wahlkämpfe zu den Landtags- und Kommunalwahlen eine so große prägende Kraft haben.

SPIEGEL: Wer oder was impft den Bürgern Angst ein, wenn es nicht die Parolen der CDU sind, in denen viel von krisenhafter Entwicklung steht.

STOLTENBERG: Was die Menschen vermissen, was wir vor allem brauchen, ist eine in sich geschlossene Regierungspolitik, die alle Einzelprobleme unter dem vorrangigen Ziel der Wiedergewinnung der Stabilität behandelt. Dazu gehört neben den erörterten Problemen der Einkommens- und Wettbewerbspolitik die Neuorientierung der mittelfristigen Haushaltspolitik, das heißt der Abbau leichtfertiger und unabgestimmter Versprechungen. Unausgereifte Entwürfe in der Berufsbildung, Mitbestimmung und Vermögensbildung, die entweder erhebliche Kosten verursachen und preistreibend wirken oder starke psychologische Belastungen verursachen, müssen auf stabilitätsgerechtere Lösung der sozialen Marktwirtschaft hin verändert werden. Der permanente Richtungskampf in der SPD ist eine zusätzliche schwere Hypothek.



„Flitzer“ Schmidt

Osnabrücker Zeitung

SPIEGEL: Und Sie meinen, das würde auch die Leute, denen es gut geht, zu Krisen-Sehern machen?

STOLTENBERG: Eine widerspruchsvolle schwache Regierungspolitik schafft ein ungünstiges psychologisches Klima in allen Lebensbereichen. Ob dieses Ergebnis der Politik Brandts durch einen energischen Neuanfang korrigiert werden kann, bleibt auch nach Schmidts Regierungserklärung zweifelhaft.

SPIEGEL: Wegen dieser tatsächlichen oder vermeintlichen Schwäche der Koalition kassiert die CDU derzeit in den Landtagswahlen Stimmen, ohne eigentlich selbst eine profilierte Alternativpolitik zu präsentieren. Der CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf hat dieses sogar mal als eine Art der Strategie der Union darzustellen versucht. Ist das nicht eine sehr schwache Strategie?

STOLTENBERG: Wir bemühen uns sehr wohl um prinzipielle Alternativen in den wichtigsten politischen Themenbereichen, wie zuletzt unser Hamburger Parteitag bewies. Nur ändern sich natürlich die politischen Daten in diesen Jahren besonders rasch. Deshalb wird es notwendig sein, auf dem Erkenntnis- und Problemstand des Jahres 1975, etwa zwölf Monate vor der Bundestagswahl, sehr konkret zu formulieren, wie wir uns die Lösung der wichtigsten Aufgaben der kommenden Wahlperiode vorstellen.

SPIEGEL: In der jetzigen Situation, in der Preisstabilisierung schwierig und die Bevölkerung ängstlich ist, sind Sie aber doch ganz froh, daß Sie nicht an der Regierung sind?

STOLTENBERG: Es ist das Ziel jeder großen demokratischen Partei, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dennoch ist eine krisenhafte Situation auch für die Opposition ein sehr zwiespältiger Vorgang. Parteipolitisch begrüßt sie die Schwächung der Regierung. Sie gewinnt Wahlen, ihre politischen Handlungsmöglichkeiten und die Zustimmung der Bevölkerung wachsen. Andererseits muß sie fürchten, daß sie eines Tages, wenn sie die Regierung übernimmt, eine ungewöhnlich ungünstige Erblast zu tragen hat ...

„Wir werden vorsichtiger sein als diese Koalition.“

SPIEGEL: ... und daß Sie und Ihre Parteifreunde die Erwartungen, die Sie jetzt schaffen, möglicherweise nicht einlösen können. Sehen Sie diese Gefahr nicht?

STOLTENBERG: Ich sehe die Gefahr sehr wohl. Ich glaube aber, daß wir in der Schaffung von Erwartungshorizonten wesentlich vorsichtiger sind, als diese Koalition es 1969 war.

SPIEGEL: Die Unionsparteien, voran Franz Josef Strauß, schüren gerade in der Wirtschaftspolitik, die ja sicherlich ein wichtiger Punkt in der Wahlentscheidung ist, die Hoffnungen auf schnelle Preisstabilisierung unter einer CDU/CSU-Regierung. Derartige Versprechungen werden Sie nicht einlösen können.

STOLTENBERG: Wir werden mit Sicherheit vor der nächsten Bundestagswahl klarzumachen haben, daß wir nicht in sechs oder zwölf Monaten oder in den berühmten 100 Tagen Franklin Delano Roosevelts zu einem Durchbruch in der Stabilitätspolitik kommen können. Eine erfolgreichere Politik zur Eindämmung der Inflationsraten muß bei den jetzt gegebenen ungünstigen nationalen und internationalen Voraussetzungen auf mehrere Jahre angelegt sein.

SPIEGEL: Werden Sie diese Politik 1975 als Kanzlerkandidat verkünden?

STOLTENBERG: Wir wollen erst einmal die acht Landtagswahlen bis zum Sommer 1975 erfolgreich bestehen. Im Anschluß hieran werden wir uns den personellen Fragen der Bundestagswahl 1976 zuwenden.

SPIEGEL: Würde ein erfolgreicher Kanzler Schmidt Ihnen, der als einziger unter den möglichen CDU-Kanzler-Kandidaten an wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen interessiert und auf diesem Gebiet ambitioniert ist, innerhalb Ihrer Partei Auftrieb geben?

STOLTENBERG: Die genannten Fragen werden in den nächsten Jahren in jedem Fall an Bedeutung gewinnen. Dies ist zunächst eine sachliche Herausforderung an die Union. Bei den personellen Überlegungen wird das zu bedenken sein.

SPIEGEL: Sie haben in dem Rennen um die CDU-Kanzlerkandidatur also durch den Wechsel von Brandt auf Schmidt Punkte gewonnen?

STOLTENBERG: Ich befinde mich nicht in einem Rennen.

SPIEGEL: Herr Stoltenberg, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.


EKU
Pils
schaum-gekrönt
Kulmbach am Fichtelgebirge – fernab von Industrie und Großstadt – ist die Heimat von EKU-Pils. Das reine, frische Quellwasser und die Tradition der Kulmbacher Braumeister geben EKU-Pils seinen besonderen, herb-würzigen Geschmack. Die feste weiße Schaumkrone ist der sichtbare Beweis für bestes Pilsener. EKU-Pils:
Das meistgeliebte Kulmbacher
Erste
Kulmbacher
Actienbrauerei
EKU
Pils
Brauerei-Füllung
Erste Kulmbacher Actienbrauerei
EKU
Kulmbach
FICHTEL-GEBIRGE

„Jetzt müssen alle noch mal ran“

SPIEGEL-Redakteur Jörg R. Mettke über einen DDR-Bürgermeister im Wahlkampf



Gemeindechef Scholz: „Was hast du geschafft?“

Der verräucherte Tanzsaal von Schuberts Lindenhof ist gut gefüllt: In einer Ecke haben sich die Angestellten vom Gesundheitswesen versammelt, dahinter die Bauern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), gegenüber die Arbeiter aus dem Reifenwerk der Kreisstadt.

Vom Rednerpult herab mahnt das stilisierte Kalenderblatt des 19. Mai: „Deine Stimme den Kandidaten der Nationalen Front“. Die Wählerversammlung in Briesen/Mark, Kreis Fürstenwalde, 2000 Einwohner, DDR-Postleitzahl 1242, kann beginnen.

„Die Kommunalwahlen vom 19. Mai werden sich zu einem Höhepunkt im Leben unserer Republik gestalten, sagte Genosse Friedrich Ebert.“ Hier sagt es Erwin Fritsche, Maschinenschlosser und SED-Genosse. Darum sei nun auch in Briesen „der Kampf um Urkunde und Wimpel zu führen, um es einmal mit den Worten des ‚Neuen Deutschland‘ zu sagen“. Fritsche dankt für die Aufmerksamkeit.

Die Briesener applaudieren artig. Rhetorische Kür hatten sie nicht erwartet. Dann werden an die 30 Wahlbewerber vorgestellt: der Schuldirektor, die Bibliothekshelferin, die Leiterin der Kinderkrippe; allen voran Bürgermeister Max Scholz, 64, SED-Mitglied von Anfang an und „ein alter Hase in unserer sozialistischen Kommunalpolitik“ (Scholz über Scholz).

Sein Stellvertreter Siegfried Winkler, 26, ruft die Namen auf und bittet um „freimütige Befragung“: „Hat jemand eine Frage an den Kandidaten? Keine Frage. Danke schön.“ Wer auch immer aufsteht — den 200 Briesenern fällt zu ihm nichts ein.

Bürgermeister Scholz entschuldigt seine stumme Gemeinde: „Wir kennen doch alle, die sich hier vorgestellt haben — was sollten wir da fragen. Es sind doch die Besten unserer Kollektive.“ Und die Briesener Kollektive, beispielsweise die vom Agrochemischen Zentrum (ACZ), wissen, was sie ihren Besten, dem Dorf und der ganzen Republik schuldig sind: Bis um zehn Uhr, Ehrensache, wollen sie am Wahltag ihre Stimmen für die Einheitsliste der Nationalen Front — „natürlich, für wen denn sonst?“ — abgegeben haben.

Etwa noch Unschlüssigen erklärt ein alter Genosse, Faust in der Luft, die Sache mit dem Wahlrecht: „Wer am 19. Mai nicht wählen geht, der ist ein Gegner der Ruhe und der Friedlichkeit.“

Daß jemand so leichtfertig den Dorf-Frieden bedrohen möchte, die Briesener können es sich kaum vorstellen. „Hier ist doch etwas geschaffen worden mit der Kraft unserer Menschen“, sagt fast beschwörend der aus Oberschlesien gebürtige Bürgermeister, der vor 45 Jahren als 19jähriger Maurer ins „rote Briesen“ zog. 2000 freiwillige Aufbaustunden stecken allein im Jugendklub, „komplett mit Bar und Disko“.

Auch für die nächste Zukunft hält Briesen an Subbotnik-Aufgaben für jeden etwas bereit: Wem bis zum Wahltag noch das Gewissen schlägt, kann das Gelände für den Kulturpark planieren helfen, die umliegenden Wälder entrümpeln oder an der Sauna mitbauen, die gleich hinter dem Land-Ambulatorium entstehen soll. Das kommunale Do-it-yourself-Programm der DDR, der Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit!“, ist für Briesen, so Scholz, „eine echte, verpflichtende Aufgabe“.

Zwar ist nicht jeder immer gleich motiviert, für das Gemeinwohl und mithin „für Nullouvert“ (ein Briesener Jugendlicher) zu rackern: Zum Abbruch-Einsatz auf dem Gelände des Kindergartens seien nur drei Bürger erschienen, meldet die Leiterin dem Gemeindechef etwas bekümmert bei dessen morgendlichem Dorfrundgang. „Trotzdem“, Scholz ist optimistisch, „entwickelt es sich. Es entwickelt sich.“

„Tüchtige Kader“, sagt der sozialistische Dorfschultheiß, habe er in Briesen entwickeln können, die wiederum eine „gute Gemeinschaft“ entwickelt hätten. Und vor zu große Selbstzufriedenheit hat Scholzens Partei die Parole „Das Bessere ist der Feind des Guten“ gesetzt. Mit der Agitation dafür, meint Scholz, dürfe man „nie aufhören“.

„Jetzt müssen alle noch mal ran“, ermuntert er seine Mitarbeiter bei der morgendlichen Besprechung im Gemeindebüro. In seinen 15 Bürgermeister-Jahren hat Scholz das wohl schon ungezählte Male so gesagt, als gälte es, die letzte große Anstrengung zu unternehmen.

„Die Anschlagtafeln“, verordnet er, „müssen schlagartig auf Wahl umge-

Nur nach Einheitsliste

Um die rund 191 000 Mandate in den Volksvertretungen von 191 Landkreisen, 27 Stadtkreisen und 8777 Gemeinden der DDR bewarben sich am vergangenen Sonntag an die 225 000 Kandidaten — allesamt auf Einheitslisten der Nationalen Front, in der die ostdeutschen Parteien und Massenorganisationen zusammengefaßt sind und nach bestimmten Schlüsseln mit Parlamentssitzen bedacht werden. Gegenüber früheren Kommunalwahlen wurde die Zahl der Mandate um 4774 erhöht mit der Maßgabe des SED-Politbüros, daß diese „in erster Linie mit Produktionsarbeitern und Genossenschaftsbauern besetzt werden“. Bei der letzten Kommunalwahl im März 1970 stimmten 99,86 Prozent der Wähler für die Einheitslisten der Nationalen Front.



Die SONY TRINITRON Farb-Bildröhre bringt ein um 30% helleres und schärferes Bild als andere Bildröhren. Weil wir statt der üblichen Lochmaske eine Streifenmaske verwenden: Das gibt ein helleres Bild.
Und die TRINITRON-Röhre hat eine große elektronische Linse anstelle von drei kleinen. Damit kann sie die farberzeugenden Strahlen exakter bündeln: Das gibt ein schärferes Bild.
Das sollten Sie sich bei Ihrem Fachhändler vorführen lassen. Auch wenn Ihnen Günther Müggenburg wichtiger ist als Günther Netzer.

Der KV-1810E hat als erstes Farbfernseh-Gerät eine 46 cm Bildröhre mit 114° Ablenkung. Ergebnis: noch flacher und noch einfacher in Regal-Systeme zu integrieren.
Gehäuse weiß oder walnuß.
Maße in cm: B 57,7 x H 40,2 x T 38,1.
SONY KV-1310E: Bilddiagonale 33 cm.
Gehäuse weiß.
Maße in cm: B 47,5 x H 32,1 x T 40,3.

SONY®
Wegbereiter für die audio-visuelle Zukunft.

SONY GmbH 5 Koln 30. Mathias-Bruggen-Str. 70/72

stellt werden." Den Auftrag übernimmt eine Kollegin durch eifriges Handaufheben, dann notiert sie ihn säuberlich in einer dicken Kladde.

Der Arbeitsstil des Staats-Funktionärs Scholz prägt das Geschehen im Rathaus in der Briesener Bahnhofstraße. „Was willst du erreichen?" fragt er sich zu Beginn einer jeden Woche. Den danach aufgestellten Arbeitsplan rechnet er Abend für Abend mit sich selbst ab. „Was", fragt er sich dann, „hast du geschafft?" Mit dem, was er in den 15 Jahren für sich selbst geschaffen hat, ist Scholz durchaus zufrieden: tausend Mark netto monatlich, eine Neubauwohnung im Ort, eine kleine Datscha im Wald, Eigenbau. Den Dienstwagen hat ihm gerade ein Durchrasender zu Schrott gefahren. Bis der neue da ist — „der Antrag läuft" — fährt Scholz Rad.

Noch lieber freilich flaniert er, eine Art sozialistischer Patriarch, durch das Dorf, um sich „auf dem laufenden zu halten". Interessiert erkundigt er sich beim ACZ-Manager Bernhard Franke, wie es „mit dem Neuererwesen steht". Und er strahlt, als ihm Franke eine Planerfüllung von 130 Prozent bei der Düngerversorgung von 18 LPG und einem volkseigenen Gut meldet.

Wachsam registriert Scholz den fehlenden Bindestrich auf dem LPG-Transparent, das noch größere „Erfolge in der Pflanzen und Tierproduktion" gelobt. Mit dem Daumen prüft er die Feuchtigkeit in den Blumenschalen, die er gerade, das Stück für 50 Mark, aus der Verschönerungskasse hat anschaffen lassen. Und noch im Vorübergehen wischt er über frischlackierte Parkbänke — „da zieht zur Zeit einer unserer Rentner rum und streicht".

Daß Briesen auch sonst schöner und reicher geworden ist unter dem Sozialismus, ist für den Arbeitersohn Max Scholz keine Frage. Eine Hühnerfarm, die jährlich fünf Millionen Eier produziert, die kooperative Pflanzenproduktion von neun LPG, die zusammen 7000 Hektar bewirtschaften, eine Mittelpunktschule mit 600 Schülern und 20 Lehrern, ein Kindergarten mit hundert und eine Krippe mit 75 Plätzen — „das ist doch erst durch die Arbeiter-und-Bauern-Macht ermöglicht worden".

Dabei sind manche Probleme denen, mit denen sich westdeutsche Amtsbrüder herumschlagen, durchaus ähnlich: Seit Briesen Mittelpunktort eines Gemeindeverbandes von neun Dörfern ist, gibt es, so Scholz, „natürlich einige, die meinen, wir würden uns bei dieser Zusammenlegung ganz schön was unter den Nagel reißen".

Aber Egoismus, Lokalpatriotismus, Kirchturmspolitik — darauf besteht Scholz, gleichzeitig Chef des Verbandsrates — hätten auf Dauer im Sozialismus keinen Platz: „Wir wollen doch, daß sich das Land der Stadt immer mehr angleicht." Daß Briesen von dieser neuen Urbanität nicht viel ahnen läßt, daß es auf den Städter, zumal auf den aus dem Westen, wie ein Stück kaum versehrter Vergangenheit wirkt, läßt der Bürgermeister nicht gelten.

Den Fortschritt, den er meint, mißt der ehemalige Sozialdemokrat, der bis Kriegsende die Briesener Reichsbanner-Fahne vor den Nazis versteckte, an anderem: an den Krisenzeiten Anfang der dreißiger Jahre, als die örtliche Tafelglashütte wegen zu geringen Profits kurzerhand geschlossen wurde und mehr als ein Drittel der Briesener Arbeiter stempeln gehen mußte.

Später, als er in seiner Wohnung die Porträts von Marx, Engels und Lassalle durch Bilder seiner Tante tarnte, fand Scholz zwar wieder Arbeit beim Bau der Autobahn zwischen Frankfurt/Oder und Berlin. Zugleich aber, so erinnert er sich, „verschwanden die Genossen hier aus dem Dorf, und keiner freiwillig".

Daß später, nach 1945, unter der neuen Macht andere verschwanden, hat von Scholzens Standpunkt aus dem Volk eher genützt: Im Herrenhaus der ehemals reichsten Briesener Familie beispielsweise ist heute der Kindergarten untergebracht. Und wenn der Gemeindevorsteher einmal hereinschaut, ist es buchstäblich so, wie er behauptet: Ihn kennt in Briesen „jedes Kind".

Und der Staat, dessen Pensionär Scholz im nächsten Jahr wird, der ihn regelmäßig zur Vorsorge-Untersuchung ruft und der ihn unlängst mit dem Vaterländischen Verdienstorden dekorierte, der Staat mag ihn wohl auch.

Ein wenig Kritik klingt allenfalls durch, wenn er — befragt, warum die Briesener ihn so oft gewählt haben — antwortet: „Weil ich nicht, wie andere, überheblich geworden, sondern ein Kind der Arbeiterklasse geblieben bin."

BUNDESWEHR

Auf dem Bügelbrett

Zehn Jahre lang werden deutsche Soldaten in der kanadischen Prärie Schießen üben. Doch die teure Unternehmung ist militärisch fragwürdig.

Mitten in der kanadischen Prärie, 100 Kilometer westlich von Winnipeg, steht ein Schild am fast 5000 Meilen langen Trans-Canadian-Highway: „Prepare for eternity, you'll soon be there forever" (Denk an die Ewigkeit, bald bist du für immer dort).

Der Mahnspruch frommer Provinzkanadier geleitet neuerdings deutsche Soldaten in militärische Exerzitien, die nach Bonner Lesart das „größte, umfangreichste, langfristigste, weiteste



Bundeswehr-Übungsgelände in Kanada: „Denk an die Ewigkeit"

und aufwendigste Übungsunternehmen der Bundeswehr" ist (so die offizielle Zeitschrift „Heer"). Zehn Sommer lang werden nun alle drei Wochen Bus-Konvois im 70-Meilen-Tempo den geistlichen Wegweiser passieren. Sie fahren Panzerschützen und Artilleristen in die Einsamkeit von Camp Shilo, einem Truppenübungsplatz in der Weizenebene der Provinz Manitoba.

Dort sollen, nach einem im Januar 1974 unterzeichneten Vertrag zwischen Bonn und Ottawa, westdeutsche Landser ihre Schießkünste vervollkommnen. Mit zwei gecharterten Frachtern schaffte die Bundesmarine 45 „Leopard"-Panzer, 14 155-mm-Panzerhaubitzen, 32 gepanzerte Mannschaftstransportwagen vom Typ M-113 und Dutzende von Last- und Personenwagen über den Atlantik. Vier Luftwaffen-Boeings tauschen im Dreiwochen-Rhythmus die


Der Entscheidende
Er steht dort, wo Manager sitzen. Weil in der Wirtschaft Führungskräfte zählen. Und Repräsentation entscheidend ist.
Neu von stollgiroflex
Ein Beispiel aus der Serie
stollgiroflex
pasal


Dunhill International
INTERNATIONAL
DUNHILL
The name Dunhill is the registered trade mark of Alfred Dunhill Ltd. London
London · Paris · New York
DM 2,50
dunhill

jeweils rund 700 Manöver-Soldaten aus.

Das Schützenfest kommt die Steuerzahler teuer zu stehen. Der Düsentransport ist nur einer der Dauerposten, die künftig den Bonner Verteidigungsetat strapazieren. Derzeit rechnet die Bundeswehr mit Ausgaben von knapp 19 Millionen Shilo-Mark im Jahr. Darin sind nicht einmal die Inflationsraten von 7,1 Prozent in der Bundesrepublik und von etwa zehn Prozent in Kanada enthalten. Weitere drei Millionen Kanada-Dollar hat Bonn für die Herrichtung des verwahrlosten Shilo-Camps eingeplant. Doch schon jetzt sind, so Amtmann Erwin Glaap, Chef der Standortverwaltung in Shilo, „sieben bis acht Millionen Dollar" Baukosten abzusehen.

Denn das Camp ist wegen der finanziellen Misere der kanadischen Streitkräfte von Truppen seit Jahren nahezu verlassen und stand vor der Schließung. Entsprechend heruntergekommen waren die Soldaten-Unterkünfte, die mit hohem Kostenaufwand renoviert werden mußten. Da der Übungsbetrieb wegen des extremen kanadischen Winters mit oft mehr als 40 Grad Kälte von Oktober bis Mai ruht, läßt Bonn zudem eine riesige Isolierhalle errichten, in der Panzer und Haubitzen überwintern. Bezahlen muß der Bund überdies 36 kanadische Soldaten und 91 einheimische Zivilisten, die für die Deutschen Militär-, Verwaltungs- und Hilfsdienst tun.

Auch sonst wird nicht gespart. Die Ausstattung mit Waffen und Gerät ist dermaßen perfekt, daß, so erinnert sich der Leiter des deutschen Verbindungsstabes, Oberstleutnant Arnold Scharkowski, „die Kanadier mit ihren ewigen Geldsorgen natürlich ganz schön geguckt haben, als sie unser brandneues Material sahen". Nur zu wenige Jeeps hat das Verteidigungsministerium genehmigt. Offiziere und Mannschaften müssen deshalb die kilometerlangen Lagerwege meist zu Fuß bewältigen.

Schon am ersten Übungstag sorgte eine Leopard-Besatzung dafür, daß die Autos in Shilo noch knapper wurden: Beim Zurücksetzen zermalmte der Panzer einen DKW-Jeep und den privaten Ford zweier deutscher Leutnante.

Das Transatlantik-Manöver aber ist nicht nur teuer, sondern auch von militärisch zweifelhaftem Wert. Am Montag vergangener Woche rollten Lüneburger Panzerfahrer ihre Leoparden zum erstenmal auf die neuen Schießbahnen in eine praktisch baum-, hügel- und mithin deckungslose Ebene, die mit dem potentiellen Gefechtsfeld Mitteleuropas keinerlei Ähnlichkeit hat: keine Wälder, keine Straßen, keine Eisenbahnen, keine Dörfer, keine Gewässer. Alsbald kursierte in Shilo der Witz vom Deserteur, dem die Feldjäger vier Tage Vorsprung geben: „Der ist dann auf diesem Bügelbrett immer noch gegen den Horizont zu sehen."

Auch dem Kommandeur des Panzerbataillons 83 in Lüneburg, Oberstleutnant Kurt Schindler, kamen nach der ersten Geländebesichtigung Zweifel, „ob der Aufwand dafür lohnt". Andererseits aber weiß Schindler, daß Shilo Vorteile bringt, die keiner der überbelegten Schießplätze in Europa hat: In Kanada können die Panzerkommandanten innerhalb der Schießbahnen ihre Feuerstellungen selbst bestimmen, auf deutschen Plätzen darf aus Sicherheitsgründen nur von zuvor genau festgelegten Punkten aus geschossen werden. Was Bewegungsfreiheit beim Gefechtsschießen allerdings nützt, wenn in der tellerflachen Ebene Deckung auch bei geschicktem Fahren nicht zu finden ist — diese Frage bleibt in Shilo offen.

Die Sorge um den militärischen Wert des Unternehmens drückt freilich allenfalls die Offiziere. Feldwebel, Unteroffiziere und Mannschaften der Stammbesatzung haben anderen Ärger. Nur 36 Soldaten sind von der Bundeswehr für drei Jahre oder länger nach Shilo versetzt, um auch im Winter den millionenschweren Fuhrpark zu warten. Die 220 Mann der nur für die erste Übungssaison in Shilo stationierten Versorgungskompanie, die seit Ende März im kanadischen Einödstandort Dienst tut, sind fast alle zur freiwilligen Meldung mit finanziellen Versprechungen geködert worden, die der Bund jetzt nicht einhält.

Acht Monate und einen Tag Dienst im Ausland verlangen die Bonner Vorschriften, bevor Soldaten ihre Familien mitnehmen dürfen, bevor sie alle Auslandszulagen erhalten oder wenigstens einmal zwischendurch nach Hause fliegen können. Acht Monate Kanada-„Kommandierung" waren auch zugesagt. Doch weil sich der Abflug um zwei Wochen verzögerte, wird die vorgeschriebene Zeit nicht erreicht. Küchen-Feldwebel Franz Rosenkranz glaubt, „daß wir beschissen worden sind".

Besonders erbost es die kommandierten Soldaten, daß sie nicht wenigstens einmal auf Bundeskosten heimfliegen dürfen. Oberfeldwebel Ernst Holtmann beschwerte sich beim Wehrbeauftragten: „Daß man (hier) die ganze Zeit nicht nach Hause kommt, finde ich in Friedenszeiten eine Frechheit." Oberfeldwebel Erich Herget: „Für uns gibt's keine Fürsorge hier, außer der Gastfreundschaft der Kanadier."

Die Aufnahme deutscher Soldaten in einem Land, das vor 29 Jahren die letzten deutschen Kriegsgefangenen entlassen hat, geht erstaunlich reibungslos vor sich. Zwar schnitten Unbekannte während des Tanzes im „Deutschen Verein" von Winnipeg an vier Bundeswehr-Bussen die Kabelstränge durch, doch wenn Oberstleutnant Scharkowski sich dort in Uniform auf der Straße blicken läßt, „sprechen mich dauernd freundliche Leute an".



Panzer-Unfall in Camp Shilo: Teures Schützenfest

Verdrießlich jedoch stimmt die transatlantische Bundeswehr-Garnison, daß trotz eindeutiger Verträge zwischen Ottawa und Bonn und trotz vollständiger Steuerfreiheit der kanadischen Garnisonen in Baden-Württemberg die staatliche Schnapsverteilungsbehörde der Provinz Manitoba den Deutschen das Recht verweigert, in ihren Kantinen Bier, Whisky und Zigaretten zollfrei abzugeben. Folge für die Artilleristen und Panzerschützen aus der Bundesrepublik: Die Preise in Shilo sind höher als daheim.

Wie daheim ist es nur an der Musikbox. Sie spielt für die Landser von Shilo Freddys „Melodie der Nacht" oder Heintjes „Mama".

Es wird immer mehr Leute geben,
die von diesem Auto träumen,
als Leute, die es besitzen.

Der Porsche ist eines der schnellsten und schönsten Autos der Welt. Kein Wunder also, daß viele davon träumen, einmal im Leben ein solches Auto zu besitzen.

Aber in der ganzen Welt sind es pro Tag nur 60 Leute, die diesen Traum wahrmachen.

Woran liegt das?

Zunächst natürlich am Preis. Der Porsche Carrera Targa kostet einschließlich Umsatzsteuer rund 42.000 Mark. Und selbst für den billigsten Porsche muß man noch fast 30.000 Mark bezahlen.

Aber es gibt auch viele Leute, denen nicht das Geld fehlt, ihren Traum wahr zu machen. Sondern der Mut. Sie fürchten, mit diesem ungewöhnlichen Wagen unvernünftig zu wirken. Oder sie glauben einfach, zu alt für ein solches Auto zu sein.

Dabei ist der Porsche ein sehr zweckmäßiges, sachliches Auto. Daß er laufend Rennen gewinnt, heißt nicht, daß man unbedingt mit ihm schnell fahren muß.

Außerdem ist er ungewöhnlich sicher. Nicht, weil er so Selbstverständlichkeiten wie eine dreigeteilte abgewinkelte Sicherheitslenksäule und eine Sicherheitskarosserie mit prallabsorbierenden Stoßfängern hat. Sondern weil er in 6,3 Sekunden von null auf 100 ist. Und in weiteren 3,2 Sekunden wieder auf null.

Bei alledem ist er noch bedeutend komfortabler als viele Limousinen. Und so zuverlässig wie ein anderes Auto, das Porsche einstmals konstruiert hat: den Käfer.

PORSCHE
25 Jahre Fahren in seiner schönsten Form.



LB-X 800

Gefestigte Praxis

Scheitert die Fristenregelung bei der Reform des Paragraphen 218 doch noch? Der Bundesrat sperrt sich gegen das vom Bundestag beschlossene Gesetz.

Weil zwei Abgeordnete den Termin verpaßten, reichte es bei der entscheidenden Abstimmung nicht zur absoluten Mehrheit. Die Reform des Paragraphen 218, die viel umstrittene Fristenregelung, muß noch einmal vors Parlament. Doch „die beiden Abgeordneten", weiß Niedersachsens SPD-Innenminister Richard Lehners, „haben einen Wecker bekommen — rumms ist die Sache durch".

Strenggenommen aber könnte die Sache, rumms, doch noch scheitern, denn der Bundesrat, die Bonner Länderkammer, verweigert dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz die Zustimmung — und an dem Fallstrick, den das CDU/CSU-dominierte Gremium auslegte, knüpften sogar SPD-regierte Bundesländer mit. Nach der Abstimmung im Bundesrat am Freitag vorletzter Woche wurde denn auch in Bonn gar die abenteuerliche Version gehandelt, sozialdemokratische Strategen wollten auf diese Weise die Fristenregelung „vom Tisch schaffen", um der angeschlagenen Partei Wählergunst in katholischen Bevölkerungsgruppen zurückzuholen.

In Wahrheit geht es jedoch nicht um eine Absetzbewegung der Sozialdemokraten, die im Bundestag mit den Freien Demokraten mehrheitlich für die Fristenregelung gestimmt haben, sondern um den juristischen Zugriff deutscher Föderalisten. Die Frage ist, ob das Fristengesetz der „Zustimmung" des Bundesrats bedarf oder nicht.



SPD-Justizminister Hemfler
Einer Meinung mit der CDU



tz, München

Zwischenruf

Wenn nicht, so kann die Ländervertretung gegen ein vom Bundestag verabschiedetes Gesetz lediglich „Einspruch" einlegen — den der Bundestag mit seiner absoluten Mehrheit abzuweisen vermag. Wenn ja, so kann das Gesetz — jedenfalls formal betrachtet — nur in Kraft treten, so die Ländervertretung die Zustimmung ausdrücklich erteilt.

„Es ist dann noch festzustellen", hatte zum Schluß der Diskussion Präsident Hans Filbinger (CDU) wie selbstverständlich bemerkt, „daß das Gesetz ... der Zustimmung des Bundesrats bedarf." Und nur noch durch „Zurufe", so das amtliche Protokoll, vermeldeten die teils sozialdemokratisch, teils sozialliberal regierten Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ihren — erfolglosen — Widerspruch.

Die SPD-Vertreter Berlins und Hessens aber, Senator Dietrich Stobbe und Justizminister Karl Hemfler, nahmen Filbingers Feststellung hin wie die CDU/CSU-Mehrheit.

Diesmal unterstützten auch Sozialdemokraten stillschweigend die just von Hemfler schon 1971 im Bundesrat angeprangerte „Oppositionsstrategie, die den Bundesrat zum Gegen-Parlament der Volksvertretung umfunktionieren will" und notfalls mit „einer konzertierten Blockade-Aktion ein Reformgesetz zu verhindern" trachtet.

Vor der Plenarsitzung, bei den Beratungen im federführenden Rechtsausschuß, hatten auch Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen noch für Zustimmungspflicht plädiert. Im Plenum gaben dann zwar diese Länder der politischen Entscheidung für die Abtreibungsreform Vorrang gegenüber ihrem seit Jahren verfestigten Rechtsstandpunkt. Das rote Hessen aber mochte seine „gefestigte Praxis" (Hemfler) nicht um des „parteipolitischen Kalküls" willen umstoßen; dito Berlin.

Grundsätzlich brauchen laut Verfassung Bundesgesetze die „Zustimmung" des Bundesrats, wenn sie den Ländern zwecks Ausführung Behördeneinrichtungen oder Verwaltungsverfahren vorschreiben. Dieses Prinzip legt der Länderrat, ständig auf Kompetenz-Erweiterungen bedacht, von Jahr zu Jahr mehr als Freibrief für ein nahezu allumfassendes Vetorecht aus.

Darüber hinaus sieht der Bundesrat sich berufen, auch über jede spätere Änderung eines einst mit seinem Votum verabschiedeten Gesetzes zu entscheiden, wie belanglos sie auch immer sein mag. Selbst Novellierungen, durch die Behörden und Verwaltung erkennbar nicht betroffen sind, bedürfen nach dem Verfassungsverständnis des Bundesrats seiner Einwilligung — denn er trage, so die ebenso gängige wie abstruse Begründung, für jedes Komma die einmal übernommene Mitverantwortung.

Nach genau diesem Muster möchte nun der Bundesrat auch die Fristenregelung seiner „Zustimmung" unterwerfen; denn durch Vorschriften in diesem Gesetz wird Gutachtern und Beratern bei einer Abtreibung ein Zeugnisverweigerungsrecht eingeräumt. Das bedeutet eine Änderung der Strafprozeßordnung und mithin eines einst per Zustimmung erlassenen Gesetzes. Und diese schier gesetzestechnische Notwendigkeit wiederum dient zumindest der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat als Handhabe, um die ganze Fristenregelung auszuhebeln.

Letztendlich aber werden die Länder-Strategen kaum Erfolg verbuchen können. Alle Bundestage, sämtliche Bundesregierungen und auch die Bundespräsidenten haben seit 1949 in -zig Parallelfällen einhellig die Rechtsansicht des Bundesrats übergangen, die Versagung einer „Zustimmung" schlicht als „Einspruch" behandelt und, nachdem dieser im Bundestag überstimmt worden war, die Gesetze prompt in Kraft gesetzt.

Nach diesem Verfahren könnte es auch diesmal laufen. Schon am Tage der Bundesrats-Sitzung sprach der FDP-Abgeordnete Andreas von Schöler von einem „Einspruch", den die Fristenfreunde im Parlament „mit der erforderlichen absoluten Stimmenmehrheit zurückweisen" würden.

Sollte der neue Bundespräsident Walter Scheel alsdann, wie zu erwarten, gegenzeichnen, bliebe den verprellten Ländern nur noch der Weg nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht — wo schon zwei Verfahren in Sachen Zustimmung zur Entscheidung anstehen.


Die Familie Wüstenrot empfiehlt ein eigenes Häuschen wärmstens.
Hier zeigen wir Ihnen unsere Familie einmal hüllenlos, hausordnungslos, hauswirtslos, mietvertragslos, mietlos, kautionslos, wunschlos glücklich. Wenn Sie das wohlige Gefühl, Herr im eigenen Haus zu sein, auch haben wollen, rufen Sie den Mann von wüstenrot an.



Ölmulti-Hearing des US-Senats*: Empfahlen die Konzernherren den Arabern höhere Rohölpreise?

2. Fortsetzung und Schluß

Plötzlich", so der Multi-Forscher Raymond Vernon, „scheinen sich souveräne Staaten nackt zu fühlen: Konzepte wie nationale Souveränität und wirtschaftliche Stärke scheinen ihres herkömmlichen Sinnes beraubt."

Die Riesen der verarbeitenden Wirtschaft, so empfinden Präsidenten und Premiers spätestens seit der Ölkrise des vergangenen Herbstes, haben sich selber zu Staatsgebilden und Finanz-Imperien erhoben.

Der frühere stellvertretende US-Außenminister George Ball sieht längst die „Vorrechte und Verantwortung der politischen Autoritäten" in Frage gestellt: „Wie kann eine nationale Regierung eine glaubwürdige Wirtschaftspolitik treiben, wenn ein Vorstand 5000 Meilen entfernt Entscheidungen trifft, die wesentliche volkswirtschaftliche Größen eines Landes beeinflussen?"

Die neue Machtelite ist ein Klub von zumeist hart arbeitenden, pflicht- und sendungsbewußten Technokraten. Anders als die Handelsfürsten der Renaissance oder die Industriedynastien der Jahrhundertwende, die Reichtum und Einfluß über Generationen vererbten, stammen die Mächtigen der Multi-Welt zumeist aus bescheidenen Verhältnissen. Viele, so fand der amerikanische Wirtschaftshistoriker R. H. Tawney, sind „Parvenüs".

Zwar führen auch heute noch etliche Erben alter Industrie-Clans einige der größten Gesellschaften: So regiert David Rockefeller, Enkel des Standard-Oil-Gründers John D. Rockefeller, den vermutlich mächtigsten Finanztrust der westlichen Welt. Gemeinsam mit der Familie Morgan kontrolliert er sechs der größten US-Banken (Chase Manhattan, First National City, Manufacturers Hanover Trust, Chemical Bank of New York, Morgan Guaranty Trust, Bankers Trust), die unter anderem das gewinnstärkste Unternehmen der westlichen Hemisphäre, die Ölgesellschaft Exxon, dirigieren. Andere Multi-Erbfälle sind Brooks McCormick, der die International Harvester Company, den Landmaschinen-Konzern seiner Vorfahren, managt, und Henry Ford II, der über das zweitgrößte Autounternehmen der Welt herrscht.

Doch die Mehrzahl der anderen ersten Adressen aus dem US-Busineß fiel inzwischen den Söhnen von Klein- und Mittelkläßlern aus dem mittleren Westen anheim. Die feinen und einflußreichen Banker und Broker aus der Wallstreet gehören immerhin noch der Ivy League an, jener amerikanischen Elite von den renommierten Universitäten der Ostküste. Aber Frank Carey, Chairman des Computer-Giganten IBM, stammt aus Idaho, Carl Gerstakker, Chairman von Dow Chemical, aus Cleveland. Aus kleinbürgerlicher Familie in Chicago stammt der Vorsitzende von Mobil Oil, Raleigh Warner jr.

Bezeichnend für die neue Machtelite ist auch die lange und häufig rückgratgefährdende Ochsentour, die sie in ihren Betrieben hinter sich brachten. So traten die drei Top-Manager von Dow Chemical unmittelbar nach dem Chemiestudium in ihre Firma ein. Der Procter & Gamble-Chef begann seine Karriere als Seifenverkäufer, Exxons Präsident Clifton Garvin jr. als Ingenieur in einer Exxon-Raffinerie.

Jahrzehntelanges Hochdienen in der eigenen Firma wird auch im Klub der deutschen Multi-Manager hoch geschätzt. Hoechst-Chef Rolf Sammet stieg nach der Währungsreform als 29jähriger Doktor der Chemie für 550 Mark Monatsgage in den Frankfurter Chemiekonzern ein und 20 Jahre später zum Generaldirektor auf.

VW-Chef Rudolf Leiding, gelernter Kfz-Mechaniker, gab seine Papiere 1945 beim Volkswagenwerk ab, übernahm 20 Jahre später die Geschäftsführung der VW-Tochter Auto Union in Ingolstadt und setzte sich 1971 auf den Wolfsburger Chefsessel.

Bayer-Chef Kurt Hansen kann inzwischen auf 38 Bayer-Jahre zurückblikken. Der Kaufmannssohn trat nach Studium und kurzer Ausbildungszeit in das Leverkusener Chemieunternehmen ein.

Einen lohnenden Umweg schlug BASF-Generaldirektor Bernhard Timm, Sohn eines Getreidekaufmanns

---

* Vorne US-Senator Jackson; im Hintergrund: Baze (Exxon), Card (Texaco), Bonner (Gulf), Murray (Mobil), Powell (Standard Oil of California), Leet (Standard Oil of Indiana) und Bridges (Shell).



Eumig mini 5 makro zoom - die kleine Kamera für Riesenfilmspaß.

Eumig mini 5.
Mit und ohne
Handgriff
lieferbar.

Eumig, der Welt größter Projektoren-Hersteller, macht großartige kleine Filmkameras. Wie die Eumig mini 5: leicht, handlich und kompakt. Immer und überall dabei. So macht die Motivjagd Spaß. Und Sie bringen mit der kleinen Eumig brillante Filme mit nach Hause. Durch Miniaturisierung bietet sie alle Finessen moderner Filmtechnik auf kleinstem Raum: 5-fach-Zoom, Makro-Zoom, 3 Filmgeschwindigkeiten, Zeitraffer, Einzelbildschaltung, Belichtungsautomatik. Dabei problemlos und zuverlässig — und so einfach zu bedienen. Ein echtes Eumig-Produkt.

Mehrformat-Projektor
mit 12 V/100 W
Kaltlichtspiegel-
Halogenlampe.

Eumig Mark 610 D - der Filmprojektor, der neue Maßstäbe setzt.

Der Filmspaß wird für Sie und Ihre Gäste noch größer mit einem erstklassigen Projektor. Der Eumig Mark 610 D hat alles, kann alles und ergänzt Ihre Filmkamera auf ideale Weise. Er bietet mehr Effekte und Möglichkeiten als je zuvor. Vier flimmerfreie Zeitlupengänge, beliebig lange Stehbildprojektion, Zentralschalter, Kontroll-Leuchten und Pausenlicht für einfache Bedienung. Ein Mehrformat-Projektor mit einzigartiger technischer Gesamt-Konzeption! Und dabei erstaunlich preisgünstig — eine echte Eumig Leistung.

Eumig macht das Filmen leicht!




Dem Filter-Freund
die Filter-REVAL
Jetzt auch in der Hart-BOX
DM 2,20
TABAKECHT
FILTER
REVAL
CIGARETTEN
Naturrein im Tabak
FILTER-REVAL
Der besondere Geschmack
naturreiner Tabake

aus Pinneberg in Holstein, ein. Er arbeitete nach seinem Studium zunächst zwei Jahre als Assistent der Privatsternwarte des BASF-Seniors Carl Bosch, der ihn 1936 an die BASF abgab. Dort wurde Timm 1965 Chef.

Haben sie schon Herkunft und Karrieremerkmale miteinander gemein — in Einkommen, Lebensstil und absolutem Herrschaftsanspruch sind etliche amerikanische Kollegen Deutschlands Bossen um einiges voraus. Manche US-Multi-Führer legen Wert darauf, in Übersee wie Potentaten empfangen zu werden.

„Mini-cars make mini-profits."

So wissen Texaco-Bedienstete, daß vor einer Chef-Reise nach Belgien ein ranghoher Europa-Manager des US-Ölkonzerns die Königssuite des besten Brüsseler Hotels penibel inspizieren mußte. Andere Texaco-Manager prüften alle Konzern-Tankstellen auf der Strecke, die der Boß auf dem Weg vom Flughafen in sein Hotel passieren würde. Sie sorgten dafür, daß die Toiletten gesäubert und die Tankstellen neu gestrichen wurden.

ITT-Chef Harold Geneen besitzt ein Apartment an New Yorks Fifth Avenue, ein Winterhaus am Cape Cod. In der firmeneigenen Boeing 707 — das gleiche Modell fliegt der US-Präsident — absolviert der ITT-Gewaltige im Jahr gut 160 000 Kilometer.

Doch derlei Statussymbole sind allenfalls Arabesken: „Für die zukünftigen Studenten, die sich mit dem 20. Jahrhundert befassen", so Antony Jay in seinem Buch „Management und Machiavelli", werde „die Geschichte einer Firma wie General Motors bedeutsamer sein als etwa die des Schweizerischen Volkes und Staates".

Der Staat General Motors steht dabei nur für die eine — die einfachste — Ausdrucksform von drei Grundtypen multinationaler Gesellschaften: „GM" ist ein horizontal gegliederter, relativ übersichtlicher Konzern, dessen hauptsächlicher Geschäftszweck Fertigung und Verkauf eines einzigen Grundprodukts, des Automobils, ist.



Multi-Erbe Ford*: Nach den Industrie-Dynasten kommen die Parvenüs



Komplizierter sind die übrigen Organisationsformen der Multis:

▷ der Vertikalkonzern, am mächtigsten durch die Ölgesellschaft Exxon repräsentiert, die das Grundprodukt Mineralöl vom Bohrloch bis zum privaten Heizöltank unter Aufsicht hält;

▷ die Konglomerat-Gesellschaft, die — wie etwa ITT — scheinbar ungeordnet in allen möglichen Geschäftszweigen arbeitet und damit immer mehr zu einer integrierten Wirtschaftsmacht zusammenwächst.



Multi-Erben McCormick, David Rockefeller
Einige Clans konnten sich behaupten

Unter den erfolgreichsten Gewinnproduzenten finden sich Multis aller drei Grundtypen: GM, Exxon und ITT. Sie alle aber liegen zunehmend mit den Repräsentanten der Nationalstaaten im Zank, weil sich ihr Geldhunger besser stillen läßt, wenn sie etliche gesellschaftspolitische Ziele der Regierungen wie etwa Umweltschutz, optimale Güterversorgung der Bevölkerung oder Mitsprache bei Schlüsselindustrien überspielen.

Zu optimaler Güterversorgung beispielsweise gehören die Verbesserung und Verbilligung von Gebrauchsgütern durch Einführung technischer Neuerungen. General Motors aber, erfolgreichster Auto-Konzern der Welt (Marken: Chevrolet, Pontiac, Buick, Oldsmobile, Cadillac, Opel, Vauxhall, Holden), verdankt seine Größe eher dem Gegenteil. Das große Geld bei GM rollt, seit der Konzern ein Produkt, das in europäischen Schlosserwerkstätten erfunden worden war, kostensparend aufs Fließband brachte und teuer verkaufte. Kaum ein technischer Durchbruch belebte die Automobil-Szenerie seit den zwanziger Jahren, wohl aber perfektes Marketing: Dem Volk eines ganzen Kontinents suggerierten GM, Ford und Chrysler, es müsse ungefüge Riesenschlitten kaufen — an denen die Konzerne schnelles Geld machten.

„Mini-cars make mini-profits" — so bestimmte Gründer-Enkel Henry Ford II die Richtung —

* Vor dem Sitz des britischen Premierministers, Downing Street 10.

Audi 80.

Von einem wirtschaftlichen Auto sollten Sie nicht nur niedrigen Verbrauch, sondern auch viel Sicherheit erwarten.

Informieren Sie sich, wieviel Sicherheit der Audi 80 bietet.

Das lenkstabile Bremssystem im Audi 80 verhindert weitgehend Schiefziehen, Schleudern und Ausbrechen.

Der Audi 80 bleibt sicher in der Spur. Auch wenn Sie auf einer Straße bremsen, die auf einer Hälfte glatt ist (z. B. Eis) und auf der anderen Hälfte normalen Straßenbelag hat. Denn der Audi 80 hat das lenkstabile Bremssystem: Eine Diagonal-Zweikreis-Bremsanlage und eine Vorderachse mit negativem Lenkrollradius.

Audi 80-Bremstest
auf der Teststrecke: glatte Kunststoffbahn mit einer Schicht Schmierseife.



Der komfortable Innenraum des Audi 80 bietet 5 Passagieren sehr viel Sicherheit.

Das macht das Fahren im Audi 80 so sicher: Eine extrem stabile Passagierzelle mit Knautschzonen vorne und hinten, anatomisch richtig geformte Einzelsitze, Sicherheits-türgriffe und -schlösser, die gepolsterte Armaturentafel und die verformbaren Bedienungselemente. Die extrem kurze

Kopfstützen auf Wunsch gegen Mehrpreis.



Der komfortable und sichere Innenraum des Audi 80.

Lenksäule knickt bei einem Aufprall ab und kann nicht in den Fahrgastraum eindringen.

Der Audi 80 fand auch im Ausland Anerkennung: In Schweden und in Frankreich z. B. erhielt er Preise für Verkehrssicherheit.

Das spezielle Audi-Brennverfahren bringt hohe Leistung bei niedrigem Benzinverbrauch.

Der Audi 80 ist sehr leistungsstark. Aber auch sehr sparsam. Der günstige Verbrauch kommt durch das besondere Audi-Brennverfahren zustande: Das Kraftstoff-Luftgemisch wird in eine spiralförmige Drehung gebracht und dadurch sehr intensiv verwirbelt. Ergebnis: Jeder Tropfen Kraftstoff wird genutzt.

Vom Audi 80 können Sie viel Wirtschaftlichkeit verlangen, ohne auf Sicherheit und Komfort verzichten zu müssen.

AUDI NSU
Vorsprung durch Technik.

Audi 80-Verbrauchswerte nach DIN:

Audi 80/80 L (55-PS-Motor)	8,8 Liter Normal auf 100 km.
Audi 80 S/LS (75-PS-Motor)	8,6 Liter Super auf 100 km.
Audi 80 GL (85-PS-Motor)	8,6 Liter Super auf 100 km.

bitte ausschneiden

Information: Sicherheit. Wirtschaftlichkeit. Technik. Schicken Sie diesen Informations-Scheck an AUDI NSU, Abt. W 6, 8070 Ingolstadt. Sie erhalten von uns eine ausführliche Information über den Audi 80. (Vergessen Sie bitte nicht Ihre Anschrift.) B 1 8

und die Richtung stimmte: Nach dem US-Wirtschaftsmagazin „Fortune" verdiente die Firma an einem hochmotorisierten 3000-Dollar-Schlitten, der 25 Liter Sprit frißt und entsprechende Mengen Gift in die Umwelt stößt, doppelt soviel wie an einem moderaten 2000-Dollar-Auto.

Immer mehr kamen die Auto-Multis durch ihre selbstverordneten Gesetze vom Wege der technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Vernunft ab, seit Henry Ford sein 260-Dollar-Einfach-Auto, das Modell T, 1927 vom Markt nahm.

Technisch Neues kam oft aus kleinen Klitschen.

GM, Ford und Chrysler, so behaupten die Multi-Forscher Richard Barnet und Ronald Mueller, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, „daß sie jahrelang gemeinsam umweltfreundliche Lösungen vom Markt ferngehalten haben". Nicht wirklich neue Produkte, sondern — wie das Management sagt — „product differentiations" bringen das große Geld.

Victor Papanek, Dekan der School of Design im California Institute of the Arts, rechnete unlängst vor, daß über 90 Prozent der Investitionen für Forschung und Entwicklung letztlich nur für das Aufpolieren des Vorhandenen und nicht für technische Neuerungen draufgehen.

Technisch Neues — wie Kleincomputer, Wankelmotor, Polaroid-Kameras — kam meist aus kleineren Unternehmen oder entstand durch Betriebsunfälle der Großen. So erzählte IBMs Ex-Chef Thomas J. Watson jr., der Kern des vor zehn Jahren kreierten IBM-Plattenspeichers sei entwickelt worden „von einigen Leuten, die die Regeln brachen". Sie hatten den Befehl der Konzern-Zentrale ignoriert, das Projekt „aus Kostengründen" zu stoppen.

Die Welt des Öls ist die von Exxon. Die größte Nachfolgefirma des 1911 entflochtenen Standard-Oil-Trusts von John D. Rockefeller gilt als vermögensstärkstes Unternehmen der Erde. Die von dem Ex-Kanadier John Kenneth Jamieson für 401 666 US-Dollar Gehalt und 195 000 Dollar Bonus (1973) gesteuerte Exxon-Corporation förderte 1973 mit 5,5 Millionen Barrel pro Tag ebensoviel, wie ganz Afrika täglich ausstieß. Sie ist mit 164 Tankern das größte Schiffahrtsunternehmen der Welt, besitzt die meisten Tankstellen und Raffinerien, und ihre Chemie-Abteilung allein ist so groß, daß Exxon Amerikas fünftgrößter Chemiehersteller ist.

Mit 2,4 Milliarden Dollar kassierte Exxon 1973 den höchsten Jahresgewinn, den je ein Industrie-Unternehmen erzielte. Für 1974 rechnet die Branche mit vier Milliarden Dollar Exxon-Gewinn — genug, um ein Sechstel der deutschen Industrieaktien aufzukaufen.



Timm von BASF



Kliynstra von Unilever



Carey von IBM

Multi-Manager
Auf der Ochsentour an die Firmenspitze

Die wirkliche Macht des Marktführers Exxon aber ist noch größer, als die Zahlen sagen. Sie führte letztlich zu einer Umkrempelung weltwirtschaftlicher Strukturen. Nicht Schah Resa Pahlewi vom Iran oder König Feisal von Saudi-Arabien nämlich und schon gar nicht Libyens Gaddafi waren die ersten, die in den vergangenen Jahren den Ölpreis dramatisch hochzudrücken versuchten, sondern die US-Öl- und Finanzmagnaten des Rockefeller-Morgan-Exxon-Klubs.

Über die Rolle des Exxon-Kreises beim Ölpreis-Krimi wurde bislang so gut wie nichts bekannt. Einzig der Washingtoner Enthüllungs-Journalist Jack Anderson sagte vor dem US-Senat beim Öl-Hearing unter Eid aus, im Besitz vertraulicher Papiere der Arabian American Oil Company (Aramco) zu sein, nach denen die Gesellschaft eine heftige Erhöhung der saudi-arabischen Rohölpreise angeregt hatte, „damit ihre Gewinne im Verhältnis zur Preisentwicklung steigen".

Andersons Papiere waren so heiß, daß der US-Journalist sie unter Verschluß hielt. Anfang Februar setzte er sich zu Saudi-Arabiens Erdölminister Jamani in Marsch, um den Wahrheitsgehalt der Aramco-Papiere zu überprüfen. Doch er stieß, wie vermutet, nur vor die verschlossenen Tore der großen Ölpolitik.

Was ruchbar wurde, rückt zumindest die Vorgeschichte der Ölkrise in ein neues Licht. 1971, noch bevor die Öl-Länder über nationale Beteiligungsquoten an den Förderfirmen redeten, sollen die Manager der Aramco, des größten Ölförder-Unternehmens der Welt (damals im Alleinbesitz von Exxon, Standard Oil of California, Texaco und Mobil Oil; heute mit 25 Prozent saudiarabischer Staatsbeteiligung), den Zentralen ihrer New Yorker Muttergesellschaften gesteckt haben, Saudi-Arabien werde „irgendwann" die Aramco selbst übernehmen und die US-Konzerne aus dem Lande werfen.

„Bis an die logischen Grenzen des kapitalistischen Systems."

Die Öl- und Finanzallianz um Chase Manhattan, so Anderson, visierte nun die schlimmste Folge einer solchen Enteignung an, den Verzicht auf billiges Saudi-Öl, und beschloß folgende Strategie: Die US-Ölmultis sollten ihre teuren, schon 1937 zugesperrten US-Ölquellen wieder öffnen. Da das dort geförderte Öl aber rund zwei Dollar pro Barrel (159 Liter) über dem Weltmarktpreis lag, sollte Exxon über die Aramco auf Saudi-Arabien einwirken, den Rohölpreis durch höhere Staatsabgaben allmählich auf vier bis fünf Dollar je Barrel zu erhöhen.

Schon lange vor der Ölkrise drängte Saudi-Ölminister Jamani denn auch bei der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) auf starke Preiserhöhungen, wobei ihn der geldtüchtige Perser-Schah laut unterstützte. Die Opec baute nun eine neue Preispolitik auf — als indes der Israel-Krieg ausbrach, geriet den Regisseuren in ihren New Yorker Büros die Inszenierung für kurze Zeit aus der Hand: Ende Dezember explodierten die Ölpreise bis weit über die von den Amerikanern gesetzte Grenze. Selbst billigster Aramco-Stoff kostete nun 7,11 Dollar je Barrel. Damit aber war der Kalorienpreis der Kohle erreicht und der Wettbewerbsvorteil des Öls gefährdet.

Mit Improvisation und Talent überspielten die Multis die Krise, die leicht

den Zusammenbruch westlicher Industrien hätte bedeuten können. Schon im Januar reiste Chase-Chairman David Rockefeller zu König Feisal nach Riad, um die gefährlich gewordene Preisdrift zu stoppen.

Wenige Wochen später schon, als die Araber Auktionsöl noch zu 18 Dollar anboten, erfuhren Jamani-Besucher Vertrauliches: Saudi-Arabien möchte — durch Aufreißen der Ölquellen — den Preis wieder auf etwa 5,50 Dollar bringen, also etwa auf das von Exxon und Aramco gewünschte Niveau.

In einer ähnlichen Grauzone bewegt sich gelegentlich auch Harold Geneen von ITT. Um das Unternehmensrisiko auf viele Geschäftszweige zu verteilen, baute „die Spinne“, wie der frühere Börsenbote Geneen genannt wurde, die einstige Telephongesellschaft zu einem Vielzweckunternehmen aus und erreichte damit gleichzeitig ein wichtiges Nebenziel: Nirgends mehr ist ITT heute ein marktbeherrschendes Unternehmen, dem Kartellbehörden etwas anhaben können.

Mit dieser Strategie schob Geneen die ITT binnen vierzehn Jahren von Platz 52 auf Platz 9 der „Fortune“-Weltrangliste großer Unternehmen. Heute beherrscht der Zahlen- und Kontrollmensch Geneen ein Reich von tausend Firmen der Sparten Elektrotechnik, Nahrungsmittel und Dienstleistungen (siehe Graphik).

Die „Spinne“, nach Kenner-Meinung der Welt motorischster Manager (Multi-Kritiker Sampson: „Geneen treibt das kapitalistische System bis an seine logischen Grenzen“), wäre mit seiner Strategie nie unangenehm aufgefallen, hätte es ITT nicht geschafft, die Nixon-Administration 1970 in die Eroberung des Versicherungs-Konzerns Hartford einzuspannen und 1971 dem damaligen Nixon-Berater Peterson schriftlich ein Achtzehn-Punkte-Programm vorzulegen, das mit Hilfe des CIA zum Sturz der Allende-Regierung in Chile führen sollte.

Mafios wie gegen den sozialistischen Feind Allende gingen zuweilen auch Multis vor, wenn sich wirtschaftliche Widersacher ihrer Marktaufteilungsstrategie — besonders auf neuen Märkten — entgegenstellten. So stellte die brasilianische Kartellbehörde unlängst eine 824-Seiten-Prozeßschrift gegen die heimische Tochter des Schweizer Elektro- und Maschinenbau-Konzerns Brown, Boveri & Cie fertig, die Cosa-Nostra-Methoden in den multinationalen Geschäften vermuten lassen.

„Es ist notwendig“, so ein in den Besitz der Kartellbehörde geratenes Protokoll des BBC-Brasilien-Verkaufsleiters Ranto Meier aus dem Jahr 1968, „daß die Gruppe die Firma Cemec vernichtet. Es ist notwendig, diese und andere Konkurrenten — etwa 50 mittlere Fabriken von Elektro-Material — zu zerstören.“

HERRSCHER DER WESTLICHEN WELT

Die jeweils zehn größten Unternehmen in wichtigen Branchen; Umsätze 1972 in Milliarden Dollar

AUTO-INDUSTRIE	
General Motors (USA)	30.4
Ford Motor (USA)	20.2
Chrysler (USA)	9.8
VW (D)	5.0
Toyota (J)	4.2
Daimler-Benz (D)	4.2
Nissan (J)	4,0
Fiat (I)	3,6
Renault (F)	3.5
British Leyland (GB)	3.2

NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL-INDUSTRIE	
Unilever (GB/NL)	8.9
Nestlé (CH)	4,1
Procter & Gamble (USA)	3.5
Swift (USA)	3.2
Kraftco (USA)	3.2
Greyhound (USA)	2,9
BAT (GB)	2.6
General Foods (USA)	2.4
Beatrice Foods (USA)	2.4
W. R. Grace (USA)	2.3

ÖL-KONZERNE	
Exxon (USA)	20.3
Royal Dutch/Shell (NL/GB)	14.1
Mobil Oil (USA)	9.2
Texaco (USA)	8.7
Gulf Oil (USA)	6.2
Standard Oil of California (USA)	5.8
British Petroleum (GB)	5.7
Stand. Oil (Ind.) (USA)	4.5
Shell Oil (Houston) (USA)	4.1
Continental Oil (USA)	3.4

CHEMIE, PHARMAZEUTIK	
Du Pont (USA)	4.4
ICI (Imp. Chemical Ind.) (GB)	4.2
BASF (D)	4.2
Farbwerke Hoechst (D)	4.2
Montedison (I)	3.6
Bayer (D)	3.3
Union Carbide (USA)	3.3
Akzo (NL)	2.6
Rhône-Poulenc (F)	2.5
Dow Chemical (USA)	2.4

ELEKTRO-UND ELEKTRONIK-IND.	
General Electric (USA)	10.2
IBM (USA)	9,5
ITT (USA)	8.6
Western Electric (USA)	6.6
Philips (NL)	6,2
Westinghouse Electric (USA)	5.1
Siemens (D)	4.7
Hitachi (J)	4.4
RCA (USA)	3.8
Matsushita (J)	3.4



DER SPIEGEL

Mit der „Gruppe“, so wissen die Brasilianer, ist nicht etwa der Schweizer Konzern allein gemeint, sondern ein Ring von acht Elektro-Multis, die für Brasilien einen genau ausgearbeiteten Kartellvertrag abschlossen — außer BBC die deutschen Konzerne Siemens und AEG, Japans Elektro-Riesen Toshiba und Hitachi, Italiens Ercole Marelli, Schwedens Asea, der US-Konzern General Electric und ACEC Charleroi, eine Tochter des US-Elektrounternehmens Westinghouse.

Das Kartell beschäftigt an der Spitze einen Sekretär, und Artikel 12 des Kartellvertrages bestimmt bündig: „Keinerlei Angebot darf ohne vorherige Rücksprache mit dem Sekretär abgegeben werden.“ Wer dem zuwiderhandelt, kann „mit einer Geldstrafe von 20 Prozent des angenommenen Auftrages belegt werden“ (Artikel 32).

„Ziel ist die Zerstörung der Konkurrenzbetriebe.“

Sonderbehandlung erfahren Außenseiter — und zwar ausnahmslos. Artikel 50: „Nichtmitglieder und Abtrünnige werden systematisch bekämpft. Mitglieder lösen sich bei der Durchführung der Kampfmaßnahmen ab.“ Als Kriegskasse steht — Artikel 24 — ein „Kampffonds“ zur Verfügung, der mit zwei Prozent des „beschlossenen Endverkaufspreises“ für jede Lieferung der Kartellbrüder gespeist wird.

Die Vernichtungskommandos des Multi-Kartells arbeiten ohne Aufsehen. Oft merken die Betroffenen erst Jahre später oder überhaupt nicht, daß eine Pechsträhne, die sie in die Pleite zog, kein Zufall gewesen ist.

So liegt dem Kartell-Richter Wanor Pereira de Oliveira in Rio de Janeiro der Bericht eines 110 Jahre alten deutsch-brasilianischen Unternehmens vor, das durch eine Reihe plötzlicher technischer Pannen an den Rand des Konkurses getrieben wurde.

Zehn Jahre lang hatte die 400 Mann starke Elektromotorenfabrik Codima Herm. Stoltz bereits Maschinen für Zuckerplantagen geliefert. Aber 1966 bis 1968 brannten sämtliche Generatoren auf rätselhafte Weise durch. Firmen-Recherchen ergaben, daß der seit zehn Jahren vom gleichen Lieferanten bezogene Isolierlack, dessen Qualitätszeugnis unverändert seriös erschien, nach 20 Stunden Betriebszeit verdunstete und die Elektrobleche kurzschloß. Lieferant des Lacks, so behauptet die Firma, war ein Kartell-Konzern, der sich zuvor entschlossen hatte, selber ins

Helmut Schön und sein NECKERMANN-Fertighaus

Bundestrainer Helmut Schön sagt:

Ich habe schon immer großen Wert auf solide Qualität und perfekte Organisation gelegt. Deshalb habe ich mich schon vor 5 Jahren zum Kauf eines NECKERMANN-Fertighauses entschieden. Heute weiß ich: Dieser Hausbau war die richtige Entscheidung.

Helmut Schön



NECKERMANN-KOMFORTHÄUSER VON STREIF:

- Schlüsselfertig schon ab DM 49.875,–
- 50 Typen mit 5.278 Varianten
- Langfristige Festpreisgarantie bis 30.4.1975
- Bauzeit 14 Tage
- Fertigstellungsgarantie
- Keine Anzahlung, keine Vorauszahlung
- Musterhäuser überall in Deutschland



Das bekannteste Fertighausunternehmen in Deutschland


Jetzt Lift
und weg ist der Durst
Lift
Zitronensaft
Lift
Zitronensaft
Lift. Limonade mit der
Löschkraft der Zitrone.
LIFT zischt den atemlosen Durst weg.
der Zunge, kräftig kühl in der Kehle.
L1/L/4/74

DER BREITE FÄCHER VON ITT

Die wichtigsten Sektoren des Mischkonzerns und Beispiele für Produkte, Leistungen und ITT-Gesellschaften

SONSTIGES
Baustoffe, Textilien, Verlage, Werbung, Immobilien
ITT Pennsylvania Glass Sand Corp., USA
ITT Community Development Corp., USA

AUTO-TECHNIK
Bremsen, Auto-Elektrik
Alfred Teves GmbH, Frankfurt, BRD

EDV
Daten-Aufbereitung, System-Analysen
ITT Data Services (division) Paramus, N.J., USA

FLUGTECHNIK
Start- und Lande-systeme, Radar
ITT Avionics Division; Nutley, N.J., USA

ELEKTRO-ZUBEHÖR
Kabel, Rohren, elektronische Schaltungen
Intermetall Halbleitwerk: Freiburg, BRD

FUNK- U. FERNMELDEWESEN
TV- und Radio-Anlagen, Fernsprech-systeme
ITT-Telecommunications (division) New York, USA

INDUSTRIE-ANLAGEN
Rohrleitungen, Pumpen, Tanks, Beleuchtung, Klima-Anlagen
Grinnell Corp., Providence, R. I., USA

RÜSTUNG, RAUMFAHRT
Raketen-Lenk-Systeme, Kontrollzentren, Frühwarn-Systeme
ITT Defense Communications Division; Nutley, N.J., USA

VERBRAUCHSGÜTER
Rundfunk-, Tonband-, Fernseh-, Haushalts-Geräte
Graetz GmbH, Stuttgart, BRD

LEBENSMITTEL
Backwaren, Suppen
Conservenfabrik Eugen Lacroix GmbH; Frankfurt, BRD

FINANZEN, DIENSTLEISTUNGEN
Versicherungen, Auto-Vermietung, Hotels
ITT Sheraton Corp.; ITT Avis, Inc.; Hartford Fire Insurance

ITT
über 200 Gesellschaften mit rund 430 000 Beschäftigten in mehr als 1000 Betrieben, verteilt über 70 Länder

Gesellschaften
Produkte, Leistungen
Bereiche

DER SPIEGEL

lateinamerikanische Elektromotorengeschäft einzusteigen.

Eine beliebte Kartellwaffe ist das Unterbieten der Preise kleinerer Wettbewerber. 1972 eröffnete Richter de Oliveira ein Dumpingverfahren gegen den in den USA schon wegen des gleichen Delikts verurteilten BBC-Konzern mit dem Satz: „Die illegale Handlungsweise ist offensichtlich. Ziel ist die Zerstörung der Konkurrenzbetriebe. Anders lassen sich die erheblichen Verluste von Brown, Boveri, die im Maße der Zerstörung der Konkurrenzbetriebe abnehmen, nicht erklären."

Die Schweizer konterten, erst 1970 in Brasilien eine Kostenrechnung eingeführt zu haben. Von 1962 bis 1972 aber hatte das rechnungslose Unternehmen von der Schweizer Mutter 36 Millionen Dollar als Verlustausgleich erhalten.

Staunend mußten auch viele Chefs kleinerer Elektro-Unternehmen erfahren, daß sie plötzlich von wichtigen Lieferungen ausgeschlossen wurden. Alte Lieferanten überdehnten die Lieferfristen, verhängten wegen unbezahlter 40-Dollar-Rechnungen Lieferboykotte oder verlangten zu hohe Mindestabnahmequoten.

Von einem Kartell-Befehl erfuhr der deutsch-brasilianische Kaufmann Kurt Mirow, Chef der Codima-Elektrofirma in Rio de Janeiro, durch einen Brief des



ITT-Chef Geneen (l.)*: Komplott mit dem CIA

schwedischen Auto- und Motoren-Herstellers Saab-Scania, in den ein schusseliger Angestellter den Satz hineingeschrieben hatte: „Wir wiesen unsere Niederlassung in São Paulo an, die Kampfmaßnahmen einzustellen."

Saab-Scania ist über die Skandinaviska Enskilda Banken des Schwedischen Wallenberg-Clans mit dem Elektro-Multi Asea verwandt, der als Mitglied des brasilianischen Kartellvereins kraft Vertrag die Außenseiterfirma Codima mit Kampfmaßnahmen zu überziehen hatte. Am 2. Mai mußte auch Saab-Scania in Brasilien vor den Richter.

Das brasilianische Kartell ist nur eines von mehreren „special agreements" des weltumfassenden Kartells der Elektromultis, das schon 1930 im Pariser General Electric-Büro gegründet worden war. Auch Europäern ging es deshalb schlecht, wenn sie nicht zum Klub gehörten.

Multis zwingen Außenseiter zur Aufgabe.

Nach rätselhaftem Lieferverzug bei Silicium-Metallen ging 1972 die Aachener Firma Garbe Lahmeyer an die französische Alsthom-Gruppe, angeblich einem Kartell-Mitglied. Ausgehungert wurde auch die Hamburger Motorenfabrik Gustav Altmann KG. Kommentierte ein AEG-Direktor: „Es war vielleicht nicht schön, aber es ging darum, Angebotskapazitäten dem Markt zu entziehen."

Auch in der hochkartellierten Ölindustrie haben es Außenseiter schwer. Mit einem Zwölf-Jahreskontrakt über Sowjetöl baute Anfang der sechziger Jahre der Spekulations-Millionär Salvador Amon mit Hilfe der Eni gegen den Rat von Branchenkennern die Schweizer Raffinerie du Rhône in Collombey-Muraz. Die Multis aber wollten dort selbst raffinieren und beschlossen auf einer Sitzung in Zürich, das Unternehmen verkaufsreif zu schießen. Die Federführung im Exekutionsverfahren erhielt ein BP-Manager.

Schon bald sackten in der Schweiz die Rohölpreise, so daß Amons Produkte aus teurerem Russenöl unter Kosten verkauft werden mußten. Als der Millionär nach Österreich exportierte, gingen auch dort die Preise abwärts. Schließlich sank auch der Kurs der Raffinerie-Aktien, und die Multis machten den teilweise zum Kurs 700 Franken eingestiegenen Aktionären ein Umtausch-Angebot unter pari. Heute gehört das Unternehmen als „Raffinerie du Sud-Ouest" zu BP, Esso und Eni.

Ungenierter noch als mit Regierungen und Konkurrenten pflegen multinationale Konzerne oft mit den Gewerkschaften umzuspringen. Schon der erste Multi der Neuzeit, der Nähmaschinenkonzern Singer, nutzte seine internationale Position, um britische Arbeiter zu drangsalieren. Der amerikanische Direktor der schottischen Filiale setzte

* Mit dem ITT-Direktor und Ex-CIA-Mann McCone.



Machen Sie Ihre Frau zur Geliebten.

Alle Hochzeitstage wieder.

Gold. Mit dem Stempel des Echten. Als ein Ausdruck unvergänglicher Zuneigung.
Echter Goldschmuck, eine Äußerung innerer Gefühle.
Denn „Gold ist Liebe" – unter diesem Titel erhalten Sie als Geschenk von Ihrem Schmuck-Fachhändler ein Büchlein. Es zeigt Ihnen eine Welt persönlichster Geschenke. Eine Welt in Liebe. Lassen Sie sich beraten, denn:
Bleibende Werte erfordern Beratung.

Gold ist Liebe.

1911 die Löhne der 12 000 Singer-Arbeiter herunter. Als die Ausgebeuteten einen Streik wagten, mußten sie bald erkennen, daß ihr multinationaler Arbeitgeber stärker war. „Die britische Arbeiterschaft“, so resignierten die Singer-Beschäftigten, „wird von der amerikanischen aus dem Feld geschlagen.“

Das Streikmanifest ist ein für die damalige Zeit ungewöhnliches Dokument. Denn viele Jahrzehnte später erst — mit dem raschen Wachstum der Multis in den sechziger Jahren — dämmerte den meisten Arbeiterführern die Erkenntnis, daß national organisierte Gewerkschaften kein genügendes Gegengewicht zu Macht und Flexibilität der multinationalen Konzerne bilden.

„Die Gewerkschaften müssen einsehen“, stellte 1964 — immer noch relativ früh — Walter P. Reuther, der damalige Präsident der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft, fest, „daß sie heute mit Gesellschaften verhandeln, die grundverschieden sind von den Unternehmen, mit denen sie es in der Vergangenheit zu tun hatten — oder wir werden immer stärker empfinden, daß unsere kollektiven Tarifverhandlungs-Anstrengungen Übungen in tiefer Enttäuschung sind.“

Bei Auseinandersetzungen mit den Töchtern multinationaler Gesellschaften ziehen die Gewerkschaften fast immer den kürzeren, weil die gegnerischen Entscheidungszentren ihrem Einfluß weitgehend entzogen sind.

„Die Arbeiterschaft ist ihrer Kampfmittel beraubt.“

„Die Gewerkschaften“, so der Multi-Kritiker Barnet, „stehen den Multis nicht nur deshalb feindlich gegenüber, weil sie in Niedriglohn-Länder ausweichen (60 Prozent der männlichen Arbeiter in Hongkong arbeiten sieben Tage pro Woche für ungefähr einen Dollar pro Tag), sondern auch weil die Beweglichkeit der globalen Unternehmen die Arbeiterschaft ihrer traditionellen Kampfmittel beraubt.“

Für die Position von Gewerkschaften, die mit Multis verhandelten, erwies sich etwa als Nachteil, daß die Arbeitnehmer-Vertreter sich oft nur auf Kenntnisse über lokale Konzernglieder stützen konnten. So konnten Multi-Statthalter, die ihren Betriebsgewinn durch versteckten konzerninternen Transfer ins Ausland verschoben hatten, gegenüber den Gewerkschaften stets auf ihre angeblich miese Ertragslage hinweisen.

Rücksichtslos nutzten die multinationalen Riesen vielfach die Angst der Arbeiter in unterentwickelten Gebieten vor dem Verlust ihres Jobs, um aktive Gewerkschaftsmitglieder unter Druck zu setzen. Nach einem Streik in der peruanischen Firma Perulac, einer Tochter des Schweizer Nestlé-Konzerns, im Frühjahr 1973 zahlten beispielsweise die Perulac-Geschäftsführer nur den nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern den Lohn für die ausgefallenen Arbeitstage in voller Höhe aus.



Multi-Ölraffinerie in Collombey-Muraz: Konkurrenz verdrängt

Als daraufhin ein neuer Streik ausbrach, wurde der nach Peru entsandte Lateinamerika-Sekretär der Lebensmittelarbeiter-Union verhaftet und des Landes verwiesen. „Wir haben Beweise dafür“, berichtete Dan Gallin, Generalsekretär des Dachverbandes der Lebensmittelarbeiter-Gewerkschaften, „daß dies auf Anstiftung der Nestlé-Tochtergesellschaft Perulac erfolgte.“

Die Nestlé-Zentrale in Vevey am Genfer See nahm zu dem Fall „mit einem wahrhaft entwaffnenden Zynismus“ (Gallin) Stellung: Das Perulac-Management habe korrekt gehandelt, wenn es den Gewerkschaftsfunktionär bei der Polizei anzeigte, und die Polizei habe den Mann zu Recht verhaftet, weil der Streik von den peruanischen Behörden ja für illegal erklärt worden sei.

Das Mißtrauen der Gewerkschaften zogen sich die Multi-Manager vor allem durch zahlreiche Versuche zu, die Unterschiede zwischen den Löhnen in den verschiedenen Ländern zu nutzen und die Arbeiter bei Tarifverhandlungen gegeneinander auszuspielen.

Beliebtestes Disziplinierungs-Mittel der Multis gegenüber besonders hartnäckigen Gewerkschaftern: Die Firmenvertreter drohen, Investitionen und Produktion in Länder mit nachgiebigeren oder staatlich domestizierten Arbeiter-Organisationen zu verlagern.

Als schon klassisches Beispiel führen Gewerkschafter eine offene Pression Henry Fords II vom März 1971 an. Ford erklärte, er werde in Zukunft nicht mehr in Großbritannien investieren und die Produktion so weit wie



Multi-Kritiker Gallin (r.), Freund*: Gewerkschafter ausgewiesen

* NGG-Vorsitzender Herbert Stadelmaier.

möglich in andere Länder verlagern, falls die britischen Ford-Arbeiter ihren mehrwöchigen Streik nicht schleunigst beenden würden.

„Eine Gewerkschaft würde sehr unüberlegt handeln", warnten denn auch die Multi-Forscher Malcolm Warner und Louis Turner, „wenn sie heutzutage die Drohung eines Konzerns, seine sämtlichen künftigen Investitionen in andere Länder mit weniger militanten Gewerkschaften zu verlegen, in den Wind schlagen würde."

Als „Arbeitsplatzausfuhr" brandmarkten vor allem die um die Jobs ihrer Mitglieder besorgten US-Gewerkschaften die zunehmend beliebter werdende Multi-Praxis, neue Produktionsstätten in Ländern mit niedrigem Lohnniveau zu bauen. So gründeten Dutzende von US-Konzernen, wie etwa der Elektro-Riese General Electric, Tochtergesellschaften in sogenannten Freien Produktionszonen jenseits der amerikanisch-mexikanischen Grenze, um mit den dort erzeugten Produkten den heimischen US-Markt zu versorgen.

„Freie Produktionszonen, als Enklaven in den Volkswirtschaften der unterentwickelten Länder angelegt", kritisierten vier Mitarbeiter des Starnberger Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in einer gemeinsamen Analyse, „erlauben die Ausbeutung der lokalen Arbeitskraft durch Auslandsunternehmen bei einem Minimum von Integration in die nationale Ökonomie."

Um die Macht der multinationalen Konzerne zu beschneiden, versuchten die in Genf residierenden internationalen Sekretariate der Metall-, Chemie- und Nahrungsmittel-Arbeiterverbände, ihre nur auf nationale Kraftproben trainierten Mitglieds-Gewerkschaften zu internationalen Solidaritäts- und Kampfaktionen zu mobilisieren. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund gründete beispielsweise 1966 Welt-Konzernausschüsse für die Automobilkolosse General Motors, Ford, Chrysler, Fiat, Volkswagen und Daimler-Benz. In anderen Industriezweigen entstanden später ähnliche Gewerkschafts-Kommissionen.

In diesen Gremien tauschten die Arbeitnehmer-Vertreter vor allem Informationen über Löhne, Arbeitsbedingungen und Investitionen in den einzelnen Zweigwerken ihres Unternehmens aus. Doch bislang können sich Gewerkschafter nur weniger gemeinsamer Erfolge gegen die Multis rühmen.

„Die Gewerkschaften sind um ein Jahrzehnt zurück."

So verabredeten westdeutsche, italienische und US-amerikanische Gewerkschaftler, die 1969 zufällig zur gleichen Zeit Tarifverhandlungen mit den Töchtern des französischen Glaskonzerns Saint-Gobain führten, einem Lohnangebot nur gemeinsam zuzustimmen. Vor der geschlossenen Front ihrer Arbeiter wichen die Glas-Manager zurück und erfüllten die Forderungen der Gewerkschaften.

Einige Male, etwa bei britischen Fordarbeiter-Streiks, gelang es den Gewerkschaften, kurzfristige Produktionsverlagerungen aus bestreikten Konzern-Betrieben in ausländische Zweigwerke durch Verweigerung von Überstunden zu verhindern.

Über derlei bescheidene Solidaritäts-Aktionen kamen die Gewerkschaften nicht hinaus. An unterschiedlichen gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen scheiterten die Arbeitnehmerstrategen schon bei der Lösung der harmlos anmutenden Aufgabe, die Tariflaufzeiten in den Filialen eines Multis zu harmonisieren. Der international koordinierte Saint-Gobain-Streik von 1969 blieb bislang denn auch eine singuläre, durch Zufall begünstigte Gewerkschaftstat.

Ideologische Gegensätze zwischen den im Weltgewerkschaftsbund organisierten kommunistischen Arbeiterbünden und den unabhängigen Gewerk-



Britischer Fordarbeiter-Streik (1971): „Übungen in tiefer Enttäuschung"


Beschäftigte in einer Hongkonger Elektronikfabrik: „Ausbeutung"


color 3022

schaften des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften splitterten darüber hinaus die Front der Arbeiter auf.

In der Saint-Gobain-Auseinandersetzung nahm die größte französische Gewerkschaft, die kommunistische CGT, an der „konzertierten Aktion" gegen den Glaskonzern nicht teil und schloß zu ungünstigeren Bedingungen als die Gewerkschaften in den USA, Italien und der Bundesrepublik ab.

Sorgsam achteten die Gewerkschaftsbosse in allen Ländern zudem darauf, keine Machtbefugnisse an internationale Gewerkschaftsgremien zu verlieren. „Es ist keineswegs verwunderlich", urteilten Malcolm Warner und Louis Turner, „wenn die Reaktion der Gewerkschaften auf die durch die multinationalen Konzerne hervorgerufenen Probleme noch immer recht primitiver Art ist." Nach Meinung der beiden Multi-Kenner sind die Arbeiterführer „um ein Jahrzehnt hinter den Gedankengängen der Unternehmer zurück".

„Das wirkliche Produkt der Multis ist Geld."

Deren Politik unterteilt Richard Eells, Professor an der Columbia-Universität und prominenter Multi-Berater, in fünf Hauptstrategien: Wirtschaftslogik, Kommunikation, Gewalt, Nachrichtenbeschaffung und Diplomatie. Die beiden letzten Multi-Methoden scheinen Eells die bedeutsamsten zu sein.

Mit ihnen nämlich versuchen sich die transnationalen Wirtschaftsriesen immer mehr staatliche und parastaatliche Sonderrechte zu verschaffen, und immer weniger haben sie es nötig, auf das zu achten, was sie zur Begründung ihrer Riesenhaftigkeit stets heranziehen: maximale wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

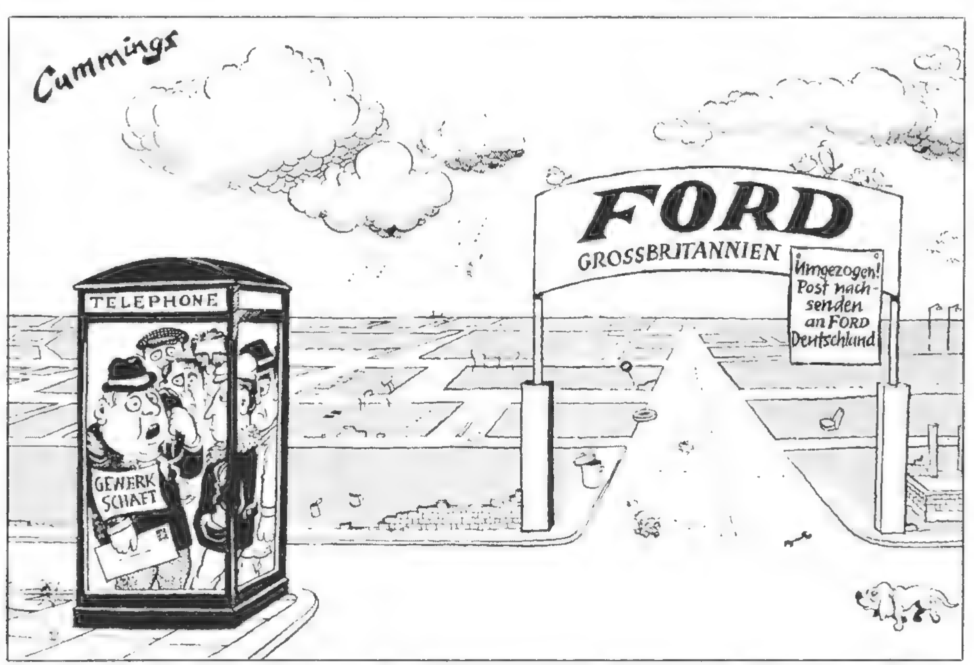
Denn durch die Existenz nur jeweils weniger Industrie-Riesen in den großen Wirtschaftsbranchen wird der Steuerungsmechanismus einer freien Wirtschaft, der Marktpreis, zunehmend außer Kraft gesetzt.

Nicht Angebot und Nachfrage bilden auf multi-geordneten Märkten den Preis, sondern Kostenrechnung, kalkuliertes Wachstum, Gewinn- und Investitionsplanung der Konzerne. Damit aber wird auch ein wesentliches Mittel staatlicher Wirtschaftslenkung zum untauglichen Instrument: die nationale Geld- und Kreditpolitik. Hochzinspolitik führt bei einer multi-gesteuerten Weltwirtschaft nicht mehr, wie es der Brite John Maynard Keynes verkündete, via Investitionsmüdigkeit zur Preisberuhigung, sondern zu weiterer Preisdrift: Höhere Zinsen sind höhere Kosten, denen die Multis höhere Preise folgen lassen.

So sehr entfernen sich die Multis von der eigentlichen Bestimmung eines Wirtschaftsunternehmens, seine ganze Kraft in wirtschaftliche Leistung umzusetzen, daß sogar ihr Lobsänger Eells zugibt: „Das Herstellen und Verkaufen von Gütern und Diensten könnte sich als der noch am wenigsten umständliche und zeitraubende Teil der ganzen Geschäftstätigkeit erweisen."

Die Multi-Kritiker Barnet und Mueller ziehen eine Kurzformel vor: „Das einzige wirklich richtige Produkt der Multis ist Geld."

Ende



Daily Express, London

„Hallo, Chef, wir wollen nun doch wieder arbeiten!"

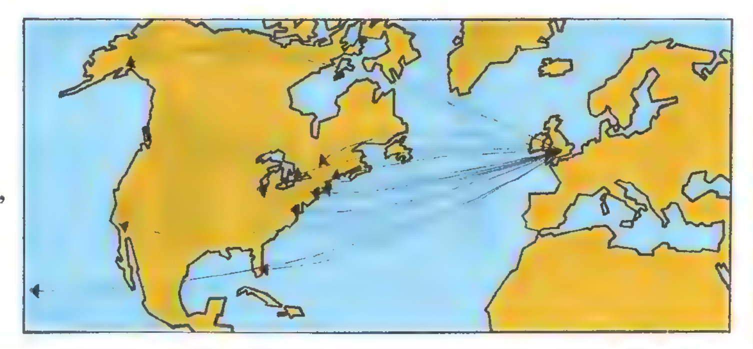
Weltweit in guten Händen

British Airways fliegt Sie nach zwölf Städten in Nordamerika. Direkt von London.

Nennen Sie eine andere Fluggesellschaft die das kann?

New York, Detroit, Philadelphia, Boston, Miami, Washington, Chicago, Los Angeles, Toronto, Montreal, Anchorage, Honolulu.

Gute Anschlußverbindungen von allen deutschen Flughäfen.



British airways

Starker Partner

Mißtrauisch verfolgen SPD und CDU die Sportkarriere des FDP-Ministers Willi Weyer.

Minister in Nordrhein-Westfalen ist Willi Weyer mit Unterbrechungen seit 20 Jahren. Nun will er auch noch Präsident werden — erster Mann im Deutschen Sportbund (DSB).

Es gibt nur einen Kandidaten, wenn am Freitag dieser Woche der DSB (12,2 Millionen Mitglieder) in Essen einen neuen Präsidenten wählt: den FDP-Politiker Willi Weyer, 57. Er verhehlte nie, daß er dem Sport in Bonn zu mehr Einfluß verhelfen will, was beiläufig der FDP unter Sportanhängern Pluspunkte verschaffen mag.

„Der Staat muß sich, bis hin zur Gesetzgebung, entscheiden", forderte Weyer, „welchen Rang er dem Sport im Leben des Menschen zumißt." Die DDR und die Schweiz etwa haben ein Recht auf sportliche Betätigung in ihre Verfassung aufgenommen. Nur „wenn der Sport als starker und einheitlicher Partner ... auftritt", weiß Weyer, könne er Bonner Entscheidungen „positiv beeinflussen".

Weyers Absicht, den Bundessport zu politisieren, mobilisiert und verschreckt die Sportfunktionäre zugleich: Eine mächtige Sportlobby könnte in Bonn höhere Subventionen (1974: 25,6 Millionen Mark) ertrotzen. Andererseits riskiert der Sport, durch parteipolitische Vorstöße in die Abseitsfalle zu geraten.

Tatsächlich errichteten die großen Parteien frühzeitig einen Abwehrriegel, als der NRW-Innenminister sich um das höchste DSB-Amt bewarb. Der Vorsitzende des Bonner Sportausschusses, CDU-MdB Hans Evers, warnte öffentlich vor einseitiger, parteipolitischer Orientierung, zumal die FDP schon den für Sport zuständigen Bundesinnenminister stelle.

Falls er zum DSB-Präsidenten gewählt würde, möge Weyer sein Ministeramt aufgeben — wünscht CDU-Politiker Evers. „Bis zur nächsten Landtagswahl 1975", kündigte Weyer jedoch vorab an, „lasse ich mein Ministeramt keinesfalls im Stich. Dann werden wir weiter sehen."

Auch die SPD grollt dem forschen Verkehrsexperten („Autobahn-Willi"), der in der Frage der Tempobegrenzung auf der Autobahn unentschlossen von Tempo 150 auf freie Fahrt und schließlich zur Richtgeschwindigkeit 130 umschaltete. SPD-MdB Dr. Adolf Müller-Emmert, Mitglied des Sportausschusses in Bonn, vermißte an Weyer „Standfestigkeit in den Grundsätzen und Fingerspitzengefühl in der Taktik".

Der sozialdemokratische „Vorwärts" disqualifizierte den FDP-Postenstürmer gar als „Grand old Hampelmann" und kolportierte, Weyer habe aus Eitelkeit den vermeintlich größeren Schreibtisch des FDP-Vorsitzenden in NRW, Horst Riemer, heimlich nachmessen lassen.

Jurist Weyer hatte als erster in Bundesdeutschland sein Karriere-Ziel in einem Parallel-Slalom über politische und sportliche Ämter zugleich angesteuert. Der Wasserballer im Schwimmverein Hagen 94, der noch als Minister das Wasserball-Tor bewachte und bei Polizeisportfesten in Staffeln mitspurtete, war schon 1948, ein Jahr nach dem Eintritt in die FDP, Stadtverordneter und Stellvertreter des SPD-Oberbürgermeisters Fritz Steinhoff geworden.

1950 rückte er in den NRW-Landtag, drei Jahre später in den Bundestag ein.

Kandidat Weyer*: Dem Sport mehr Einfluß

Auf sein Bonner Mandat verzichtete er wieder: Er zog Macht und Einfluß im wichtigsten Bundesland NRW vor.

Weyer, mittlerweile im Vorstand seines Schwimmklubs, wurde vom Westdeutschen Schwimmverband für das Präsidium angefordert. 1954 gelangte er als damals jüngster deutscher Minister ins NRW-Kabinett. Drei Jahre darauf wählte ihn der Nordrhein-Westfälische Sportbund — der größte Landessportbund im DSB — zum Präsidenten.

Als Mehrkämpfer auf sportlicher und politischer Bühne profilierte er sich auf Stadion-Tribünen bei Länderkämpfen. Für die Sportorganisationen bastelte er an Reformen; als Politiker propagierte er Computer zur Bekämpfung der Kriminalität, leitete Polizeieinsätze bei Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze und verfaßte einen Beamten-Knigge.

Der Minister-Präsident hielt sich im eigenen Trimmraum und Hallenbad (10 mal 4,5 Meter) fit und nach allen Seiten offen: 1961 förderte er als FDP-Unterhändler neue Koalitionen mit der CDU in Bonn und Düsseldorf, 1966 half er, den NRW-Ministerpräsidenten Meyers (CDU) zu stürzen, und betrieb einen Machtwechsel an der Seite der SPD im Bund und in NRW.

Zugleich stieg Weyer in die höchste Funktionärsklasse auf: Er wurde in den FDP-Bundesvorstand und zum DSB-Vizepräsidenten gewählt. 1969 setzte ihn Olympia-Planer und DSB-Präsident Willi Daume zu seiner Entlastung als Geschäftsführenden Vorsitzenden im DSB ein.

Doch Daume und sein Funktionärskorps verweigerten dem Politiker Weyer die DSB-Präsidentschaft. Weyer verzichtete auf sein Amt als DSB-Verweser und bewarb sich offiziell um den Vorsitz im Dachverband.

Viele Verbände und vor allem der mächtigste, der Deutsche Fußballbund (DFB), stoppten Weyer. Sie fürchteten, der von Weyer angestrebte „gemäßigte Zentralismus" könne ihre Macht schmälern. Die Mehrheit des DSB-Bundestages wählte 1970 den Turnerfunktionär und früheren Bundesrichter Dr. Wilhelm Kregel, dem sie weniger Ehrgeiz unterstellten.

Doch dann zeigte sich der DFB von Kregel enttäuscht. DFB-Vizepräsident Hermann Neuberger argwöhnte, daß „der DSB nicht von Kregel, sondern nur noch von seinem Generalsekretär geführt" werde.

Als Kregel im März 1974 eine Übereinkunft mit der DDR-Sportführung ohne besondere Rücksprache mit dem Fußballverband paraphierte, rempelten ihn die Kicker-Funktionäre mit einem öffentlichen Protest an. Sie warfen Kregel zu laue Verhandlungsführung vor. Kregel demissionierte.

Der DFB unterstützte nun offen Weyers Kandidatur. Von DSB-Funktionären hat Weyer am Wahltag kaum Opposition zu fürchten — dafür aber von der Politprominenz: Vor den DSB-Delegierten in Essen wollen CDU-Vorsitzender Helmut Kohl und CSU-Chef Franz Josef Strauß sprechen.

* Als Elfmeter-Schütze beim Sportpressefest in der Dortmunder Westfalenhalle.



A2

Die Versicherungsgesellschaft mit der eigenen großen Auslandsorganisation.

Diese Auslandsorganisation ist für Sie von entscheidendem Vorteil, wenn Sie geschäftliche Interessen im Ausland zu versichern haben. Oder Ihren Privatbesitz dort. Mit dem NORDSTERN SERVICE INTERNATIONAL garantieren wir Ihnen, daß Sie genau den Versicherungsschutz erhalten, den Sie brauchen. Weil unsere Mitarbeiter sach-, fach- und landeskundig sind: in Frankreich Franzosen, in Italien Italiener, in Griechenland Griechen. Und so weiter. Erste eigene Auslandsniederlassung: 1866. Mit unserer Organisation im Ausland können wir die Schäden dort genauso zügig und kulant regulieren, wie hier in Deutschland.

Fordern Sie die Dokumentation „Versicherungen des Unternehmens im In- und Ausland".

NORDSTERN Versicherungen, 5000 Köln 1, Gereonstraße 43-65.

N

NORDSTERN
VERSICHERUNGEN

PROZESSE

Auf Schlupfwegen

Die Ablehnung des Wiederaufnahmegesuchs von Vera Brühne wirft die Grundsatzfrage auf, ob sich Richter an neuen Erkenntnissen anderer Wissenschaften vorbeidrücken dürfen.

Immer wenn die Freiburger Kripo einen „unbekannten Todesfall" meldet, packen Mitarbeiter vom Gerichtsmedizinischen Institut Spezialthermometer und Federwaage ein und rücken aus zum Tatort.

Sie messen die Temperatur, befestigen die Waage an der Achillessehne des Toten, beugen das Bein am Kniegelenk und errechnen jene Kraft, die auf den leichenstarren Muskel einwirkt. Resultat: Die kriminalistisch oft entscheidende Todeszeit läßt sich so auf zwei bis drei Stunden genau bestimmen.

Die Methode ist neu — in Vorträgen bei Kriminalbeamten erläutern die Freiburger Gerichtsmediziner derzeit den praktischen Nutzen von Forschungsergebnissen über Leichenstarre und Todeszeit, mit denen ihr Chef, Professor Balduin Forster, im vergangenen Jahr Aufsehen erregt hatte.

Doch ausgerechnet in jenem Fall, der die Freiburger Forschungen damals erst vorangetrieben hatte und der seit zwölf Jahren als Musterbeispiel für ein Fehlurteil gilt, hat die Justiz den neuen Stand der Wissenschaft jetzt ignoriert: Der 1. Strafsenat des Münchner Oberlandesgerichts (OLG) lehnte vergangene Woche das Wiederaufnahmegesuch von Vera Brühne als unzulässig ab.

Auch nach dieser Niederlage will die 64jährige Frau die bayrische Strafanstalt Aichach nur verlassen, wenn sie in einem neuen Schwurgerichtsprozeß rehabilitiert wird. Zwar bearbeitet die Bayerische Staatskanzlei jetzt jene Gnadengesuche, die von Politikern, Anwälten und anderen Persönlichkeiten schon vor Jahren für Vera Brühne eingebracht worden waren — aber die Verurteilte selber „will auch jetzt nicht als begnadigte Mörderin herumlaufen". Einen Gnadenerweis kann sie freilich sowenig verweigern wie etwa der Berliner Dietrich Derz, der — 1955 wegen Doppelmordes verurteilt — im letzten Jahr seine Zelle in der Strafanstalt Tegel nicht räumen wollte, aber mußte.

Vera Brühne will Recht statt Gnade, und so kommt ihr Fall nun vor das Bundesverfassungsgericht, mithin zum erstenmal vor eine Instanz außerhalb Bayerns, dessen Justiz — von jahrelanger Urteilsschelte und sieben Wiederaufnahmeanträgen verhärtet — die Sache schließlich nur noch zum Exempel ihrer Glaubwürdigkeit machte.

Tatsächlich hat die Begründung des OLG-Beschlusses Bedeutung über den Fall Brühne hinaus und wird die Diskussion über das unzulängliche Wiederaufnahmerecht neu beleben. Denn die Methode der Münchner Richter, sich auf juristischen Schlupfwegen an neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen vorbeizudrücken, engt die ohnehin begrenzten Möglichkeiten eines Verurteilten, seinen Prozeß neu aufzurollen, noch zusätzlich auf eine Weise ein, die verfassungsrechtliche Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit solcher Prozeduren nahelegt.

Grundlage des jetzt abgelehnten Wiederaufnahmegesuchs waren eben jene neuen Erkenntnisse Forsters über das Phänomen der Leichenstarre, die die Urteils-Feststellungen über die Tatzeit widerlegen.

Am Morgen des 20. April 1960, um 5.45 Uhr, hatten Kriminalbeamte den



Inhaftierte Vera Brühne
12,8 Grad oder weniger?

Münchner Arzt Otto Praun, 65, im Flur seiner Villa in Pöcking tot am Boden liegend gefunden. Todesursache: zwei Kopfschüsse. Im Kellervorraum lag eine zweite Leiche: Praun-Haushälterin Elfriede Kloo, 49, durch Genickschuß getötet. Die Kripo verwischte nahezu alle Tatspuren.

Gleichwohl verurteilte das Münchner Schwurgericht Vera Brühne und Johann Ferbach im größten Justizspektakel seit Kriegsende als Doppelmörder. Als Tatzeit legten die Richter damals den 14. April, 19.45 Uhr fest, bei Elfriede Kloo möglicherweise zwei Stunden früher. Und sie hielten für erwiesen, daß Vera Brühne neuneinhalb Stunden später in Bonn war.

Bei der Datenermittlung baute das Schwurgericht damals auch auf die Aussage des Zeugen Karl Rodatus. An der toten Elfriede Kloo hatte dieser Kriminalobermeister — laut Urteil 130 bis 132 Stunden nach dem Tod — Leichenstarre festgestellt: „In den unteren Partien noch stark ausgeprägt (Oberkörper, Arme), oben beginnt sie sich zu lösen." Die Richter fügten Rodatus in ihre Beweiskette ein. Doch die Forschungen des Gerichtsmediziners Forster haben inzwischen ergeben, daß in einem Temperaturbereich zwischen 12,5 und 15 Grad schon 125 Stunden nach dem Tode keine Anzeichen von Leichenstarre mehr auftreten können.

Der Darmstädter Ordinarius für Thermische Verfahrenstechnik, Professor Werner Kast, legte seinen Wärmeberechnungen alle für Vera Brühne ungünstigsten Einzelvoraussetzungen zugrunde und ermittelte die Mindesttemperatur an der Sterbestelle der Frau Kloo: 12,8 Grad — viel wahrscheinlicher freilich seien 15 Grad. Forsters Schlußfolgerung: „Der vom Schwurgericht festgestellte Todeszeitpunkt ist ausgeschlossen. Der Tod muß vielmehr wesentlich später eingetreten sein" — nach Ansicht des Mediziners mindestens zehn Stunden, und mithin zu einem Zeitpunkt, für den Vera Brühne ein Alibi hat.

Zwei simple Einwände hielten die Münchner OLG-Richter für ausreichend, sich über beide Professoren-Gutachten hinwegzusetzen. Bar tieferer Einsichten in die Physik und ohne weiteren Beweis schrieben sie schlicht in ihren Beschluß: „Eine Mindesttemperatur von weniger als 10 Grad ist nicht auszuschließen."

Experte Kast freilich hatte schon im März Zweifel der Staatsanwaltschaft eindeutig widerlegt: „An der unteren Grenze ist sogar angenommen, daß für alle Werte gleichzeitig die ungünstigsten Annahmen auftreten ... Es entbehrt daher jeder naturwissenschaftlichen Grundlage zu behaupten, die Temperatur könne trotzdem noch drei Grad tiefer als berechnet sein ... ausgeschlossen ist, daß auch nur theoretisch eine Absenkung um drei Grad auftreten könnte."

Zweiter Einwand: „Hinsichtlich der Ausprägung der Leichenstarre bei ... Elfriede Kloo liegen statt gesicherter Erkenntnisse nur die subjektiven Eindrücke des medizinisch nicht vorgebildeten Zeugen Rodatus vor ... Diese Feststellungen sind so ungenau und zu allgemein gehalten, um als fundierter Ausgangspunkt für die diffizilen Untersuchungen des Sachverständigen Professor Dr. Forster dienen zu können" — eine im Wiederaufnahmeverfahren unzulässige nachträgliche Beweiswürdigung des Urteils von 1962.

Der Sachverständige selbst hatte überdies den Rodatus-Befund als ausreichende Basis seiner Berechnungen anerkannt: „Auch ein völlig ungeübter

Laie würde sofort erkennen, ob überhaupt noch Starre vorhanden ist." Und letztlich bedeutet die Richter-Ansicht, daß die Rodatus-Feststellungen zwar konkret genug sind, um ein Lebenslang-Urteil zu begründen, aber zu ungenau, um ein Wiederaufnahmegesuch darauf zu stützen.

Brühne-Anwalt Wilhelm Haddenhorst: „Wäre Recht, was die Münchner Richter hier entschieden haben, dann sind die Wiederaufnahmebestimmungen überflüssig und können durch den einen Satz ersetzt werden: Ein Wiederaufnahmeverfahren findet nur statt, wenn das Gericht es will."

AFFÄREN

Gelbes Mützchen

Der Fall der BND-Agentin Susanne Sievers, von der Opposition nach dem Rücktritt Willy Brandts zum Bonner Skandal hochgespielt, enthüllt eine abstruse Personalpolitik des Pullacher Geheimdienstes.

Hans-Joachim Platz, Zweiter Bundesvorsitzender der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS), versteht die Welt nicht mehr. „Schon uns war das Mädchen suspekt", sagt er. „Desto unfaßbarer war die kürzliche Nachricht, daß diese Frau nun auch noch beim Bundesnachrichtendienst ist."

VOS-Mann Platz erinnert sich noch sehr genau, daß man „dieser Frau" schon 1961 wegen ihrer ungeklärten Beziehungen zur DDR den Flüchtlingsausweis „C" abnahm und sie aus dem VOS-Vorstand entfernte. Platz: „Wir haben dem Mädchen nicht getraut."

Das Mädchen hat einige Aussicht, als Femme fatale bundesdeutscher Politik in die Geschichte einzugehen: BND-Residentin Susanne Sievers, 53, lenkte für kurze Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit von Kanzler-Sturz und Kabinetts-Neubildung ab und bereicherte das Bonner Spionage-Spektakulum um eine erotische Nuance.

Die Rolle hatte ihr die rechte Boulevardpresse zugedacht, der Willy Brandts Rücktritt willkommener Anlaß war, den Schock über die Guillaume-Affäre durch genüßliche Erinnerungen an die einstige Brandt-Freundin Susanne Sievers zu vertiefen. „Bild" freute sich: „Die Hintergründe des Rücktritts von Bundeskanzler Brandt kommen tröpfchenweise ans Licht."

„Quick" verbreitete, Brandt-Freunde hätten die „schöne Agentin", die vom Staatssicherheitsdienst der DDR einmal vergebens auf Brandt angesetzt worden sei, im Pullacher Geheimdienst untergebracht, um sie von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Andere Blätter wußten es noch genauer: Ein Freundeskreis Brandts habe sich ihre Diskretion durch Zahlung eines Schweigegelds in Höhe von 300 000 Mark erkauft.

Prompt bedienten sich CDU-Sprecher solcher Enthüllungen. Mit gutgespielter Entrüstung riet der parlamentarische Geschäftsführer der Union, Reddemann, dem Ex-Kanzler zu einer Strafanzeige, denn Brandt könne doch



Bonner Journalistin Susanne Sievers
Träume in der Carlton-Bar

„den Vorwurf nicht einfach auf sich sitzen lassen, aus undurchsichtigen, möglicherweise sogar privaten Gründen mehrere hunderttausend Mark Steuergelder veruntreut zu haben". SPD-Kommentar: „Infame Kampagne."

Da plötzlich zeigte CSU-Chef Franz Josef Strauß Bedenken. Es sei, formulierte er, „nackter Blödsinn", einen Zusammenhang zwischen dem Spionagefall Guillaume und der BND-Tätigkeit von Frau Sievers herzustellen. Noch im letzten Augenblick hatte Strauß erkannt, daß die hochgespielte Affäre niemanden ärger belastete als die CSU.

Statt das vermeintliche oder tatsächliche Liebesleben Willy Brandts bloßzulegen, offenbarte die Affäre vielmehr bizarre Rekrutierungsmethoden des bundesdeutschen Geheimdienstes und den Einfluß jener „CSU-Seilschaft" (Pullach-Jargon), die noch heute die Personalpolitik des BND beeinflußt — trotz sozialliberaler Reformversuche.

In der Tat entziehen sich die Liaisons und Abenteuer der Susanne Sievers geborenen Zils einseitiger parteipolitischer Ausschlachtung, denn die rothaarige Kölner Eisenbahner-Tochter, 1920 geboren, ordnete ihre Bekanntschaften stets nach überparteilichen Gesichtspunkten. Vertraute einflußreicher Sozial-, Christ- und Freidemokraten, Informantin Ost-Berlins, Agentin des BND — Vorurteile kannte sie nicht.

Im Dachgeschoß des Bonner Bundeshauses, Sitz des Sekretärinnen-Pools im Bundestag, hatte sie 1949 nach der Trennung von dem Versicherungskaufmann Sievers ihre Karriere begonnen. Sie wurde dem FDP-Bundestagsabgeordneten Walther Hasemann zugeteilt, der ihr die Welt der Politik öffnete, später jedoch vor dem Ehrgeiz der Freundin erschrak. Hasemann: „Vorsicht vor Susannchen!"

Bald saß sie, zum Schlußprotokoll befohlen, in dem „SPIEGEL-Ausschuß" des Bundestages, der Durchstechereien bei der Wahl Bonns zur Hauptstadt untersuchen sollte. Die attraktive Sekretärin bekam Kontakt zu wichtigen Abgeordneten, ihre Ambitionen wuchsen: Sie wollte Journalistin werden, durch Sammlung und Veröffentlichung geheimer Amtsinterna Einfluß in Bonn ausüben.

Ein Journalist half ihr 1951 weiter: Peter Hinterholzer, Bonner Korrespondent der SPD-eigenen „Westfälischen Rundschau". Er verschaffte ihr bei seinem Blatt den Posten einer Redaktionsassistentin, später gründeten beide einen Informationsdienst. Titel: „Bonner Informations-Briefe" (BIB).

Die BIB verfügten oft über ungewöhnliche Inside-Informationen, denn „Madame Scandaleuse" (wie sich Frau Sievers selber gerne nannte) gewann immer mehr das Vertrauen bedeutender Politiker. Der Bayernparteiler Donhauser, der hessische FDP-Chef Euler, der Sozialdemokrat Carlo Schmid — jeder wußte ihren Charme zu würdigen.

Zu ihren Bewunderern gehörte seit Frühjahr 1951 auch der Bundestagsabgeordnete Willy Brandt, der sich eben auf seinen Aufstieg in der West-Berliner SPD vorbereitete. Immer, wenn er nach Bonn kam, wartete schon das „gelbe Mützchen" (so ihr von Ernst Reuter geprägter Spitzname) am Flugplatz. In ihrer Wohnung in Bonns Reuterstraße und in der „Carlton"-Bar malten sich die beiden bereits eine gemeinsame Zukunft aus, an die zumindest Susanne Sievers glaubte.



Bonn-Reisender Brandt 1950
Hilfe für die DDR-Gefangene

Eine Frau mit so vielfältigen Beziehungen mußte auch das Interesse der DDR-Späher wecken. Bei einer Reise zur Leipziger Messe im Herbst 1951 wurde sie unter einem Vorwand vom Staatssicherheitsdienst verhaftet und zu einem Arrangement genötigt, über das sich jedoch Susanne Sievers später immer nur recht vage ausließ.

Sie habe, formulierte sie, „sich einverstanden erklärt, ein Abonnement mit einer ‚Wirtschafts-Organisation' auf Lieferung der ‚Bonner Informations-Briefe' abzuschließen und diese an eine Adresse in West-Berlin zu liefern". Damals habe sie noch nicht „die Fußangeln" erkannt, die man ihr „mit dieser vorerst noch harmlosen Abmachung gelegt hatte".

Fortan reiste sie „alle vier bis sechs Wochen" (Hinterholzer) nach West-Berlin, um sich mit Kontaktleuten zu treffen. Auf einer dieser Reisen aber geriet die Journalistin Ende Juni 1952 vollends in die Gewalt des SSD.

Frau Sievers erzählte später, sie habe auf der Fahrt nach West-Berlin eine Handtasche mit wichtigen Papieren verloren und den Verlust beim Präsidium der Volkspolizei in Ost-Berlin gemeldet. Da sei sie von SSD-Männern in eine Villa in Berlin-Schmöckwitz am Imkerweg verschleppt worden; dort habe man sie gedrängt, sich zur Ausspähung ihres Freundes Brandt bereit zu erklären.

Sie habe abgelehnt und versucht, die Außenwelt zu Hilfe zu rufen. Ein paar Zeilen habe sie auf einen Zettel geschrieben und diesen in ihre Puderdose gesteckt; die Dose warf sie aus dem Fenster — in der Hoffnung, Passanten würden die Botschaft nach West-Berlin bringen.

Tatsächlich gelangte der Kassiber zu Hinterholzer, der „die Sicherungsgruppe Bonn sofort alarmierte", wie er sich erinnert. Die ebenfalls konsultierten Verfassungsschützer reagierten jedoch zurückhaltend, denn die von Frau Sievers mitgeteilte Adresse war ihnen nicht unbekannt: Die Villa am Imkerweg diente als Treffort, an dem Agenten dem SSD Bericht zu erstatten pflegten.

Dennoch mühten sich Hinterholzer, Brandt und andere Sievers-Freunde weiter, die Freilassung der Freundin zu erwirken. Die Gefangene indes, am 11. Dezember 1952 wegen angeblicher Spionage für das Ostbüro der SPD zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, sah sich verraten.

Sie traute auch Brandt nicht mehr — ungeachtet der Tatsache, daß gerade er es war, der mit Hilfe Konrad Adenauers die vorzeitige Entlassung Susanne Sievers' im August 1956 erreichte.

Trotz mancher Versuche eines Neubeginns kühlte das Verhältnis zu Brandt völlig ab; auch die SPD, von der sie sich einen lukrativen Posten erhofft hatte, enttäuschte Frau Sievers. Desto leidenschaftlicher wandte sie sich dem militanten Antikommunismus zu: in

SIEMENS

Fertigung im Ausland – Ausbeutung oder ...?

Unternehmen, die einen Teil ihrer Fertigungsstätten im Ausland haben, stehen im Kreuzfeuer der Kritik.

Lassen wir Tatsachen sprechen:

Viele Entwicklungsländer haben erkannt, daß der Weg in eine bessere Zukunft über die Industrialisierung führt. Sie unternehmen große Anstrengungen, ihre eigenen Möglichkeiten besser zu erschließen, und rechnen dabei auf unsere Hilfe.

Dringend benötigte Güter, z.B. elektrotechnische Anlagen und Produkte, wollen sie nicht mehr importieren, sondern im eigenen Land herstellen – in Fabriken, die wir dort bauen.

Wenn wir im Ausland investieren, folgen wir also den berechtigten Wünschen der Gastländer. Niedrige Lohnkosten sind bei unserer material- und maschinenintensiven Fertigung meistens nicht der Grund dafür, daß wir uns im Ausland engagieren. Natürlich orientieren wir uns an den Lohntarifen des Gastlandes, die oft weit unter denen in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Trotzdem kostet die Herstellung z.B. eines Elektromotors in unserem indischen Werk Kalwa bedeutend mehr als die des gleichen Motors in Nürnberg.

Die Gründe: Das Marktvolumen in vielen Ländern ist gering. Man kann oft nur in kleinen Stückzahlen, also nicht so kostengünstig produzieren. Die Materialkosten sind meistens wesentlich höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Die industrielle Infrastruktur fehlt. Und die Einarbeitung und Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte erfordern erheblich höhere Vorleistungen. Der Vorteil niedriger Lohnkosten wird fast immer mehr als ausgeglichen.

Welche Vorteile haben wir also?

Wir erschließen für uns im Ausland ein ungenutztes Reservoir an Arbeitskräften für Fertigung, Entwicklung und Vertrieb.

Wir verbessern unseren Platz im internationalen Wettbewerb und verbreitern unsere Marktbasis. Wir fördern damit die Verbundzulieferungen aus den Fabriken in der Bundesrepublik und sichern so auch Arbeitsplätze im Inland.

Wir produzieren dort, wo unsere Kunden sind, und können uns so ihren Bedürfnissen besser anpassen.

Und welche Vorteile haben die Gastländer?

Neue Arbeitsplätze entstehen, die Verdienstmöglichkeiten werden besser. In allen Ländern liegen die von uns gezahlten Löhne und Gehälter über den nationalen Durchschnittseinkommen.

Einheimische Fachkräfte bilden wir systematisch heran; Führungskräfte aus den Gastländern berufen wir in das Management unserer Landesgesellschaften.

Siemens-Fabriken waren oft der Anfang einer landeseigenen Elektroindustrie. Sie ist Grundbedingung für den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt eines Landes.

Ein Beitrag für den sozialen Fortschritt – Auslandfabriken von Siemens



Strauß-Vertrauter Sagner
BND-Posten für die Freundin

der Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Ab Anfang 1957 Sekretärin in der VOS-Zentrale, später Vorstandsmitglied und Redakteurin der VOS-Postille „Freiheitsglocke", beherrschte sie bald die Antikommunisten-Vereinigung. Ihre Artikel, Vorträge und Pamphlete richteten sich nicht selten gegen Sozialdemokraten, die sie gerne in Verdacht brachte, unsichere Bundesgenossen im Kalten Krieg mit dem Osten zu sein.

Dabei liierte sie sich auch mit dem Mann, der wie kein anderer ihre Karriere förderte: Major Alfred Sagner, Leiter des Ministerbüros im Verteidigungsministerium des Franz Josef Strauß. Auch Sagner managte eine Kalte-Krieg-Organisation: den CDU-nahen Verein „Rettet die Freiheit".

Doch allmählich weckte die hektische Betriebsamkeit der Frau Sievers im VOS-Vorstand Bedenken. Die Gerüchte wollten nicht verstummen, daß Susanne Sievers noch immer mit der DDR in Verbindung stehe. Da gab es Zeugen, die sich erinnern wollten, daß die Sievers in DDR-Zuchthäusern Spitzelberichte geschrieben hatte. Da gab es einen unaufgeklärten Abstecher nach Ost-Berlin drei Jahre nach ihrer Entlassung. Und da gab es eine Demarche des Militärischen Abschirmdienstes, der Sagners „Rettet die Freiheit" vor der Sievers warnte.

VOS-Vorstandsmitglied Platz überzeugte seine Kollegen von der Notwendigkeit, die Sagner-Freundin möglichst rasch zu entfernen. Ihre Kaltstellung trieb Frau Sievers zu immer größerer Bedenkenlosigkeit an, zumal die SPD-Presse ihre Kritik an der Kalten Kriegerin steigerte.

Erregt schrieb sie einen Brief an Brandt, in dem sie drohte, wenn er die Angriffe auf sie nicht einstellen lasse,



werde ihr „die Geduld reißen". Von der Drohung erfuhr der ehemalige Gestapospitzel Ewald Zweig, CSU-Journalist und Vertrauter des damaligen CSU-Generalsekretärs Friedrich Zimmermann.

Die Herren hatten eine Idee: Man müsse die Sievers animieren, ihre persönlichen Brandt-Materialien für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf 1961 zu veröffentlichen.

Susanne Sievers sagte zu, und ein weiterer CSU-Konfident trat in Aktion: Skandal-Verleger Hans Frederik, Spezialist politisch-denunziatorischer „Enthüllungen". Gemeinsam kompilierten sie das Buch „Da war auch ein Mädchen", das unter dem Pseudonym Claire Mortensen erschien — rechtzeitig vor dem Höhepunkt des Wahlkampfes.

Das Buch erwies sich zwar als Bumerang (es wurde binnen weniger Tage wegen Einbruchs in die Privatsphäre beschlagnahmt), doch die CSU-Freunde hielten fortan ihre Hand über Frau Sievers. Sie schickten zunächst Sagner vor, der am 8. Januar 1962 den VOS-Vorstand brieflich ersuchte, Susanne wieder einzustellen. Die VOS lehnte ab. Da öffneten Sagner und Zimmermann der einstigen DDR-Informantin ein neues Betätigungsfeld: den BND.

Susanne Sievers wurde als Mitarbeiterin im Bundesnachrichtendienst angestellt. Die CSU-Seilschaft in Pullach war stark genug, alle sicherheitspolitischen Bedenken hinwegzuspülen. Mochten auch VOS-Zeugen, Verfassungsschutz und MAD Einwände gehabt haben — Madame Scandaleuse wurde BND-Agentin.

Sagner sorgte freilich auf seine Art dafür, Pullach von der Agentin zu entlasten. Im März 1962 zum Militärattaché in Seoul ernannt, nahm er die Freundin mit in den Fernen Osten — als Residentin in Südkorea. 1966 wechselte er nach Saigon, wiederum folgte ihm die Residentin. Solange er ihr Nachrichtenmaterial zukommen ließ, fiel in Pullach nicht auf, daß sie nur „Schaumschlägereien" (BND-Jargon) bieten konnte.

Doch im Herbst 1967 wurde Sagner abberufen, Frau Sievers zog sich nach Hongkong zurück, wo Tochter Ute lebt. Sie hatte abermals Glück: Sie wurde zur BND-Beamtin auf Lebenszeit ernannt.

Allmählich aber merkten die Sachbearbeiter in Pullach doch, daß die BND-Residentin Sievers nicht mehr lieferte als umfrisierte Pressemeldungen. Gleichwohl ließ man sie jahrelang noch gewähren. Erst als die BND-Führung unter dem Einfluß der Bonner Reformer 1970 begann, unergiebige Residenturen abzubauen, geriet auch Susanne Sievers auf die schwarze Liste.

Noch einmal aber half die Münchner Seilschaft und erstritt ihrer Freundin im März 1973 eine Abfindungssumme in Höhe von 320 000 Mark. Normale Summe in solchen Fällen: 30 000 Mark.

GIFTMÜLL

Alles getan

Während Umwelt-Minister mit „pflaumenweichen Dementis" auf Giftmüll-Enthüllungen des SPIEGEL reagierten, stieß die Polizei letzte Woche auf weitere Cyanid-Ablagerungen.

Erregt stiefelte Friedrich Brünner, 63, Umweltminister in Baden-Württemberg, über die Mülldeponie Malsch bei Heidelberg. Wo — laut SPIEGEL — hochgiftiges Cyanid im Sickerwasser festgestellt worden war, entfuhren am Dienstag letzter Woche dem Müll-Minister starke Worte: „Unerhört", „Skandal".

Der Christdemokrat empörte sich nicht über die bundesweit betriebene illegale Ablagerung Tausender von Tonnen toxischer Abfälle, die der SPIEGEL, der Hessische Rundfunk und das ZDF am vorletzten Wochenende enthüllt hatten. Brünners Rage galt vielmehr den Journalisten, die solchen „Blödsinn" behaupteten; die Deponie Malsch, so ließ er verbreiten, sei „nicht durch Cyanide verunreinigt".

Wie Brünner mühten sich auch anderswo Umweltminister, das jüngste Umwelt-Debakel herunterzuspielen. Wiesbadens Hans Krollmann (SPD) behauptete flugs, er habe das Gift auf den hessischen Deponien Großkrotzenburg und Offheim „im Griff". Und auch aus den Ministerien in Mainz und München, Düsseldorf und Saarbrücken drangen Stellungnahmen, die eigentlich beruhigen sollten, aber bei manchem den Verdacht erweckten, „daß sich Personen mit hoher Verantwortung unwissend geben, um Schlimmeres zu verbergen" („Frankfurter Rundschau").

Offensichtlich war, daß zumindest einige Politiker Tatsachen verheimlichten oder Unzutreffendes verbreiteten, halbe Wahrheiten als ganze ausgaben oder aber mit Aplomb just das dementierten, was niemand behauptet hatte.

Bayerns Umweltminister Max Streibl (CSU) etwa ließ umgehend verlautbaren, daß es sich bei den vom SPIEGEL als „Giftsubstanzen" beschriebenen Ablagerungen auf der Deponie Großlappen bei München „nicht um toxische Substanzen" handele. Dabei hatte erst Ende letzten Jahres ein Gutachten des Instituts für Wasserchemie der TU München ergeben, daß der Müllsee auf der Großlappener Kippe „erhebliche Mengen" von „wassergefährdenden" und „ausgesprochen wassergefährdenden Stoffen" enthält, darunter Phenole und chlorierte Kohlenwasserstoffe. Und am 14. März dieses Jahres registrierten die TU-Forscher dort einen „hohen Gehalt an Ammonium bzw. Ammoniak" sowie „direktes Eindringen von Deponiewasser in den Untergrund".

Im Saarland — wo laut SPIEGEL bei Landsweiler „starke Mengen Kohlenwasserstoffe und Benzin in Verbindung mit Cyanid" geortet worden waren — teilte Umwelt-Ministerialrat Albert Wagner noch am Montag letzter Woche der Deutschen Presse-Agentur mit, es gebe keinerlei Anhaltspunkte dafür, „daß irgendwo etwas vermutet werden kann". Tags darauf aber ergaben amtlich vorgenommene Wasserproben in Landsweiler: 0,15 Milligramm Cyanid pro Liter — das Anderthalbfache des in Abwässern zulässigen Giftgehalts und das Sechsfache des Wertes, den der im SPIEGEL zitierte Oldenburger Gewässerkundler Professor Fritz Wilhelm Fastenau in Proben gemessen hatte (0,025 mg/l), die aus der Nähe stammten.

In Rheinland-Pfalz versicherte unterdessen Umweltminister Otto Meyer (CDU), eine „akute Gefahr" für die Bevölkerung bestehe nicht — was ohnedies niemand behauptet hatte. Nur: Daß noch nirgendwo blausäureverseuchtes Grundwasser gefunden wurde, wie Meyer verlautbarte, besagt nichts über die Brisanz der latenten Gefahr, daß die cyanidhaltigen Oberflächenwässer unter ungünstigen Umständen jederzeit das Grundwasser (und damit womöglich auch Trinkwasser) vergiften können.

Daß für Meyers Wasserprüfer beispielsweise in Meudt bislang „in keiner Probe Cyanide nachweisbar waren", ist für Egon Westermann, der 25 Jahre lang Betriebsleiter auf dem Hofgut des Deponieeigners Graf Emanuel von Walderdorff war, ohnehin „kein Wunder". In der Grube, auf deren Sohle nach Ermittlungen des Landeskriminalamtes mindestens 50 Tonnen Cyanid lagern, entnehme Meyers Wasserwirtschaftsamt seine Proben einem Testbrunnen, der „nur zwölf Meter tief" sei. Westermann: „Die Giftsoße steht in 30 Meter Tiefe, aber wenn ich nicht in den Keller gehe, sehe ich auch keine Maus."

Der Vorsitzende des „Wasserzweckverbandes Ruppach-Goldhausen", Hans Schaaf, sieht denn auch den 800 Meter von der Giftkippe Meudt entfernt liegenden Tiefbrunnen gefährdet, der fünf Westerwald-Dörfer mit Trinkwasser versorgt. Aber ministerielle Gutachter hatten stets widersprochen, wenn Schaaf darauf hinwies, „daß der Damm, der das Auslaufen des Sickerwassers verhindern soll, nur aufgeschüttet und kein gewachsener Boden ist".

Absonderlich nimmt sich auch Minister Meyers Beschwichtigungsargument aus, viele der Giftmüll-Deponien seien „seit Jahren stillgelegt" — genau das bedeutet die Gefahr. Das Risiko, daß die vom Bundesinnenministerium sogenannten chemischen „Zeitbomben" detonieren, nimmt nicht ab, sondern wächst mit jedem Tag, den das Gift in den rostenden Tonnen lagert. Und die Katastrophengefahr ist nicht einmal dann vollends gebannt, wenn, worauf Meyer hinweist, die Gift-Fässer in Lehmgruben deponiert sind. Schon 1972 hat der Heilbronner Ingenieur Ulrich Grammel in der Fachzeitschrift „gwf — wasser/abwasser" nachgewiesen, daß gewisse lösliche Industrieabfälle in Löß- und Lehmgruben mit „praktisch undurchlässigem" Untergrund das Grundwasser beeinträchtigen können.

Grammel schüttete versuchsweise vier Kubikmeter natriumchloridhaltiger Schmelzschlacke in eine Ziegeleigrube bei Lauffen am Neckar und beobachtete, daß sich knapp zwei Jahre später plötzlich der Chloridgehalt im Wasser einer 750 Meter entfernten Quelle na-



Umweltminister Brünner (r.)*: Schlimmeres verborgen?

* In Malsch bei Heidelberg.

mens „Gesundheitsbrünnele“ verfünffachte.

Der Oldenburger Gewässerkundler Fastenau wundert sich denn auch über „die pflaumenweichen Dementis der betroffenen Herren, die nun krampfhaft versuchen, sich reinzuwaschen“. Daß die letzte Woche in einigen Bundesländern auf Anweisung der Minister untersuchten Wässer andere — mal höhere, mal niedrigere — Cyanid-Werte als die von Fastenau analysierten Proben aufwiesen, führt der Professor auf klimatische Faktoren („Die Niederschlagsmenge spielt da eine wichtige Rolle“) ebenso zurück wie auf unterschiedliche Entnahmestellen („Die Deponien verändern sich jeden Tag“). Während Fastenau vorwiegend aus den Kippen gesickertes Oberflächenwasser untersuchte, hielten sich die Ministerial-Tester vorzugsweise an das Grundwasser.

„Bei den Behörden“, kommentiert Fastenau diese Vorliebe, „hat sich fälschlich die Ansicht eingebürgert, ein Straftatbestand sei nur gegeben, wenn das Grundwasser verunreinigt ist, aus dem Trinkwasser entnommen wird. Das Wasserhaushaltsgesetz gilt jedoch für jeden, der ‚ein Gewässer‘, also auch das Oberflächenwasser, verschmutzt.“

In Baden-Württemberg zweifelte Umweltminister Brünner, noch bevor staatliche Chemiker Proben entnommen und analysiert hatten, an der von Fastenau ermittelten Cyanid-Konzentration (Höchstwert: 2,832 Milligramm pro Liter) — ohne zu wissen, wo genau das Wasser abgeschöpft worden war. Brünner: „Hier ist alles getan, was getan werden mußte.“

Was alles getan worden sei, hatte sich der Umweltminister ausgerechnet von Peter Abt erzählen lassen, einem Vertreter der Giftbeseitigungsfirma „Westab“, gegen die derzeit die Staatsanwaltschaft ermittelt. Brünner: „Wenn es so ist, wie Herr Abt sagt, und das glaube ich, dann kann doch höchstens mal das eine oder andere Faß untergeschoben worden sein.“

Publikationen über Cyanid-Ablagerungen wertete Brünner gegenüber Journalisten schlankweg als „Racheakt“ des Hanauer Giftmüll-Spediteurs Siegfried Plaumann, der „jetzt Dinge erzählt, die Jahre zurückliegen“. Rundfunkreporter, die Wasserproben entnommen hatten, beschuldigte er, sie hätten „den Zaun um die Deponie zerschnitten“. Zudem habe das — vom SPIEGEL gemeldete — „Abpumpen von Wasser“ aus dem Grubengelände in den angrenzenden Wald, so Brünner, „nicht stattgefunden“.

Der Minister, so scheint es, war schlecht informiert. Plaumann hat dem SPIEGEL nichts erzählt; die defekte Deponie-Umzäunung brauchte niemand zu zerschneiden; und nachweislich tuckerte am 31. März, einem Sonntag, im Grubenloch eine Pumpe, die schmutziggraues Wasser aus einem Tümpel in den nahen Wald drückte. Mitglieder der Bürgerinitiative „Mülldeponie Malsch“ hatten die Pumpe schon letzten Sommer bei einem Deponie-Rundgang entdeckt; ein etwa 150 Meter langer Schlauch, der bis weit in den Wald reichte, war mit Reisig getarnt. „Als wir auftauchten“, erinnert sich Initiativ-Bürger Meinrad Bös, „stellte ein Gastarbeiter erschrocken den Motor ab und sagte: Pumpe kaputt, nix verstehen.“



Giftmüll-Fahndung bei Karlsruhe: Wasser gefährdet

Art und Menge der in Malsch versikkerten Schadstoffe, die mit gefährlicher, kaum abzuschätzender Spätzeitwirkung für das Grundwasser abgelagert wurden, lassen sich heute längst nicht mehr bestimmen. Deponie-Kataster und Kontrollbücher wurden seinerzeit, wenn überhaupt, nur nachlässig geführt. Noch 1972 lagen in der Deponie aufgeplatzte und ausgelaufene Fässer.

„Wenn der Kran kaputt war“, berichtet Abfallfachberater Heinz Jahn vom benachbarten Kompostwerk Wiesloch, „flogen ganze Faßladungen einfach den Hang runter“ — und wurden später zugeschüttet.

Während Minister Brünner die Malscher noch beschwichtigte, die SPIEGEL-Vorwürfe seien „unbegründet“, waren Kriminalbeamte und Staatsanwälte schon andernorts in Baden-Württemberg auf neue Mißstände in der Giftmüll-Branche aufmerksam geworden. In Asperg bei Ludwigsburg rückten Umweltfahnder um Mitternacht mit Gasmasken und Stemmeisen auf dem Werksgelände der Firma Säuren-Häffner an: Chemikalien-Großhändler Hugo Häffner hatte giftige Säuren und Laugen aus einem undichten Betonbekken in die Kanalisation und ins Grundwasser fließen lassen.

In einem weiteren Ort namens Malsch (bei Karlsruhe), in einer stillgelegten Ziegelei des Fuhrunternehmens Zimmer, entdeckten Beamte des Wirtschaftskontrolldienstes — durch den neuerlichen Giftmüll-Skandal aufmerksam geworden — in 69 Fässern hochgiftiges Natriumcyanid, Brom und Nitrit. Beteuerungen des Zimmer-Geschäftsführers Karl-Heinz Hentschel, die illegal zwischengelagerten Abfälle seien „nicht gesundheitsschädlich, nur grundwassergefährdend“, alarmierten Landrat Bernhard Ditteney: „Es wird jedes Faß aufgemacht, auch wenn Bohnenkaffee draufsteht.“

Und schon vorletzte Woche war die Kripo in Brünners vermeintlichem Umwelt-Musterländle gleich bei fünf badischen Transport- und Müllbeseitigungsfirmen, zwischen Rastatt und Karlsruhe, zur Hausdurchsuchung erschienen. Ein Ermittler: „Wir sind einem ganzen Kartell auf der Spur.“

Je mehr Gifte zutage kamen, desto kleinlauter wurden — gegen Mitte der Woche — auch die Umwelt-Hüter in den Behörden. Nun fand auch der rheinland-pfälzische Umweltminister Meyer „Anhaltspunkte für kriminelle Handlungen gewinnsüchtiger Unternehmer“. Insgesamt mindestens 425 Tonnen Cyanide, mehr als zunächst vermutet, lagern nach bisherigen Ermittlungen auf den Deponien in Sprendlingen, Meudt und Gerolsheim.

Mitte letzter Woche mochte Meyer auch nicht mehr ausschließen, daß sich sein Ministerialrat Professor Hans-Erich Klotter „ernste Interessenkollisionen“ als Privat- und Staatsgutachter für Deponiebetreiber zuschulden kommen ließ. Der Minister entzog dem Mainzer „Müll-Papst“ (Klotter über Klotter), über den der SPIEGEL berichtet hatte, bis zur Klärung der Vorwürfe die Aufsicht über das Landesamt für Gewässerkunde.

Und die Politiker in den Parlamenten drängten nun auf Abhilfe. Die hessische CDU verlangte sofortige Räumungsaktionen; in Mainz verfaßte die SPD eine Große Anfrage mit 44 „Fragen von existentieller Bedeutung“; in Stuttgart legte Minister Brünner, bedrängt von Rücktrittsforderungen der SPD, ein „Sofortprogramm“ vor und kündigte ein „Mobiles Umwelt-Kommando“ (MUK) an. Die hessischen Sozialdemokraten schließlich forderten Bundeshilfe: die Einrichtung einer Umwelt-Sonderabteilung des Bundeskriminalamtes.

Der preiswerte VW Express-Service. Der Service von der schnellen Truppe.

Der VW Express-Service behebt aus einer langen Liste von Mängeln die, die Sie auf die schnelle gemacht haben möchten.

Während Sie zusehen können, wechseln wir zum Beispiel den Keilriemen aus. Oder stellen den Leerlauf richtig ein. Oder ersetzen die Unterbrecherkontakte.

Und weil es schnell geht, geht es auch nicht ins Geld.

Außerdem brauchen Sie sich vorher nicht anzumelden. Sie können also zwischen zwei Besorgungen schnell auf einen Sprung vorbeikommen.

So sorgfältig wie wir beim Express-Service kleine Mängel beheben, beheben wir im Rahmen des VW Kundendienstes die größeren Mängel.

Ersatzteile, denen man nicht hinterherlaufen muß.

Um schnell und damit preiswert zu reparieren, ist jeder VW Kundendienst reichlich mit VW Original-Ersatz- und Austauschteilen versorgt. Die VW Mechaniker arbeiten mit geschultem Blick und flotten Fingern.

Allerdings hat der VW Kundendienst etwas, was Sie vor größeren Reparaturen schützt:

Die VW Computer-Diagnose macht Sie auch ohne Schaden klug.

Lassen Sie Ihren VW regelmäßig durch die VW Computer-Diagnose überprüfen. (Bei einem neuen VW kosten die ersten Diagnosen nichts. Alle weiteren nur ein paar Mark.)

Kleine Mängel können so rechtzeitig entdeckt werden, daß ein größerer Schaden von vornherein vermieden wird.

Sie sehen, Ihr VW läuft länger, wenn Sie kurz bei uns gewesen sind.



Wir halten Ihren VW auf dem laufenden. Ihr VW Kundendienst.

trends

Bonns Öl-Pläne

Weil Spitzenbeamte des Wirtschaftsministeriums der Meinung sind, daß die Mineralölkonzerne „ungeachtet der Aktion des Wirtschaftsministeriums und des Kartellamts“ (so ein internes Arbeitspapier) schon in naher Zukunft ihre Preise abermals heraufsetzen wollen, haben sie ihrem Minister ein neues Anti-Ölmulti-Konzept vorgeschlagen. In das revidierte Energieprogramm der Bundesregierung soll ein Passus eingefügt werden, der den Konzernen vorschreibt, vom Staat oder von Staatskonzernen geliefertes Rohöl gegen Erstattung der Verarbeitungskosten zu verarbeiten. Vorteil des Plans: Durch Billigeinkäufe auf dem Weltmarkt und Subventionen könnte Bonn auf Mengen und Preise von Benzin und Heizöl einwirken.

Lohnkampf in Spanien

Auch in Spanien werden bald die Tage für eine kostengünstige Produktion gezählt sein, so fürchten Investoren. Obwohl in Francos Staat Streiks verboten sind, zeigen sich die spanischen Arbeiter kampfbewußt. In 688 Ausständen streikten im letzten Jahr 304 725 Arbeiter für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Ausländische Firmen, von Niedriglöhnen nach Spanien gelockt, sehen sich massiven Forderungen gegenüber. So mußten die ITT-Tochter Standard Eléctrica und Chrysler España nach Streiks kürzlich 18 Prozent mehr Lohn akzeptieren.



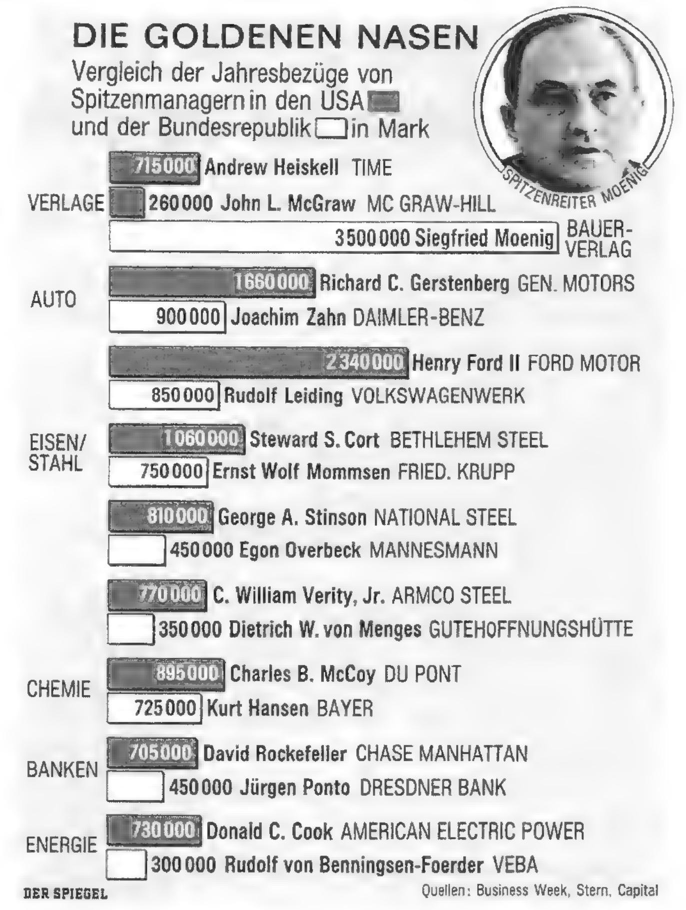
Illegal streikende Arbeiter in Spanien

Teure Endzeit

Mit deftigen Preisaufschlägen versucht VW, das meistgekaufte Auto Deutschlands zu bremsen: Der Preis für den VW Käfer (1303/44 PS) kletterte trotz stockendem Absatz seit Anfang März um fast 15 Prozent auf 7995 Mark. Mit überdurchschnittlichen Aufschlägen wurden auch andere Käferausführungen und der Typ 412 bedacht. Neben den Kostensteigerungen spielten für die Wolfsburger auch absatzstrategische Überlegungen eine Rolle: Die alten, in der Produktion teuren VW-Modelle vom Käfer bis zum K 70 fahren hohe Verluste ein und blockieren Kapazitäten, die das Werk für die neuen „wesentlich kostengünstigeren Modelle“ (Verkaufschef Horst Münzner) dringend braucht.

Computer-Streik

Deutschlands Banken stehen harte Wochen bevor. Nach den gescheiterten Lohnverhandlungen (Forderung: 15,1 Prozent) für die 300 000 Beschäftigten des Bankgewerbes hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) einen Mehrstufenplan entwickelt, um die Arbeitgeber zu großherzigen Zugeständnissen zu drängen. Wenn auch die Verhandlungen mit den Großbanken über neue Haustarifverträge scheitern und die geplanten Protestaktionen ebenfalls erfolglos bleiben, wollen die Gewerkschafter die dritte Stufe ihrer Konfliktstrategie loslassen: Schwerpunktstreiks in den Rechenzentren der Institute. Stehen erst einmal die Computer still, ist es auch mit fast allen Bankgeschäften vorbei.



Safety first

Die Fluggesellschaft Saudi Arabian Airlines, zu 100 Prozent in Besitz des von Öl-Dollars überschwemmten Staates (Einnahmen 1974: über 20 Milliarden Dollar), hat in den USA zwei Großraumjets vom Typ Lockheed L-1011 bestellt, für drei weitere Maschinen erwarben die Saudis eine Option. Lockheeds Sicherheitsklausel in dem Vertrag: „Diese Vereinbarung gilt vorbehaltlich des von der Saudi-Regierung zu erbringenden Nachweises, daß ausreichende Kredite vorhanden sind.“

Kriegskonjunktur

Beste Marktaussichten haben die Hersteller von elektronischen Kriegsgeräten. Englische Fachleute rechnen mit jährlichen Wachstumsraten von über zehn Prozent für den Rest der Dekade. Größter Nutznießer der Kriegskonjunktur sind die Vereinigten Staaten, die allein knapp drei Viertel des Weltmarktes (Gesamtumsatz 1973: über 26 Milliarden Mark) beherrschen.

Nationenwertung.

Vollbeschäftigung Arbeitslosenquote in % 1973		
1	Schweiz	0,0
2	BR Deutschland	1,2
3	Japan	1,3
4	Österreich	1,6
5	Frankreich	2,3
6	Schweden	2,5
7	England	2,7
8	Niederlande	2,8
9	Italien	3,5
10	USA	4,9

Preisstabilität Preisanstieg in % 1973/72	
USA	+ 6,2
Schweden	+ 6,7
BR Deutschland	+ 6,9
Frankreich	+ 7,1
Österreich	+ 7,6
Niederlande	+ 8,1
Schweiz	+ 8,7
England	+ 9,2
Italien	+ 10,8
Japan	+ 11,7

Wirtschaftswachstum Anstieg des realen Bruttosozialprodukts in % (z. T. geschätzt) 1973/72	
Japan	+ 11,0
Frankreich	+ 6,5
England	+ 6,0
Österreich	+ 6,0
USA	+ 5,9
BR Deutschland	+ 5,3
Italien	+ 5,0
Niederlande	+ 4,5
Schweiz	+ 4,0
Schweden	+ 3,0

Vielleicht geht manchem jetzt ein Licht auf.

Die Industrienationen der Welt stehen vor dem Problem, wie sie mit Preissteigerungen fertig werden, ohne Beschäftigung und Wachstum zu gefährden. Energiekrise, Rohstoffverknappungen und Preisexplosionen auf den Weltmärkten haben die Probleme noch verschärft. Die Frage ist: wie unsere Volkswirtschaft damit fertig wird. Urteilen Sie selbst: die Nationenwertung 1973 gibt Antwort. Zwar: jeweils ein erster Platz in den drei Einzeldisziplinen für die USA, die Schweiz und Japan. Aber welchen Preis mußten z. B. die Japaner für ihre Spitzenposition im Wachstum bezahlen?

Es kommt darauf an, die drei Hauptziele der Wirtschaftspolitik so zu kombinieren, daß gleichzeitig möglichst viel Preisstabilität und Vollbeschäftigung und ein angemessenes Wirtschaftswachstum erreicht werden. Das fordert auch unser Stabilitätsgesetz.

In dieser „Kombinationswertung" liegt die Bundesrepublik Deutschland eindeutig vorn. Jetzt, im Frühjahr 1974, haben wir auch die Spitzenstellung in der Preisstabilität erreicht. Das bestätigte uns auch die OECD am 10. April 1974.

Messen Sie die Arbeit der Bundesregierung daran. Verglichen mit anderen Ländern ist die Bundesrepublik Deutschland mit diesen Problemen am besten fertiggeworden. Das sagen nicht nur wir. Das sagt auch die internationale Presse. Der „France Soir" beispielsweise wundert sich: „Wie machen es die Deutschen, so großartig dazustehen?" (Stephane Roussel im „Internationalen Frühschoppen" am 31. März 1974).

Was die Welt weiß, versucht die Opposition in unserem Lande zu vernebeln. Sie setzt auf das Geschäft mit der Angst, weil sie nur darin ihre Chance sieht.

Es wird langsam klar: mit ihrem verantwortungslosen Gerede will die Opposition davon ablenken, daß sie keine brauchbaren Alternativen hat. Und schon gar keine politische Konzeption für die Zukunft unseres Landes.

Die Bundesregierung hält es für ihre Pflicht, den Versuchen, mit den Ängsten der Bürger zu spielen, entgegenzutreten. Deshalb legt sie Fakten vor und informiert.

Tun Sie es auch. Helfen Sie mit, dafür zu sorgen, daß alle Bürger wieder klarsehen. Nennen Sie unseren Platz in der Nationenwertung und sagen Sie, was er bedeutet. Warum sollten wir nicht ein wenig stolz auf unseren Platz in der Nationenwertung sein?

Die Bundesregierung



Nahost: Todesschwadron gegen den Frieden

Palästinenser, die das Massaker in der Schule von Maalot auslösten, wollen „alles tun, um Kissingers Mission zum Scheitern zu bringen". Sie fürchten, daß eine Friedenslösung im Nahen Osten nur den etablierten Staaten nützen, ihren Traum von Palästina aber begraben würde. Eine zunehmend pro-arabische Haltung der Amerikaner hatte die Furcht der Fedajin, daß selbst Syrien Henry Kissingers Lockrufen erliegen würde, noch gesteigert.

Über 60 Tage lang beschossen sich Syriens und Israels Armeen mit schweren Geschützen — und dennoch war Friede in Sicht. Dann aber griffen die Palästinenser ein: drei Mann mit Mp und Sprengsätzen — und im Nahen Osten drohte neuer Krieg.

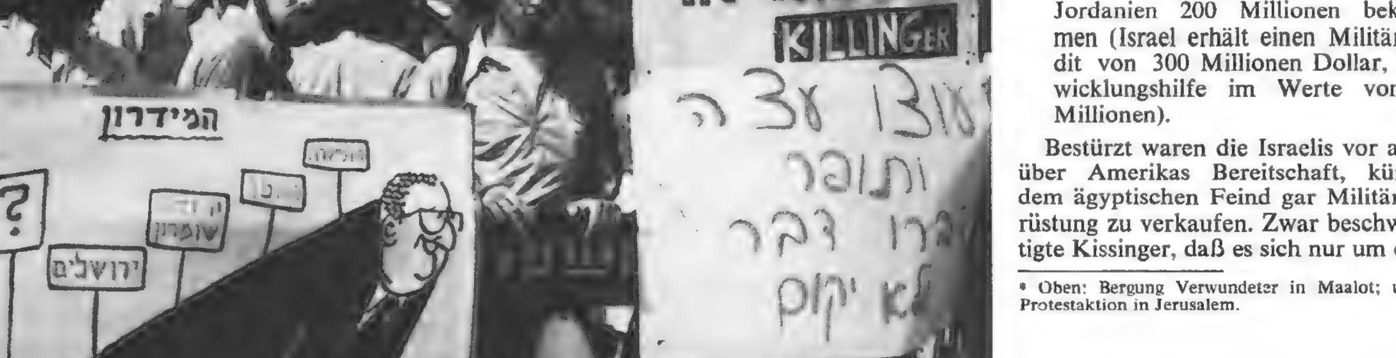
Denn die Fedajin, die im Morgengrauen des vergangenen Mittwochs in die Schule der nordisraelischen Siedlung Maalot eindrangen, lösten nicht nur das grauenhafteste Massaker seit dem Oktoberkrieg aus. Sie provozierten auch Gegenterror der israelischen Luftwaffe und schienen Ende voriger Woche Henry Kissingers Friedenstour zu unterbrechen.

Das aber war das Hauptziel des Himmelfahrtskommandos. „Um es klar zu sagen", erklärte Naif Hawatmeh, Chef der Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas und Auftraggeber der Todesschwadron, am Tag nach dem Massaker, „wir werden alles tun, um Kissingers Mission zum Scheitern zu bringen." Eine Entflechtung der Truppen wie am Suezkanal müsse auf den Golan-Höhen verhindert werden.

Wenn geschossen wird, hoffen die Palästinenser. Sie fürchten, daß die Staaten des Nahen Ostens einen Frieden schließen könnten, der vor allem auf ihre Kosten gehen würde. Und in der Tat konzentriert sich Ägypten seit der Entspannung an der Sinai-Front auf seine inneren Probleme. Statt „Kampf dem Zionismus" heißt die Parole dort jetzt „Nationaler Wiederaufbau".

Die Fedajin schließen nicht aus, daß selbst die radikalen Syrer so denken könnten, wenn am Berg Hermon erst einmal die Waffen schweigen, die Israelis den größten Teil der besetzten Gebiete freigegeben haben und die für den Entspannungsfall versprochene amerikanische Wirtschaftshilfe von voraussichtlich 50 Millionen Dollar nach Damaskus fließt. Hawatmeh: „Wir werden Israel zwingen, die Sprache der Geschosse zu hören . . ."

Terror-Opfer, Anti-Kissinger-Demonstration*
„Wir werden die Mission zum Scheitern bringen"



Paradoxerweise hatte eine zunehmend pro-arabische Haltung der Israel-Schutzmacht USA die Ängste der Palästinenser noch gesteigert.

Weil Washington nicht noch einmal die Ölversorgung aus dem Orient gefährden will, suchte es seit vorigem Herbst bessere Beziehungen zu den Araber-Staaten. Und weil die Watergate-geschädigte Nixon-Regierung dringend außenpolitische Erfolge braucht, drängt sie Jerusalem zu einem Abkommen mit Syrien. Sahen die Amerikaner einst militärische Macht als Garant für Israels Sicherheit, so glaubten sie jetzt, daß der Judenstaat nur durch großzügige Gebietsrückgaben sein Verhältnis mit den Nachbarn dauerhaft regeln und damit sein „Überleben" (Kissinger) sichern könne.

Die veränderte US-Politik aber beunruhigt die Israelis. „Sadat, Assad und Arafat können uns nie bezwingen", weiß der Publizist Elisa Livneh, „die wahre Gefahr kommt von Kissinger . . ." Verärgert sahen die Israelis bislang nicht gekannte Reaktionen der US-Beschützer:

- ▷ Amerikas Uno-Delegation unterstützte im Sicherheitsrat eine Rüge gegen Israels Vergeltungsaktion im Libanon nach dem Terroranschlag von Kirjat Schmone.
- ▷ Kissinger weigerte sich, in Syrien zugunsten diskriminierter Juden zu intervenieren, da es sich dabei um „innersyrische Belange" handle.
- ▷ Washington bewilligte im neuen Auslandshilfe-Budget den Arabern mehr Unterstützung als Jerusalem: Ägypten soll 250 Millionen Dollar, Jordanien 200 Millionen bekommen (Israel erhält einen Militärkredit von 300 Millionen Dollar, Entwicklungshilfe im Werte von 50 Millionen).

Bestürzt waren die Israelis vor allem über Amerikas Bereitschaft, künftig dem ägyptischen Feind gar Militärausrüstung zu verkaufen. Zwar beschwichtigte Kissinger, daß es sich nur um elek-

* Oben: Bergung Verwundeter in Maalot; unten: Protestaktion in Jerusalem.

HAMBURG HAMBURG HAMBURG HAMBURG HAMBURG HAMBURG HAMBURG HAMBURG

MÜNCHEN MÜNCHEN MÜNCHEN MÜNCHEN MÜNCHEN MÜNCHEN MÜNCHEN

Das Schönste an der neuen En-bloc-Karte: 7.500 km mehr fürs Geld.

Eine reizvolle Rechnung für alle, die viel reisen: 15 Prozent sparen Sie gegenüber dem Normaltarif, wenn Sie das neue Großkunden-Abonnement der Bahn kaufen – die 50.000 km En-bloc-Karte. Sie zahlen in der 1. Klasse 7.890 Mark, in der 2. Klasse 4.930 Mark. Und bekommen in jedem Fall 7.500 km mehr für Ihr Geld.

Das Reisen mit der En-bloc-Karte ist denkbar einfach: Sie erhalten Blanko-Fahrscheine, die Sie selbst ausfüllen. Für beliebig viele Mitarbeiter, die Sie auf Seminare oder Tagungen schicken, oder die überhaupt für Sie unterwegs sind. Aber auch für Geschäftsfreunde oder Kunden, die Sie zu Konferenzen oder Vorführungen zu sich bitten. Wobei Sie unter allen Zugverbindungen frei wählen können.

Sprechen Sie doch mal mit Ihrem Kundenberater, Ihrer Fahrkartenausgabe, oder mit einer DB-Verkaufsagentur (z. B. DER-Reisebüro). Auch dann, wenn Sie kein riesengroßer Großkunde sind. Denn die En-bloc-Karte gibt es schon für 25.000 km. Und was man dabei gegenüber dem Normaltarif spart, ist ebenfalls ein schönes Stück: 12,5 Prozent.





tronische Geräte handeln solle. Doch Verteidigungsminister Schlesinger widerlegte seinen Kollegen, indem er gleichzeitig argumentierte, daß eine Ausrüstung Ägyptens durch die USA Kairo wieder in die westliche Einflußsphäre ziehen würde.

Was Kissinger als „konstruktive Kontakte" rühmt, empfinden viele Israelis als Verrat. Im Jerusalemer Regierungsviertel empfingen Hunderte den Friedensreisenden mit Buhrufen. Aufgebrachte Israelis protestierten gegen den „Beginn eines Ausverkaufs", warnten vor einem „vietnamesischen Frieden" und schimpften den amerikanischen Emissär „Mohammed Iwanowitsch Kissinger". Golan-Wehrbauern grollten: „Den Arabern ist er Kissinger, uns wird er Killinger." Demonstranten griffen Nixons abwertende, aus den Watergate-Protokollen bekanntgewordene Bezeichnung für seinen Außenminister auf und forderten „Jewboy, go home".

Erfundene oder wahre Geschichten heizen die anti-amerikanische Stimmung auf:

▷ Kissinger habe vor dem Oktoberkrieg detaillierte Pläne der Araber gekannt, jedoch die Konfrontation nicht verhindert, weil er glaubte, der Nahostkonflikt sei nur in einer akuten Krise zu lösen.

▷ Kissinger habe im Oktoberkrieg entgegen den Wünschen des Pentagon die Einrichtung der US-Luftbrücke um mehrere Tage verzögert, weil er hoffte, Israel durch Verluste verhandlungswillig zu stimmen.

▷ Als ihr Beobachtungssatellit vor einigen Wochen feststellte, daß Ägypten vertragswidrige Geschütze in der demilitarisierten Zone am Suezkanal aufstellte, hätten die Amerikaner Israel erst mit zehntägiger Verspätung informiert.

Nach der Devise „Die Russen müssen ruhig bleiben, die Araber zufrieden sein, die Israelis nicht allzu kurz kommen" plädierte Kissinger vorletzte Woche auf Zypern mit seinem Moskauer Kollegen Gromyko für eine Art Kondominium im Nahen Osten: Amerika habe keinerlei Interesse, den Russen in ihren Einflußländern Syrien und Irak eine ähnliche Schlappe zu bereiten wie in Ägypten. Eine Entspannung im Orient werde schließlich auch den Sowjets Vorteile bringen: erweiterte Handelsbeziehungen bei besseren Krediten mit den USA und vor allem die gerade von Moskau gewünschte schnelle Wiedereröffnung des Suezkanals.

Gromyko war offenbar beeindruckt. Denn er flog von Nikosia nach Hause. Er folgte dem Amerikaner nicht — wie bei Kissingers voriger Mission — nach Damaskus.

Diese Entwicklung aber alarmierte die heimatlosen und untereinander zerstrittenen Palästinenser, die stets be-

fürchten, daß Lösungen nur den etablierten Staaten nützen würden. Vertreter aller Widerstandsorganisationen versammelten sich in Beirut und versuchten vergeblich, sich über die Teilnahme an der von der UdSSR und Amerika geförderten Genfer Konferenz zu einigen. Am 15. Mai, dem 26. Jahrestag der Gründung Israels, zündete Hawatmehs Volksfront dann in Maalot die Bombe gegen die Entspannung.

Wie zu erwarten, bejubelte die arabische Welt den Anschlag im Kernland des Feindes. Kairos „Al-Ahram" aber ließ Bemerkenswertes durchblicken: Das regierungsnahe Blatt machte für das Drama jene verantwortlich, die „das größere Verbrechen begangen haben, indem sie die Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben" — womit die Aktion von Maalot gleichfalls als Verbrechen charakterisiert war.

SPANIEN

Monokel per Post

Der Zusammenbruch der Diktatur in Portugal schürte in Spanien neue Ängste, aber auch Hoffnungen. Der bisher herablassend angesehene Nachbar gilt Oppositionellen jetzt als Vorbild.

Francisco Calomarde, der für Spaniens Portugal-Politik zuständige Minister, gab den Befehl zur Intervention: Er wies die Generalkapitäne an, „die Neuordnung, die in Portugal errichtet werden soll, zu zerstören".

Das war vor fast 150 Jahren. Portugal hatte sich für eine liberale Politik entschieden, in Spanien herrschte der finstere Absolutismus Ferdinands VII.

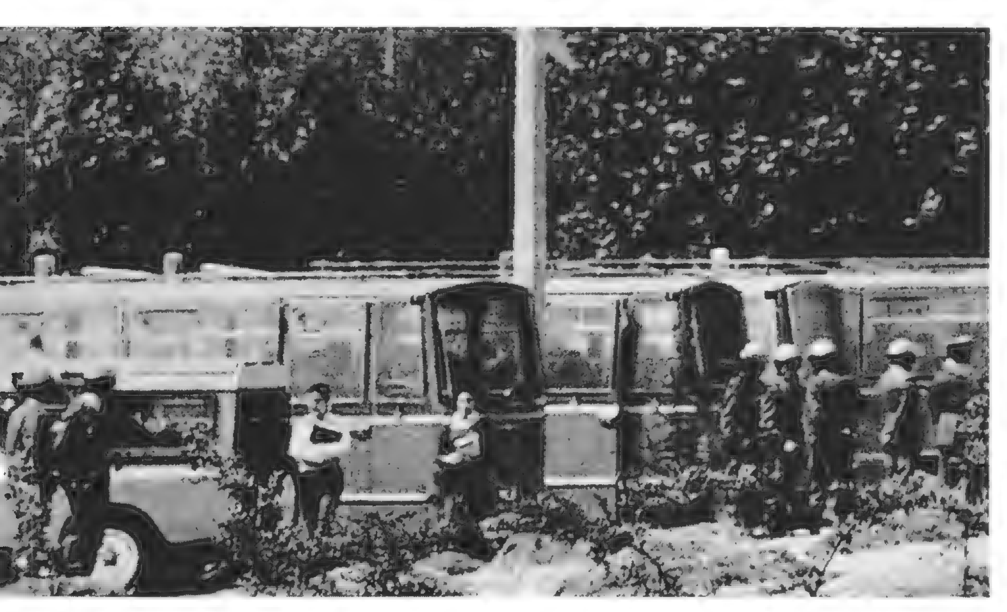
Immer in der Geschichte strahlte die Politik des einen iberischen Staates auf den anderen aus. Doch kein Ereignis im Nachbarland provozierte in Spanien jemals derart „tiefe psychologische Auswirkungen" (so der oppositionelle Sozialdemokrat Professor Tierno Galván) wie Portugals Staatsstreich vom vergangenen 25. April. Der ruhmlose Zusammenfall des Salazarismus mußte niemenden empfindlicher treffen als das artverwandte Franco-Regime.

Freilich: Anders als vor anderthalb Jahrhunderten kann Madrid nicht an eine Intervention denken. Zwar wurden am Tage der Militärrevolte in Portugal die spanischen Truppen an der Grenze mobilisiert; doch vergebens bat offenbar Portugals bedrohter Premier Caetano den spanischen Caudillo am Telephon um Hilfe. Zwar bewirteten Francos Geheimpolizisten nach Spanien geflüchtete Agenten der DGS (Portugals Geheimdienst), so etwa im Restaurant San Miguel in Orense. Doch den Versuch der Flüchtlinge, sich Geld und Waffen für einen Einfall nach Portugal zu beschaffen, scheint die spanische Polizei unterbinden zu wollen.

Und Staatschef Franco übermittelte dem am vergangenen Mittwoch zum neuen Präsidenten Portugals ernannten Junta-Führer Spínola „innige Wünsche" für sein „persönliches Glück" wie für „das Wohlergehen und das Gedeihen des geliebten portugiesischen Volkes". Wie schon oft zuvor bewies das Regime seinen Opportunismus, lästige politische Widersprüche abzutun, als ob es nicht betroffen sei.

„Unsere Beziehungen zu Portugal waren nicht gut", versicherte jetzt ein hoher Ministerialbeamter dem SPIEGEL. „Der Salazarismus und der Caetanismus", so behauptet „Pueblo", das Blatt der offiziellen Gewerkschaften, „hatten vor dem portugiesischen Volk eine Mauer des antispanischen Mißtrauens errichtet."

Eifrig bemühten sich Beamte und regime-treue Zeitungen herauszustrei-



Polizeieinsatz in der Madrider Universität: „Zerfall der Mumien"

„Was das Auge sieht, hat unmittelbare Übe

Für viele Menschen ist die Spiegelreflex-Fotografie die faszinierendste Form der Fotografie. Nur sie bietet die Möglichkeit, genau und unverfälscht zu sehen, was auf den Film kommt. Ein Blick durch den Sucher ist gleichzeitig ein Blick durch das Objektiv. Informiert Sie über Motiv, Bildausschnitt, Bildschärfe und Bildhelligkeit. Gestattet Ihnen im Rahmen eines umfassenden optisch-mechanischen Systems, Gesehenes optimal festzuhalten, zu verändern und zu verdichten. Oder sogar Dinge zu sehen, die Ihren Augen bisher verborgen blieben.

Rollei Spiegelreflex-Kameras haben die Entwicklung der Fotografie entscheidend beeinflußt. Die Rolleiflex SL 35 ist ein Ergebnis dieser Erfahrungen und Erkenntnisse. Eine 24 x 36 Systemkamera, die ihren eigenen Weg geht. Sie vereint ohne vordergründige Modernität das überlegene Spiegelreflex-System mit Handlichkeit und durchdachter Bedienungsfunktion.

Aber auch das beste Spiegelreflex-System stößt an seine Grenzen. Der Wunsch, diese Grenzen zu überschreiten, führte bei Rollei zur Entwicklung des Kamera-Plus-Systems.

Die Rolleiflex SL 35 plus 140 RES. Ein neuer Computerblitz, der alle Fortschritte der Blitztechnik in sich vereint. Der Schwenkreflektor dieses Blitzgerätes sorgt durch sein indirektes Licht dafür, daß Ihre Fotos weich und plastisch — wie bei Tageslicht fotografiert — aussehen. Die computergenaue Lichtdosierung garantiert das richtige Licht. Wird dem kleinsten Detail und dem größten Raum gerecht. Und die energiesparende RE-Schaltung macht die Blitzfolgezeit schneller, als Sie fotografieren können.

So kann Ihnen heute die Rolleiflex SL 35 plus 140 RES wirklich Spiegelreflex-Fotografie ohne Grenzen versprechen.



GRAMM & GREY

rzeugungskraft."

(Arthur Schopenhauer)



Rolleiflex SL 35 plus Rollei 140 RES.
Das Kamera-Plus-System.

chen, wie anders die Bedingungen seien: Das Land führe keinen Kolonialkrieg und sei dem Nachbarn wirtschaftlich weit voraus. Spaniens Arbeiter hätten bereits garantierte Mindestlöhne erreicht, und anders als Portugal habe Madrid eine „Demokratisierung" bereits anvisiert.

Die unterschiedlichen Voraussetzungen betonten sogar Regimegegner — so, als wollten sie sich rechtfertigen dafür, daß nicht Spanien, sondern das kleine, stets mit Herablassung betrachtete Nachbarland Portugal zuerst seine Diktatur abgeschüttelt hat. „Das ist fast so", meinte ein spanischer Journalist, „als ob Benfica Lissabon gegen Atlético Madrid mit 11:0 gewonnen hätte."

Doch nach der Revolution in Portugal schienen alte Vorurteile schnell vergessen. „Die Verständigung zwischen Spaniern und Portugiesen", meldete „Pueblo" aus Lissabon, „erreicht nie zuvor erlebte Höhepunkte." Euphorischer als die Presse anderer Länder feierten viele spanische Zeitungen „die Freiheit in Portugal" (so die Zeitschrift „Triunfo"), beschrieben sie (so „La Vanguardia") die „Explosion der Volksfreude" im Nachbarland.

Spaniens Oppositionelle verspürten plötzlich wieder „ein Klima der Hoffnung" (so der christdemokratische Professor Ruiz Jiménez) und fühlten sich zu „größerer Einigkeit" angespornt. Viele von ihnen pilgerten nach Lissabon, um dort zum erstenmal seit Jahrzehnten wieder „die Luft der Freiheit" (Ruiz Jiménez) zu schnuppern. Spanische Sozialisten marschierten bei den Maifeiern in Lissabon mit. „Ay, Portugal, warum beneide ich dich so", wandelten die Spanier ein portugiesisches Volkslied ab.

Mit Beifall und zum Siegeszeichen gespreizten Fingern begrüßten Spanier in Salamanca den per Südexpreß aus dem Pariser Exil nach Lissabon durchreisenden portugiesischen Sozialistenführer Mário Soares. Und Spaniens Carlisten — einst Waffenbrüder, heute Gegner Francos — hißten bei ihrem Jahrestreffen auf dem Berg Montejurra in Navarra die portugiesische Flagge. Mit „Viva Portugal" begleiteten sie die Verlesung einer Botschaft ihres Oberhauptes Hugo von Bourbon-Parma. Darin begrüßte der Prinz den Sturz einer „Tyrannei, die der in Spanien herrschenden gleicht", als „Erfüllung unserer Träume".

Bei einer Protestdemonstration gegen geplante Ausleseprüfungen an Spaniens Universitäten warnten Madrids Studenten in Sprechchören die anwesenden Geheimpolizisten der Brigada Social y Politica: „Social, denk an Portugal!" In den Schaufenstern der Buchhandlungen im Universitätsviertel liegt das Buch des Generals Spínola aus, das den Anstoß gab zum Umsturz in Portugal. In Anspielung auf den monokeltragenden Revolutionär bekam Spaniens Chef des Generalstabes, General Díez Alegría, denn auch bereits ein Monokel anonym zugeschickt.

Zwar scheint auch in Spanien die Kluft zwischen den alten Kämpen des Bürgerkrieges und jenen jüngeren Offizieren zu wachsen, die nicht als Komplicen einer überständigen Diktatur gelten möchten. Doch wo es kein auslösendes Moment — wie in Portugal den Kolonialkrieg — gibt, hat das Regime von seinen Soldaten — noch — keinen Aufstand zu fürchten.

Unaufhaltsam aber forciert das Beispiel Portugals die politische Auseinandersetzung in Spanien, die seit der Ermordung des Franco-getreuen Ministerpräsidenten Carrero Blanco im vergangenen Dezember in Gang gekommen ist.



A Capital, Lissabon

„Macht das Fenster zu"

Nach dem Sturz der Nachbar-Diktatur drängen nun auch Mitglieder des Regimes auf eine beschleunigte politische Öffnung — eine „apertura". Der Cortes-Abgeordnete Ramiro Cercós forderte die Zulassung einer Opposition; der Falangist Manuel Cantarero del Castillo meldete seinen Wunsch an, eine politische Vereinigung zu gründen: „Was das Land will, ist politische Demokratie." Und der für die Staatsgewerkschaften zuständige Minister Fernández Sordo verkündete eine revolutionäre Neuerung: „Einen Streik wollen wir künftig einen Streik nennen" — das Recht zu streiken gibt es freilich auch weiterhin nicht.

Die bislang einzige konkrete apertura praktizierte Informationsminister Pío Cabanillas: eine Liberalisierung der Pressezensur. Nur selten rufen seine Zensoren noch in den Redaktionen an, um ein Thema für tabu zu erklären.

Unbehindert konnten jetzt Spaniens Zeitungen die Lehren der portugiesischen Revolution diskutieren. „Die Lektion Portugals ist“, schrieb das liberale Abendblatt „Informaciones“, „daß die Unbeugsamkeit und die Unfähigkeit eines Systems sich anzupassen, zur Verkalkung führen, bis eine gewaltsame Umwälzung schließlich auch noch die letzten Spuren jenes Systems tilgt.“

In der konservativen „ABC“ dagegen warnte der Kommentator Luis María Ansón: „Einem durstigen Volk die Bodegas der Freiheit plötzlich sperrangelweit zu öffnen, wie man es in Portugal getan hat, heißt das Risiko eingehen, ein großes Besäufnis zu provozieren.“

Den Ultras der Alten Garde geht die neue Freiheit ohnehin schon viel zu weit: „Wir sind schon soweit gekommen“, wetterte der falangistische Ex-Arbeitsminister José Antonio Girón nach dem Portugal-Putsch im Falange-Blatt „Arriba“, „daß sich an Spaniens Kiosken ausländische Zeitungen finden, in denen die höchste und respektable Figur Francisco Francos lächerlich gemacht oder das Regime beleidigt wird und in denen Vergleiche angestellt werden mit politischen Systemen, die uns ganz entschieden fremd sind.“

Offensichtlich auf Informationsminister Cabanillas zielte Giróns Attacke gegen „die falschen Liberalen“, jene, die „sich im Schutze der Nacht und der Dunkelheit in die Strukturen des Regimes einschleichen wollen, um es zu untergraben“. Der Altfalangist hat, so heißt es, bei seinen Ausfällen die Rückendeckung der privaten Kamarilla um Franco gehabt, die sich immer mehr in die Politik einmischt: der Franco-Gattin, seines Bruders, seines Schwiegersohnes und seines Leibarztes Vicente Gil, der den Caudillo schon seit über vier Jahrzehnten behandelt.

Ohnedies, so glaubt der Sozialdemokrat Tierno Galván, diene auch die kleine Pressefreiheit nur dem Zweck, „daß die Spanier von Politik sprechen, aber sie nicht machen“. Denn: Politische Vereinigungen wird es nicht geben, solange Franco lebt, das glaubt — wie Tierno — auch sein Professorenkollege Iñigo Cavero, der einem christdemokratischen „Grupo Tácito“, dem Kern einer eventuellen Zentrumspartei, angehört: „Parteien waren für Franco seit jeher tabu.“ Und letztlich wären „Vereinigungen“ politische Parteien.

Freilich, hartnäckiger Immobilismus könnte dem Franco-Regime jenes Ende bereiten, das „ABC“-Kommentator Ansón beim Salazarismus diagnostizierte: „Die portugiesische Krypta zu öffnen und frische Luft hereinzulassen bedeutete den Zerfall der Mumien.“

Die Kirche war Verlierer

Italien nach dem Referendum über das Scheidungsgesetz

59,1 Prozent der Italiener stimmten für die Ehescheidung. Sie bereiteten damit der katholischen Kirche und den Christdemokraten eine schwere Niederlage. Die durch die Volksabstimmung gestärkte Linke fordert nun Reformen auch auf anderen Gebieten, bei den Christdemokraten werden jetzt „die Messer gewetzt".

Es zog sie dahin, wo vor 104 Jahren Gleichgesinnte — die Elitetrupps der Bersaglieri — der weltlichen Macht des Papstes über Italien ein Ende setzten. Dort, an der antiken Porta Pia, gelang einst der Durchbruch in die Mauern der Ewigen Stadt, dorthin zogen in der vergangenen Woche Antiklerikale mit brennenden Fackeln.

Wie damals galt es, einen Sieg über den Papst zu feiern. In der Volksabstimmung vom 12. Mai hatten 59,1 Prozent der Wähler dafür gestimmt, die 1970 eingeführte Ehescheidung beizubehalten. Das Scheidungsgesetz wird somit nicht wieder abgeschafft, wie es eine rechte Allianz zwischen katholischer Kirche, Christdemokraten und Faschisten gefordert hatte.

Daß die Niederlage der Scheidungsgegner wesentlich höher ausfiel als erwartet, war die große Sensation dieser Volksabstimmung. Italiens KP sprach von einem „Triumph der Freiheit". Scheidungsfeind Papst Paul VI. aber, der noch am Morgen des 12. Mai die Gläubigen gemahnt hatte, die „Einheit der Familie zu wahren", empfand „Schmerz und Erstaunen".

Das Referendum vom 12. und 13. Mai war die erste Volksabstimmung in Italien seit der Abschaffung der Monarchie im Jahr 1946. 19 Millionen Bürger stimmten für, 13 Millionen gegen das Scheidungsgesetz. Pietro Nenni, der große alte Mann des italienischen Sozialismus, feierte das Ergebnis als „großes historisches Ereignis im Leben der Nation", als Sieg des laizistischen über den konfessionellen Geist.

Ein solcher Sieg ist gerade für Italien von Bedeutung, denn der Gegensatz zwischen Laizismus und katholischem Klerikalismus hat 130 Jahre italienischer Geschichte gezeichnet. Im Risorgimento, der Einigungsbewegung, gab es starke antikirchliche Kräfte, weil der Kirchenstaat, der sich damals noch bis an den Po erstreckte, der Einigung im Wege stand.

Papst Pius IX., Mitte des vergangenen Jahrhunderts eingeschworener Gegner der Sache der Patrioten, bedurfte französischer Militärhilfe, um nach seiner Flucht 1848 Rom zurückzuerobern und um 1867 die Garibaldi-Freischaren zu schlagen. Erst 1870 war das Ende des Kirchenstaats besiegelt: Die Soldaten des Königreichs Italien eroberten die Ewige Stadt.

Der Konflikt zwischen dem Papst und dem jungen Nationalstaat schwelte weiter. Pius IX. verbot den Katholiken des Landes, sich an den Wahlen zur Deputiertenkammer zu beteiligen. Damit überließ die Kirche das politische Feld den Nationalliberalen. Italiens Katholiken formierten sich erst nach dem Ersten Weltkrieg in einer Partei. Der Partito Popolare gewann auf dem Lande großen Anhang, wurde aber, wie die anderen Parteien auch, vom Diktator Mussolini ausgeschaltet.

Damit war die Auseinandersetzung zwischen dem politischen Katholizismus einerseits, liberalen und linken Gruppen andererseits unterbrochen. Im Februar 1929 schlossen der Duce und





Jubelnde Scheidungsbefürworterinnen, abstimmende Scheidungsgegnerinnen: „Triumph der Freiheit"

Deutsche Certina GmbH, 4000 Düsseldorf, Immermannstr. 56, Tel.: 0211/356006

Certina - die große Schweizer Marke in Deutschland.

In der Certina-Kollektion spielen Repräsentation, Design, Individualismus und Funktion von Modell zu Modell ihre unterschiedliche Rolle.

Gemeinsam tragen alle Certina-Uhren das Konzept technischer Perfektion.

Fragen Sie Ihren Uhrenfachmann oder die, die sie tragen.



CERTINA

Certina, die große Schweizer Marke in Deutschland.



Achten Sie in Fachgeschäften auf dieses Zeichen.

Die Certina-Kollektion: Quarz-Uhren, Electronic-Uhren, DS-Serie, Schnellschwinger-Programm, Schmuck-Uhren, Handaufzugs-Uhren. Certina-Uhren gibt es von DM 87,– bis DM 20.000,–. Unverbindliche Preisempfehlung.

Papst Pius XI. den sogenannten Lateranvertrag, der endlich die Frage des Vatikanstaates regelte, sowie das Konkordat, das der katholischen Kirche beispiellose Vorrechte einräumt. Vor dem Priester geschlossene Ehen etwa hatten auch zivilrechtliche Gültigkeit, die Kirche hatte das Recht, Ehen zu annullieren, von Scheidung ist nicht die Rede.

Das Konkordat wurde 1947 in die Verfassung der neuen Republik übernommen, doch die antiklerikale, zumindest aber laizistische Tradition der neueren italienischen Geschichte war nicht tot. Sie lebt in der Liberalen, der Republikanischen, der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Partei.

Die vier Parteien verteidigen nach wie vor die Autonomie des Staates gegenüber der Kirche und beobachten argwöhnisch jeden Schritt des Vatikans, der Italiens innere Verhältnisse berührt. Überdies steht ein beträchtlicher Teil der italienischen Intelligenz im kirchenkritischen Lager und hält die längst überfällige Revision des Konkordats in Schwung.

In den fünfziger und sechziger Jahren nahm das Ausland den italienischen Antiklerikalismus freilich kaum wahr: Die Führungsrolle der Christenpartei, die angebliche Kirchentreue vieler Kommunisten, die Präsenz des Papstes, die frommen Dorffeste setzten sich augenfällig zusammen zum Klischee eines unerschütterlich katholischen Italien.

In Wahrheit aber steht auch im Land des Papstes die Kirche vor Schwierigkeiten. Ihre Autorität wird angefochten, das religiöse Leben schrumpft.

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind Millionen Italiener vom Land in die Küstenstädte, vom Süden in den industriereichen Norden abgewandert. Meist lockerten sich damit ihre kirchlichen Bindungen, Motorisierung und Tourismus verstärkten den Trend. Der Arbeiter, der früher regelmäßig zur Messe und am Sonntagnachmittag zum Plausch in den Pfarrsaal ging, ist nun mit seinem Fiat 500 auf Achse.

Über 90 Prozent der Italiener sind nominell katholisch, doch Stichproben zeigten, daß etwa 50 Prozent bloße „Taufscheinkatholiken" sind. Wohl lassen sich die meisten Brautpaare kirchlich trauen, Eltern ihre Kinder taufen — aus Tradition. Zur Sonntagsmesse hingegen drängt nur eine Minderheit.

Im Gegensatz zu den Ordensleuten sinkt die Zahl der Weltpriester. Während es 1881 rund 84 000 Pfarrer und Kaplane in Italien gab, waren es 1966 nur noch 42 000 — im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der — zumindest formal — katholischen Einwohner des Landes fast verdoppelt.

Tausende von Klerikern arbeiten als geistliche Berater oder gar als Organisatoren in katholischen Vereinen mit. Die Verbände gelten als Hauptstütze kirchlichen Einflusses in der italienischen Gesellschaft, doch auch hier vollzieht sich ein Wandel: Ein Teil der weitverzweigten Organisation emanzipiert sich von der kirchlichen Hierarchie, besonders im politischen Bereich. So wurden die Mitglieder der katholischen Arbeitnehmerorganisation Acli lange Jahre angehalten, christdemokratisch zu wählen — seit 1969 nicht mehr.



Scheidungsgegner Papst Paul VI.: 130 Jahre Gängelei

Die Debatte um das Scheidungsgesetz schließlich beschleunigte den Emanzipations-Prozeß unter Italiens Christen. Schon 1968 schlossen sich liberale Katholiken — im Hinblick auf die zahllosen getrennten, zerrütteten Ehen — dem Plädoyer der Antiklerikalen für ein Scheidungsgesetz an. Ihr Hauptargument: Da die Kirche Ehen annulliere, de facto scheide, müsse erst recht der Staat Ehen scheiden dürfen.

Ende 1970 billigte Roms Parlament gegen den Widerstand der Democrazia Cristiana und der Faschisten das Scheidungsgesetz, das nach seinen Initiatoren, dem Sozialisten Fortuna und dem Liberalen Baslini, benannt wird. Katho-

lische Ultras sammelten 1,3 Millionen Unterschriften für ein Referendum zur Wiederabschaffung der Reform, Bischöfe und Vatikan förderten den Plan. Sie verwiesen auf das katholische Sakrament der Unauflösbarkeit der Ehe und betonten, das Gesetz verstoße gegen den Konkordatsartikel 34.

Doch knapp 1400 Pfarrer trotzten ihrem Oberhirten, indem sie ebenso wie Hunderte von linkskatholischen Gruppen das Scheidungsgesetz verteidigten. Der Kreuzzug gegen die Ehescheidung scheiterte.

Die meisten der 19 Millionen „No"-Stimmen gegen die Annullierung der Ehescheidung, die Stimmen pro Scheidung also, kamen aus dem Wählerreservoir der KP und der Linkssozialisten. Daher stärkte der Erfolg vom 12. Mai das Selbstbewußtsein der italienischen Linken. Eine Gruppe römischer Jungkommunisten: „In der Scheidungsfrage haben die fortschrittlichen Kräfte gesiegt. Jetzt geht es darum, andere, wichtigere Reformen voranzutreiben."

Doch trotz des Freudentaumels in den Straßen und den Sieges-Spalten in der Presse spricht wenig dafür, daß von der Volksabstimmung vom 12. Mai neuer Elan zur Genesung des Landes ausgehen wird. Die italienische Krankheit sitzt zu tief, als daß ein einmaliges Erfolgserlebnis — das noch für 41 Prozent des Volkes ein Mißerfolg ist — viel weiterhelfen könnte.

Wahrscheinlich ist vielmehr, daß Rom die nötigen, aber kostspieligen Reformen abermals aufschiebt: Bei einer Inflationsrate von 15,6 Prozent muß die Regierung des Christdemokraten Mariano Rumor zunächst versuchen, die öffentlichen wie die privaten Ausgaben zu drosseln. Maßhalten hat Vorrang.

Wirtschaftsmisere und Lira-Verfall sind freilich auch die Quittung für Polit-Versäumnisse, für politische Schwäche. Seit Kriegsende haben sich in Rom 35 Kabinette verschlissen. „Unsere Regierungen", lamentierte das Römer-Blatt „Il Tempo", „ähneln chronisch Kranken, die sich vom Bett zum Sessel und wieder zurück ins Bett schleppen. Heute halten sie sich mit Tabletten, morgen nur mit Spritzen aufrecht."

Ob Spritzen und Tabletten der derzeitigen Mitte-Links-Koalition in Rom helfen, steht dahin. Fest steht, daß die Scheidungskampagne schwere Wunden geschlagen hat. Der „Sieg der Vernunft" (so das linke Abendblatt „Paese Sera") demütigt die regierende Democrazia Cristiana tief. Schon wird in der Partei Unruhe spürbar. Parteichef Amintore Fanfani, heißt es, hätte verhindern müssen, daß die DC an dem mißglückten Kreuzzug der Ultra-Rechten gegen die Scheidung teilnimmt. Doch gerade Fanfani selbst hatte sich statt dessen persönlich für diesen Kreuzzug exponiert.

Roms Nachrichtenmagazin „L'Espresso": „Bei den Christdemokraten werden jetzt wohl die Messer gewetzt."

Wir möchten Ihnen Ihrer HiFi Anlage steckt:

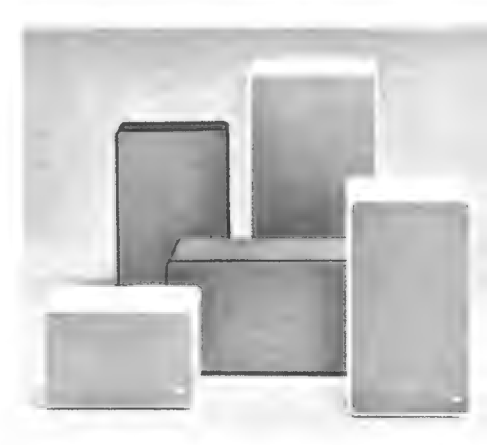
Ihre HiFi Anlage kann nur so gut sein, wie es Ihre Lautsprecher zulassen. Mit anderen Worten: Das beste Steuergerät, der beste Plattenspieler, das beste Tonbandgerät kommt in seiner Leistung nicht über ein bescheidenes Mittelmaß hinaus, wenn es die Lautsprecher mit der naturgetreuen Wiedergabe nicht so genau nehmen.

Die Lautsprecher von Braun tragen unser Prädikat „Geprüft klangneutral". Unser Prädikat „Geprüft klangneutral" heißt: Die Lautsprecher von Braun geben die Stimme und die Klangfarbe der Instrumente unverfälscht wieder. Da gibt es keine hervorgehobenen Bässe, keine scharfen Höhen, keine gekünstelte Weichheit, keine vorgetäuschte Brillanz. Nichts, was die Reinheit des Tons verändert. Denn wir nehmen unsere Prüfungen auf klangneutrales Verhalten der Lautsprecher sehr ernst.



Die Lautsprecher von Braun machen das Beste aus Ihrer HiFi Anlage. Sie werden es hören. Wenn Sie Lautsprecher von Braun zuhause an Ihre Anlage anschließen, hören Sie sofort den Unterschied. Da klingt plötzlich Musik, wie sie wirklich ist. Sie nehmen jedes noch so kleine Detail der Aufnahme wahr, keine noch so feine Nuancierung geht verloren: Ihre Anlage leistet endlich das, was Sie von ihr beim Kauf erwartet haben. Erleben Sie es selbst. Denn:

Die Lautsprecher von Braun sollen Sie jetzt zuhause testen. Kostenlos. Gehen Sie zu einem der autorisierten Braun HiFi-Fachhändler. (Am besten mit dem nebenstehenden, ausgefüllten Coupon). Er wird Ihnen sofort das zu Ihrer Anlage und zu Ihrer Wohnungseinrichtung passende Paar Braun Lautsprecher mit nach Hause geben. Für einige Tage. Kostenlos. Völlig unverbindlich Und selbstverständlich ohne jegliches Risiko für Sie. Nutzen Sie diese einmalige Möglichkeit.



Die Lautsprecher von Braun passen zu jeder HiFi Anlage. Und zu jeder Wohnungseinrichtung. Sie gibt es von 10 bis über 50 Watt Belastbarkeit. Zum Hängen, zum Aufstellen in Regalwänden oder mit Fußgestell. Sie gibt es in Weiß, Schwarz oder in Nußbaum.

BRAUN

beweisen, daß mehr in

Machen Sie selbst diesen Lautsprecher-Test. Zuhause. Kostenlos.

Name: ______________________

Wohnort: ______________________

Straße: ______________________

Gehen Sie zu einem der autorisierten Braun HiFi Fachhändler. Sie erhalten dort für einige Tage völlig unverbindlich die zu Ihrer Anlage passenden Lautsprecher von Braun zum Ausprobieren.

Sollten Sie keinen autorisierten Braun HiFi Fachhändler kennen, schreiben Sie an Braun AG, 6 Frankfurt/M., Postfach 190 265, Abt. E-MVF. Wir nennen Ihnen unverzüglich die Ihnen am nächsten liegende Adresse.

GEHEIMDIENSTE

Langes Schwert

Eine private Fluggesellschaft, die dem amerikanischen Geheimdienst CIA gehört, unterstützt Südvietnam noch immer militärisch — und verstößt damit gegen die Pariser Waffenstillstands-Verträge.

Das Flugzeug ging neben einem Trampelpfad nieder; aus der Dekkung staubigen Buschwerks humpelte ein Mann, ein Vietcong mit zerschossenem Bein, zur Kanzel.

Hinter dem Verwundeten stiegen noch sechs weitere Männer ein, unversehrt und mit Handschellen aneinander gefesselt: Gefangenen-Transport aus der seit Wochen umkämpften Stadt Moc Hoa, knapp 70 Kilometer westlich von Saigon.

Doch was wie Routine im Alltag der immer wieder aufflammenden Dschungel-Kämpfe um das strategisch wichtige Gebiet des „Papageien-Schnabels" an der Grenze zwischen Südvietnam und Kambodscha schien, wurde durch den Schnappschuß eines Photoreporters Mitte April für Washington und Saigon zum peinlichen Politikum.

Denn das Flugzeug, das die Gefangenen der Saigoner Regierungstruppen ins Hinterland transportierte, trug — so das Photo der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press" — auf dem hellen Aluminiumrumpf den Namen seiner Firma: „Air America".

Damit war erstmals für alle Welt dokumentiert, was Amerikas im Krieg unbesiegter Kontrahent Nordvietnam schon seit Monaten behauptet: Im Widerspruch zu den Texten der Pariser Verträge sind die Amerikaner nach wie vor in Vietnam militärisch aktiv.

Hanoi spricht von über 10 000 amerikanischen Soldaten: Die amerikanische Wochenschrift „Newsweek" hat — bisher vom State Department unwidersprochen — Ende März die Zahlen differenziert. Danach sind es 5000 Amerikaner, die von der amerikanischen Armee oder Regierung als Militärberater oder Techniker in Vietnam eingesetzt werden. Darunter sind 2800 Zivilisten, die, im Sold privater Firmen, an das US-Verteidigungsministerium ausgeliehen sind.

Eine der wichtigsten und zugleich zwielichtigsten Waffen, die Washington seit Jahren im schmutzigen Krieg in Indochina einsetzt, ist die „Air America"; eine private Chartergesellschaft, mit über 10 000 Mann Personal und über 200 Flugzeugen eine der größten ihrer Art, die auf jede Werbung verzichtet und trotz eines Betriebskapitals von 35 Millionen Dollar pro Jahr weder über ihre Gewinne noch Verluste, weder über Investitionen noch Dividenden öffentlich Rechnung legt.

Wer in der Firmengeschichte der Air America stöbert, stößt auf ein Gewirr von Mutter- und Tochter-Gesellschaften mit ähnlich klingenden Namen, die nach dem Wissensstand weniger Eingeweihter alle eines gemeinsam haben — finanziert und gelenkt werden die privaten Fluggesellschaften vom amerikanischen Geheimdienst CIA.

Die Liaison der Flieger und Geheimen begann Ende 1941, als es darum ging, den chinesischen Kuomintang-General Tschiang Kai-schek im Krieg gegen Japan heimlich mit Waffen, Geld, Proviant und militärischer Beratung zu versorgen. Die heikle Mission übernahm mit klapprigen Maschinen die „Central Aircraft Manufacturing Company Federal Inc.", genannt: „Camco".

Aus der Camco ging die Staffel der „Flying tigers" hervor, eine amerikanische Fremdenlegion auf Seite der Chinesen. Ihr Chef, der 1958 gestorbene General Claire Lee Chennault, kämpfte nach Kriegsende für Tschiang Kaischek weiter gegen Mao — diesmal hieß die von der Regierung in Washington bezahlte Firma „Civil Air Transport" (C. A. T.).

Der General, an der mexikanischen Grenze und auf Hawaii auf sein unerlaubtes Indianerspiel vom Geheimdienst vorbereitet, fand soviel Gefallen an dem illegalen Job, daß er sich auf Taiwan niederließ und Tsu-wen Sung, den Schwager Tschiang Kai-scheks, Ex-Premier Chinas vor Mao, an der Firma beteiligte.

Über mangelnde Aufträge brauchten sich die CIA-cats nicht zu beklagen: Einsätze in Burma und der chinesischen Provinz Jünnan — Absetzen von Spionen, Einsammeln von Nachrichten und militärische Unterstützung von nationalchinesischen Widerstandsgruppen.

Waffen und Munition flogen C.A.T.-Piloten 1954 in die belagerte Franzosen-Festung Dien Bien Phu; C.A.T. flog Erkundungsflüge entlang der chinesischen Grenze. C.A.T. transportierte Opium für national-chinesische Zwischenhändler aus dem Grenzgebiet von Laos, Thailand und Burma.

Die Friedenskonferenz von Genf ließ es der CIA geraten sein, die inzwischen reichlich kompromittierte Firma verschwinden zu lassen. Im Jahr 1958 starb Hauptgesellschafter General Chennault, von Tschiang Kai-schek mit den Taiwan-Orden „Langes Schwert" und „Chinesische Wolke und Fahne, fünfzigste Klasse, blauer Himmel und weiße Sonne" ausgezeichnet.

Ein Jahr später löste die CIA die Fluggesellschaft stillschweigend auf und ersetzte sie durch die „Air America Inc." mit einer Privat-Adresse in Washington und einem höflichen Frühstücks-Direktor. Erster Einsatz in Laos: Militärische Unterstützung der Rechten gegen die Pathet-Lao-Guerilla.



CIA-Flugzeug im Vietnam-Einsatz: In Washington ein Frühstücksdirektor

Seither, bis auf den heutigen Tag, ist Indochina, vor allem Laos, das wichtigste Operationsfeld der Air America. Das Hauptquartier wurde von dem zu weit entfernten Taiwan auf den US-Stützpunkt Udorn in Nordost-Thailand verlegt, keine zehn Minuten Flugzeit von Laos entfernt, nur eine halbe Stunde von Südvietnam und Kambodscha.

Schwester-Gesellschaften, wie die 1960 von Percival Flack Brundage, dem Budget-Chef unter Eisenhower gegründete „Southern Air Transport", griffen mit militärischem Auftrag im Kongo

ein und jagten in Bolivien nach Ché Guevara.

Air America, die harmlos im amerikanischen Handelsregister erscheint, hatte allein in Laos bis zu 400 Piloten und 2000 Mann Bodenpersonal unter Vertrag. Die Flieger waren vorwiegend aus der Armee entlassene Offiziere — bei einem Jahresgehalt bis zu 100 000 Dollar gern bereit, den Kopf zu riskieren.

Um Söldner von den Bergstämmen der thailändischen Meos an der Laos-Front abzusetzen, um nach abgestürzten Bomberpiloten in Kambodscha zu suchen, um die Bomber ins Zielgebiet zu dirigieren, um Flüchtlinge zu evakuieren oder Kundschafter hinter den Fronten abzusetzen, war die Air America täglich über Indochina unterwegs.

Seit dem Waffenstillstand sind die CIA-Flieger vorsichtiger geworden. In Laos verkauften die Amerikaner einen Teil der Maschinen an eine japanische Touristen-Firma. In Vietnam stehen die Geheimen jetzt im Dienst der Internationalen Kontroll-Kommission (ICCS) und fliegen — so der amerikanische Botschafter in Saigon, Graham Martin — „für amerikanische Zwecke".

Das Gros der Luft-Landsknechte aber fliegt bereits für neue CIA-Ziele: Um die bedrohliche Lage der Regierungstruppen an den Fronten Kambodschas zu verbessern, hat die Air America eine Tochter bekommen. Ihr Name: „Khmer Airlines". Präsident ist ein Chinese.

BANKEN

Mysterium um Petrodollar

Arabiens Ölmilliarden fließen spärlicher in den Westen als erwartet — zum Unbehagen vieler Banken.

Scheich Schachbut von Abu Dhabi, reich geworden durch Öl, hortete einst seine Dollarmillionen in großen Scheinen unter seinem Bett, verpackt in Blechdosen.

König Saud von Saudi-Arabien verteilte an Hoteldiener und Liftboys goldene Uhren als Trinkgelder, Politiker erhielten als Ehrengeschenke arabische Schwerter und Scheiden aus vierundzwanzigkarätigem Gold. Über „frivolen Konsum und vergoldete Cadillacs" vieler Ölpotentaten ereiferte sich noch unlängst Abdulla el-Neebari, Oppositionspolitiker in Kuweits Parlament.

Inzwischen wissen die neuen Öl-Herrscher mit ihrem Reichtum besser umzugehen. Sie investieren ihre Petrodollars in Aktien westlicher Industrieunternehmen, leihen Milliarden-Beträge an europäische, amerikanische und japanische Banken aus, kaufen Grundstücke und bauen luxuriöse Büro- und Apartmenthäuser in fast allen Industriestaaten.

Auf den Pariser Champs Elysées etwa kauften Kuweitis für 27 Millionen

Dollar ein Grundstück, auf dem ein „Kuweit-Haus" hochgezogen wird. Das Haus Nr. 642 auf New Yorks Fifth Avenue erwarb die Pahlevi Foundation für den Schah von Persien. Benjamin V. Lambert, Präsident der amerikanischen Maklerfirma Easdil Realty, schätzt, daß die nahöstlichen Ölstaaten in den nächsten zwei Jahren allein in den USA etwa eine Milliarde Dollar auf dem Grundstücksmarkt anlegen werden.

Diese Summe erscheint freilich unbedeutend im Vergleich zu den riesigen Dollar-Überschüssen, die sich in den Kassen der Ölstaaten anhäufen. In diesem Jahr, so schätzen Experten, werden es mindestens 60 Milliarden Dollar sein, bis 1980 eine halbe Billion (500 000 000 000), für die die Finanzmanager der Förderstaaten nach Anlagemöglichkeiten suchen müssen.

Europas, Amerikas und Japans Banker reißen sich darum, den gewaltigen Geldstrom zu kanalisieren. „Es wird eine höllische Aufgabe", bekennt Richard Vokey, Vizepräsident der Londoner Bank Hill Samuel & Co.

Zwar waren die meisten Großbanken schon im Nahost-Geschäft tätig, bevor die Araber mit ihrem Preisdiktat die Dollarflut auf sich lenkten. Jetzt aber sind „ausländische Banker, die neuen Beduinen in den arabischen Ländern, darauf aus, Beute zu machen" (US-Zeitschrift „Fortune").

Zugute kommt ihnen dabei der Mangel an finanziellem und kaufmännischem Know-how in den meisten arabischen Staaten. So locken die Großbanken die Araber mit ihren weltweiten Geschäftsbeziehungen, ihrer Erfahrung und ihrem internationalen Ruf.

Umgekehrt sind Arabiens Finanzmanager bestrebt, ihr Kapital nicht unkontrolliert ausländischen Bankern überlassen zu müssen. Sie setzen daher besonders auf multinationale Bankenorganisation mit arabischer Beteiligung.

Erläutert Abdlatif el-Hamad, führender Finanzmanager in Kuweit, die arabische Partnerschaftsideologie: „Wenn ich IBM kaufen kann, dann sollte ich natürlich auch die *Option* darauf haben, den Konzern zu leiten. Aber es genügt nicht, einfach nur einen Araber als Vorsitzenden zu haben. Es muß ein fähiger, aktiver Vorsitzender sein, gleich welcher Rasse oder Nationalität."

Allein in diesem Jahr wurden vier solcher Partnerschafts-Institute gegründet. So schlossen sich beispielsweise arabische Banken unter Führung der Kuwait Investment Company mit Manufacturers Hanover Trust (USA), Banque de l'Union Européenne (Frankreich) und Bank of Tokyo zur Arab Finance Corporation zusammen. An dem Geschäft mit den Ölmilliarden partizipieren auch Westdeutschlands Großbanken, die sich zum Teil schon vor Jahren in Nahost engagiert hatten.

Die Commerzbank ist zusammen mit der Commercial Bank of Kuwait und der amerikanischen Chase Manhattan Bank an der Commercial Bank of Dubai beteiligt. Die Deutsche Bank hält einen Anteil an der European Arab Bank, einer Holding in Luxemburg, zu der auch 13 Banken aus sieben arabischen Ländern gehören. Die Dresdner Bank ist mit der Société Financière Européenne (SFE) in Luxemburg verbunden. Die SFE wiederum ist an der Compagnie Arabe (Luxemburg) beteiligt, deren Kapital je zur Hälfte von arabischen und nichtarabischen Banken gehalten wird.

Dem Zweck, Öleinnahmen aufzusaugen, dient vor allem auch die Union des Banques Arabes et Européennes (UBAE) mit Sitz in Luxemburg. In der UBAE haben sich die Commerzbank, Bayerische Vereinsbank und Westdeutsche Landesbank mit der jordanischen Arab Bank und der Union des Banques Arabes et Françaises (UBAF), Paris, zusammengefunden. Die UBAF ist eine Gemeinschaftsgründung von 23 arabischen und zwei französischen Banken.

Auf ähnliche Weise suchen auch Amerikas Großbanken wie Bank of America, Chase Manhattan und First National City Bank mit den Arabern gemeinsame Sache zu machen, um Ölmilliarden wieder in den Kreislauf der Weltwirtschaft zurückzupumpen.

Das schwer durchschaubare Netz der Finanzbeziehungen dient indes häufig auch nur dazu, arabische Gelder auf Umwegen wieder in den Nahen Osten zurückfließen zu lassen. Von den gleichen Banken, die das Kapital aufgenommen haben, wird es dort auch wieder investiert. Denn die arabischen Länder behindern gegenseitig vielfach den Kapitalverkehr derart, daß arabische Kreditnehmer keinen direkten Zugang zu arabischen Geldgebern finden.

Die im Westen erwartete Springflut von Petrodollar ist vorerst ausgeblieben. „Eins der derzeitigen Mysterien", fand die „New York Times", „ist, wohin fließen die arabischen Ölgelder?"



Kuweits Finanzmanager Hamad: „Ein Araber als IBM-Chef genügt nicht"

Die „direkten arabischen Engagements in den westlichen Industriestaaten sind bisher kaum erfaßbar", urteilt Robert Dhom, Vorstandsmitglied der Commerzbank. Und nur etwa zehn Prozent der rund 160 Milliarden Dollar, die auf den europäischen Geld- und Kapitalmärkten vagabundieren, kommen aus Arabien.

Einer der Gründe dafür, daß Ölgelder nicht in dem Umfang am Euromarkt anschwemmen, wie ursprünglich angenommen, liegt in den Zahlungsusancen der Ölkonzerne. Exxon, Mobil und Gulf beispielsweise zahlen ihre Rechnungen in der Regel erst drei bis sechs Monate nach Erhalt. Nach der letzten massiven Preiserhöhung für Rohöl im Januar beginnen sich also erst jetzt die Konten der Förderländer zu füllen. Zudem zahlten die Araber seit dem Jom-Kippur-Krieg nach Expertenschätzung etwa fünf Milliarden Dollar für Waffenlieferungen an die UdSSR.

Gleichwohl sind vor allem in Saudi-Arabien, Kuweit, den übrigen Golfstaaten und in Libyen die Einnahmen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und zu den eigenen Industrialisierungsmöglichkeiten so hoch, daß sie zu verstärktem Kapitalexport gezwungen sind. Dabei wollen sie sich jedoch soweit wie möglich gegen Währungsverluste absichern.

Saudi-Arabiens Zentralbank-Chef Anwar Ali forderte Garantien für Verluste, die seinem Land durch Abwertungen führender Währungen entstehen können. Ali: „Es ist Aufgabe der Industrieländer, sich darüber Gedanken zu machen." Saudi-Arabien hatte durch die zweimalige Dollar-Abwertung mindestens 400 Millionen Dollar Verlust verbuchen müssen. Kuweit erlitt Einbußen in Höhe von 261 Millionen Dollar.

Aus Furcht vor neuen Krisen in der internationalen Geldordnung scheuen sich die arabischen Finanzmanager, ihr Kapital längerfristig auszuleihen. So liegt die Abruf-Frist bei arabischen Geldern am Euromarkt nur zwischen sieben Tagen und einem Jahr — zum großen Unbehagen vieler Banker.

Denn die Geldinstitute haben diese Gelder häufig langfristig an die Regierungen der Ölverbraucherländer zur Finanzierung wachsender Zahlungsbilanzdefizite ausgeliehen.

Angesichts des dadurch für die Banken entstehenden hohen Risikos unkte Chase-Manhattan-Chef David Rockefeller: „Die Rückführung der Öldollars in den Wirtschaftskreislauf mit Hilfe der Banken dürfte für einige Länder bereits dicht vor dem Ende stehen."

JAPAN

Tut uns leid

Weil Tokio ein Luftfahrtabkommen mit Peking schloß, drohen den halbstaatlichen Japan Air Lines jetzt rote Zahlen.

Als die DC—8 der Japan Air Lines (JAL) am regnerischen Sonntagmorgen vom Flughafen der taiwanesischen Hauptstadt Taipeh abhob, verabschiedete sich der Pilot entgegen allen Fliegerregeln beim Tower auf japanisch: Sayonara, lebt wohl.

Und General Mao Jing-tsu, Chef der Luftverkehrsbehörde Taiwans, weinte gleichzeitig zum Abschied. Mehrfach schloß er den JAL-Manager Susumu Saito in die Arme und stammelte mit tränenerstickter Stimme: „Es tut uns ja so leid, aber Ihr Ministerpräsident läßt uns keine andere Wahl."

Das weinerliche Sayonara hatte Japans Regierungschef Kakuei Tanaka ausgelöst durch den Abschluß eines Luftverkehrsabkommens mit der Volksrepublik China. Taiwans greiser Präsident Tschiang Kai-schek sah durch diesen Vertrag sein Land so stark beleidigt, daß er nur fünf Stunden nach der Unterzeichnung in Peking den sofortigen Abbruch aller japanischen und taiwanesischen Flüge zwischen den beiden Inselstaaten anordnete.

Tokios Außenminister Masayoshi Ohira zeigte sich verwundert über die grollenden Taiwanesen. Es sei „äußerst bedauerlich", klagte er, daß die taiwanesischen Führer Tokios „Ernsthaftigkeit und Bemühungen", den Flugverkehr trotz allem aufrechtzuerhalten, „nicht verstehen können".

Doch mit diesem Vertrag hat der Minister, so bekannte ein Ohira-Berater gegenüber dem SPIEGEL, „seine politische Zukunft aufs Spiel gesetzt".

Denn innerhalb der japanischen Regierungspartei (LDP) hat das mit Peking rivalisierende nationalchinesische Taiwan noch einflußreiche Fürsprecher, starke Gruppen um Finanzminister Takeo Fukuda und die Ex-Premiers Kishi und Sato. Sie waren es vor allem, die einen Parteibeschluß erzwangen, nachdem das Außenministerium nur dann den Vertrag mit Peking abschließen durfte, wenn gleichzeitig ein — privates — Abkommen mit Taipeh die bestehenden Verkehrsverbindungen garantiere.

Da Ohira sich darum nicht scherte, konnte jetzt auch die Regierung den Vertrag nur in sonst stets verpönter Allianz mit Kommunisten und Sozialisten ratifizieren lassen.



JAL-Passagierjets in Tokio: Beste Route verloren

Dabei ist es nicht einmal das Paragraphenwerk selbst, in dem Japan und China sich gegenseitig Lande- und Überflugrechte einräumen, das Taiwan und LDP-Abgeordnete in Harnisch bringt. Es ist vielmehr Ohiras Zustimmung zu Pekings fast erpresserischer Forderung, Taiwan so zu behandeln, als sei es kein Staat, sondern allenfalls ein Phänomen. In einer gesonderten Erklärung beteuerte der Minister, seine Regierung werde künftig das Sonnenemblem auf den Maschinen der China Airlines (CAL) nicht mehr als Nationalflagge Taiwans anerkennen. Und da es nur ein China gebe, müsse auch der Name der Fluggesellschaft geändert werden, andernfalls würden ihr alle Landerechte in Japan verweigert.

Nachteiliger als für die CAL erwies sich der Luftpakt mit Peking unterdessen jedoch für Nippons halbstaatliche Japan Air Lines (46 Prozent ihres Kapitals liegen bei der Regierung).

Die Taiwan-Flüge, lukrativste Route im internationalen Verkehr der Japaner, brachten der JAL im letzten Jahr einen Gewinn von 800 Millionen Yen (sieben Millionen Mark). Die über 280 000 Passagiere, die die Gesellschaft in den vergangenen zwölf Monaten mit 37 Flügen wöchentlich auf dieser Strekke beförderte, sorgten für fast zehn Prozent des gesamten JAL-Umsatzes. Betrübt sehen die Flugmanager denn schon auch durch den Taiwan-Boykott ein jährliches Einnahmen-Minus von 13,4 Milliarden Yen (118 Millionen Mark); die Gesamtbilanz droht gar in die roten Zahlen abzusacken.

Auch wenn JAL später Peking anfliegt, bieten sich kaum bessere Aussichten. Denn seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Tokio und Peking vor 19 Monaten sind lediglich knapp 10 000 Japaner in Maos Reich gereist. JAL-Präsident Shizuo Asada: „Natürlich" würden die beiden Maschinen, die JAL ab Oktober pro Woche nach Peking und weiter nach Europa schicken will, „auf lange Zeit defizitär fliegen".

Schlimmer noch: Da Taiwan seinen gesamten Luftraum für Nippons Jets gesperrt hat, muß JAL auf allen seinen Südrouten beträchtliche Umwege fliegen, die Zeit und Geld kosten. Allein die Strecke Tokio - Hongkong verlängert sich um 900 Kilometer.

China Airlines dagegen kennt solche Sorgen kaum: Die meisten ihrer bisherigen 21 Wochenflüge waren allein ge-

Wir Be
haben eine kom
nicht v

Malen Sie uns doch eine!

„Berliner Schnauze" – hat jeder schon mal gesagt oder gehört. Doch jeder stellt sich eine andere darunter vor, denn es gibt insgesamt 3,2 Millionen davon. Wir Berliner möchten wissen, wie Sie uns und unsere „Schnauze" sehen, und darum sollen Sie uns eine nach Ihrer Vorstellung malen. Wir suchen die originellste „Berliner Schnauze"!

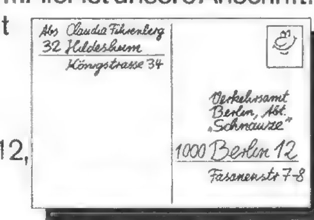
Gewinnen Sie mit „Schnauze"!

Machen Sie mit! Lassen Sie Ihrer Phantasie freien Lauf! Wir freuen uns über jede Schnauze, auch wenn Sie im Zeichnen immer 'ne „6" hatten. Als Anregung zeigen wir Ihnen auf dieser Seite einige Schnauzen-Beispiele, die für Sie natürlich nicht verbindlich sind. Sie malen bestimmt viel lustiger!



Postkarte genügt.

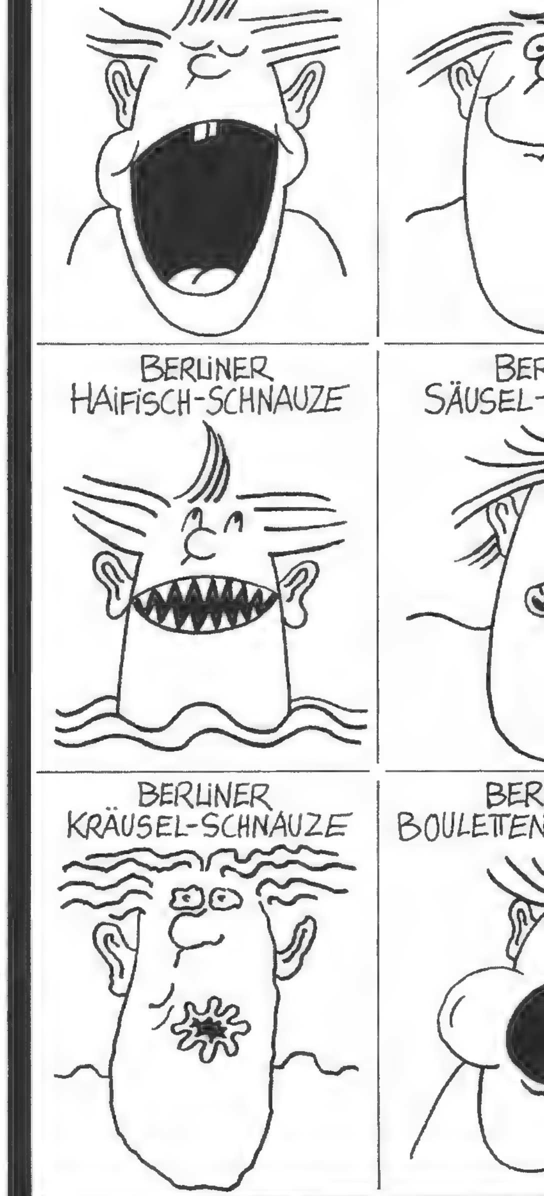
Am besten, Sie stricheln alles auf und schicken's nach Berlin. Mindestformat für „Ihre" Schnauze: Postkartengröße. Nach oben gibt's keine Begrenzung... Hier ist unsere Anschrift: Verkehrsamt Berlin, Abteilung „Schnauze", 1000 Berlin 12, Fasanenstraße 7–8.



Einsendeschluß ist der 31. Juli 1974. Und vergessen Sie Ihren Absender nicht!

Das gibt eine Ausstellung!

Berliner Karikaturisten, unter ihnen der bekannte Zeichner „Ane", werden aus Ihren Einsendungen die originellsten „Berliner Schnauzen" auswählen und prämiieren. Damit machen wir dann eine Ausstellung im renommierten „Hotel Berlin", so richtig mit Katalog und Abbildungen und Namen der Künstler. Und anschließend gehen diese lustigen „Schnauzen" auf eine Wanderausstellung.



erliner
ische Schnauze,
wahr?



Gewinnen Sie unser Herz im Fluge!

Der Schöpfer der drei originellsten Berliner Schnauzen laden wir auf ein tolles Wochenende nach Berlin ein, damit wir Ihnen richtig goldene Herzen schenken können. Die Herzen, die unsere Schnauzen so erträglich machen. Unsere Herzen schlagen für Sie! Für alle anderen, die unser Herz auch an Ort und Stelle kennenlernen wollen, haben wir ebenfalls eine Überraschung:

Wir Berliner servieren Weltstadt-Cocktails.

Sechs Cocktails haben wir für unsere Gäste gemixt; prickelnd und herzhaft, wie das Temperament unserer Stadt. Für jeden Geschmack das Richtige; Erlebnishungrigen den Weekend-Cocktail, jugendlichen Fans den Pop-Cocktail, Einkaufsfreudigen den Shopping-Cocktail, Kontaktsuchenden den Partner-Cocktail, Kulturbeflissenen den Kunst-Cocktail, Abenteuerlustigen den Fun-Cocktail.

Nur im August: Pop-Cocktail

Nur im Juli: Weekend in Berlin

Wollen Sie mehr über unsere Weltstadt-Cocktails wissen? Schreiben Sie uns doch einfach! (Anschrift siehe Postkarte).



Besuchen Sie uns mal wieder.

winnbringend durch die Weiterführung nach San Francisco oder Los Angeles. Und diese Route bleibt der CAL erhalten. Neuer, profitträchtiger Zwischenlandeplatz: Guam.

Am härtesten betroffen sind derzeit Geschäftsleute und Touristen, die plötzlich lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen, um ein Ticket nach Taipeh oder in umgekehrter Richtung nach Tokio zu ergattern. In der ersten Woche nach dem chinesischen Luftfahrt-Bruch sank die Zahl der Flüge zwischen den beiden verfeindeten Hauptstädten von 139 auf 81.

KANADA

Checker le gas

In Kanadas Sorgenprovinz Quebec wurde Französisch zur alleinigen Amtssprache erhoben. Seither wandern englisch-sprachige Unternehmen in andere Landesteile ab.

Hugues Lapointe, Vizegouverneur der britischen Königin im kanadischen Bundesstaat Quebec, verlas im Prunk-Saal des Montrealer Parlamentsgebäudes die Regierungserklärung. Er räusperte sich kurz, bevor er zu jenem Teil kam, auf den schon Generationen von Franko-Kanadiern gewartet hatten: Französisch wird alleinige offizielle Sprache Quebecs, das mit 1,35 Millionen Quadratkilometern die flächenmäßig größte der zehn kanadischen Provinzen ist (nur das Nordwest-Territorium ist größer).

Die historische Entscheidung fiel genau 214 Jahre, nachdem, nur wenige hundert Meter vom heutigen Parlament entfernt, auf der „Ebene Abrahams" britische Truppen das französischsprachige Kanada, das damals noch „Neu Frankreich" hieß, besiegt hatten. „Die Bombe ist gezündet", jubelte jetzt der Pariser „Figaro", „die Frankophonie verunsichert die Föderalisten."

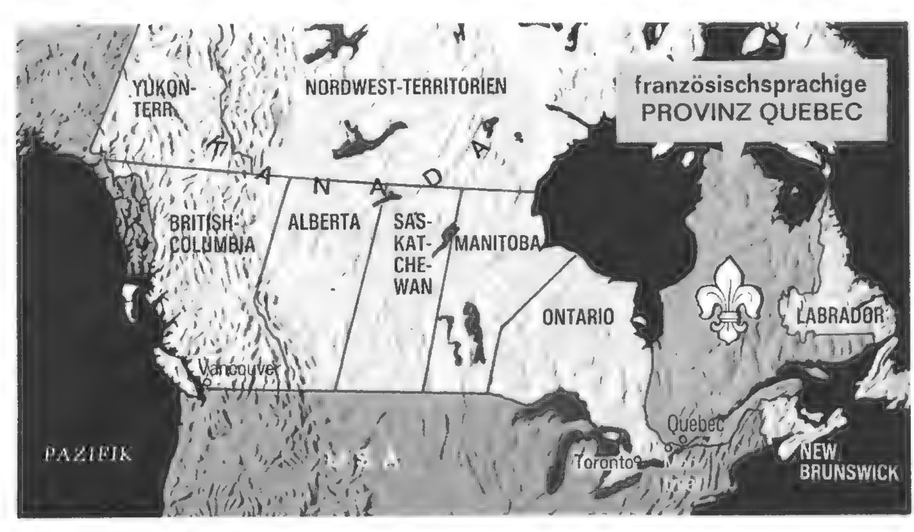
Tatsächlich sind die Föderalisten verunsichert — jene Kanadier, die den Fortbestand des kanadischen Bundesstaates einschließlich Quebecs wünschen. Sie sind es so sehr, daß sie in steigender Zahl ihre Konsequenzen ziehen — und in die englischsprachigen Nachbarprovinzen, vor allem nach Ontario abwandern.



Separatistische Demonstranten*
„Die Bombe ist gezündet"

Die wirtschaftlichen Folgen für die frankophone Provinz sind in ihrem Ausmaß noch gar nicht abzusehen. Geschäftsleute verlassen Montreal, größere Firmen verlegen ihren Sitz von Montreal nach Toronto, das im Begriff ist, die französischsprachige Metropole, bislang größte Stadt und kulturelle Hauptstadt Kanadas, auf allen Gebieten zu überholen.

Dabei ist nicht so sehr die Furcht vor den Separatisten und einem möglichen Ausscheiden Quebecs aus der kanadischen Föderation der Grund: Der Sprachenerlaß alleine verursacht den englischsprechenden Geschäftsleuten, die einen erheblichen Teil der Quebec-Wirtschaft kontrollieren, Ärger genug.



Die weitreichenden Absichten des Quebec-Premiers Bourassa, durch Interviews und Artikel in französischsprachigen Zeitungen lanciert, machen es deutlich: In Zukunft soll Französisch als einzige Verkehrssprache auch im Geschäftsbereich der Provinz „befohlen" werden, deren Bewohner jetzt schon zu etwa 83 Prozent Französisch sprechen.

Zwar ist Bourassas erklärtes Ziel „kulturelle Souveränität, aber föderative Wirtschaft" — doch eine friedliche Koexistenz der beiden Programmpunkte scheint schwierig: Die französische Sprache, darüber sind sich die Kulturpolitiker einig, läßt sich inmitten eines „englischsprachigen Universums" („The New York Times") nur durchsetzen, wenn sie, wie jetzt beabsichtigt, in *allen* Bereichen des täglichen Lebens zur Pflicht gemacht wird: wenn Schulen grundsätzlich in Französisch unterrichten, wenn Gebrauchsanweisungen für Artikel, Verkaufshinweise, Straßenwerbung und so fort allein in Französisch abgefaßt sind.

Da es aber den Protagonisten der französischen Sprache in Kanada in Wirklichkeit nicht nur um die Sprache geht, sondern um die Verteidigung französischer Kultur- und Lebensauffassung gegen die amerikanische, ist der Widerstand groß und die Verbitterung auf beiden Seiten erklärlich.

Yves Michaud, Herausgeber der französischsprachigen Montrealer Zeitung „Le Jour", hält die Sprachenpolitik Quebecs denn auch schlicht für „selbstmörderisch". Schon jetzt wählen doppelt soviel Einwanderer Toronto und nicht Montreal zum Wohnort, wächst Toronto um 65 000 Einwohner pro Jahr doppelt so schnell wie Montreal.

Für die Provinz Quebec, mit fünf Millionen frankophonen Einwohnern die größte französische Sprachgemeinde außerhalb Frankreichs, ist die Lage noch düsterer. Die Geburtenziffern sinken, die Zahl der Einwanderer geht zurück, nur jedes neunte Einwandererkind ist bereit, die französische Sprache zu lernen.

Das Referat „französische Sprache" im Quebecer Erziehungsministerium hat inzwischen über ein Dutzend verschiedene Broschüren auf den Markt geworfen, die in möglichst allen Bereichen (bislang veröffentlicht: Versicherungswesen, Bankgewerbe, Luftfahrt, Politik, Fernsehen, außerdem Golf und Bowling) korrektes Wirtschaftsfranzösisch lehren und anglofranzösisches Kauderwelsch ausmerzen sollen.

Wie nötig dies ist, beweisen angeführte Beispiele Quebecer Sprachqualität. Danach sagen zum Beispiel derzeit die meisten Franko-Kanadier für Reifenwechsel „changer le tire" und an der Tankstelle „checker le gas".

* In Montreal.

Es gibt noch Dinge im Leben, die uns ebenso lieb wie teuer sind.



Nur Bestseller

Die Russen sind Büchernarren. Doch verbotene Bücher werden nicht gedruckt, erlaubte mangels Papier in zu kleinen Auflagen. Der Schwarzmarkt blüht.

Zwei Herren — unauffällig gekleidet — schlendern gemächlich den Marx-Prospekt zum Moskauer Dserschinski-Platz hinauf. Einer schleppt einen Koffer, der andere hat die Hände tief in den Manteltaschen vergraben.

Vor dem Denkmal Iwan Fjodorows, des russischen Gutenberg, biegt der Kofferträger plötzlich in eine Nebenstraße. Sein Kompagnon geht weiter auf das Denkmal zu und mischt sich unter eine Menschenmenge.

Die beiden Moskowiter sind sogenannte Bücherspekulanten und wollten Milizionären nicht auffallen. Werden sie geschnappt, müssen sie Strafe zahlen, und die Bücher im Koffer, oft ein Wert von mehreren tausend Rubeln, kassiert der Staat.

Jeden Sonntag, aber auch wochentags, ab 17 Uhr, treffen sich auf dem Platz vor dem Fjodorow-Denkmal mehrere hundert Büchersammler und Bücherhändler. Sie tauschen und verkaufen begehrte Bücher — oft mit einem Gewinn von 4000 Prozent.

Dann und wann tauchen Milizionäre auf, pfeifen die Menge auseinander und verschwinden wieder. Der Mann ohne Koffer kann aktiv werden. Aus seiner Manteltasche zieht er eine Liste mit Buchtiteln hervor und spricht mit leiser Stimme Kunden an. Preise stehen nicht auf der Liste — die hat er im Kopf. Findet er einen Käufer — und das ist meist nicht schwer —, verschwindet er mit ihm in der Nebenstraße, wo der Kofferträger die Bücher aushändigt.

Auf der inoffiziellen Bücherbörse in Moskau, die abwechselnd vor dem Fjodorow-Denkmal oder in der Straße des Künstlertheaters stattfindet, blühen Schwarzhandel und Tauschgeschäfte: So wie im Westen alte Uhren, Porzellan und Möbel kollektioniert werden, sammeln Sowjetbürger vor allem alte und neue Bücher. Aus allen Teilen der UdSSR reisen Geschäftemacher und Liebhaber in die Metropole — dort besteht am ehesten Aussicht, Bücher und Zeitschriften zu ergattern.

Denn: Bücher sind in der Sowjet-Union immer vergriffen, Zeitungen schnell ausverkauft. Alle Zeitungen, ob das ZK-Organ „Prawda“ oder die „Literaturnaja gaseta“, könnten 20 bis 30 Prozent mehr verkaufen, wenn sie mehr Druckpapier bekämen.

Bücher mit Auflagen von 100 000 oder 200 000 Stück sind meist in wenigen Tagen ausverkauft. „Bei uns in der Sowjet-Union wird fast jedes Buch ein Bestseller“, so ein Moskauer Büchersammler. Erzählungen von Puschkin beispielsweise, leinengebunden, kosten im Buchladen nur 87 Kopeken (drei Mark). Tage nach dem Erscheinen kann das Buch auf dem Schwarzen Markt bereits das Doppelte bringen. Auch die Buchverlage, so die offizielle Erklärung, bekommen zu wenig Papier.

Am begehrtesten ist zur Zeit auf der Moskauer Bücherbörse eine alte Bibel mit Illustrationen des französischen Malers Gustave Doré. Sie ist in Russisch, Englisch und Deutsch zu haben und kostet über 300 Rubel (rund 1000 Mark). Ein Sammler: „Trotz des hohen Preises wird sie selten angeboten.“

Bücherkunden in Moskau: Bibeln auf dem Schwarzen Markt

Nicht nur alte, sondern auch neue Bücher sind auf dem Schwarzen Markt teuer. Der Mitte der 60er Jahre wieder verlegte Dichter Michail Bulgakow, der unter Stalin in Ungnade fiel, ist so begehrt, daß sich Liebhaber schon nachts vor Buchhandlungen anstellen.

Bulgakows Buch erschien in einer Auflage von nur 50 000 Exemplaren, und die Hälfte wurde noch exportiert. „Von Bulgakow könnte eine Million gedruckt werden, auch dann gäbe es noch Schlangen vor den Geschäften“, erklärt ein Moskauer Buchhändler.

Jetzt ist Bulgakows dreiteiliger Roman „Meister und Margarita“, der im Geschäft 1,80 Rubel kostete, nur noch auf dem Schwarzen Markt zu haben — für 80 Rubel (270 Mark). Solschenizyns „Erster Kreis der Hölle“ kostet bei Schwarzhändlern 100 Rubel, eine Stalinbiographie aus den 50er Jahren bringt 40 Rubel.

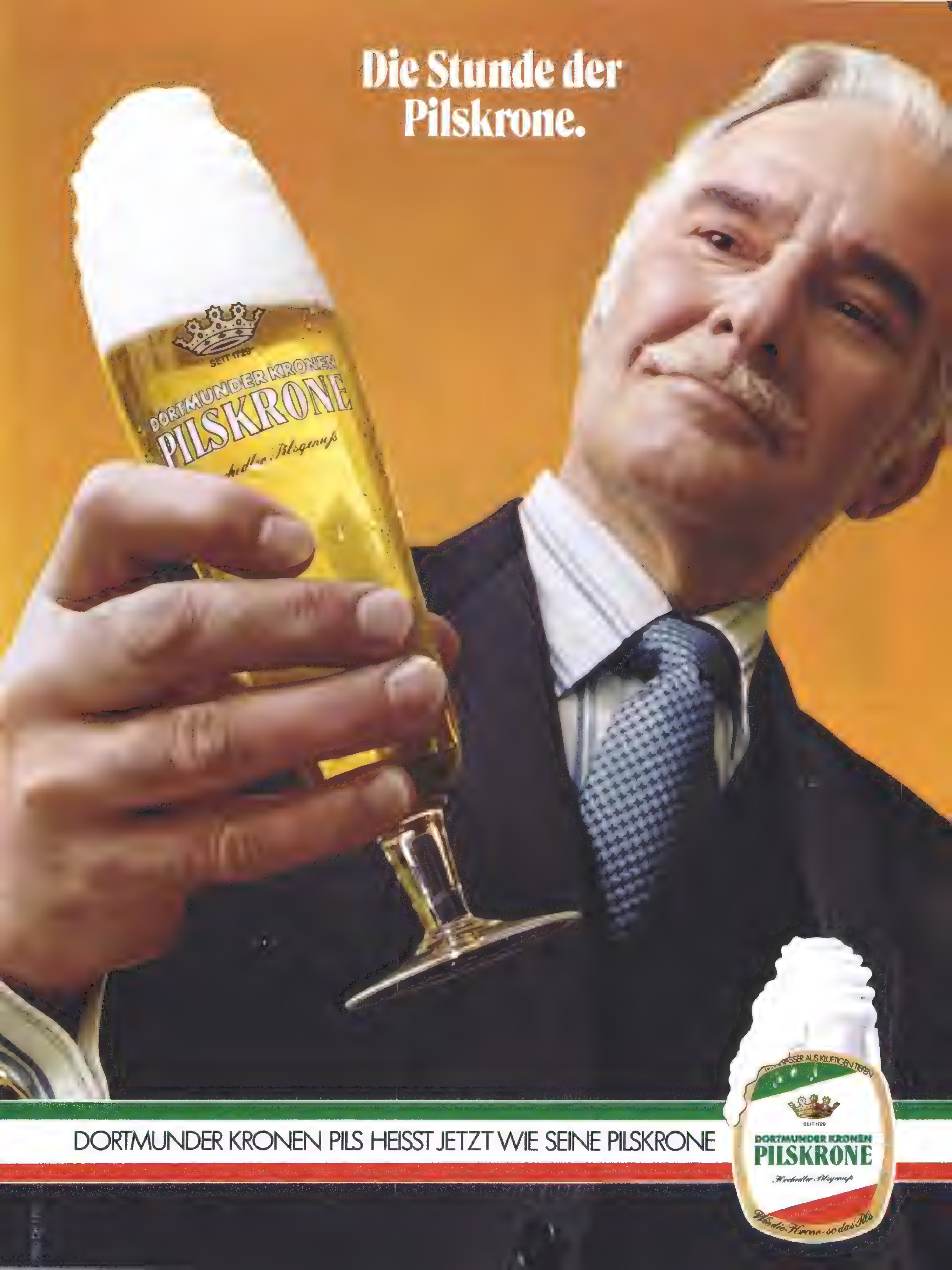
Für die erste Dostojewski-Ausgabe (30 Bände, 200 000 Auflage), von der im vergangenen Jahr der erste Band erschienen ist, zahlen Buch-Fetischisten bereits über 50 Rubel, um sich auf die Bestellerliste eintragen zu können.

Gut verkauft werden auch deutsche Philosophen wie Nietzsche, Schopenhauer und Kant, die noch unter Lenin verlegt werden durften, unter Stalin nicht mehr. Eine fünfzehnbändige Nietzsche-Ausgabe bringt Höchstpreise: 800 Rubel (2500 Mark) und mehr. Joga-Bücher, die bis zur Revolution in russischen Geschäften feilgeboten wurden, werden jetzt für rund 90 Rubel abgesetzt. Monographien von Kandinsky und Chagall kosten hundert Rubel.

Die Russen sind nämlich Büchernarren und kaufen, was ihnen unter die Finger kommt. Überall lesen sie. In der Metro, auf Bahnhöfen und sogar in Schlangen vor den Geschäften. Bücher von Autoren, die zwar nicht auf der Indexliste stehen, aber dennoch keine große Leserschaft finden sollen, werden in kleinen Auflagen gedruckt. Verbotene Bücher, wie beispielsweise die Werke Solschenizyns, sind nur auf dem Schwarzen Markt zu haben.

Dennoch bringt die UdSSR auf der Welt laut Unesco die meisten Bücher heraus. Unter den Ausländern sind deutsche Klassiker und Moderne aus der Bundesrepublik sehr beliebt. In den vergangenen 25 Jahren haben sowjetische Verlage über 5000 Titel deutscher Autoren verlegt. Heine gibt es in 20 Sowjetsprachen und 3,5 Millionen Exemplaren, ebenso Schiller und Goethe.

Heinrich Böll wurde in der UdSSR zwei Millionen mal verkauft. In Geschäften sind seine Werke nicht mehr zu haben — dafür aber auf dem Schwarzen Markt: für rund 15 Rubel das Buch (Geschäftspreis: 1,20 Rubel).


Die Stunde der Pilskrone.
SEIT 1729
DORTMUNDER KRONEN
PILSKRONE
DORTMUNDER KRONEN PILS HEISST JETZT WIE SEINE PILSKRONE
WASSER AUS KLÜFTIGEN TIEFEN
SEIT 1729
DORTMUNDER KRONEN
PILSKRONE
Wie die Krone - so das Pils



Fußballanhänger im Berliner Olympia-Stadion: „Hier ist Mitreden für die vielen möglich . . .

„Aber wir haben den Krieg gewonnen"

Fußball auf dem Spielfeld der Politik

Am ersten Sonntag im Juli wird Deutschlands heimliche Hauptstadt Mittelpunkt eines einzigen Weltdorfes sein. Jeder vierte Erdbewohner wird sich ab 16 Uhr MEZ nach München orientieren.

Wenigstens eine Milliarde Menschen — von Santiago bis Sofia, von Helsinki bis Hobart — erwarten die TV-Planer zum Endspiel der Fußballweltmeisterschaft (WM) im Olympia-Stadion vor den Bildschirmen. Das sind mehr, als sich je zur Gebetsstunde der Mohammedaner nach Mekka ausgerichtet haben. Nicht einmal zu Weihnachten vermögen alle christlichen Kirchen zusammen so viele Gläubige vor ihren Altären zu versammeln. Eine Milliarde Menschen, das sind sogar mehr, als sich zur Übertragung eingeschaltet hatten, während Astronauten die ersten Schritte auf dem Mond wagten.

Bundespräsident Heinemann hat sich zur WM-Eröffnung angesagt. Vor dem Endspiel wird, nach der Amtsübernahme, der neue Bundespräsident Walter Scheel seinen ersten Weltauftritt geben.

Ungefähr 100 000 Ausländer wollen das größte Ereignis, das der Weltsport neben Olympischen Spielen anbietet, in der Bundesrepublik verfolgen, darunter Söhne des Araberkönigs Feisal, US-Außenminister Henry Kissinger und Monacos Fürstenpaar.

Jede achte von 2,5 Millionen Eintrittskarten haben die Veranstalter im Ausland verteilt, 75 000 nach Übersee, allein 31 473 im Land des dreimaligen Weltmeisters Brasilien, aber auch 937 in Haiti, einem der ärmsten Länder der Welt. Damit die dort zurückbleibenden Fans die Rasenkämpfe wenigstens fernsehen können, errichtet Diktator („Baby Doc") Duvalier Haitis erste Satelliten-Empfangsstation.

Anders als beim Olympia 1972, das nur zweimal 1000 ihrer Bürger für je eine Woche besuchen durften, schöpft die DDR diesmal mehr von dem ihr zustehenden Kontingent aus: Etwa 3500 DDR-Fußballanhänger werden zwischen den Spielplätzen Hamburg und West-Berlin pendeln und wahrscheinlich in ihren Liegewagen übernachten.

Mehr noch als Olympische Spiele versetzen Fußballweltmeisterschaften ganze Völker und Erdteile in fiebrige, manchmal chauvinistisch ausartende Spannung. 1972 in München wurden 364 Goldmedaillen verteilt. Aber alle vier Jahre kann nur eine Nationalmannschaft Fußballweltmeister werden. Deshalb überschätzen Sportanhänger den WM-Titel als eine Art Golde-

nes Fußball-Vlies — als höchstes aller Prestigegüter.

„Der Schausport hat ... über die gewonnene Fußballweltmeisterschaft 1954 mehr zur Entwicklung eines BRD-Nationalgefühls beigetragen als das Wirtschaftswunder", schrieb der Soziologe Hans-Joachim Winkler („Sport und politische Bildung").

Wie der Riese aus der Flasche hat sich der Fußball aller Kontinente bemächtigt. An den Fußballtagen flippen Millionen in aller Welt aus und tauchen in einer besonderen Subkultur unter. Menschen, denen Beckenbauer mehr als Nixon bedeutet, denen der holländische Star Johan Cruyff wohlbekannt ist, denen aber etwa der Name Giscard d'Estaing kaum etwas sagt.

„Die Anschaulichkeit, Durchsichtigkeit, Exaktheit und Nachberechenbarkeit sportlicher Leistungen", begründete der Sozialforscher Christian Graf von Krockow („Sport und Industriegesellschaft") deren Faszination, „macht ein Mitreden für die vielen möglich, die in so vielen Lebensbereichen hilflos verstummen müssen." SPD-MdB Conrad Ahlers: „In den Stadien hat das Publikum etwas zu entscheiden, in der Politik nur bei der Wahl."

Zwar: Anders als etwa in der Leichtathletik, unterscheiden sich die Machtverhältnisse im internationalen Fußball radikal von denen der politischen Welt. Im Fußball dominieren Brasilien und Uruguay, Italien und die Bundesrepublik; von den politischen Weltmächten spielen die USA und Mao-China keine, die UdSSR eine untergeordnete Rolle.

Die Amerikaner ziehen dem als zu weich, als zu wenig kampfbetont geltenden Fußball („soccer") ihren „american football" vor, eine überharte Rugbyvariante. China hat sich durch seinen Austritt aus dem Fußball-Weltverband Fifa vom internationalen Spielverkehr ausgeschlossen: Die Volksrepublik will nicht Taiwan als zweiten chinesischen Staat neben sich im Stadion dulden.

Zwar: Auf den Stadionrängen, in den Zuschauer-Debatten steht die Politik scheinbar abseits, das Palaver der Fans kreiselt um den Spielverlauf, um Spieler, Schiedsrichter und Tore.

Aber: Daß (oft garstig) Politisches mit im Spiel ist, kann auch der frisch-fromm-fröhlichste Sportsfreund schon seit langem nicht mehr verkennen. Tatsächlich wirkt der Fußball nicht selten massiv auf die Politik ein, von der kommunalen Ebene bis in die Außenpolitik, und die Politik schlägt zurück in die Stadien.

Nach dem Massaker beim Münchner Olympia planten die deutschen WM-Organisatoren von vornherein 750 000 Mark für die Sicherheit ein. Zum erstenmal koordinieren die Innenminister aller beteiligten Bundesländer ihren Fahndungsapparat.

Die Generalprobe im März dieses Jahres anläßlich des Länderspiels gegen Schottland im Frankfurter Waldstadion geriet zum Kanzler-Manöver: Bombendrohungen eilten dem Brandt-Besuch voraus. 700 Sicherheitsbeamte in Uniform und Zivil schwärmten aus. Kein Lautsprecher kündigte den Kanzler an, „weil wir ihn keinen Pfiffen aussetzen wollten", wie die Planer nach einschlägigen Erfahrungen mit den Brandt-Vorgängern Erhard und Kiesinger entschieden hatten.

Nachdem er über die WM-Organisation informiert worden war, versprach Brandt, sich dafür zu verwenden, daß die Bundeswehr wenigstens Omnibusfahrer für den Transport der Mannschaften bereitstellen, und daß, wichtiger, die WM-Planer steuerlich wie die Olympia-Organisatoren behandelt werden sollten. Statt ungefähr die Hälfte vom Gewinn abzuführen, umspielt die WM-Organisation die Staatskasse.

In anderen Ländern haben schon die WM-Vorkämpfe die Politiker zusätzlich strapaziert. 221 Länderspiele (vor sechs Millionen Zuschauern) waren notwendig, bis die 16 Teilnehmer an der WM-Endrunde ermittelt waren, die vom 13. Juni bis zum 7. Juli in neun bundesdeutschen Stadien stattfindet. In Port-au-Prince verfolgten Fans die gegnerischen Mannschaften während des Qualifikationsturniers mit Lärm und Drohgebärden Tag und Nacht, bis Haitis Außenseiter-Equipe endlich ins WM-Turnier geboxt war.

„Wir werden die Russen zum Mond schießen."

Ausgerechnet die Sowjet-Union wurde ein Opfer politisierten Fußballs.

Seit der WM 1962 hatte die UdSSR eine Rechnung zu begleichen: Damals war sie gegen den Gastgeber Chile vorzeitig ausgeschieden. In nationaler Euphorie hatten Chilenen Transparente geschwenkt: „Alessandri 2 — Chruschtschow 1."

Nun bahnte sich abermals ein Duell gegen Chile an. Nur der Sieger aus zwei Qualifikationsspielen zwischen Chile





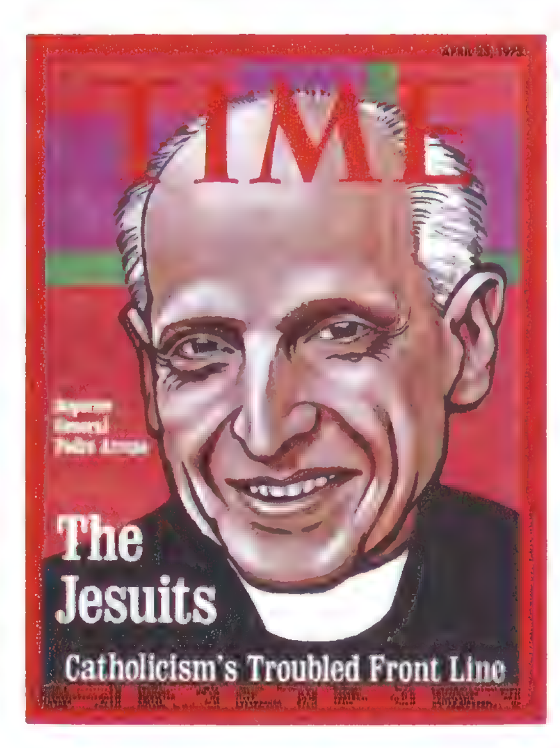
... die sonst verstummen müssen": **Griechen-Machthaber Pattakos (M.)***

* In Athen 1967.

Each week, more people in more countries get their news from TIME than from any other single source in the world.









und der UdSSR konnte an der WM 74 teilnehmen. Chiles Mannschaft befand sich schon im Trainingslager, als Präsident Allende am 11. September umkam und die Militär-Junta das National-Stadion in Santiago als Gefängnis mißbrauchte.

Zehn Tage später besprachen der sowjetische Fußballvorsitzende und Fifa-Vizepräsident Walentin Granatkin und Chiles Verbandspräsident Francisco Fluxa zusammen mit Fifa-Generalsekretär Helmut Käser die Einzelheiten der Qualifikationsspiele. „Die Möglichkeit, daß die UdSSR gegebenenfalls daran denke, das Rückspiel nicht in Chile auszutragen", so eine spätere Fifa-Dokumentation, „wurde überhaupt nicht erwähnt."

Vor dem Hinspiel in Moskau am 26. September, gut zwei Wochen nach dem Putsch, tauschten Chilenen und Russen nach bekanntem Sportritus Gastgeschenke aus. Die Chilenen erzielten ein 0:0. „Im Rückspiel", schwadronierte Trainer Alamos, „werden wir die Russen zum Mond schießen."

Die Sowjets mußten damit rechnen, seit der ersten Teilnahme 1958 eine WM zu verpassen. Sie fanden einen politischen Ausweg: Lieber Märtyrer als Verlierer sein. Am 12. Oktober, einen Monat nach dem Umsturz in Chile, beantragte Funktionär Granatkin, das Rückspiel aus Santiago zu verlegen; denn in „ein Konzentrationslager, eine Arena der Folter und Todesstrafe" dürften Sowjet-Spieler nicht gezwungen werden.

Die Chilenen bestanden auf dem Heimrecht, waren dann aber mit einem Kompromiß einverstanden: Es müsse ja nicht unbedingt das National-Stadion in Santiago sein. Aber die Sowjets weigerten sich, auf dem „blutgetränkten Boden Chiles" anzutreten.

Was die Uno (134 Mitglieder) nicht vermag, setzte die Fifa (142) durch: Mit 15:3 Stimmen schloß die Weltmeisterschafts-Kommission des Weltfußballverbandes die Sowjet-Union von der WM 1974 aus.

Nach dem Ausschluß der Sowjets befürchteten die bundesdeutschen WM-Veranstalter zunächst einen Turnierboykott durch die Teilnahmeberechtigten Ostblockländer Bulgarien, Polen und DDR. Doch die Sorge erwies sich als unbegründet: Die UdSSR-Verbündeten erklärten sich spielwillig.

Erstmals hatte sich die DDR für eine Weltmeisterschaft im Fußball qualifiziert. Das Politbüro der SED entschied, die WM-Option in jedem Falle wahrzunehmen. Und der WM-Teilnahme zuliebe gab der zweite deutsche Staat sogar seinen 15 Jahre durchgehaltenen Berlin-Boykott auf: Das Los stopfte die DDR in eine Vorrundengruppe mit der BRD und schickt sie zu einem Spiel nach West-Berlin — gegen Chile. DDR-Verbandspräsident Helmut Riedel, gefaßt: „Keine Probleme". Kurz darauf gab die DDR ihren Sport-Boykott gegen West-Berlin offiziell auf.

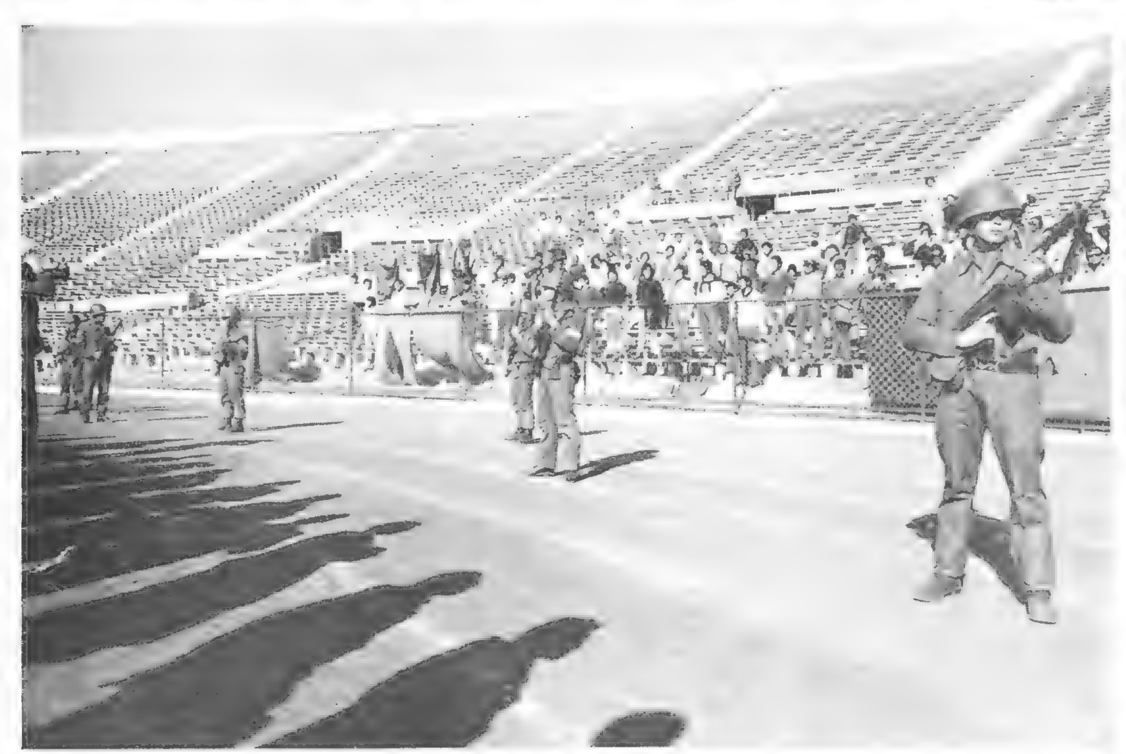


WM-Auslosung: Berlin-Boykott durchlöchert

Der Fall ist nicht etwa, wie es scheinen könnte, ein Beweis dafür, daß Sport, daß Fußball also doch politikfrei betrieben werde. Im Gegenteil: Er zeigt, welche hohe Bedeutung ihm Politiker und Staaten für ihre Zwecke beimessen — für den Gewinn internationalen Prestiges, für die Stärkung oder überhaupt erst die Entwicklung nationalen Selbstbewußtseins und manchmal auch für die Ablenkung von innenpolitischer oder sozialer Unzufriedenheit, oder, schließlich, zur nationalen Integration.

Vor allem Diktatoren und autoritäre Regime, kleine und junge, noch um Beachtung und Anerkennung ringende Staaten haben den Sport und namentlich den massenpopulären Volkssport Fußball so genutzt.

Uruguay beispielsweise hat sich der Welt ganz überwiegend durch seine Fußballerfolge (zwei olympische Goldmedaillen, zwei Weltmeisterschaften) bekannt gemacht — seit seinem ersten Gold-Gewinn im olympischen Turnier 1924 in Paris. Dem frischen Fußball-Ruhm zuliebe verschob die kleine Republik die 1928 fällige Hundertjahrfeier ihrer Unabhängigkeit auf das WM-Jahr 1930 und errichtete in nur acht Monaten das nach dem Parlament größte Bauwerk der


Junta-Häftlinge, Bewacher im National-Stadion von Santiago: Aus Moskau ein verspäteter Protest

Die Farbgetreuen



von Philips.

Die Farbgetreuen von Philips

Das vielseitige Programm modernster Farbfernsehgeräte:

Michelangelo, Goya SL, Rubens SL, Rembrandt Color, Goya SL electronic

Alle Farbgetreuen von Philips sind mit Europas modernster Farbbildröhre (Europium-Leuchtstoff und 110°-Technik) ausgerüstet.
Die Farb-Vollautomatik garantiert die echten Farben bis ins Detail.

Jetzt haben alle Philips Farbfernsehgeräte das K 9 Transistor-Electronic-Chassis.

Das volltransistorisierte K9-Chassis ist die logische Weiterentwicklung der erfolgreichen Philips Modul-Bauweise; d. h. 13 (und mehr) vollsteckbare Module in jedem K9-Farbfernsehgerät. Die Philips Standard-Module sind speziell mit hartvergoldeten Longlife-Steckkontakten ausgerüstet, die korrosionsfest und kontaktsicher über Jahre hinaus sind. Die Volltransistorisierung des K9-Chassis garantiert reduzierten Stromverbrauch, reduzierte Wärmeentwicklung und reduzierte Wartezeit (Ton sofort, Bild nach Sekunden).

Die ideale Sichthöhe für Ihr Philips Farbfernsehgerät.



Philips Tellerfuß
Dieser moderne, matt verchromte Untersatz unterstreicht die schöne Form Ihres Philips Farbfernsehgerätes. Absolut standfest.
Teller-Durchmesser 48 cm. Höhe 46 cm.

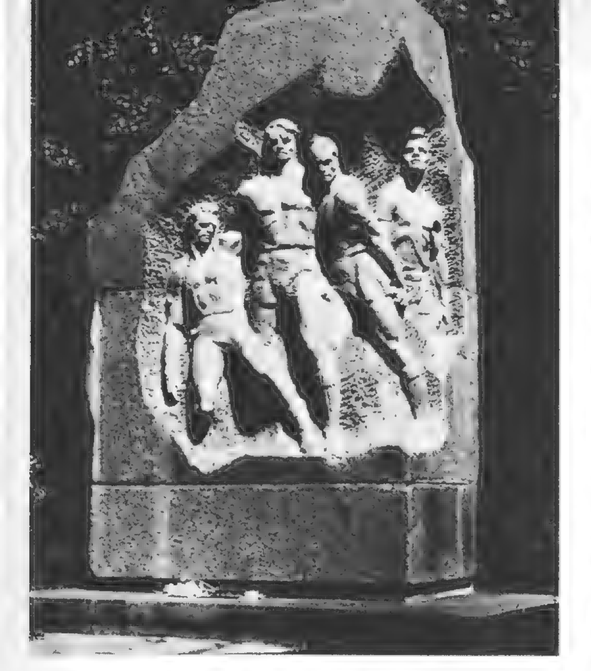


Philips Chromdrehgestell
Geprüfte Standsicherheit.
Fünf kräftige Chrom-Rollen.
Elegantes Untergestell.
46 cm-Standmaß.

● *Holen Sie sich den großen Philips Fernsehgeräte-Katalog bei Ihrem Fachhändler. Oder schreiben Sie direkt an die Deutsche Philips GmbH, 2 Hamburg 1, Postfach 1093.*



PHILIPS



Fußballer-Denkmal in Kiew*
Ein Spiel gegen den früheren Feind ...

Hauptstadt Montevideo: das Centenario-Stadion.

Viele der jungen Staaten Afrikas fördern den Fußball mit gezielter Aufwendigkeit: in pompösen „Unabhängigkeits-Turnieren" und teuren „National-Stadien". „Die Menschen in Afrika" urteilte der deutsche Afrikaexperte Ernst Naumann, „versprechen sich von Sport und Spiel jene Chance, die ihnen in den meisten anderen Lebensbereichen auf lange Sicht noch versagt bleiben wird, die Chance, sich den Einwohnern anderer Kontinente als ebenbürtig, ja vielleicht sogar überlegen zu erweisen."

Afrikanische Staaten, deren Zusammenhalt unter der Vielfalt der auf ihrem Gebiet lebenden und oft verfeindeten Stämme leidet, bemühen den Fußball als Integrationsfaktor. Nigerias General Gowon ließ bewußt noch während des Bürgerkriegs mit der abgefallenen Ibo-Provinz Biafra in der nigerianischen Nationalmannschaft zwei Ibos einsetzen.

In Brasilien, dem Land der größten Fußballwertschätzung, verpufften bislang alle Forderungen der Opposition, der Staat solle, statt das Kicken zu subventionieren, lieber ernsthaft die Armut bekämpfen. WDR-Reporter Rolf Kunkel ließ sich in Rio den brasilianischen Fußballwahn so erklären: „Sie müssen verstehen, wir haben kein politisches Leben, kein Kulturleben ... Als Ersatz haben wir nur den Fußball, und unser Fußballgott heißt Pelé."

Diktatoren besetzten den Strafraum in Europa: „Sie sollten sich schämen", griff Griechenlands früherer Vizepremier, Oberst Pattakos, im Rundfunk in einen Fußball-Skandal ein. „Was Georgios Papadopoulos in Athen, König Konstantin oder Mikis Theodorakis im Exil nicht schaffen", schrieb der Sportjournalist Dieter Kühnle, als Panathinaikos Athen 1971 das Europacup-Endspiel erreichte, „der Fußball verführte die griechischen Massen erstmals wieder zu solidarischem Handeln."

Zum staatlich subventionierten Einheitspreis von 50 Mark reisten 30 000 Griechen mit 100 Flügen des Onassis Unternehmens Olympic Airways und in 500 Bussen zum Finale nach London.

Sogar Lenin ließ Kicker als Werber für den Kommunismus antreten.

Am 4. September 1923 traf eine sowjetische Fußballmannschaft zu zwei Spielen gegen deutsche Arbeitersportler in Berlin ein — mit dem Auftrag, wie ein kommunistisches Flugblatt verkündete, „die Gefühle und Sympathien der gesamten russischen Arbeiter und Bauern an die deutsche Arbeiterklasse zu übermitteln".

Weder bürgerliche noch sozialdemokratische Zeitungen Berlins erwähnten die sowjetischen Besucher. SPD-Funktionäre in der Arbeitersport-Organisation lehnten ihre Mitarbeit ab. Die KP-Organisatoren riefen per Flugblatt zum „Massenbesuch" des „Arbeiter-Fußballwettkampfs Moskau — Berlin" auf: „Bekundet ..., daß Ihr Euch verbunden fühlt mit den russischen Genossen. Macht die Absicht, Euch von den Abgesandten des proletarischen Staates abzuhalten, zunichte!"

Tatsächlich kamen am 9. September 25 000 Genossen und Neugierige ins Lichtenberger Stadion. Die Veranstaltung begann mit der Internationalen und einer Rede des KPD-Funktionärs Tiede. Der sowjetische Delegationsleiter Medwedjew, Ex-General der Roten Armee und Sekretär der Moskauer Fußballsektion, rühmte das „Kampfbündnis zwischen dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt und der deutschen Arbeiterklasse".

Die Russen spielten ihre deutschen Genossen Gegner mühelos 6:0 und drei Tage später die Märkische Spielvereinigung 9:1 aus. Über diese verblüffenden Sowjetsiege berichteten dann doch auch bürgerliche Blätter.

Fußball-Experte und Autor Hans Blickensdörfer („Die Baskenmütze") erfuhr von einem Fußball-Kriegsverbrechen, das 1942 in Kiew geschehen war: Kriegsgefangene Spieler von Dynamo Kiew verhinderten durch ihren 5:3-Sieg gegen eine Luftwaffen-Elf die beabsichtigte Demonstration deutscher Überlegenheit. Der deutsche Kommandeur ließ vier Dynamo-Spieler erschießen. Ihr Denkmal, aus einem Granitblock gemeißelt, steht in Kiew.

Fußball als Werbemittel für Mussolinis Faschismus.

Bevor Bundeskanzler Adenauer 1955 nach Moskau reiste, um mit der Sowjet-Union diplomatische Beziehungen anzuknüpfen, hatte die UdSSR die Fußballnationalmannschaft der Bundesrepublik zum ersten Länderspiel nach Moskau eingeladen: Es sollte die noch ganz für den Kalten Krieg präparierte Bevölkerung auf die politische Veränderung einstimmen.

Unverhohlen als außenpolitisches und ideologisches Werbemittel diente der Fußball erstmals anläßlich der Weltmeisterschaft 1934 in Italien.

Mussolini hatte den faschistischen General Vaccaro als eine Art Politkom-



... bereitete Adenauers Besuch vor: **Erstes Länderspiel UdSSR — BRD in Moskau 1955**

* Mahnmal zur Erinnerung an vier Spieler von Dynamo Kiew, die 1942 von Deutschen erschossen wurden

missar im italienischen Fußballverband eingesetzt. Vaccaro verkündete: „Höchster Zweck" des Turniers sei es, jedem Gast zu zeigen, „daß der faschistische Sport durch das Verantwortungsgefühl seiner Führer und die Reife seiner Zuschauermengen die faschistischen Ideale in höchster Qualität verkörpert".

„Das Bild des Duce selbst", berichtet der britische Fußballautor Brian Glanville in seinem Buch „Soccer", „war überall, einmal auf den offiziellen Broschüren unter dem Stahlhelm brütend, dann schmunzelnd unter einer weißen Jacht-Mütze auf der Ehrentribüne im römischen Stadion." Italiens Trainer Pozzo marschierte seinen Spielern mit der Nationalflagge voran und sang faschistische Kampflieder mit.

Ein Jahr später, 1935, verlangten die Linksparteien in Frankreich vom französischen Fußballverband, ein geplantes Länderspiel gegen „Hitler-Deutschland" abzusetzen. Das Spiel fand dennoch statt, die Deutschen siegten 3:1. Die deutschen Spieler waren im Trainingslager von SA-Führern militärisch gedrillt worden. „Wie in einer Kaserne" fühlte sich Nationalspieler Sigmund Haringer.

Für das Olympiaturnier 1936 in Berlin galt Deutschland als Favorit. Zum Spiel Deutschland gegen Norwegen erschienen Hitler, Heß und Goebbels auf der Ehrentribüne. Der Außenseiter Norwegen siegte 2:0, die Zuschauer pfiffen die deutsche Mannschaft aus. Hitler stapfte ärgerlich davon. Reichstrainer Professor Otto Nerz mußte seinem Assistenten Josef Herberger Platz machen.

Ein Vierteljahr vor der WM 1938 in Frankreich annektierte Hitler Österreich. Er wollte sein Reich auch auf dem Rasen großdeutsch repräsentiert sehen und befahl dem Reichstrainer Herberger, österreichische Spieler in die Nationalelf einzubauen. „60 Millionen Deutsche spielen in Paris", trumpfte der „Völkische Beobachter" vor dem Spiel gegen den Außenseiter Schweiz auf. Es endete 1:1 — österreichische und deutsche Spieler hatten nicht harmoniert.

1948: Eine Kiste Zitronen für Stuttgarts Stadtmannschaft.

Im Wiederholungsspiel warfen die Schweizer die Deutschen mit 4:2 aus dem Turnier. „Da spielten also 60 Millionen Deutsche", spottete die Zürcher Zeitschrift „Sport", „uns genügen elf Spieler." Im Finale verteidigten die Italiener die Weltmeisterschaft; sie marschierten in faschistischem Schwarz ein.

Sei es zur Aggressionsabfuhr oder einfach zur Ablenkung der jeweiligen Bevölkerung — im Zweiten Weltkrieg gewährten die Deutschen den meisten der von ihnen besetzten Länder ein Stückchen sportlicher Eigenständigkeit.



Hitler im Berliner Olympia-Stadion 1936
Nach der Niederlage der Deutschen . . .

In Dänemark fiel auch während der Besatzungsjahre keine Fußballmeisterschaft aus; sieben Länderspiele gegen Schweden erhielten dem Land ein wenig Kontakt mit der freien Welt. In Belgien verhinderten die unmittelbaren Kriegsfolgen nur 1940/41 eine Meisterschaft, in Holland nur 1944. Frankreich konnte einen Pokalwettbewerb organisieren, an dem Mannschaften aus den besetzten und den nicht besetzten Départements teilnahmen. Nur in Polen unterband das NS-Regime rigoros auch den Fußballbetrieb.

Seine Politik unterstrich das Dritte Reich auch mit seinen Kriegs-Länderspielen gegen die von ihm abhängigen, künstlichen Staatsgebilde, etwa „Böhmen und Mähren", Kroatien (drei Länderspiele) und die Slowakei (vier).

Nach der Kapitulation 1945 geriet auch der von den Nazis politisierte deutsche Sport in Acht und Bann. Die Deutschen durften nicht am Olympia 1948 teilnehmen, jedem ausländischen Fußballer drohte der Weltverband mit dem Ausschluß, falls er mit Deutschen zu spielen wagte.

Schweizer halfen als erste, wie schon einmal 1920, den Fifa-Bann gegen Deutschland zu unterlaufen.

Die US-Militärregierung hatte in Stuttgart als Sportoffizier einen aus Dänemark stammenden ehemaligen Olympia-Teilnehmer eingesetzt, Aksel G. Nielsen. Der Fußballfan gewann den schweizerischen Fußballvizepräsidenten Gustav Wiederkehr für seinen Plan: Nielsen lud im Namen der Militärregierung eine Mannschaft Zürichs zu einem Spiel gegen eine Stuttgart-Elf ein.

Wiederkehr brachte dem Stuttgarter Spielführer und Nationalspieler Edmund Conen im Oktober 1948 als Gastgeschenk eine Kiste Zitronen und vier englische Fußbälle mit. 70 000 Zuschauer drängten sich auf den Stadionrängen und sahen Stuttgart 6:1 siegen. 1950 schlossen die Schweizer als erste



. . . stapfte der NS-Führer davon: **Länderspiel Deutschland gegen Kroatien 1942**

mit den wieder in die Fifa aufgenommenen Bundesdeutschen ein Länderspiel ab.

Während ausländische Gegner für die deutschen Nachkriegskicker noch tabu waren, trat ein Klub mit deutschen Spielern schon gegen die damalige Elite des internationalen Fußballs, auch Real Madrid, an: der 1. FC Saarbrücken.

Die Siegermacht Frankreich hatte das Saargebiet vom übrigen besetzten Deutschland abgetrennt. Die Saar stellte eine eigene Olympiamannschaft, und Saarbrücken spielte in Frankreich um Meisterschafts-Punkte.

„Die Deutschen spielen einen metaphysischen Fußball."

Paris förderte die weitere Saar-Separation auch durch Aufstellung einer saarländischen Nationalmannschaft. Sie war mit dem 1. FC Saarbrücken nahezu identisch. Als Trainer verpflichtete Saar-Fußballchef Hermann Neuberger den Herberger-Schüler und Nationalspieler Helmut Schön, der vor seiner Flucht aus Dresden schon die DDR-Mannschaft betreut hatte.

In der Qualifikationsrunde zur WM 1954 würfelten die Fifa-Herren das Saarland und die Bundesrepublik in eine Gruppe. Die Bundesrepublik setzte sich durch, Bundestrainer Herberger triumphierte über seinen Schüler Schön, holte ihn nach der Wiedereingliederung des Saarlandes zum DFB und baute ihn zu seinem Nachfolger auf.

Beim ersten sportlichen Großereignis, an dem die nach Hitler-Ende und Kriegsschluß aus der Weltarena verbannten Deutschen wieder teilnehmen durften, den Olympischen Spielen 1952 in Helsinki, hatte kein Deutscher eine Goldmedaille erringen können. Um so größer war der Volkshunger nach neuem nationalen Prestige und internationaler Wiederanerkennung, um so größer die Hoffnung auf Sieg, die Deutschlands Fußballnationalelf zur WM 1954 in die Schweiz begleitete.

Als Deutschland überraschend Österreich schlug und damit ins Finale einzog, telegraphierte CDU-Bundesinnenminister Gerhard Schröder Glückwünsche ins deutsche Fußball-Hauptquartier Spiez. Den FDP-Vizekanzler und Marshall-Plan-Minister Franz Blücher, der ebenfalls gratuliert hatte, nölte Schröder an: „Seit wann gehören denn nationale Siege ins Ressort des Marshall-Plans?"

Der völlig unerwartete 3:2-Endspielsieg der Herberger-Elf über die hoch favorisierten Ungarn schockte die Fußballwelt. Italiens „Gazetta dello Sport" orakelte über „teutonische Unberechenbarkeit, die sich auf den Fußballrasen geschlichen hat". Der französische

WM '74: Wer schießt das erste Tor...
...mit dem Graetz Farbweltmeister sind Sie dabei.

Wie kommt Graetz auf „Farb-Weltmeister"?

Das Bild - farbklar und scharf.
Mit einem Graetz Farbfernseher erleben Sie Ihre Lieblingssendungen „live": Die Farben sind klar und natürlich, die Konturen gestochen scharf.

Bedienung - technisch perfekt.
Graetz Farbfernseher haben modernste technische Ausstattung. Zum Beispiel hatten sie als erste den vollelektronischen Programm-Sensor: Mit dem Hauch einer Berührung wählen Sie bis zu 8 Programme!

Betriebssicherheit - testgeprüft.
Keine Auslieferung ohne gründliche Tests! Das bedeutet für Sie: Ein Graetz Farbfernseher ist zuverlässig. Auch nach vielen Jahren noch.



Kornett - vielfach erprobt.
66-cm-Bildschirm. Volltransistor-Technik. Mit Programm-Sensor für 8 Programme.

Burggraf - unser Bester.
Höchster Bedienungskomfort durch Ultrasensor: Vom Sessel aus „zaubern" Sie drahtlos Ihr Programm, Farbstärke, Helligkeit, Lautstärke, Ein und Aus. 66-cm-Bildröhre (110°). Volltransistor-Technik, großer Konzertlautsprecher.

Fähnrich - der Preiswerte.
51-cm-Farbbild von besonderer Schärfe und Brillanz. Speicherautomatik für 7 Programme. Platzsparend, nur 65 cm breit.

Exzellenz - perfekt in Form und Technik.
(siehe Bild oben)
Attraktiv auch im Preis. Ultrasensor-Fernbedienung für 8 Programme, Lautstärke, Aus.
66-cm-Bildröhre (110°). Volltransistor-Technik, großer Konzertlautsprecher.

Ausführliche Informationen beim Fachhandel oder direkt von Graetz Verkaufsförderung, 753 Pforzheim, Postfach 609.



Graetz bekennt Farbe

Sportjournalist Gabriel Hanot verbreitete: „Die Deutschen spielen einen metaphysischen Fußball." Die Londoner „Times" schrieb von einer „Orgie".

Eine Orgie hob tatsächlich an: Die siegentwöhnten Deutschen feierten den WM-Gewinn mit nationalistischen Demonstrationen. Im Berner Wankdorf-Stadion stimmten Tausende deutscher Fans nach dem Abpfiff das Deutschlandlied an — die erste Strophe: „Deutschland, Deutschland über alles ... von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt."

Bei der Siegesfeier mit der Weltmeister-Elf beschwor DFB-Präsident Dr. Peco Bauwens mit „wüstem teutonischen Phrasenschwall" („Die Tat", Zürich) den altgermanischen Donnergott Wotan, er geißelte welsche „Mißgunst" und bescheinigte den Spielern, sie hätten „die Flagge im Herzen getragen".

Die sonst eher sportfremden Spitzen der Bonner Regierung und Parteien nahmen die Chance zu einer politischen Demonstration wahr. Die Weltmeister reisten zu einem Empfang im überfüllten Olympia-Stadion nach Berlin. Dort ehrte sie Bundespräsident Theodor Heuss. In seiner Ansprache rügte er allerdings: „Der gute Bauwens, der meinte offenbar, gutes Kicken sei schon gute Politik."

Unter den 90 000 Jublern befanden sich Tausende von Ost-Berlinern und DDR-Bürgern. Der Nachholbedarf an Erfolgserlebnissen war gesamtdeutsch — die DDR-Führung sah es mit Mißbehagen.

Eifersucht auf die erfolgreicheren bundesdeutschen Spieler hat die Repräsentanten der DDR lange Zeit und bis in die Gegenwart geplagt.

Eine Sonderprämie von Ulbricht für die erste DDR-Mannschaft.

Nach dem Europacup-Spiel Bayern Münchens 1973 in Dresden sah sich SED-Propagandist Karl-Eduard von Schnitzler, Gründungsmitglied des Fußballklubs Vorwärts Berlin, auch zu einigen politischen Anmerkungen genötigt: Er kritisierte die Bezeichnung des Münchner Nationalspielers Gerd Müller als „Bomber der Nation". „Welcher Nation?" fragte Schnitzler. „Er bombt ja wohl nicht für die DDR, und seine beiden Tore in München und Dresden konnten dem Fußballfreund in der DDR weder Freude noch Begeisterung abringen."

Daß der Fußball von vielfältigem politischem Nutzen sein könne, das hatten schon die Gründer und ersten Herren der DDR bedacht.

Die Republik zwischen Elbe und Oder war gerade 48 Stunden alt, da demonstrierte Walter Ulbricht die Souveränität seines Staates anschaulich auf dem Spielfeld: mit dem ersten Auftritt einer Nationalelf im Ost-Berliner „Stadion Mitte", am 9. Oktober 1949.

Die DDR-Mannschaft trat zwar als Sachsen-Auswahl an, ihr ungarischer Gegner als Gewerkschaftsteam, weil der Fußballverband des neuen Staates noch nicht in den Weltverband Fifa aufgenommen worden war; doch jedermann verstand richtig: Hier spielt die DDR gegen Ungarn.

Barrenturner Ulbricht hatte nicht zuletzt von der großen Sowjet-Union gelernt, daß Staatsakte und Vertragsabschlüsse viele Bürger gleichgültig lassen, nationale Fußballerfolge jedoch den lautesten Volksjubel auslösen können.

Ungarn gewann zwar 2:1, aber Ehrengast Ulbricht schickte seinen Referenten in die Kabine der DDR-Kicker und ließ ausrichten: „Ihr habt großartig gespielt." Jeder Spieler erhielt eine Prämie von 300 Mark.

Ulbricht hatte sich gut informiert: Ungarns Fußball zählte damals zur Weltspitze, und die DDR hatte auf dem Rasen, der für viele die Welt bedeutet, durchaus ehrenvoll abgeschnitten. Und schließlich war die DDR, obschon kurz *nach* der Bundesrepublik Deutschland gegründet, dem Konkurrenten um ein Jahr zuvorgekommen: Die Bundesdeutschen konnten ihre Nationalelf erst 1950 wieder aufs Feld schicken.

Während der langen Durststrecke, die Ulbrichts DDR durchzustehen hatte, bis sie von den ersten nicht-kommunistischen Staaten anerkannt wurde, erlangten wenigstens ihre sportlichen Vorläufer schon internationale Anerkennung — formell durch Aufnahme in die internationalen Sportorganisationen, vor allem aber durch ihre Rekordleistungen und Medaillengewinne.

In vielen Ländern waren DDR-Kikker Jahre früher willkommen als DDR-Diplomaten. Sie schoben sich in vollbe-



Empfang der deutschen Weltmeister in München 1954: „Flagge im Herzen getragen"

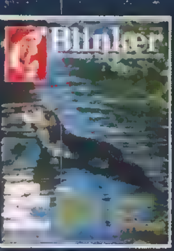
15 zehntägige Fitnesskuren für Manager sind zu gewinnen im Ostsee-Heilbad damp 2000

Vorbeugen ist besser als heilen.

Das Angebot: zehntägiger Aufenthalt im Seeheilbad damp 2000. Sportmediziner und Internisten erstellen ein individuelles Leistungsdiagramm oder eine umfangreiche Konditionsanalyse. Daraus wird ein persönliches Fitness-Trainingsprogramm erarbeitet, für dessen Durchführung das gesamte Sport- und Freizeitzentrum damp 2000 zur Verfügung steht.
Das Ostsee-Heilbad damp 2000 hat das größte Sport- und Freizeitangebot in der Halle und im Freien und bietet somit viele Möglichkeiten der aktiven Urlaubs- und Freizeitgestaltung.
Weitere Informationen: Info-Center damp 2000, 2335 Damp-2 / Ostsee, Telefon (04352) 80 666.

Kombinations-Order

Ich bestelle

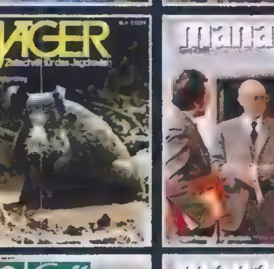






☐ 1 Jahres-Abonnement (12 Ausgaben) manager magazin für DM 60,— inkl. Porto.

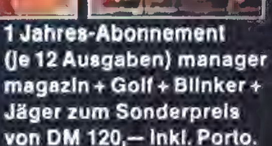
☐ 1 Jahres-Abonnement (je 12 Ausgaben) manager magazin + Blinker zum Sonderpreis von DM 70,— inkl. Porto.
(Einzelabonnement Blinker DM 20,—)



☐ 1 Jahres-Abonnement (je 12 Ausgaben) manager magazin + Jäger zum Sonderpreis von DM 80,— inkl. Porto.
(Einzelabonnement Jäger DM 40,—)



☐ 1 Jahres-Abonnement (je 12 Ausgaben) manager magazin + Golf zum Sonderpreis von DM 85,— inkl. Porto.
(Einzelabonnement Golf DM 50,—)



☐ 1 Jahres-Abonnement (je 12 Ausgaben) manager magazin + Golf + Blinker + Jäger zum Sonderpreis von DM 120,— inkl. Porto.

☐ Auf jeden Fall möchte ich eine Manager-Fitness-Kur im Ostsee-Heilbad damp 2000 gewinnen und nehme an der Verlosung teil.* Außerdem erbitte ich ausführliches Informationsmaterial.
*Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Name, Lieferadresse

Rechnungsadresse

Um seine Leser besser kennenzulernen und auf Leserinteressen gezielt eingehen zu können, bittet manager magazin um folgende Angaben (vertrauliche Behandlung ist zugesichert):

Position, Branche

Zahl der Beschäftigten

Datum

Unterschrift

manager magazin
Verlagsgesellschaft mbH, Service-Abt.
D-2000 Hamburg 11, Brandstwiete 19

Bitte senden Sie kein Geld, Sie erhalten eine Rechnung nach Lieferung der ersten Ausgabe. SP 21

setzten Stadien und im Fernsehen nachdrücklicher ins Bewußtsein des jeweiligen Gastlands, als es Diplomaten gewöhnlich gelingen kann. Auch in Peru und Uruguay, jubelte 1971 das „Neue Deutschland" — bevor Peru und Uruguay die DDR völkerrechtlich gleichstellten —, habe „die Flagge unserer Republik" geweht, sei „unsere Republik würdig repräsentiert worden".

Freilich, die ersten Länderspielsiege des 1952 in die Fifa aufgenommenen DDR-Fußballs glückten erst 1955 (gegen Rumänien und Bulgarien). Leichtathleten und Schwimmer, Volleyballer und Turner sorgten weit erfolgreicher für das DDR-Renommee als die Fußballer. Die Regierung gab ihre Kicker dennoch nie auf; denn als wirklich arriviert, das wußten die Planer wohl, gilt ein Land bei den Sportfreunden erst, wenn es sich zwischen den Fußballtoren unter die Großen durchgekämpft hat.

Im Wettkampf der Fußballsysteme aber machte die DDR zunächst eine Reihe krasser Planungs- und Regiefehler — aus Gründen der Ideologie.

Auch für den sportlichen Neuanfang, auch für den Fußball im „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat" hatte die Gruppe Ulbricht bei Kriegsende aus Moskau ein sozialistisches Konzept mitgebracht. Die Kommunisten lösten die alten Traditionsklubs auf und gründeten Betriebssportgemeinschaften (BSG), die etwa Traktor, Lokomotive, Wismut oder Rotation hießen. Für eine Übergangsphase wurden kommunale Spielgemeinschaften (SG) zugelassen.

„Der rot-schwarze DSC-Dreß war das einzige, was man uns ließ", erinnerte sich Bundestrainer Helmut Schön. Er hatte mit dem Dresdner SC 1943 und 1944 die letzten großdeutschen Meisterschaften erspielt. Nachdem der von der SED als „Klub der Kriegstreiber unter Hitler" geschmähte Verein aufgelöst worden war, spielten die Stars in der SG Dresden-Friedrichstadt weiter. Im Bezirk Friedrichstadt lag das ehemalige DSC-Stadion, das Ostragehege.

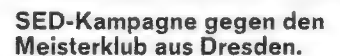
Anders als die Betriebssportgemeinschaften, die über ihre Trägerbetriebe Zuschüsse erhalten, mußten die Spielgemeinschaften für sich selber sorgen.

Indes, den mitteldeutschen Fußballanhängern fehlte es am rechten linken Bewußtsein: Zu den Spielen der bürgerlichen SG Friedrichstadt kamen häufig über 30 000 Zuschauer — bei Chemie Leipzig blieben die Ränge oft leer.

Die Fans konnten mit den neuen Klubnamen keine Erinnerungen an Siege, Pokale und Meisterschaften verbinden. Klubnamen wie Stahl, Energie oder Wismut gemahnten sie an die ungeliebte Hennecke-Welt des Übersolls. Sogar Spitzenspiele der Berliner Mannschaften Dynamo und Vorwärts lockten durchschnittlich nur 4000 Zuschauer an. Zum Traditionsklub und früheren Meister Hertha BSC in West-Berlin dagegen kamen oft 10 000 Zuschauer aus Ost-Berlin und der DDR.



Fußball-Zuschauer Ulbricht, Ehefrau: Nach dem Protest des Publikums . . .



SED-Kampagne gegen den Meisterklub aus Dresden.

Ein weiterer Umstand entfremdete die Anhänger: Talente aus der DDR-Provinz wurden in sogenannte Zentralklubs delegiert. Diese Spitzenklubs bemühten sich daher nicht um eigenen Nachwuchs. Außerdem schoben die Sportplaner ganze Mannschaften wie Truppenteile hin und her, so daß auch gutwilligen Fans kaum ein Spielername wirklich vertraut werden konnte.

1950 stand die erste DDR-Meisterschaft an. Das entscheidende Spiel der Oberliga bestritten die SG Friedrichstadt, aus SED-Sicht ein Vertreter des untergehenden „bürgerlichen" Sports, und Motor Zwickau, die Mannschaft des sozialistischen Fußballs. Unter 65 000 Zuschauern: Walter Ulbricht und andere DDR-Würdenträger.

Der Schiedsrichter war sorgsam ausgewählt worden: SED-Genosse Gerhard Schulz. Vor dem Anpfiff stimmte ein Funktionär die Zuschauer mit Propaganda-Parolen ein. „Anfangen!" verlangten Sprechchöre.

Schiedsrichter Schulz lenkte das Match linientreu: Friedrichstädter Angriffe blockte er durch Abseits-Pfiffe ab, Zwickauer Attacken unterstützte er durch Freistöße. Die Werksportler siegten 5:1.

Aber nun stürmte das empörte Publikum aufs Feld. Friedrichstadt-Anhän-



. . . Spielverbot von der Partei: **Geflüchteter DDR-Spieler Schön in Berlin 1950***

* Im weiß-schwarzen Dreß; mit der Mannschaft des früheren Dresdner SC beim ersten Spiel nach der Flucht gegen Hertha BSC.

Als Andenken ein künstliches Gelenk

Den Weltmeistern von 1954 brachte der Sieg keinen Gewinn

Wer sind Sie denn?" fragte der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Dr. Hermann Gösmann, einen Gast aus Kaiserslautern: Er kannte Ottmar Walter, den Mittelstürmer der Weltmeister-Elf von 1954, nicht mehr.

„In dem Moment, wo man aufhörte", beklagte Verteidiger Werner Kohlmeyer aus der Weltmeister-Mannschaft, „war man verschwunden." Zwei Tage bevor Kohlmeyer, 49, am Herzinfarkt starb, war in seiner Sozialwohnung in Mainz-Mombach die DFB-Antwort auf seine Bitte um WM-Karten für 1974 eingetroffen: Er wurde auf einem Vordruck aufgefordert, „den Betrag von 341,- DM auf eines der o. a. Konten zu überweisen".

Nun steht Dankbarkeit in der Tabelle des Profisports weit unten. Aber der DFB hat die Spieler, die ihm 1954 den wichtigsten Sieg seiner Geschichte erspielt hatten, noch als Amateure behandelt. Das 3:2 im Endspiel gegen Ungarn war dem DFB 1000 Mark pro Spieler wert.

Der damalige DFB-Präsident Dr. Peco Bauwens, ein betuchter Bauunternehmer, brauchte nicht von Geld zu reden. Er hatte es. Anders als die Profis von heute kletterte kein Spieler der erfolgreichsten DFB-Elf beruflich und wirtschaftlich höher, als er es auch ohne Weltmeisterschaft gekonnt hätte. Dagegen stürzten einige tief. Fehlzeiten durch Länderspiele und die zusätzliche Trainingsbelastung hemmten die berufliche Karriere.

Aber DFB-Funktionäre rieten ihren Weltmeistern sogar dringend ab, großes Geld von ausländischen Profiklubs zu nehmen: Halbstürmer Max Morlock und Außenläufer Karl Mai wiesen Angebote aus Italien zurück. Ottmar Walter widerstand sogar einem Bündel von 150 000 Mark, das ihm Unterhändler vom Klub Stade Reims auf den Tisch geblättert hatten.

Mittleren Wohlstand mit Eigenheim erarbeiteten sich Verteidiger Josef Posipal als Möbelkaufmann und Linksaußen Hans Schäfer, der sich am Geschäft seines Klubpräsidenten mit Geschenkartikeln beteiligt hatte. Morlock unterhält in Nürnberg ein Sportgeschäft mit Toto- und Lottoannahme. Er spielt nur noch Tennis.

Eher bescheiden lebt Außenläufer Horst Eckel. Ein Hotel im Hunsrück gab er auf; nun unterrichtet er als Sportlehrer. Mai darf wegen Geschwüren in Magen und Darm nicht rauchen; er handelt mit Tabak- und Schreibwaren. Torwart Toni Turek, den WM-Reporter Herbert Zimmermann 1954 als „Fußballgott" gefeiert hatte, war gelähmt ins Krankenhaus eingeliefert worden und wurde erst kürzlich entlassen — er lebt in einem Reihenhaus und ist Abteilungsleiter bei der Düsseldorfer Rhein-Bahn.

Mannschaftskapitän Fritz Walter nutzte berufliche Chancen zunächst ungeschickter als seine Möglichkeiten im Fußball-Strafraum. Ein 900-Plätze-Kino in Kaiserslautern mußte er verpachten, eine Wäscherei liquidieren. Erst in den letzten Jahren entdeckte ihn die Werbung. „Ich habe jetzt nachzuholen", gestand er. „Als Spieler konnte ich nicht soviel verdienen wie heutzutage." Der Lieblingsschüler des Altbundestrainers Herberger wirbt für adidas-Sportartikel und Saba-Geräte, für Sekt und Möbel.

Sein Bruder Ottmar hatte schon vor 1954 ein dreistöckiges Haus besessen. Aber die Tankstelle mit Reparaturwerkstatt, die der Automechaniker dann übernahm, ging an einen anderen Konzern über. Walter büßte 120 000 investierte Mark ein. Nach einem Autounfall versuchte er den Selbstmord. Im Rathaus von Kaiserslautern erledigt er heute Wohngeldanträge. Als Andenken an 20 Jahre Fußball blieb ihm ein künstliches Hüftgelenk.

Der Postbeamte und Mittelläufer Werner Liebrich versuchte sich nach der Weltmeisterschaft als Gastwirt; seine Ehe scheiterte. Aber zäh wie beim Rückstand im WM-Finale rakkerte er weiter: Inzwischen lebt Liebrich von einem Geschäftshaus mit Lotto-Annahme und ist außerdem Geschäftsführer eines Schuh-Discounts.

Rechtsaußen Helmut Rahn, der im WM-Finale zwei Tore erzielt hatte, verstieß unter Alkohol zweimal gegen die Verkehrsregeln und landete im Gefängnis. Heute verkauft er Gebrauchtwagen. Lohnbuchhalter Kohlmeyer verlor das Haus, das er vor dem WM-Sieg besessen hatte. Seine Frau ließ sich scheiden. Als er für einen verspäteten Arbeiter die Stempelkarte drückte, büßte er auch noch seinen Arbeitsplatz ein. Er wurde Alkoholiker und schlug sich als Bauhilfsarbeiter durch. Freunde besorgten ihm zuletzt den Pförtner-Posten bei der Mainzer „Allgemeinen Zeitung".

Als die Weltmeister von Bern 1973 die späte Chance wahrnahmen, für je 5000 Mark eine Schallplatte zu besingen, protestierte der DFB. Er hatte mit dem WM-Kader von 1974 eine eigene Platte herausgebracht. „Uns schmeckt die Geschäftemacherei nicht", schimpfte DFB-Funktionär Hermann Joch. Er meinte die Spieler von 1954.



Deutsche Weltmeister-Mannschaft 1954 in Bern*: „Wer sind Sie denn?"

* Stehend vordere Reihe: Trainer Herberger, Fritz Walter, Rahn, Posipal, Eckel, Liebrich, Ottmar Walter, Schäfer, Morlock; kniend: Mai, Turek, Kohlmeyer.

ger kämpften sich auf die Ehrentribüne vor und drangen auf den SED-Hofstaat ein. Polizei befreite Ulbricht und Genossen aus der Bedrängnis.

Die Partei sperrte die Friedrichstädter Spieler oder versetzte sie zur BSG Tabak Dresden und legte das Stadion still. Die Mannschaft setzte sich einschließlich Schöns nach Westen ab und spielte zuerst gegen Hertha BSC.

An materieller Unterstützung des Fußballs hat es der SED-Staat niemals fehlen lassen. Privilegierte Mannschaften wie der DDR-Meister Turbine Halle reisten zu Auswärtsspielen in einem Salonwagen aus Görings Nachlaß durch die Trümmerlandschaften der ersten Nachkriegszeit. Spitzenspieler bezogen in Scheinstellungen ohne volle Arbeitspflicht schon 1951 Monatsgehälter zwischen 1500 und 2000 Mark. Hinzu kamen Prämien für Siege, Tore und die (allerdings spärlichen) internationalen Erfolge. DDR-Fußballstars ist ein Studienplatz oder eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung sicher.

Dagegen verkannten die Planer, daß auf lange Sicht kein Fußballerfolg ohne den sicheren Rückhalt eigener Anhängermassen möglich ist. Die DDR-Sportpolitik hatte die Klubs jedoch von den Fans abgeschnitten. Und auch die ideologisch begründete Überbetonung des Kollektivs und Geringschätzung der Einzelleistung, der spielerischen Individualität, hatte negative Folgen. Immer wieder versagten DDR-Mannschaften in entscheidenden Spielen. Klubteams scheiterten im Europapokal, die Nationalelf in der Qualifikation zu Welt- und Europameisterschaften. Mißerfolge der DDR-Kicker wirkten sich als Erfolge für die Bundesrepublik aus. 1954 feierten die Fans in Dresden, Ost-Berlin und Leipzig den westdeutschen WM-Sieg ebenso stürmisch wie in West-Berlin, Frankfurt oder Dortmund. Mitteldeutsche Fußballanhänger schwärmten für Walter, Seeler, Beckenbauer und verfolgten im West-Fernsehen die Bundesliga.

Schließlich erkannten auch einflußreiche Fußballfans der DDR — Erich Honecker und Verteidigungsminister Hoffmann, dem alle Vorwärts-Klubs unterstehen, Staatssicherheitsminister Mielke, Chef aller Dynamo-Kicker, und TV-Kommentator Karl-Eduard von Schnitzler —, daß sich der DDR-Fußball ins Abseits gedribbelt hatte.

Um 1966, als der Bundesrepublik die Organisation der Weltmeisterschaft 1974 zugesprochen worden war, änderte die SED den Kurs: Sie nahm wieder traditionelle Elemente des Fußballs in Kauf.

Mit einer Aktion zugunsten der heimlichen Fußballsubkultur entstanden wieder reine Fußballvereine mit gewohnten Namen: 1. FC Magdeburg, Hansa Rostock und Rot-Weiß Erfurt. In Berlin wählte eine Jury, der Karl-Eduard von Schnitzler angehörte, aus den Ergebnissen einer öffentlichen Umfrage den Vorschlag „1. FC Union".

Seither flattern, wie gehabt, Vereinswimpel, dürfen auch Nichtsportler Vereinsmitglieder werden und Transparente schwenken. In der DDR-Presse erschien die Forderung nach „mehr Individualisten". Cheftrainer Georg Buschner erklärte öffentlich, in den letzten Jahren sei „manches falsch gemacht worden", und: „In der Entwicklung von Spielerpersönlichkeiten gibt es einen erheblichen Nachholbedarf."

Anders als bisher, so wollen Experten erfahren haben, stuft die DDR nun auch die Prämien für ihre Stars je nach Leistung ab.

Alsbald stellten sich Erfolge ein. DDR-Klubmannschaften drangen in den Europapokal-Turnieren der Saison 1973/74 weiter vor denn je. Vorletzte Woche wurde der 1. FC Magdeburg Europapokalsieger. Die DDR-Nationalelf steht erstmals in der WM-Endrunde.

Mit den Vereinsanhängern und dem Erfolg sind allerdings auch die häßlichen Auswüchse, die Unarten des Fußball-Untergrunds in die DDR-Stadien zurückgekehrt, die bislang mehr aus westlichen Arenen vertraut waren.

In Rostock flogen 1973 Flaschen gegen die Gastmannschaft vom 1. FC Magdeburg. Ein ertappter Werfer wurde zu sechs Wochen Gefängnis verknackt. Mit dem Ruf „Diese Mannschaft kotzt uns an", so berichtete die Ost-Berliner „Fußball-Woche", empfingen Zuschauer in Jena die Gäste aus Riesa. Nach dem WM-Qualifikationsspiel gegen Rumänien mußte Volkspolizei prügelnde Fans aus Rumänien und der DDR vor dem Leipziger Hauptbahnhof trennen. Flaschen flogen im Spiel gegen Holland auf das schwedische Schiedsrichtergespann.

Auch in der DDR rollt der Ball wieder nach ähnlichen Gesetzen und unter ähnlichen Umständen wie in Köln und Kaiserslautern, in Glasgow und Rio.



Leipziger Fans in Düsseldorf 1973: Rückkehr zur Fußball-Tradition

Fußball: Futter für den Nationalstolz und Wegbereiter internationaler Anerkennung, ein Faktor im politischen Kalkül und ein Ferment massenpsychischer Bedürfnisse — Ventil für Aggressionen oder deren Stimulans.

Nach dem Europacup-Sieg von Bayern München gegen den FC Liverpool, 1971, entrang sich einem britischen Fußballfan der denkwürdige Aufschrei: „Aber wir haben den Krieg gewonnen."

Im nächsten Heft:

Deutsche Fans zerschneiden schwedische Autoreifen — 3000 Tote beim Fußball-Krieg Honduras gegen El Salvador — Die Ausrottung der Belfaster „Bankmore Stars"

LH 9/74

Rio de Janeiro

New York

Djakarta

Tokio

Johannesburg

Kopenhagen

Andere Fluggesellschaften kommen aus aller Welt, um Sie als Gast zu gewinnen. Nur eine fliegt Sie von hier in alle Welt.



Flugscheine erhalten Sie in über 700 IATA-Reisebüros mit Lufthansa-Agentur.

Musik: Bernsteins Exorzismus-Ballett

Koinzidenz oder Kalkulation? Kaum hat sich William Friedkins Satansfilm „The Exorcist" zum mutmaßlich größten Kassenfüller der Kinogeschichte gemausert, wartet Leonard Bernstein („West Side Story") mit einem Ballett über Dämonenaustreibung auf. Das Stück „The Dybbuk", vergangenen Donnerstag vom New York City Ballet unter Jerome Robbins uraufgeführt, beruht auf einem knapp 60 Jahre alten russischen Theaterstück in jiddischer Sprache. Ganz wie im „Exorcist" fährt der Dämon — hier der Geist eines Verstorbenen — in ein Mädchen und wird mit religiösen Exerzitien verscheucht. Bernstein blieb auch beim Komponieren dem mystischen Genre treu. Seine Partitur beruht auf kabbalistischer Numerologie sowie auf Anagrammen und Zahlenumkehrungen aus der jüdischen Geheimlehre, deren mathematische Konstruktion er auf Notenfolgen übertragen hat. Bernstein: „Die Zahlenspiele der Kabbala entsprechen logisch den Grundverhältnissen des Zwölfton-Systems."

Theater: Sperr als Behan

Er ist wieder da. 130 Kilo schwer, „eher rührend als suggestiv" („WAZ"), stand der bayrische Dichter Martin Sperr vorletzten Sonntag in Bochum auf der Bühne und spielte — in einer Dramatisierung von Brendan Behans Autobiographie „Borstal Boy" — den irischen Dichter, der 1964 durch Trunk zu Tode gekommen war. Jahrelang hatte sich der Erfolgsdramatiker Sperr („Jagdszenen aus Niederbayern") nach einer schweren Hirnblutung von der Kunst ferngehalten und schließlich auf Masseur und Koch umgeschult. Will er zumindest als Schauspieler eine neue Bühnenkarriere starten? „Nein", sagt Sperr, „außer man läßt mich den ‚Hamlet' spielen." Aber schreiben will er wieder, beispielsweise, angeregt durch das Ruhrgebiet, den Roman „Die Stadt". Viel Zukunft jedoch gibt er sich nicht: „Ich rechne im nächsten Jahre mit meinem Tod; das Horoskop sieht recht dunkel aus."



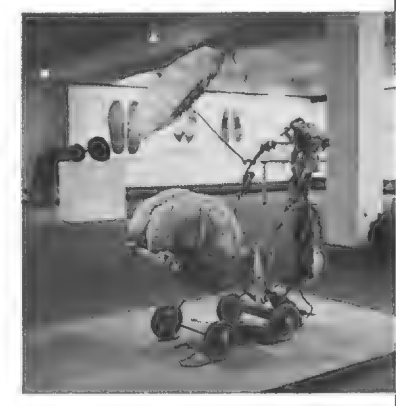
Sperr (r.) in „Borstal Boy"

Film: Bertoluccis Lied der guten Erde

Er will mit „der Kamera in die Kornfelder, in die Erde selbst vordringen" und alle, die diese „Welt nur noch aus der Literatur kennen", zu ihren „erdgebundenen, bäuerlichen Wurzeln" zurückführen. Mit amerikanischem Kapital und internationalem Star-Aufgebot (im Gespräch sind Orson Welles und Maria Schneider) beginnt der „Letzte Tango"-Regisseur Bernardo Bertolucci im Juni mit den Dreharbeiten zu dem politischen Heimatepos „Novecento". Bertoluccis Kino-Lied der guten Erde soll — am Beispiel eines reaktionären Großgrundbesitzers und eines armen, linken Bauernsohns — „die ganze Periode des italienischen Faschismus" und zugleich den „Todeskampf der bäuerlichen Kultur" veranschaulichen. Das Drama, sagt der Regisseur, zeige „das Aussterben einer Zivilisation, die Jahrtausende angedauert hat und nun, in nur 50 oder 70 Jahren industriellen ‚Fortschritts', fast verschwunden ist".

Kunst: Pop aus Fernost

Der Ferne Osten hat Hochkonjunktur. Japanische Kunst im Überblick — unlängst in der Mannheimer und jetzt, anders ausgewählt, in der Düsseldorfer Kunsthalle — kann geübte Galeriengänger nicht erschrecken. Hinter ohnehin im Ausland lebenden und Europäern wie Amerikanern gut vertrauten Avantgardisten (Spitzenreiter: Shusaku Arakawa) steht eine breite Phalanx hier noch Unbekannter, die aber, bei eigener Tradition einerseits und internationaler Kommunikation andererseits, ganz ähnliche Probleme wälzen wie ihre westlichen Kollegen (keineswegs mit geringerer Konsequenz): Symbolmalerei mit Pop-Einschlag, Elementar-Demonstrationen an Form und Material, Konzept- und Video-Experimente. „Immer spricht man von Cézanne, für mich hieß die moderne Kunst Pa-Ta-Shan-Jen", insistiert der gebürtige Koreaner U-Fan Lee, doch seine mediativen Pinselstriche würden gewiß auch einem Europäer abgekauft.



Japanische Kunst in Düsseldorf

Schallplatten: Stimmen aus dem Getto

Wohltätigkeit macht's möglich: 21 schwarze Popmusik-Stars von elf verschiedenen Plattenfirmen, die aus Vertragsgründen normalerweise nicht für eine gemeinsame Platte hätten singen dürfen, geben im jetzt veröffentlichten Motown-Doppelalbum „Save the Children" ein eindrucksvolles Gesamt-Klangbild der gegenwärtigen Soul-Musik. Interpreten wie Marvin Gaye, Roberta Flack, Bill Withers, Nancy Wilson, Sammy Davis jr., die Temptations und die Jackson Five waren im September 1972 im Chicago-Amphitheater zusammengekommen, um — innerhalb der fünftägigen „Black Exhibition" — zugunsten von Gettokindern zu musizieren. Die Doppelplatte ist der Soundtrack einer Paramount-Filmdokumentation, die mit einem 750 000-Dollar-Kredit der Ford Foundation hergestellt wurde und vor allem sozial relevante Soul-Lieder enthält. Eine kompetentere Antwort auf Marvin Gayes Song-Frage „What's Going On" haben die Stimmen aus dem Getto noch nie erteilt.


GRUNDIG
Farbfernseher sind
zukunftssicher

Weil 1978 wieder eine Fußball-WM ist. Und 1982...



Super Color 6020
(mit Tele-Pilot 12)

Super Color 5011
(mit impuls-electronic)

Super Color 1510

Lebensdauer für 1982

Super Color ist unverwüstlich. Weil hier alles vollelektronisch funktioniert. Da gibts keinen Verschleiß. Dazu die neuesten „eiskalten" Super-ICs. Und nur 180 Watt Leistung werden gebraucht. Da halten Bauelemente jahrzehntelang.

Bedienkomfort für 1982

Da gibts den Tele-Pilot 12. Ultraschall-Fernbedienung für 12 Programme. Direkt wählbar. Auch zur Steuerung von Lautstärke, Helligkeit und Farbkontrast. Alles bequem und drahtlos vom Sessel aus. Und es gibt die impuls-electronic. Programmwahl durch einen Hauch von Berührung. Beide Systeme haben ihren Platz in der Zukunft.

Technik für 1982

Unsere Baukasten-Technik ist berühmt. Denn sie ist 10millionenfach bewährt. Durch die Steckverbindung kann der Fachmann jeden Baustein schnell und spielend leicht wechseln. Das spart Service, Zeit und Geld! Und macht es möglich, Ihr Gerät immer wieder zu verjüngen.

Programm-Reserven für 1982

Super Color mit Tele-Pilot 12 hat 12 Programme. Das sind Reserven für heute und morgen. Heute schon für den Farbempfang von Secam-Sendungen aus Frankreich und der DDR. Heute schon für Cassetten-Fernsehen. Und morgen für die Programmvielfalt des Fernsehempfangs über Kabel (wird schon in einigen Gebieten vorbereitet).

Super Color führt nur der Fachhandel. Dort erfahren Sie auch, wie preiswert Super Color-Geräte sind. Wir schicken Ihnen gern einen Prospekt mit allen GRUNDIG Fernsehgeräten. Bitte anfordern:
GRUNDIG AG, Abt. V 508,
851 Fürth/Bay.









US-Talk-Show mit Dick Cavett*: Wie man sich mit praktisch jedem über praktisch alles unterhalten kann"

Von morgens bis Mitternacht

Im Deutschen Fernsehen sind Talk Shows durch Dietmar Schönherrs „Je später der Abend" eher das Gespött als das Gespräch des Publikums. In Amerika dagegen gehören sie zum täglichen TV-Leben: Johnny Carson, Barbara Walters und Dick Cavett versorgen die US-Zuschauer mit Prominenten und deren privaten Plaudereien.

Eine halbe Stunde vor Mitternacht fliegt auf zehn Millionen amerikanischen Fernsehschirmen ein Vorhang auseinander, und eine Stimme, die sich in allabendlich erneuter Euphorie fast überschlägt, kündigt ihn an: „Und hiiiiiiier . . . Ladies und Gentlemen . . . ist Johnny Carson!"

Er könnte der Vater der Puppe Barbie sein: ein 49jähriger mit angegrauten Haaren, gekleidet in den jeweils jüngsten scheußlichen Konfektionen und mit einem Lächeln, das wie zwischen den Ohren festgebunden wirkt. Er bewegt sich, als wäre er aufgezogen, und was aus seinem Mund kommt, klingt, so „Playboy", wie „verbal muzak" — wie eine verbale Umsetzung der Musikberieselung im Supermarkt.

Dennoch hat dieser Mr. Provinz-Amerika seine Konkurrenten, darunter den sehr viel gescheiteren Dick Cavett, praktisch vom Bildschirm vertrieben. „Time" lobt ihn für die „unterhaltsamsten 90 Minuten, die das amerikanische Fernsehen zu bieten hat".

* Mit John Lennon, Yoko Ono und Shirley MacLaine.

Zudem hat Carson einen Kraftakt vollbracht, den ihm in Deutschland nur Tagesschausprecher Köpcke nachmachen kann: Seit zwölf Jahren schafft er es, zu nachtschlafender Stunde (von 23.30 bis 1 Uhr) eine Zehn-Millionen-Gemeinde vorm Bildschirm zu halten — fünf Tage in der Woche.

Talk Show heißt Unterhaltung, wie seicht auch immer. Film- und Rockstars, Politiker, Zauberkünstler, Literaten, Feuerschlucker, Sportler und Erfinder von Merkwürdigkeiten werden in einer unaufhörlichen Parade vorgeführt, die von sieben Uhr bis lange nach Mitternacht Starlight in amerikanische Wohn- und Schlafstuben trägt.

Süchtige des Genres könnten sich schon bis zwölf Uhr mittags an einer Auswahl von rund neun Stunden Konversationsprogramm berauschen: etwa an 120 Minuten Barbara Walters, die ihre Unterhaltungskunst in dem Ratgeber „Wie man sich mit praktisch jedem über praktisch alles unterhalten kann" zusammengefaßt hat und danach verfährt. Nachmittags folgt die Talk Show von Mike Douglas, um 20.30 Uhr der small talk von Merv Griffin.

Die Talk Show ist eine amerikanische Institution wie Baseball und Apple Pie. Sie ist Bestandteil des Starkults, zugleich aber auch so etwas wie seine Aufhebung: Sie holt den Star aus der Unerreichbarkeit auf die Ebene des Alltäglichen und damit auf das Niveau der Zuschauer zurück. Mögen Carson, Mike Douglas und selbst Dick Cavett im Gespräch mit Literatur- oder Polit-Größen auch nur Platitüden einfallen — wichtiger ist, daß ein Millionen-Publikum erlebt, wie die VIPs Rede und Antwort stehen, und zwar jemandem, der nicht eindrucksvoller wirkt als sie selbst oder der Nachbar.

Der Star, ein „fast mythisches Wesen" — so der Schriftsteller Seymour Krim —, wird „humanisiert, und zwar so, daß man ihn als Familienmitglied erlebt, das einfach mal hereinschaut". Irgendwann im Verlauf des Gesprächs entpuppen sich die Besucher allerdings als Vertreter — unterwegs in Sachen Eigenwerbung: Irgendwann, inmitten aller scheinbar persönlichen Plauderei,

Talk Show à la Dietmar Schönherr

Show-Master Schönherr . . .
Ich freue mich schon auf den Besuch bei der Tankstelle, weil ich weiß, der Mann sagt: Herr Schönherr, wat haben Sie denn jestern wieder jemacht, also die Fragen, die Sie gestellt haben, also dat muß ich Ihnen sagen — bekloppt.

. . . mit Photomodell Silvie Winter . . .
Ich will Sie ja gar nicht errechnen, ich bin ja schon verschrien, daß ich immer wissen will, was alle verdienen. Sind Sie reich? — Überhaupt nicht. — Wieso nicht? — Ich habe zu gut gelebt. — Wo ist das Geld hingekommen? — Weg. — Ja, wie macht man denn das? . . . Könnte man daraus schließen, daß Ihnen, sagen wir mal, irgendwie das Gefühl für die Realität verlorengegangen ist? . . .

. . . zu Regisseur Bernhard Wicki . . .
Was ist eigentlich der Impuls für deine Arbeit, ich meine, Geld kann es zweifellos nicht sein . . .

. . . zu Schauspielerin Inge Meysel . . .
Das deutsche Publikum ist, glaube ich, einfach intelligenter als das amerikanische. Das ist jetzt nicht fishing for compliments. Aber ich meine, was nämlich manche Leute, die in den Zeitungen darüber geschrieben haben, sagen, wie toll das in Amerika ist. Erstens mal haben die das fast alle nicht gesehen, so fängt das mal an . . . und die meisten amerikanischen Talk Shows sind so platt, daß hier die Leute schreiend ihre Kisten abdrehen würden . . .

Inge Meysel zu Schönherr . . .
Du hast dir doch diesen Beruf nun ausgewählt, Moderator, jetzt. Ich persönlich, das weißt du, halte dich für einen sehr, sehr guten und großen Schauspieler, und ich finde es sehr, sehr schade, daß du nicht mehr Theater spielst . . .

Schönherr zu Inge Meysel . . .
Und jetzt muß ich dir das zurückgeben, das mit dem großen Schauspieler. Natürlich, das ist so, das klingt vielleicht scheußlich, aber es ist wahr, und deswegen denke ich oft, wenn ich dich sehe in Fernsehrollen, in Serien, daß du eigentlich eine viel zu gute Schauspielerin bist oder eine viel zu große Schauspielerin . . .

. . . zu Hamburg-Original Helga Feddersen . . .
Ich hoffe, daß Sie mir nichts abschneiden wollen, weder die Haare noch sonst etwas, ich hoffe, auch nicht das Wort.

kommt immer die Ankündigung, daß eine neue Show irgendwo Premiere hat. Doch die meisten Zuschauer akzeptieren die Mischung aus Konfession und Kommerz. Auch die Gastgeber berührt es kaum, daß sie die Gedanken einer alternden Poetin über ihren nahenden Tod mit der Ankündigung einer Kaffeemarke unterbrechen oder gar selber in einer dazu eigens hergerichteten Ecke des Studios einem Hund das Futter vorsetzen. Denn Talk Shows haben wie alle Veranstaltungen des kommerziellen amerikanischen Fernsehens in erster Linie Profitmacher zu sein.

Die Werbeminute in der Johnny-Carson-Show kostet rund 17 000 Dollar. Dafür können die Gastgeber gewisse Rücksichten verlangen.

So hatte Merv Griffin seinen Zuschauern mal ein richtig heißes Eisen präsentieren wollen. Seine Gäste sollten erzählen, was ihnen an der amerikanischen Gesellschaft nicht paßt: ein Thema, zu dem er Kritik von dem Schauspieler Peter Fonda erwartete.

Aber nicht Fonda, sondern Nicholas Johnson, Mitglied einer US-Aufsichtsbehörde, brachte den Eklat. Er wies auf Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft anhand der Werbespots hin, die Merv Griffin in der Sendung präsentiert hatte — Bemerkungen, die zwar aufgezeichnet, aber aus der Sendung herausgeschnitten wurden.

Auch der Auslauf für Intellektuelle ist begrenzt. Schon zwischen 1969 und 1972 hatte ein schmächtiger junger Mann namens Dick Cavett versucht, dem mächtigen Johnny Carson Zuschauer auszuspannen, vielfach mit Erfolg. Wenn sich Cavett mit Orson Welles, der Anthropologin Margaret Mead, dem Boxer Cassius Clay, der Feministin Gloria Steinem, mit Truman Capote oder Ralph Nader unterhielt, waren das vieldiskutierte Ereignisse.

Aber die Einschaltquoten, die 14 Prozent sowieso nie überstiegen, gingen zurück — damit auch der Preis, den ABC, Hersteller der Show, für Werbeminuten verlangen konnte. Statt fünfmal in der Woche läuft Cavetts Sendung nur noch zweimal im Monat, und es ist möglich, daß sie bald stirbt.

Er und seine Show gehörten ins diskutierfreudige Klima der späten sechziger Jahre. Doch als Repräsentant der typischen Ostküsten-Intellektuellen war er einer Mehrheit des amerikanischen Publikums immer suspekt.

Die anhaltende Popularität eines Johnny Carson dagegen erklärt sich daraus, daß er auf so harmlose Weise Mr. Middle America repräsentiert. Mag

er auch zuweilen oberflächlich bis zum Schwachsinn sein — was bei ihm über Abtreibung, Homosexualität oder Women's Lib geredet wird, verändert das Klima, schon weil er über derlei Themen überhaupt diskutiert.

Carson ist der Sprecher der schweigenden Mehrheit. Als er über Watergate zu spotten begann, war das für Nixon-Anhänger beunruhigender als die Paukenschläge der „Washington Post".

TV-AFFÄREN

Getrennt von Bank und Bett

Einen Film über den Memoiren-Fälscher Clifford Irving hat das ZDF nur mit Schnitten freigegeben.

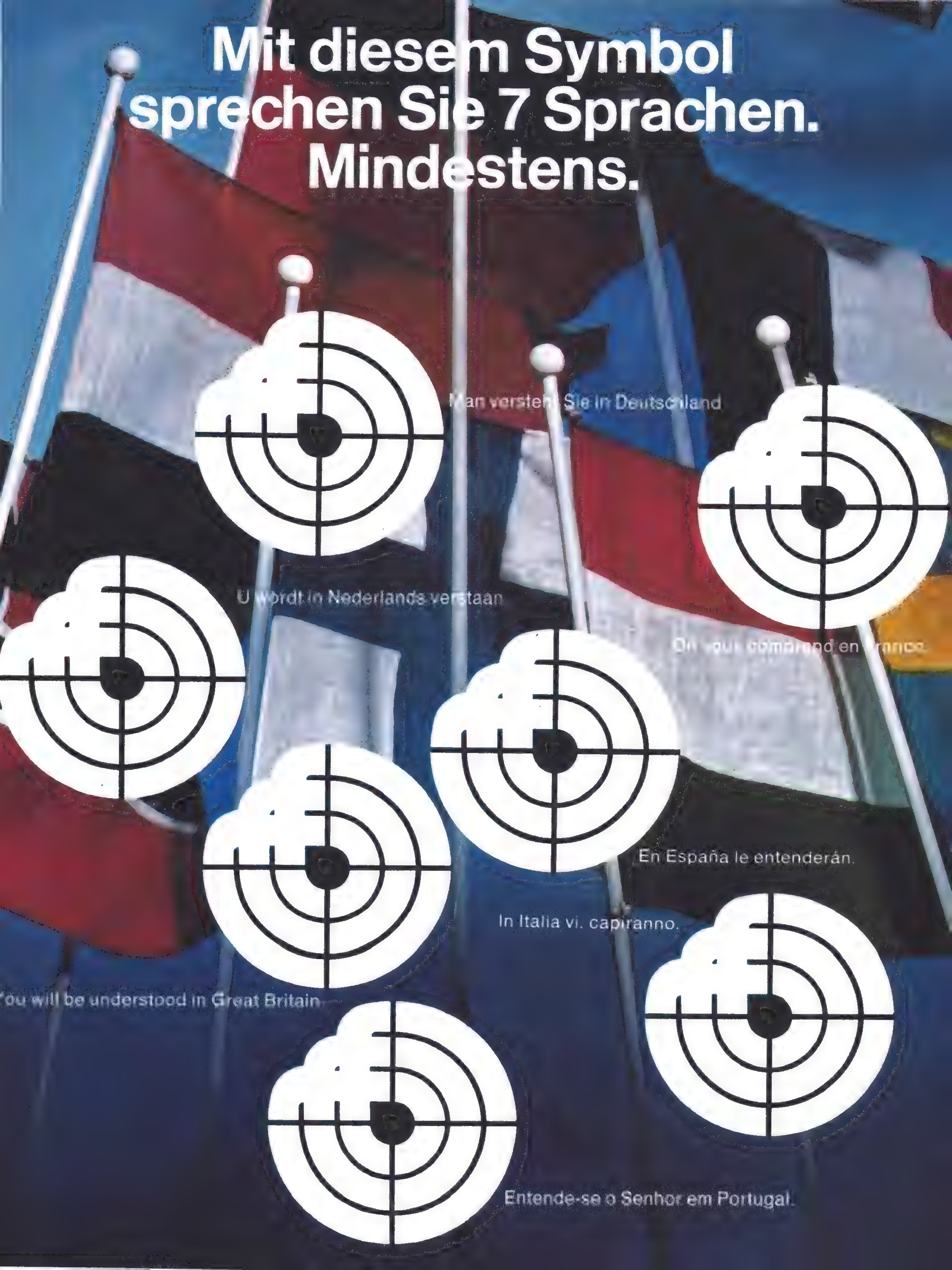
Das Fernseh-Team hätte das Gauner-Trio gern komplett engagiert. Doch als TV-Darsteller war nur der Schriftsteller Richard Suskind verfügbar. Er hatte seine Strafe schon verbüßt.

Verhindert, weil Häftling im US-Staatsgefängnis Allenwood, war im letzten Sommer der „Gauner des Jahres" 1972 („Time") Clifford Michael Irving. Verhindert war auch dessen Ehefrau Edith, geschiedene Rosenkranz aus Wuppertal, die bereits zwei Monate lang eine amerikanische Zelle mit Prostituierten und Rauschgiftsüchtigen teilen mußte und gerade für vierzehn weitere Monate in der Schweiz einsaß.

So hat nun allein der ehemalige Gewichtheber und Operntenor Suskind Gelegenheit, seine eigene Rolle in jenem „sensationellsten Skandal in der neueren Geschichte der Publizistik" („New York Times") zu spielen. Am



TV-Film „Der Scheck . . ."
Cleverness unterschätzt



Mit diesem Symbol sprechen Sie 7 Sprachen. Mindestens.
Man versteht Sie in Deutschland
U wordt in Nederlands verstaan
On vous comprend en France.
En España le entenderán.
In Italia vi. capiranno.
You will be understood in Great Britain.
Entende-se o Senhor em Portugal.

Denn dieses Symbol hat europäische Gültigkeit.

Es ist der Ausdruck der weltweiten Erfahrung, die hinter jeder Montefibre-Produktion steht.

Es steht für die Verhaltensforschung, die Montefibre in ganz Europa durchführt und koordiniert.

Es ist das Symbol der fortschrittlichen Technologie, die Montefibre seinen Marktpartnern bietet.

Es reflektiert die Einstellungen und Wünsche von Abermillionen Verbrauchern, auf denen Montefibre seine Marketing-Empfehlungen aufbaut.

Es drückt das Vertrauen aus, das der europäische Verbraucher diesem Symbol entgegenbringen wird.

Mit diesem Symbol nutzen Sie den Service, den Montefibre in allen Stufen bietet – mit ihm sind Sie auf dem europäischen Textilmarkt zuhause.

MONTEFIBRE

Die neue Orientierung im europäischen Textilmarkt.



WARENZEICHEN DER MONTEDISON S.p.A. - ITALIEN

kommenden Samstag und Sonntag, jeweils um 20.15 Uhr, erzählt das ZDF im Dokumentarspiel „Der Scheck heiligt die Mittel" die große Schwindel-Story von den gefälschten Howard-Hughes-Memoiren, mit denen Suskind und die Irvings Amerikas Verlagsgiganten McGraw-Hill um mehr als zwei Millionen Mark erleichtert haben.

Die TV-Version des literarischen Schelmenstücks basiert auf Recherchen des Drehbuchautors Henry Kolarz („Die Gentlemen bitten zur Kasse"), der Suskind und die — eben aus dem US-Knast entlassene — Edith Irving im Frühjahr 1973 zehn Tage lang auf Ibiza ausgefragt hat. Das Protokoll, laut Kolarz „authentischer" als alle bisher veröffentlichten Coup-Analysen, wurde vom Regisseur Peter Schulze-Rohr an den Original-Schauplätzen — in New York, Hollywood, Los Angeles, Washington, Zürich, auf den Bahamas und auf Ibiza — verfilmt.

Ehepaar Irving
Bluff des Jahres

Auf Ibiza, so erzählt Kolarz, hatten die Schwindler den Streich ausgeheckt. Mit perfekt gefälschten Hughes-Briefen überzeugte Clifford den Verlag McGraw-Hill und die „Time-Life"-Gruppe, der Milliardär sei bereit, seine — von Irving herausgegebenen Erinnerungen — für 750 000 Dollar zu verkaufen. Dann jettete der Fälscher zu angeblichen Geheimtreffs mit dem menschenscheuen Nabob in die Karibik und nach Mexiko. In Wahrheit vergnügte er sich dort oft mit seiner Geliebten Nina van Pallandt, einer dänischen Schlagersängerin.

Nach dem Motto „Je verrückter unsere Geschichte klingt, desto eher wird man sie glauben" vermischten Irving und Suskind, die sich auch mit (zum Teil geheimem) Archiv-Material über Hughes eingedeckt hatten, Dichtung und Wahrheit so raffiniert, daß sogar

die ausgebufften Verlagsmanager auf den Bluff hereinfielen.

Auch Dementis von Hughes selbst, der sich in einem TV-Telephoninterview zu Wort gemeldet hatte, fruchteten nichts. Unbehelligt konnte Frau Edith — mit schwarzer Perücke getarnt und Dr. Scholls Hühneraugen-Kissen in den Backen — das Honorar bei der „Schweizerischen Kreditanstalt“ kassieren. Das Super-Ding platzte erst, als die Clifford-Gespielin Nina verriet, Autor Irving sei während der vermeintlichen Hughes-Begegnungen fast pausenlos mit ihr zusammen gewesen.

Für die Nacherzählung dieser grotesken Betrugsgeschichte hatte sich die ZDF-Dokumentarspielabteilung zunächst nur die Persönlichkeitsrechte von Edith Irving und Suskind für je 5000 Mark gesichert. Clifford und das Show-Girl Nina, 41, so hofften die Mainzer, sollten von dem Projekt nichts erfahren.

Mit Nina, im TV-Film Marina genannt, hatten sie Glück, Cliffords Cleverness hatten sie unterschätzt. Nachdem das Team eben die Dreharbeiten in Amerika abgeschlossen hatte und die teure Produktion (Gesamtkosten: 1,24 Millionen Mark) nicht mehr gestoppt werden konnte, verlangte er brieflich eine angemessene Abfindung. Mainz mußte 33 000 Mark herausrücken.

Nach dieser unerwarteten Intervention begannen plötzlich auch die ZDF-Justitiare, die das Drehbuch längst genehmigt hatten, zu rotieren. Im Oktober letzten Jahres, bei der Rohschnittabnahme im Januar 1974 und sogar noch bei der Synchronisation im März verfügten sie immer neue Schnitte.

Um den dokumentarischen Charakter des Spiels abzuschwächen, mußte der Regisseur Bilder vom Verlagshaus McGraw-Hill ebenso tilgen wie Ansichten der „Schweizerischen Kreditanstalt“. Diese Bank hatte den Filmern schon Aufnahmen in ihrer Schalterhalle verweigert — aus Furcht, Besitzer von Nummern-Konten könnten im Fernsehen identifiziert werden.

Anstoß nahmen die ZDF-Juristen auch an einer Manuskriptstelle, in der mitgeteilt wird, Nina van Pallandt habe „das Bett mit Clifford Irving geteilt“. Von den Tatsachen, daß die Liebenden dortselbst auch im Film gezeigt werden und daß Frau Nina ihre Amouren mit Irving längst publik gemacht hatte, blieben die Justitiare unbeeindruckt.

Bei so viel Empfindlichkeit verwundert es nicht, daß die Rechtskundigen nicht nur milde Seitenhiebe auf Präsident Nixon entfernen ließen, sondern auch eine deftige Passage über Lyndon B. Johnson. Clifford Irvings Bemerkung dazu wurde, im Film, ebenfalls gestrichen: „Also, wenn ich fast 70 wäre und wenn jemand behauptet, ich hätte einen texanischen Riesen-Pimmel — ich würde ihn bestimmt nicht verklagen!“

SPIEGEL *Essay*

Brandts Sturz - ein Gruppenproblem

von Horst Eberhard Richter

Unsere Gesellschaft hat einen Punkt irgendwo zwischen Nixon und Brandt erreicht. Was Nixon und Brandt zur Zeit widerfährt, läßt sich auch so lesen, daß die Gesellschaft zwar im Begriff steht, Nixon zu überwinden, aber daß sie für Brandt noch nicht reif genug ist, wobei hier mit den beiden Namen sowohl politische Grundhaltungen als psychische Strukturen gemeint sind.

Mag Nixon auch mit seiner geschmeidigen Außenpolitik beweisen, daß er geistesgegenwärtig die aktuelle Chance wahrnimmt, in der Endphase der imperialistischen Epoche transideologische Geschäfte zu machen — im Watergate-Fall und nun vor allem auch in den Tonbandprotokollen macht er sich als Zentralfigur einer neuen globalen Friedenspolitik unglaubwürdig. Gerade darin liegt die diagnostische Selbstenthüllung dieses Mannes, daß er nicht fassen kann, warum man seine persönlich-moralische Aufführung nicht getrennt von seinen Resultaten im weltpolitischen Geschäft verbucht.

Das Umgekehrte könnte, ja, muß man wohl Brandt vorwerfen: daß er seine persönlichen „Fahrlässigkeiten“ politisch übergewichtet und daß er schließlich im kritischen Augenblick die Sorge um seine Integrität derjenigen um die Kontinuität einer neuen politischen Mentalität voranstellt, für deren Repräsentanz ein Nachfolger zunächst nicht zu sehen ist.

Manche politischen Publizisten schikken sich neuerdings an, die Entdeckung nachzuvollziehen, daß man die Politik und die Menschen, die sie machen, in einem engen Zusammenhang sehen muß. Es wächst in der Gesellschaft die Sensibilität dafür, daß die neuen Leitbilder einer vermenschlichten Politik Staatsmänner beziehungsweise Führungsgruppen verlangen, die von diesen Werten auch selbst durchdrungen sind.

Was die tragenden politischen Figuren und Gruppen nicht selbst an menschlich-moralischer Substanz einbringen und ausstrahlen, das können sie den hellhöriger und kritischer gewordenen Massen immer weniger durch die Suggestionskünste ihrer Wahlkampf-Werbefirmen vortäuschen. Aber ein Problem, geradezu ein Dilemma liegt darin, daß wir in der augenblicklichen Phase von unseren Staatsmännern ein Maß an zum Teil einander widersprechenden Qualitäten erwarten, die schwerlich in einer Person vereinigt sein können.

Wir leben in einer Welt abgeschwächter, aber noch keineswegs erloschener Impulse des Imperialismus, welche an den internationalen und den inneren Barrieren zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen, Herrschenden und Abhängigen noch immer brisante Aggressionspotentiale schüren.

Zugleich aber leben wir in einer Gesellschaft, die immer deutlicher als einzige Chance für ein längerfristiges Überleben die Überwindung eben dieses imperialistischen Prinzips erkennt. Denn der Fülle und Kompliziertheit der weltumspannenden wirtschaftlichen und politischen Probleme ließe sich nur in einem radikalen neuen Geist einer globalen Kooperativität und Solidarität wirksam begegnen.

Wenn man sich eine Einheit von Person und Politik vorstellt, dann bräuchten wir eigentlich Staatsmänner, die sowohl als Superexperten die immer noch virulenten Kräfte des Imperialismus zu durchschauen und demzufolge in Schach zu halten verstehen und die auf der anderen Seite mit großem Elan die Ideale einer neuen Solidaritätspolitik ausbreiten und durchsetzen könnten.

Aber welcher Staatsmann könnte diese heterogenen Erwartungen erfüllen? Henry Kissinger? Er versteht es in der Tat, die taktischen Probleme machtpolitischer Rivalitäten einerseits virtuos zu handhaben, andererseits dadurch, wie er diese Probleme in Patt-Situationen einfriert, die Absurdität der imperialistischen Zielvorstellungen sichtbar zu machen, aus denen heraus die Konflikte unlösbar zu sein schienen.

Dennoch, Kissinger bleibt, wie virtuos und modern auch immer, in erster Linie der erfolgreiche Konkursverwalter der alten Welt. Man muß sich zu ihm längerfristig einen Ergänzungstyp vorstellen, einen charismatischen Wegbereiter der neuen politischen Leitbilder — Willy Brandt etwa.

Die polare Einseitigkeit von Willy Brandt ist, zu seinem und unserer aller Schaden, offenkundig von vielen nie richtig in ihrer Gefahr erkannt, von anderen wohl allmählich verdrängt worden. Denn sonst kann man sich nicht erklären, warum dieser Mann am Ende in eine Isolation geraten ist, an der er mit Notwendigkeit scheitern mußte. Es gehört automatisch zu den Voraussetzungen seiner Fähigkeit, eine geradezu sture Politik der Menschlichkeit, der Versöhnung, des friedlichen Abbaus sozialer Gegensätze und Ungerechtigkeiten mit einer einzigartigen Ausstrahlung zu steuern, daß er innerlich genauso ist, wie er die Gesellschaft gestalten will.

Nichts ist also törichter, als gewisse Elemente dieses psychischen Bildes wie zufällige Mängel zu bedauern, die sich scheinbar beliebig zu den Tugenden dieses Mannes hinzuaddieren: Schade, sagt man, daß er neben seiner großherzigen Redlichkeit zuwenig Sinn für Mißtrauen entwickelt hat. Schade, sagt man, daß er sich bei seiner moralischen Integrität trotz aller kämpferischen Tugenden ein so übersensibles Gewissen bewahrt und deshalb so anfällig für Angriffe auf sein Selbstwertgefühl geblieben ist. — Falsch! Diese Merkmale sind notwendige integrierende Faktoren der Struktur, ohne die Brandt doch nie als weltweit wirkender Pionier einer neuen Dimension von Politik hätte agieren können.

Nur *weil* er, aus welchen Gründen auch immer, eine erhöhte Wahrnehmungsschwelle und eine Minderbegabung für alle Art Ränkespiele und taktisches Finassieren hat, vermochte er im Umgang mit dem Osten allmählich zumindest eine partielle Klimaänderung zu erwirken. Seine Haltung der Vertrauensvorgabe hat ihn, zur Schadenfreude seiner kurzsichtigen Kritiker, nicht vor zeitweiliger Stagnation in der Ostpolitik bewahrt.

Aber was es uns und der Welt hätte auf die Dauer nutzen können, daß dieser Mann das chronische Mißtrauen der Sowjets und besonders, wie man weiß, dasjenige Breschnews mehr als jeder andere westliche Staatsmann geschmolzen hatte, das läßt sich jetzt nur noch phantasieren. Die Russen, seit je Meister der Menschenkenntnis, haben ihm endlich geglaubt, weil man einem so geradlinigen Mann glauben muß, der mit seinen verbal vertretenen Prinzipien unmittelbar eins ist.

Und Brandts moralische Sensibilität? Seine Anfälligkeit für Stimmungsschwankungen unter dem Eindruck von Schuldgefühlen? Auch dies ist — in anderer Sicht — ein unerläßlicher positiver Bestandteil seiner politischen Haltung. Diese seismographische moralische Empfindsamkeit und Erschütterungsfähigkeit gehört sicherlich zu den tragenden persönlichen Voraussetzungen seiner frühen und entschiedenen Reaktion auf die Inhumanitäten des Faschismus, seiner Scharfsichtigkeit für soziales Unrecht und seines Engagements auf seiten der sozial Benachteiligten. Freilich sind die erniedrigte Schwelle für Unlust, die Gefährdung durch Verstimmungen ein schwerwiegender Preis für diese Art von Skrupulösität, die bei wachsender Verantwortung und nachlassenden Erfolgen eine permanente maximale psychische Stress-Situation heraufbeschwört, sofern nicht aus der Umgebung stabilisierende Hilfe angeboten wird.

Schon der Aufstieg eines solchen Mannes zum Bundeskanzler, erst recht aber sein Leben in dieser Rolle ist nur denkbar, wenn er fortwährend von Menschen beziehungsweise Gruppen umgeben bleibt, die ihn mit ergänzenden Talenten dort stützen und abschir-

men, wo er seine „blinden Flecke“ hatte. Und aus der Formel seiner Struktur ergibt sich zugleich: Da er nie, nicht einmal temporär, zu einer einsamen autoritären Führerrolle taugt, kann er seine, im Grunde bessere und modernere Art von „Führungskraft“ immer nur als zentrale Figur einer solidarischen Führungsgruppe entfalten, die ihn mitträgt, während er sie von seinem politischen Konzept wie von seiner persönlichen Substanz aus strukturiert.

Es ist sicher eine für Deutschland erstmalige Konstellation, daß ein so wenig listiger und zugleich mit so viel Weichheit und Sensibilität behafteter Mann überhaupt die Rolle als charismatische politische Zentralfigur erringen und lange Zeit imponierend spielen konnte. Voraussetzung war eben eine genau auf ihn zugeschnittene optimale Gruppenkooperation.

Es ist bislang sicher noch viel zuwenig bekannt, welche kompensatorischen Einflüsse von Schumacher, Wehner, Bahr, später Ehmke, zeitweilig auch Schiller, aber lange vornean Wehner, Brandt abgedeckt haben, wenn mit Haken und Ösen geboxt, taktisch fintiert und getrickst werden mußte, vor allem aber, wenn es galt, die deprimierende Wirkung moralischer Erschütterungen abzufangen.

Für das Fundament der Macht, von dem aus er seine in die Zukunft ausgreifenden politischen Ideen zum Tragen bringen konnte, benötigte er stets verläßliche Hilfspotentiale. Freunde, die mit selbstkritischem Augenmaß ihre Vorzüge im Spiel um Macht in den Dienst dessen stellten, dessen Wirkung dort einsetzt, wo ihre Fähigkeiten aufhören. Aber auch diese Freunde waren, mehr als sie zuletzt noch wahrhaben wollten, davon abhängig, daß dieser Brandt seine besondere Induktionskraft als Symbolfigur eines das imperialistische Prinzip transzendierenden neuen politischen Leitbildes entfaltete.

Nun geschah es wohl, daß diese Freunde seit 1972 allmählich zu vergessen anfingen, was ihre spezifische Gruppenkonstellation um und mit Brandt für ihre gemeinsamen politischen Erfolge und ihre weiteren Chancen wert war. Vermutlich war bereits der Bruch mit Schiller ein signifikantes Symptom für den Zerfall der bisherigen Gruppenstruktur. Er hätte von der SPD-Spitze als Alarmsignal dafür gewertet werden müssen, daß die Gruppenidentität gefährdet war und daß das gemeinsame Wollen nicht mehr die gruppeninternen Egozentrizitäten und Rivalitäten zu beherrschen vermochte.

Der Schock der Gruppenschwächung — durch das Ausscheiden Schillers — und der Druck der Wahlkampfsituation reichten dann offenbar noch einmal als Motivationshilfe aus, um vorübergehend die bereits innerlich ausgehöhlte Geschlossenheit wiederherzustellen. Aber dann kam die Verwöhnung mit Macht durch den grandiosen Wahlsieg, die als erneuter Verführungsreiz auf diejenigen Gruppenmitglieder wirkte, die in letzter Zeit schon offensichtlich Mühe gehabt hatten, ihre ambitiösen Größenideen und Rivalitätsimpulse den gemeinsamen Interessen der Mannschaft unterzuordnen.

Und so sah der Außenstehende nach dem Wahlsieg irritiert einen isolierten Willy Brandt, der sich mehr schlecht als recht der Kompetenz- und Postenbegehrlichkeiten seiner Umgebung zu erwehren hatte. Damals bereits hatte die SPD-Führungsgruppe ihre bindende Kraft verloren, und sie hat nie mehr zu der Konstellation zurückgefunden, der sie ihren Aufstieg verdankte. Der Sozialpsychologe tendiert dazu, diesen inneren Gruppenzerfall primär für mancherlei Einzelfolgen verantwortlich zu machen, die man späterhin eher isoliert für sich wertete:

Brandt mußte sofort außer Form geraten und den Anschein von Führungsschwäche in einer Phase hervorrufen, in der seine „blinden Flecke“ nicht mehr durch die automatische Kompensationshilfe seiner Partner innerhalb des Gruppensystems abgedeckt wurden.

Ohne die stabilisierende Basis der alten Gruppenkonstellation drohte ihm ein solcher Energieverschleiß im politischen Alltagsgeschäft, daß er nicht mehr die Kraft für neue tragende Ideen und Konzepte aufbringen konnte, die nach den Ost-Erfolgen sich nun der Innenpolitik hätte zuwenden müssen. Im Gegenteil, das Rivalitätsklima bewirkte, ein typischer sozialpsychologischer Vorgang, daß jetzt die Eingeweihten im eigenen Kreis ihrerseits die blinden Flecke der Führungsfigur ausnützten, um ihre Forderungen bei ihm und gegen ihn durchzusetzen.

Brandts nunmehr unabgeschirmte Großherzigkeit machte ihn zum relativ wehrlosen Objekt solcher konkurrierenden Ansprüche aus der eigenen Partei, die weder von ihm noch von der Führungsgruppe im ganzen weiterhin auf eine gemeinsame Linie hin strukturiert werden konnten. Vollends offenbar wurde die desolate Verfassung des Führungsteams, als man die Kontroverse um die ostpolitische Extratour Wehners nur noch mit Hilfe peinlicher Leugnung statt durch ehrliche Austragung zu erledigen versuchte.

Augenscheinlich geschah dies aus Angst, einen echten Konflikt — und dies obendrein mit Wehner — nicht mehr durchstehen zu können, ohne auch noch den Rest von Gruppenkohäsion kaputtzumachen. Dabei muß sich ein Mann von der eminenten sozialen Intelligenz Wehners trotz seiner gegenteiligen retrospektiven Bekundungen gefallen lassen, daß man ihm heute nicht die Ahnungslosigkeit abnimmt, mit der er zur weiteren Schwächung der Gruppenidentität und damit zum Niedergang Brandts beitrug. So hat sich die SPD, nach dem Wahlsieg zu einer kühnen offensiven Innovationspolitik bestimmt, aus eigenem Verschulden an die Wand manövriert, an welche die CDU/CSU aus eigener Kraft sie nie hätte hinzwingen können.

Es ist der ebenso absurde wie folgerichtige Schlußpunkt, daß Brandt nun vor einem Problem kapituliert, das seinen am leichtesten angreifbaren blinden Fleck getroffen hat und in seiner Sicht — wie sollte das auch Strauß begreifen? — tatsächlich die Dimension einer moralischen Katastrophe angenommen hat.

In alter Zeit hätten Wehner, Ehmke und mit ihnen die ganze Spitzenmannschaft zusammengestanden, um erstens den Stoß gemeinsam abzufangen und zweitens dafür zu sorgen, die panische Überschätzung des Schadens zu vermeiden, bei Brandt ebenso wie bei der Öffentlichkeit. Schließlich ist es doch nicht nur abwegige Phantasie, daß der Osten durch Guillaume neben den unseren Interessen abträglichen Informationen doch gewiß auch sehr gewichtige Belege erhalten haben dürfte, die den Rest von Mißtrauen gegenüber Brandts Friedenskurs zerstreut haben mögen. Wenn es richtig ist, daß wir uns tatsächlich vom Kalten Krieg entfernen, dann muß es doch auch ein Resultat der wechselseitigen Spionage sein, daß Ost und West ihre Angst voreinander durch zusätzliche Beweise für den Rückgang von Aggressionsbereitschaft abbauen — was um so wichtiger scheint, als das System der kreisförmigen Eskalation gerade solcher Ängste eben die Spannungen bedrohlich zu schüren vermag, auf die sich die Befürchtungen richten.

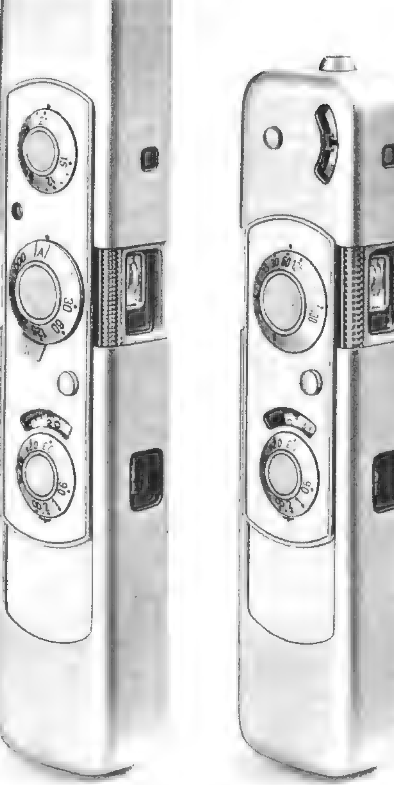
Die geschärfte Einsicht in den engen Zusammenhang zwischen der Politik und der Struktur derjenigen, die sie machen, führt natürlich zu der Frage: was es bewirkt, daß Brandts Nachfolger in wichtigen Merkmalen eher so etwas wie seinen Gegentyp darstellt? Hat die SPD mit dem alten Kanzler etwa doch mehr von ihrem politischen Gehalt abgeschrieben, als sie uns und vielleicht sich selbst eingestehen möchte? Manches wird sich daraus erkennen lassen, welches Gewicht die Kräfte in der Gruppe um den Nachfolger gewinnen können, die des Pragmatikers Helmut Schmidt spezifische Mängel auszugleichen hätten. Ob er selbstkritisch genug ist, die Bedeutung einer solchen Kompensation für sich selbst und die Partei richtig einzuschätzen?

SPIEGEL *Essay*

Die Minox C:

Mit elektronischer Belichtungsautomatik von 1/1000 Sekunde bis 10 Sekunden. Für Leute, die nur Knöpfchen drücken möchten. Und dazu die Sicherheit, daß alles richtig belichtet ist:

Wenn 1/476 Sekunde richtiger ist als 1/500 Sekunde, dann wird 1/476 Sekunde belichtet. Und zwar vollautomatisch. Das Langzeitwarnlicht zeigt Ihnen, ob Sie freihändig fotografieren können. Ob Sie einen Blitz brauchen. Oder ein Stativ.



Die Minox BL:

Mit gekuppeltem CdS-Belichtungsmesser: Zeiger auf Zeiger stellen, und die Belichtung stimmt. Für Leute, die gern vor der Aufnahme wissen, mit welcher Verschlußzeit sie fotografieren werden. Und dafür gern ein Knöpfchen mehr drücken.

Mit einer Minox BL können Sie — wenn Sie wollen — länger oder kürzer belichten, als der Belichtungsmesser anzeigt. Denn die Belichtungsmessung der Minox BL ist kein Befehl, sondern eine Empfehlung. Damit Ihre Fotoerfahrung Spielraum hat.

Man will ja wissen, was man kauft.

Selbstredend haben die Minox C und die Minox BL, die feinen kleinen Cameras, eine Menge feiner kleiner Gemeinsamkeiten: Die Tatsache, daß sie funktionieren wie ein Uhrwerk und daß Sie darum gute Bilder machen.

Die Tatsache, daß Sie nicht viel Apparat herumschleppen müssen, um gute Bilder zu machen.

Und die Tatsache, daß Sie darum kaum eine Gelegenheit schießen lassen müssen, um gute Bilder zu schießen.

Der feine kleine Unterschied zwischen Minox C und Minox BL besteht nur in der Art, wie die Belichtung bestimmt wird: Elektronenautomatisch bei der Minox C. Und mit gekuppeltem CdS-Belichtungsmesser bei der Minox BL.

Der feine kleine Unterschied für Sie: Bei der Minox C bekommen Sie höchsten Bedienungskomfort. Dafür fällt die Minox BL ein paar Gramm weniger ins Gewicht. Und — lassen Sie uns das offen sagen — ein paar Scheine weniger ins Geld:
Man will ja wissen, was man kauft.

Wenn Sie noch mehr wissen wollen:
Minox GmbH,
Abteilung 1,
63 Gießen 1,
Postfach 6020,
antwortet sofort!

Die feinen kleinen Cameras
MINOX

Ein Engel zwischen Monstern

Die Frankfurter Ausstellung „Naivität der Maschine"

Behäbig rollt der „Stubenatlas" seinen stählernen Weltball über die Schultern. Eine Riesen-„Faust" springt Passanten unübersehbar ins Auge. Unter epileptischem Gezappel zirpt, scheppert, dröhnt eine skurrile Apparatur vor sich hin. Ihr Titel: „Schneewittchens Sexter war ein Troubadour".

So sinn-reiche Maschinen, wie sie nur Künstlergeist erfinden konnte, sind jetzt beim Frankfurter Kunstverein in Betrieb* — Zeugen einer vielfältigen zweckfreien Bastelei, mit der ihre Urheber kritisch, ironisch oder auch begeistert auf die fortschreitende Technisierung der Umwelt reagieren. Maschinen-Kunst ist ein starker, schon nicht mehr ganz neuer Zug der Moderne.

Neu an der Frankfurter Ausstellung ist vielmehr, daß sie ausgewählte Kunstmaschinen zu mehr Spaß und Einsicht in einen „übergeordneten Zusammenhang" stellt: zwischen Abbildungen und Modelle nichtkünstlerischer Nutz- und Spielzeugmaschinen.

So wird eine von Konrad Klapheck gemalte Nähmaschine ihrem realen Vorbild konfrontiert. Ein graziler „Seraph", vom Bildhauer Günter Haese aus Draht und Wecker-Innereien zusammengelötet, thront gleichsam als Götzenbild über Science-fiction-Monstern der japanischen Spielwarenproduktion. Mit „Fischertechnik"-Elementen nachgebaute Getriebe, Kräne und Flaschenzüge verdeutlichen die Zug- und Hebelkraftgesetze, Modellrekonstruktionen, Leihgaben technischer Museen, führen historische Mühlwerke oder Kriegsmaschinen vor.

An altmodischem Charme kann manches Maschinenkunstwerk mit den Projekten von dazumal konkurrieren; denn statt elektronischer Finessen, die ihnen unerreichbar sind, spielen die meisten Künstler den Reiz solider Mechanik aus. „Die Mechanik, weil einsichtig", so sagt es der „Schneewittchen"-Erbauer Hubert Berke, „ist ein gewisser Trost; sie ist noch natürlich." Die Ausstellung heißt ja auch „Naivität der Maschine".

Wird diese Naivität mit soviel Ironie und zugleich Formgefühl eingesetzt wie bei dem monumentalen „Stubenatlas" des Schweizers Bernhard Luginbühl, behauptet sich das Werk. Ernstere und schwächere Stücke, auch hochtrabende Künstler-Reden (Plastiker Hans Salentin: „Ästhetik der rigorosen Formstrenge — Wechselbeziehungen zu den Produkten unserer mechanischen Welt") werden aber durch den Vergleich mit wirklichen Maschinen entlarvt.

Dem Ausstellungsorganisator, dem Frankfurter Bildhauer Eberhard Fiebig, ist das ganz recht. Er wirft seinen Kollegen vor, die Maschine nur als „gesellschaftliches Ornament" zu benutzen.

Den Bildhauer Harry Kramer betrifft das kaum. Er läßt veristische „Gehängte" gruselig am Galgen zappeln, wenn Zuschauer mit bereitliegenden Automatengewehren auf sie schießen — ein Werk, das aus dem Rahmen der Ausstellung fällt und von dem der Kunstverein sich begreiflicherweise distanzierte.

Auch Fiebig war aber erst gegen Ende seiner Vorbereitungsarbeiten bewußt geworden, er habe die soziale Bedeutung der Maschine vernachlässigt. Als einziger Katalogtext, meint er jetzt, wäre am besten Marxens „Kapital"-Kapitel über „Maschinerie und große Industrie" gedruckt worden. Das ist nun allerdings ein Thema, das die insgesamt vergnügliche Ausstellung, nicht unbedingt zu ihrem Schaden, total verfehlt.

* Bis 16. Juni, anschließend beim Kunstverein Hannover. Katalog 140 Seiten; 11 Mark.



Luginbühl: „Stubenatlas", Kramer: „Gehängte", Klapheck: „Nähmaschine"





BÜCHER

Neurotische Torte

Heike Doutiné: „Berta". C. Bertelsmann; 464 Seiten; 28 Mark.

Die einzige, fast die einzige annehmbare weibliche Person in diesem sehr dicken Roman ist drei oder vier Jahre alt und, wenn es richtig losgeht, bereits Vollwaise: Berta, ein hübsches Mädchen, sicher im Gefühl.

Bertas Mitschwestern indessen sind, falls sie nicht im Schatten bleiben (und vielleicht mit einer Ausnahme), teils Monstren und teils Müll, gemein und hinterhältig, herrsch- und quälsüchtig, harte Augen, steingraue oder auch gletscherblaue oder „schwarzkalte", Krampfadern unter dem Babyhänger, die „fünfzigjährigen Aspikreize" „wabbelnd" im Hosenanzug, zu enge Münder oder zu gefräßige, Frauen, die mit einem wurmstichigen Schrank verglichen werden oder einem „eingedellten Fußball".

Heike Doutiné, 28, eine der schönsten unter den Romanautorinnen, äußert zwar auch Abscheu vor dem anderen Geschlecht, doch lange nicht so konsequent. Natürlich sind ihr deutsche Party-Lüstlinge und Bildungsreisende zuwider. Und richtig im Magen scheint ihr der Intendant der Hamburger Oper zu liegen, „der nur auf Steuerkosten von einem Ritz ins andere schwebt", ein „Spekulant in Primadonnen", der junge Talente ungerührt hängen läßt, der „Galahengst", „ein paradefrisiertes Fernsehgesicht", „halb Grübler, halb Zirkusdirektor", ein Sechziger, der viel verspricht und nichts riskiert, der auch seine Skandale schlau vorausberechnet hat.



Roman-Autorin Heike Doutiné
Hader mit dem Galahengst

Die Doutiné hat einmal ein Ballett-Libretto für die Hamburgische Staatsoper verfaßt. Der alte Hader bekommt hier tüchtig Auslauf, ohne zum Zentralproblem zu werden. Die Autorin hat ihr

Bestseller

	BELLETRISTIK		SACHBÜCHER	
1	**West: Der Salamander** Droemer; 28 Mark	(1)	**Solschenizyn: Archipel GULAG** Scherz; 19,80 Mark	(1)
2	**Crichton: Die Camerons** Rowohlt; 29,80 Mark	(2)	**Zebroff: Yoga für jeden** Econ/Falken; 16 Mark	(2)
3	**Coppel: 34 Grad Ost** Molden; 28 Mark	(3)	**Richter: Lernziel Solidarität** Rowohlt; 18,50 Mark	(3)
4	**Fruttero: Die Sonntagsfrau** Piper; 29,80 Mark	(4)	**Fest: Hitler** Propyläen; 38 Mark	(5)
5	**Noack: Der Bastian** Langen-Müller; 19,80 Mark	(5)	**Köhnlechner: Machbare Wunder** Kindler; 29,80 Mark	(4)
6	**Simmel: Die Antwort kennt nur der Wind** Droemer; 29,50 Mark	(6)	**Engelmann: Wir Untertanen** C. Bertelsmann; 29 Mark	(7)
7	**Bonnecarrère: Rosebud** S. Fischer; 29,50 Mark	(7)	**Brown: Pulverdampf war ihr Parfüm** Hoffmann und Campe; 28 Mark	(6)
8	**Loriots heile Welt** Diogenes; 19,80 Mark	(8)	**Faber: Naturkosmetik** Molden; 28 Mark	(8)
9	**Lenz: Das Vorbild** Hoffmann und Campe; 30 Mark	(10)	**Kirschner: Manipulieren — aber richtig** Droemer; 22 Mark	(9)
10	**Buchheim: Das Boot** Piper; 29,80 Mark	(9)	**Paczensky: Der Testknacker** Bertelsmann; 22 Mark	(10)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Informationsdienst „Buchreport".

Buch zwar „allen Minderheiten“ zugeeignet, doch sie fertigt nur zwei auf einmal ab: die Homosexuellen und die Heimkinder. Der Designer und der Tänzer, die zusammenleben, würden gern die kleine, elternlose Berta adoptieren, doch sie dürfen's vorerst nicht und höchstwahrscheinlich nie. Da fragen sie nicht länger um Erlaubnis, pakken Berta in ihr Auto und verlegen das Familienglück nach Rom.

Eine Flucht, begleitet von den besten, von den allerbesten Wünschen der Autorin, die gleichwohl nur wenig helfen kann, ein bißchen ratlos zusieht. Frank und Holger sind als Paar gefährdet — und nicht nur durch das Bewußtsein ihrer Umwelt oder durch das Adoptionsgesetz. Holger ist zwar nur von einer sonst harmlosen Mutter wie ein Mädchen (auf das sie sich eingerichtet hatte) angezogen und behandelt worden, Frank jedoch wurde von seiner Mutter, einer rastlosen Sadistin, seelisch schwer verstümmelt.

Also wäre die Homosexualität doch eine Krankheit, ein Defekt, den irgendwer verschuldet hat? Heike Doutiné will aber gerade die soliden Homosexuellen von den angegangenen scheiden, die unauffälligen von den herausfordernd geputzten. Sie nimmt für diejenigen Partei, die sich nicht mausig machen und doch andererseits nicht feige tarnen, indem sie sich vor den gezierten, dreisten Brüdern ebenso ausführlich ekelt wie vor den Normalspießern und ihrer Brut, den dummen Snobs und ziemlich allen Frauen dieser Welt.

Sie kann sich ekeln, sich entrüsten, sie hat das Talent dazu, den Schwung und die Beharrlichkeit. Was fehlt, ist die Fähigkeit, auch einzuhalten, diesen Formulierehrgeiz zu überwachen, der so berechtigte wie wohlbekannte Rügen in einzigartige Bravourstücke verwandeln soll. An Heikes „Hochzeitstorte mit zerfallenem Neurosenprofil“, an ihren „gespreizten Spezialitäten der Bestechung“ und ähnlichen Leckereien kann man sich schnell überessen.

Des Verrissenen Fluch

Rolf Schneider: „Pilzomelett und andere Nekrologe“. Piper; 236 Seiten; 24 Mark.

Rolf Schneider, 42, lebt in der DDR und läßt auch in München, bei Piper, drucken — diesmal 13 Satiren. Sie schlagen nicht gerade ein.

Der vielseitige Autor (Dramen, Hörspiele, Romane, Erzählungen) geht, einerseits, besonders gern auf die vertraute Branche los. Der Kritiker, der erst zu Macht und Ansehen gelangt, nachdem er sich mit Schlagkeulen und Schlächtermessern ausgerüstet hat; der neunfach preisgekrönte Lyriker, gefragte Diskussionsteilnehmer und bedeutende Erfinder literarischer Kategorien, der doch nicht mit dem Geld hinkommt, im Gegensatz dazu der Sachbuchautor, dessen riesiger Erfolg dadurch zustande kommt, daß er in Worte faßt, was jeder weiß oder doch wissen könnte; der Verleger, der fast Zyankali schluckt, als er vergebens um die deutschen Rechte am so säuischen Bestseller aus Amerika ersucht hat — sie alle rechnen ja zu jenem Geistesleben, in dem auch Schneider steht, mit beiden Beinen, wie man sagen darf, an dem er als Partei und Fachmann manchmal auch ein bißchen festklebt.

Aber der grauenhafte Rezensent (der durch den Fluch eines Verrissenen auf hochaparte Weise aus der Welt geschafft wird), der geschäftige Verlagsherr Sabbermann (zu lustig, solche Namen!) und Rolf Schneiders schmachtende oder florierende Kollegen — sie sind sämtlich in der Bundesrepublik zu finden oder in einem noch wilderen Kapi-



Satiren-Autor Schneider
Zyankali für den Verleger

talistenland. Den Boden seiner DDR betritt Schneider nicht, jedenfalls nicht als angriffslustiger Witzbold.

Und das ist nun ganz schlecht. Solche Enthaltung fällt nur zu sehr auf. Auch dort und gerade dort, wo Schneider sich nicht länger von den Branchenkenntnissen nährt, wo er sich die Konzerne vornimmt, die zum Konkurrenzkampf Bürgerkriegsarmeen ausrüsten, und die Konzernerben, die ihre Schreibkräfte nur schwängern und nicht heiraten. Und wenn ein pensionierter Oberst und ein aktiver Raumfahrer soziale Mißstände als übersinnliche Erfahrung wahrnehmen, kann es sich auch nicht um Volksarmisten oder gar um Sowjetbürger handeln. Die Herren sind, beide, Angelsachsen.

Gesetzt, ein bundesdeutscher Literat ginge daran, sagen wir mal: vom sicheren Hamburg aus, die Grenzen der Reise- und Meinungsfreiheit im Ostblock zu geißeln, Macht, Furcht und Mißgriffe der Funktionäre in der DDR — seine Satiren könnten kaum noch lahmer ausfallen als diese.

Christa Rotzoll

SEX

Wanderer zwischen Welten

Ein angesehener Londoner Journalist und Schriftsteller beschrieb jetzt, wie er vom Mann zur Frau wurde. Damit wird die operative Geschlechtsumwandlung erstmals gleichsam hoffähig.

Ich war drei Jahre alt, als ich erkannte, daß ich in den falschen Körper geboren war und eigentlich ein Mädchen hätte sein sollen", erinnert sich Jan alias James Morris, 47, verheiratet und Vater von vier Kindern, die jetzt „Tante" zu ihm sagen: Jan hat sich, nach hormoneller Vorbereitung, operativ in eine Frau verwandeln lassen.

Solche Eingriffe sind allein in den USA in den letzten fünf Jahren rund 600mal vorgenommen worden. Doch während viele der zu Frauen verwandelten Männer dem Showgewerbe angehören — so etwa Christine Jörgensen (Geschlechtsumwandlung 1954) oder der (inzwischen als Frau verehelichte) Pariser Kabarett-Transvestit Coccinelle (Marienkäfer) — und ausgiebig ihre Erlebnisse in Klatschzeitungen auswalzen, lebt Morris geachtet in feinen englischen Bürgerkreisen. Seine Autobiographie (Titel: „Conundrum", zu deutsch: Scherzrätsel) fließt aus einer anspruchsvollen Feder: „Es ist der beste Bericht von einem Reisenden, der je die Sex-Grenze überquerte", lobte „Newsweek" das soeben in London erschienene Werk, das sogleich mit an die Spitze der Bestsellerliste rückte*.

Morris, Autor zahlreicher Reisebücher und geschichtlicher Werke, langjähriger Auslandskorrespondent für die Londoner „Times" und den „Guardian", war der jüngste von drei Brüdern und erinnert sich einer glücklichen Kindheit. Zwar hatte sich die Mutter anstelle von James eine Tochter gewünscht, aber er wurde nie als Mädchen behandelt oder gar in Mädchenkleider gesteckt.

Unter dem Flügel im Salon seiner Eltern, während die Mutter Sibelius auf den Tasten hämmerte, sei ihm die entscheidende Erkenntnis gekommen, behauptet Morris. Die ersten Anzeichen, so glaubt er, rühren sich schon im Baby-Alter und werden drängender vom fünften Lebensjahr an. „Manche Theoretiker", so versucht sich Morris sein Mysterium zu erklären, „glauben, daß ein Kind schon so geboren wird und noch unentdeckte genetische Faktoren im Spiel sind. Amerikanische Wissenschaftler vermuten, daß der Fötus in der Schwangerschaft von fehlgeleiteten Hormonen beeinflußt wird."

Ausführlich erläutert Morris auch den Begriff „Transsexualismus", als dessen Paradebeispiel er sich selbst empfindet. „Transsexualismus", so der Grenzgänger, „hat mit Homosexualität oder Transvestitismus nichts zu tun." Und weiter: „Beide, Transvestiten wie Homosexuelle, glauben manchmal, daß sie glücklicher wären, wenn sie ihr Geschlecht ändern könnten, aber sie täuschen sich meist. Der Transvestit gewinnt seine Befriedigung durch das Tragen von Kleidern des anderen Geschlechts und würde sein Vergnügen opfern, wenn er diesem Geschlecht angehörte. Der Homosexuelle will sich mit seiner eigenen Art paaren und würde sich ihr nur entfremden, wenn er überwechselte."

Transsexualität ist für Morris „etwas völlig anderes". „Es ist kein sexueller Vorgang. Es ist eine leidenschaftliche, lebenslange, unausrottbare Überzeugung — kein echter Transsexueller ist je eines anderen belehrt worden."



Transsexueller Morris vor Operation
„Lieber Gott . . .



Transsexuelle Jan Morris nach Operation
. . . laß mich ein Mädchen werden"

* Jan Morris: „Conundrum". Faber and Faber, London; 160 Seiten; 2,25 Pfund.

Schon mit neun Jahren kam Morris, als Interner, ins feine Lancing College in Sussex — weil er eine so schöne Stimme hatte. Im flatternden weißen Chorhemd sang er mit sechzehn anderen im Knabenchor — und betete jeden Abend stumm für sich: „Lieber Gott, bitte laß mich ein Mädchen werden. Amen."

Auch ein frühes Erlebnis schreckte ihn nicht von seinem Begehren ab. Eines Tages fragte ihn die College-Schließerin, als er nach gestopften Socken verlangte, ob sie ihm was zeigen dürfte. „Ich erwartete eine Schmuckschachtel oder ein Familienphoto. Statt dessen ging sie zum Fenster, zog die Vorhänge zu und ihr Kleid aus. Ich sehe sie noch vor mir, den dürren Körper in einem rosaroten Satinschlüpfer."

Und als ihm später die College-Präfekten unterm Teetisch an die Hose fassen und es zu „den elementaren päderastischen Übungen kommt", fühlt Morris sich „zwar nicht abgestoßen, aber verlegen". Und er konstatiert beunruhigt: „Nichts paßte ineinander, unsere Körper hatten keine Spalten, ich kam mir falsch ausgestattet vor."

Gegen Ende des Krieges meldet sich Morris mit 17 Jahren freiwillig zur Armee. Er wird Intelligence-Officer in einem noblen Kavallerie-Regiment, den 9th Queen's Royal Lancers, und zieht mit ihnen von Nordafrika bis an den Po. Er fühlt sich wie „eine Romanheldin, die als Husar verkleidet aufs Schlachtfeld zieht". Und, wie anders: Die Armee „machte auch keinen Mann aus mir, sie machte mich tief innen nur noch weiblicher".

Zwar verbirgt Morris nach wie vor sein Verlangen, eine Frau zu sein, doch nützt er die Vorteile. Morris: „In der Armee wie im College fehlte es mir nie an Beschützern. Wenn mein Motorrad nicht startete, brauchte ich es nie lange selber zu schieben." Verdächtig machte er sich trotzdem nicht, denn „die ganze englische Oberschicht", erläutert er, „war von bisexuellen Wunschvorstellungen durchdrungen".

Obwohl ihn, bis zur geschlechtswandelnden Operation, „eine innere Unruhe" nie verließ, hatte Morris offensichtlich unter seinen Trieben nicht sonderlich zu leiden. Mit 22 Jahren heiratet er die gleichaltrige Elizabeth, Tochter eines englischen Teeplantagen-Besitzers aus Ceylon. Er gesteht ihr, daß sein Körper zwar mit jedem Jahr mehr das Bedürfnis hat, feminin zu werden, aber auch, „daß mein männlicher Mechanismus noch völlig intakt" sei. „Wenn ich mit Elizabeth den Beischlaf ausübte, kam es mir vor, als erfüllte ich eine Pflicht, die uns mit dem wundervollen Geschenk von Kindern belohnen würde." Und anderswo notiert er: „Tief innen wollte ich sicher Mutter werden, aber da ich das nicht werden konnte, tat ich das nächstbeste, ich wurde Vater."

Sex war untergeordnet in dieser Ehe, die Morris „in vielem eine äußerst mo-





derne Verbindung" nennt. Und auch jetzt, nachdem Morris beide Geschlechter an sich selbst erlebt hat, ist für ihn „das Geschlecht nichts Physisches. Es ist Talent, Geschmack, innere Musik und Seele vielleicht. Es ist eher Leben und Liebe als alle Kombinationen von Genitalien, Eierstöcken und Hormonen".

Im Beruf war Morris überaus erfolgreich. Zehn Jahre lang, bei der „Times" und beim „Guardian", galt er laut „Newsweek" als „eine der schmissigsten Figuren der englischen Presse". Krönung seiner Zeitungskarriere war die Mount-Everest-Besteigung von Hillary, die Morris für die „Times" zündend vor Ort beschrieb. Das Erklimmen von eisigen Gletschern genießt er als kräftiger männlicher Dreißiger, und er läßt sich gar froh einen Kinnbart wachsen. Aber bald danach verlegt er sich auf Reise- und Geschichtsbücher, von denen er 15 verfaßte, darunter ein Standard-Werk über Venedig. Die Reisen haben den Vorteil, ihn von der Familie wegzubringen. „Newsweek": „Er liebte seine Kinder mit dem Genuß eines Kunstförderers, der sich daran freut, solchen entzückenden Objekten zum Existieren zu verhelfen."

Immer wieder im Verlauf seiner 25jährigen Ehe sucht Morris ärztliche Ratgeber auf: „Ich trabte den langen, teuren und fruchtlosen Weg von einem Psychiater und Sexologen zum nächsten. Sie mußten erstaunt gewesen sein, einen gesunden und geistig klaren jungen Mann vor sich zu sehen, der sich als Frau vorkam und keinen Moment davon geheilt, sondern nur darin bestärkt werden wollte."

Ein wohlmeinender Psychiater brachte ihn gar mit einem kultivierten Homosexuellen zusammen. „Wir hatten Lunch zusammen, und er flirtete über den Obstsalat mit dem Weinkellner.



Transsexuelle Braut Coccinelle
„Nichts paßte ineinander"

Aber ich betrachtete mich nicht als homosexuell."

Den nützlichsten Zuspruch findet Morris bei einem Dr. Harry Benjamin mit deutschem Akzent auf der Park Avenue in New York — einem der wenigen Wissenschaftler, die sich mit der Transsexuellen-Problematik befassen.

Benjamin rät schließlich zu dem endgültigen Schritt: der Operation. Gleichzeitig empfiehlt er, Morris solle sich durch Einnahme von Hormonpräparaten — hergestellt in Kanada aus dem Urin von trächtigen Stuten — auf den Eingriff vorbereiten.

Die Phase der Einstimmung dauert acht Jahre und gehört „zu den schlimmsten Stationen" des Wanderers

„Grundsätzlich unwandelbar"

Rechtsprechung über Transsexuelle in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik bleibt ein Mann vor dem Gesetz auch dann ein Mann, wenn eigener Wunsch und ärztliche Kunst eine Frau aus ihm gemacht haben. Dieses Urteil fällte das Oberlandesgericht Hamm im Fall einer 27jährigen Pakistani, die einen deutschen Mann heiraten wollte. Als Mann in Pakistan geboren (Vornamen: Edward Michael), hatte sie sich 1971 in Brüssel durch eine Operation in eine Frau verwandeln lassen. Darauf bekam sie von der pakistanischen Botschaft in Bonn einen „weiblichen" Paß (Vornamen: Amina Ann). Als sie heiraten wollte, legte sie ein ärztliches Attest vor, dem zufolge nicht nur ihre „psychische Persönlichkeit" und „phänotypische Erscheinung", sondern auch ihre „primären und sekundären Geschlechtsmerkmale... weiblichen Geschlechts" seien. Doch die Behörden widersetzten sich dem Heiratswunsch unter Berufung auf die „deutsche Rechtsordnung", die „vom Grundsatz der geschlechtlichen Unwandelbarkeit des Menschen" bestimmt sei. In dem Gerichtsbescheid aus Hamm (Aktenzeichen: -3462 E-9. 1432/73-) heißt es: „Die beabsichtigte Eheschließung kann nicht erfolgen, da nach deutschem Recht eine Ehe zwischen Gleichgeschlechtlichen nicht möglich ist."

zwischen den Geschlechtern. Morris trennt sich von seiner Familie und lebt fortan in einem kleinen Haus in Oxford. Er trägt Unisex-Kleidung, seine Stimme wird piepsiger, und er wird nun auch schon mit „Madam“ angeredet. Eines Abends sagt er zu seinem Kollegen David Holden vor der Haustür: „Du sollst wissen, daß ich jetzt eine Frau werde.“ Holden: „Er öffnete seine Jacke, und da waren zwei kleine Brüste.“

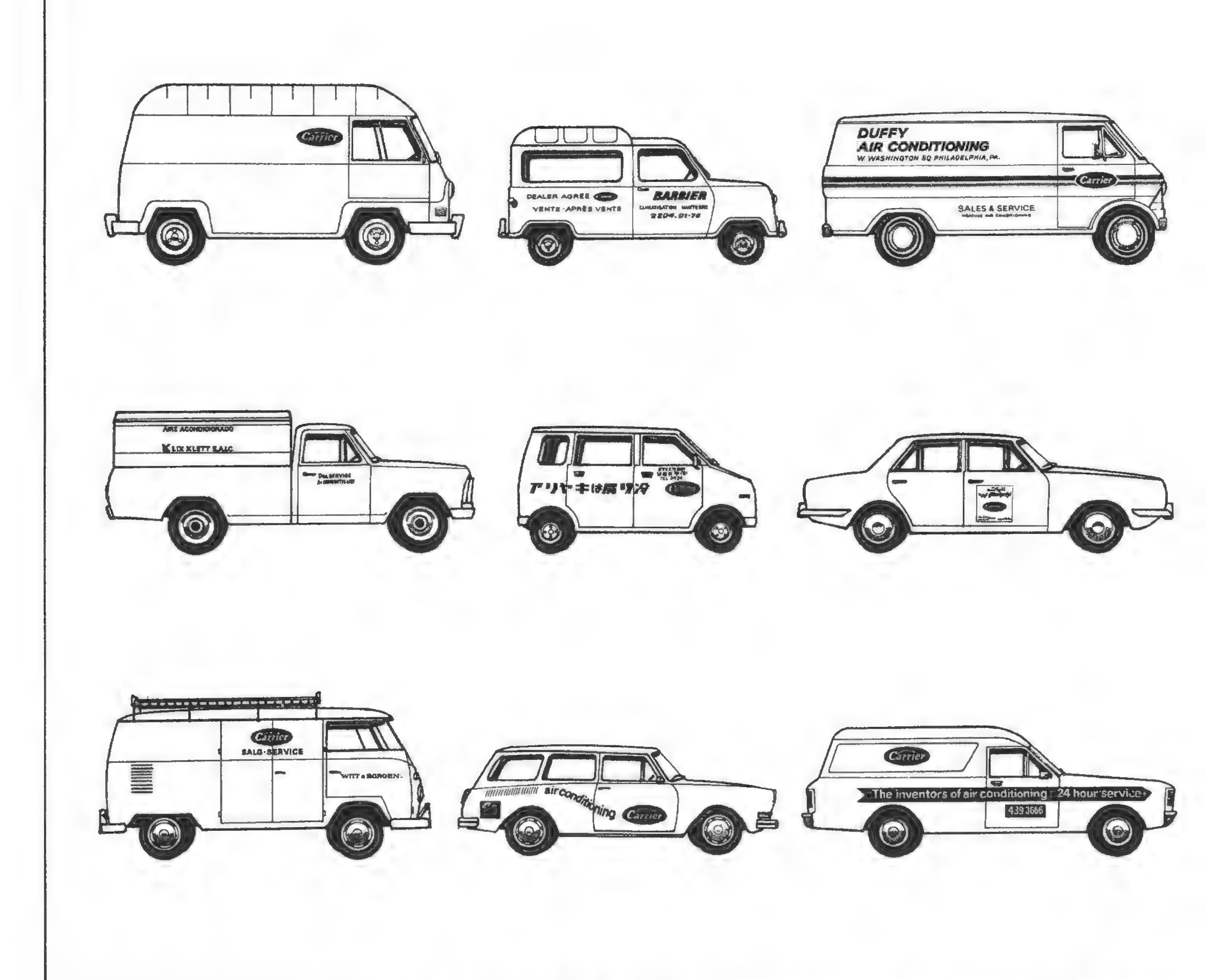
Aus dem geschlechtlichen Niemandsland befreit ihn schließlich, im Juli 1972, „Dr. B.“ in Casablanca — ein offener Geheimtip in einschlägigen Kreisen. „Jeder in meiner Lage kennt Dr. B.“, verrät Morris. „Er hat Hunderte von ihrem ungewissen Schicksal erlöst. Die verzweifelt Leidenden irren durch die Welt auf der Suche nach Erlösung, nach Mexiko, nach Holland, nach Japan. Sie klopfen an die Türen von Chirurgen, flehen, drohen, erpressen.“ Ihnen allen empfiehlt Morris seinen „Dr. B.“: „Er verlangt sein stattliches Honorar im voraus. Seine Chirurgie ist ausgezeichnet, er stellt keine Fragen und keine Bedingungen, weder juristische noch moralische.“

Den vollen Namen des Arztes enthüllte jedoch kürzlich „Paris Match“. Dort ließ sich Dr. Georges Burou, ein vitaler 63jähriger, interviewen und mit seiner schicken zweiten Frau Lisa in seiner Luxuswohnung photographieren. An der Tür zur Klinik — in der eleganten Avenue Hassan II in Casablanca — dort ist auch die Wohnung mit Dachgarten — glänzt das Messingschild „Gynäkologe und Geburtshelfer“.

Wandelsüchtigen aus aller Welt ist hier geholfen worden. Der Arzt, der als Pionier der Transsexuellen-Chirurgie gilt und im Juli auf einer internationalen Sexologen-Konferenz in Paris ein Referat darüber halten wird, hat seit 1956 an die 800 Geschlechtsumwandlungen ausgeführt. Durchschnittsalter der Patienten: 30 Jahre. Honorar: über 10 000 Mark je Operation.

Bei dem Eingriff (Burou: „Ich will keine Monster kreieren, Möbelstemmer mit Busen“) werden zunächst Penis und Hoden entfernt; sodann legt der Chirurg eine künstliche Vagina an, schließt sie mit einem künstlichen Muttermund nach hinten ab und staffiert das neugeschaffene weibliche Geschlechtsteil mit Teilen der empfindsamen Penishaut aus.

In Burous Frauenklinik, wo Morris nach der Operation zwei Wochen bleibt, sieht er auch andere seinesgleichen durch die Korridore geistern. „Wir waren brünett, rabenschwarz oder superblond, und wir waren herausfordernd schlank. Wir sahen uns wie Fremdlinge und Verbündete an. Neugierig und unschuldig. Wir grinsten uns zu oder starrten uns an, endlich ein anderes Mitglied dieses letzten, endgültigen Klubs zu sehen.“ Und er schickt



Wo Sie auch sind -

den späten Frauen noch seinen Gruß zu: „Kameraden, ich wünsche euch alles Gute, wie hart euch auch die Welt beuteln wird."

Auf dem Heimflug flößt der neugebastelten Dame Jan ein irischer Geschäftsreisender, der neben ihr sitzt, Champagner ein, und Jan fühlt sich gleich „wie eine Prinzessin". In England wird sie nochmals nachoperiert, weil der erste Eingriff zwar „ästhetisch brillant, aber funktionell unvollständig" war, und auch da fühlt sie sich „jeden Morgen aufs neue befreit — ich strahlte, ich war Ariel".

Als Mann hatte Morris ein dreibändiges Werk über das viktorianische Empire begonnen — als Frau schreibt sie es nun fertig. „Ich hatte Angst, daß der Wechsel meine Schreibbegabung beeinträchtigen könnte, aber sie scheint intakt geblieben zu sein", frohlockt Jan. „Aber ich glaube, ich habe einiges von meiner männlichen Arroganz eingebüßt."

Den feinen Londoner „Traveller's Club" an der Pall Mall, wo die Bücher von James Morris die Bibliotheksregale zieren und er als James ein wertes Mitglied war, besucht auch Jan noch manchmal — vorschriftsmäßig in Begleitung eines Herrn.

Weibliche Kritiker sehen die neuerstandenen Schwestern mit gemischten Gefühlen. „Es besteht keinerlei Schwierigkeit, Jan Morris als Frau zu akzeptieren", befand „Newsweek"-Korrespondentin Lorraine Kisly, „es ist nichts Künstliches an ihren Gesten, sie ist ein reizendes weibliches Wesen."

Anders Jill Tweedie, Reporterin bei der „Sunday Times": „Ich würde gern eine schwesterliche Hand nach James/Jan Morris ausstrecken, dem neuen Immigranten in mein eigenes Geschlecht — aber ein seltsames Ressentiment hält mich zurück." Jill wirft der neuen Maid besonders vor, daß sie sich nun damit begnügt, ein konventionelles Frauchen zu sein — kein Mitstreiter der „Women's Lib"-Bewegung. „Wofür all der Kummer, den sie über sich und andere brachte", fragt Jill mißbilligend, „für einen schnieken Rock, halbhohe Schuhe und eine Perlenkette auf Twinset-Pullovern?"



Transsexuellen-Operateur Burou
„Ich will keine Monster kreieren"

Doch Jan genießt gerade diese neue Rolle freudig. Sie probiert willig schöne Kleider an, schminkt sich diskret, trägt Schuhe mit modischen Absätzen und registriert genüßlich, daß ihre Arme, die am Mount Everest noch Kletterseile halten konnten, nun zu schwächlich sind, um Koffer zu tragen.

Sie ist entzückt, daß ihr Herren nun die Türen aufhalten und in den Mantel helfen, und verbucht als volle Anerkennung ihrer neuen Weiblichkeit, daß Hafenarbeiter und Taxifahrer ihr auf den Hintern klopfen und „Süße" zu ihr sagen.





Transsexuelle Christine Jörgensen als GI, als Frau: „Jeden Morgen neu befreit"

Strom macht beweglich. Strom darf nicht knapp werden,



weil wir immer mehr Strom brauchen.

Von der Verkehrsampel bis zur Straßenbahn, von der Radarüberwachung der Lufträume bis zur Landepisten-Beleuchtung:

Strom regelt, kontrolliert, steuert, sichert den Verkehr. Und treibt ihn an. Heute und morgen. Jedoch, der Verkehr von morgen muß reibungsloser fließen, vor allem aber umweltfreundlicher und sauberer — ohne Abgase, ohne Staub und ohne Rauch.

In 10 Jahren werden wir doppelt soviel Strom brauchen wie heute.

Denn auch die Industrie braucht immer mehr saubere Energie. Genauso wie die Haushalte, die Schulen, die Medizin, die Forschung.

Die Elektrizitätswerke — private, kommunale und staatliche Unternehmen — sorgen heute dafür, daß jeder auch morgen noch Tag und Nacht genug Strom hat. Sie planen und bauen Kraftwerke, Umspannwerke und Trafostationen.

Sie schaffen Verteilernetze, ziehen Freileitungen oder legen — wo es zweckmäßig ist — Kabel unter die Erde. Kabel sind störanfälliger und weitaus teurer.

Die Elektrizitätswerke investieren Jahr für Jahr Milliarden. Sie tun das nicht, weil sie so gern bauen. Sie tun das, weil Sie und Ihre Kinder auch in 10, 15, 20 und mehr Jahren in Wohlstand, Bequemlichkeit und Sicherheit leben wollen. Beweglich leben dank Strom.

deshalb brauchen wir mehr Kraftwerke und Leitungen.

Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e. V. - IZE -
69 Heidelberg 1, Ziegelhäuser Landstraße 5



Die deutschen Elektrizitätswerke

IZE 8

T im Kreuz

Das ungewöhnlich günstige Fahrverhalten ihrer Modelle „Scirocco" und „Golf" haben die VW-Ingenieure vor allem durch eine neuartige, verblüffend einfache Hinterachse erzielt.

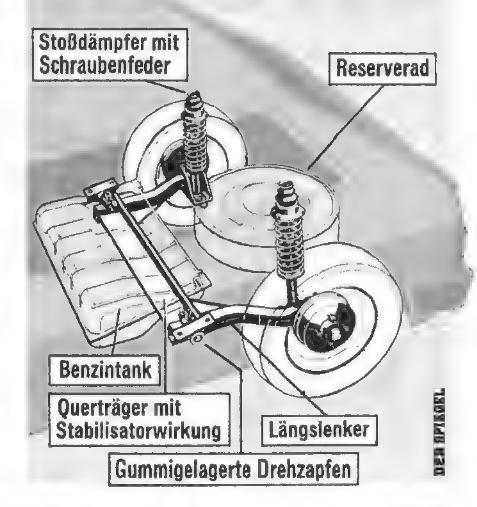
Der Versuchsfahrer beschleunigte seinen Testwagen auf 120 km/h. Dann riß er jählings das Lenkrad rechts herum, so weit er nur konnte, und hielt dabei das Gaspedal voll durchgetreten. Der Lenkradeinschlag mutete selbstmörderisch an, so als solle das Auto in rasender Fahrt fast im rechten Winkel die Richtung ändern.

Mit kreischenden Pneus folgte das Fahrzeug allen Lenkbewegungen. Ohne auszubrechen, ständig unter Vollgas, kurvte es im Zickzack über das ausgedehnte Betonplateau der VW-Testbahn in Ehra-Lessien bei Wolfsburg. Der Fahrer: „Bei Nässe geht's genausogut."

Dieses Auto mit den ungewöhnlich hohen fahrtechnischen Sicherheitsreserven für den Alltagsgebrauch bringt VW nun auf den Markt. Es ist der „Golf", nach dem „Passat" und dem Sportcoupé „Scirocco" das dritte Modell aus der Baukasten-Serie des VW-Chefs Rudolf Leiding. Zwei weitere werden folgen: ein Audi 50 im Spätsommer und ein Mini-VW im nächsten Frühjahr.

Dem Neuling „Golf", wie der „Scirocco" vom Turiner Auto-Maßschneider Giorgio Giugiaro karossiert, hat der VW-Konzern die Rolle zugedacht, die Jahrzehnte hindurch der Käfer hat

RÜCKGRAT AUS DEM BAUKASTEN
Die Verbund-Lenker-Hinterachse für VW-Scirocco, VW-Golf, Audi 50 und Mini-VW



von 1932, bietet sie ihren Käufern jedoch einen erheblich größeren Raumkomfort. Zwei wassergekühlte Vierzylindermotoren stehen zur Auswahl: eine 1,1-Liter-Version (50 PS / 140 km/h) und ein 1,5-Liter-Triebwerk (70 PS/ 160 km/h), das binnen zwölfeinhalb Sekunden aus dem Stand auf 100 km/h zu beschleunigen vermag.

Schon vor seinem Erscheinen wurde der „Golf" in der Fachpresse als „das zur Zeit interessanteste Mittelklasseauto überhaupt" (so „Mot-Auto-Journal", Stuttgart) gerühmt. Das verfrüht anmutende Lob erklärt sich aus Leidings sparbewußtem Baukastensystem: Der „Golf" ist technisch, nur im anderen Kleid, das gleiche Auto wie der



VW-Neuling „Golf": Spurtreu aus den roten Zahlen?

tragen müssen: Er soll Wolfsburgs neuer Großverdiener werden und, in der 8000-Mark-Klasse konkurrierend, die Firma aus der Zone der roten Zahlen herausfahren.

Wolfsburgs neue Kompakt-Limousine, zwei- und viertürig lieferbar, hat — aus Service-Gründen — mit 2,40 Meter den gleichen Radstand wie der Käfer. Obwohl mit 3,70 Meter Länge um 36 Zentimeter kürzer geraten als das Ei

schon seit Wochen produzierte, aufwendiger gestaltete und mit einer zusätzlichen Motorvariante (85 PS) angebotene „Scirocco". Und nach dem gleichen Prinzip — Frontantrieb mit quer eingebautem Motor — wurden auch die heranreifenden Kleinwagen Audi 50 und Mini-VW konstruiert.

Solche Bauweise allein verbürgt freilich noch lange nicht jene verwegenen, gleichwohl sicheren Kurvenkünste, wie

sie „Golf“ und „Scirocco“ auf der Testbahn demonstrierten. Der Clou dieser spursicheren Fronttriebler liegt im Heck verborgen: eine neuartige, verblüffend einfach konstruierte „Verbundlenker-Achse“. Dr. Friedrich Goes, Leiter der Wolfsburger Versuchsabteilung: „Unser einsamer Knüller.“

Die Hinterachse, ob angetrieben oder nicht, ist gleichsam das Rückgrat eines Autos für sein Fahrverhalten. Aufwendige Schräglenker-Konstruktionen für voneinander unabhängige Aufhängungen der Räder, wie sie etwa BMW, Porsche und Daimler-Benz in Reinkultur bauen, waren den zur Sparsamkeit angehaltenen VW-Ingenieuren zu teuer. Dennoch mochten sie auf die Vorzüge einer unabhängigen Radanordnung im Vergleich zur Billig-Bauweise einer starren Verbindung nicht verzichten — die Starrachse neigt zum „Trampeln“, weil ein Stoß unter das eine Rad unweigerlich auch das andere beeinflußt.

Zudem mußten die Techniker noch knifflige Raumprobleme lösen: Der Benzintank sollte in der aufprallgefeiten Sicherheitszone vor der Hinterachse, das Reserverad in einer angehängten Art Tortenschachtel zwischen den Rädern placiert werden. In langwieriger Entwicklungsarbeit testeten Leidings Ingenieure rund 450 Hinterachs-Konstruktionen auf ihrem Achsprüfstand. Dann fanden die Teams des Konstrukteurs Waldemar Schulz und des Versuchsingenieurs Horst Pook für „Scirocco“ und „Golf“ das geeignete „Kreuz“, das Schulz zum Patent angemeldet hat. Die Techniker führten von den Rädern je einen stählernen „Längslenker“, auch „Schwingarm“ genannt, zu einer im Profil T-förmig gestalteten Traverse (siehe Graphik), welche die beiden Arme miteinander verbindet.

Auf diese Weise wurden Radverstellungen unter allen Fahrbedingungen auf ein Minimum verringert und höchste Spurkonstanz erzielt. Mehr noch: Der T-förmige Querträger wirkte zugleich als Stabilisator — ein ausgleichendes Element, das gewöhnlich zusätzlich montiert werden muß. Obendrein war die Hinterachse der verbundenen Lenker so einfach geraten, daß sie sich in der Fertigung laut Pkw-Versuchs-Chef Goes als „beinahe idiotisch billig“ erwies.

Wie spurtreu „Golf“ und „Scirocco“ auf ihrer Billig-Achse durch die Kurven eilen, ermittelten unlängst die VW-Versuchsfahrer. Auf einem extrem eng abgesteckten Slalomkurs forderten sie einen Porsche 911 heraus. Der Sportwagen wurde Letzter.

Verdrießlich stimmt die Wolfsburger Ingenieure nur eines: Das sportlichste Auto der VW-Geschichte kommt zu einer Zeit auf den Markt, da sportliche Autos fast verpönt sind. „Das“, so Fahrwerk-Spezialist Pook, „ist an diesem Auto aber auch der einzige Jammer.“

„Meine arme Kleine"

Marie-Luise Scherer über die TV-Scheidung der Burtons

Am Sonntag zeigte die ARD den ersten Teil des Burton-Taylor-Spektakels „Seine Scheidung, ihre Scheidung". Am Dienstag folgt der zweite Teil: die Scheidung aus der Sicht der Frau. Der Zweiteiler wurde von der Harlec-TV-Gesellschaft (Autor: John Hopkins) produziert, bei der Richard Burton einer der Direktoren und Elizabeth Taylor Großaktionärin ist — letztes Produkt und Public-Relation-Unternehmen einer inzwischen zerbrochenen Gemeinsamkeit.

Wenn's bei Hesselbachs kracht, schließen sie die Fenster wegen der Leute. Wenn's bei Burtons kracht, scheppert in Rom das Kolosseum, und den arbeitslosen Campari-Trinkern auf der Via Veneto gelangt es voll in die Witterung.

Und während sich Frau Hesselbachs Augen röten, wird Frau Burton in der Rage immer schöner. Aber in der Versöhnung, wenn die vollschlanken ihre Küsse, die nicht nach ehelicher Wiederholung schmeckten.

Weil diese Wechselbäder aber nachlassen, den Kreislauf des Publikums zu beschleunigen, und die „Angst vor Virginia Woolf" zwar nicht vergessen, aber doch abgefeiert ist, machte das Ehepaar in Brillanten. Und es drehte den Fernsehfilm „Seine Scheidung, ihre Scheidung", eine Vollblutschnulze von zweimal 74 Minuten.



TV-Stück „Seine Scheidung, ihre Scheidung": Klimmzug in die römische Etage

Frauen in den Armen ihrer Männer Ruhe geben, unterscheiden sich die Hesselbachs von den Burtons kaum. Das heißt, Herr Burton faßt die Wonne noch in Worte: „Ich liebe jedes Pfund Fett an ihr."

Als Zerrüttungs-Virtuosen waren Elizabeth Taylor und Richard Burton zehn Jahre lang sehenswerte Leute. Sie spielten dauernd Weib und Kerl, lebten unaufhörlich die Krise zweier Supermächte vor, kleine Kriege bei konventioneller Waffenführung: Eifersucht, Retourkutsche, Beleidigung, Abreise. Und wieder zurück.

Atombomben wurden nicht ausgefahren, die Scheidung blieb Drohung, zweimal im Monat und öfter. Zwischen den Zerreißproben zelebrierten Burtons

Wenn gar nichts mehr passiert, hilft Rom. Wo auch die Apanagen der Soraya und der Ira von Fürstenberg versickern. Wo zwischen den Zypressen der Kinski spinnt.

Weil Rom so stark ist und sich stilistisch immer durchdrückt, macht das dünnste Süppchen was her: Amerikanisches Ehepaar in kleidsamen Verhältnissen fragt sich im achtzehnten Jahr: Weitermachen oder Schluß? Nicht, daß sie müde wären voneinander: „Wir hatten etwas mehr als die meisten."

Er hat auch keine Junge, und sie ist die Schönste weit und breit. Aber da sind seine Afrika-Geschäfte, die sich ins Familienleben vorgefressen haben. Atmosphärische Tiefdruckmusik auf dem Dachgarten: Jane und Martin Reynolds entscheiden sich gegen die Liebe.

Die Handlung setzt sich gern auf einem symphonischen Polster ab, was ihr jedoch weniger schadet als die Gespräche. Er: „Meine arme Kleine." Sie: „Schade, daß man all die vielen Fehler macht mit jemandem, den man gern hat."

Der Drehbuchautor John Hopkins hat sich nicht nur zu sehr auf Rom verlassen. Er setzte auch gutgläubig auf die Naturgewalt der Burtons. Und diese Gewalt produziert, ohne das dirigierte Donnerwetter ihrer Szenen aus „Virginia Woolf", nicht mehr als die starr korsettierte Brust der Elizabeth Taylor und die lupenreinen Riesen darüber; nicht mehr als die Whisky-Ödeme unter Richards intensivem Blick.

Sie ging daneben, die hohe Absicht, durch gebremste Handlung Regungen zu sezieren, nach denen das Schlußwort „Vorbei" wie ein Handschuh passen müßte. Sie ging daneben, die gute Absicht, das Auseinanderleben mal männlich und mal weiblich zu fixieren. Herr Reynolds (Burton) registriert, was ihm die Kamera zu registrieren gestattet — fast das gleiche wie seiner Frau (Taylor). Nur spiegelverkehrt.

In „Seine Scheidung" tritt er ein und sieht sie im Hintergrund sitzen. In „Ihrer Scheidung" sitzt sie vorne und sieht ihn im Hintergrund eintreten. Zwei zähe Unternehmen, das zweite geradezu gummihaft. Und ungünstig für die rundliche Elizabeth, die zu lange Wege in zu kurzen Röcken zurücklegt. Die nur abends Stoff über ihren fleischigen Scharnieren trägt. Von der schönsten Frau der Welt darf man auch kopfabwärts noch Architektur erwarten. Ohne das Milieu zu verwirren, könnte Elizabeth Taylor auch hinter der Panorama-Scheibe eines Camping-Wagens sitzen.

Warum spielten die Burtons diese gezügelten Reynolds, wo sie bei ihren wirklichen Trennungs-Palavern ganz anders die Pedale treten? Vielleicht wollten sie ihre Schlägereien damit löschen. Nicht ahnend, daß sie auf dem Plateau der leisen Konversation flachatmig werden und verkümmern. Oder es war der gemeinsame Klimmzug aus der Suhle der „Virginia Woolf" in den pompösen Schlick der römischen Etagenwohnung.

Wenn's zutrifft, waren die Burtons schlecht beraten. Sie sollten bei den herzhaften Umgangsformen bleiben, aus der Las-Vegas-Schaukel grölen und die Chinoiserien meiden. Denn einen glaubwürdigen Spleen haben die Burtons nicht, nur eine große Trophäenwut — selbst ihre Diamanten müssen einen historischen Ruf haben, um Hollywoods Talmi zu überstrahlen. Wenn die Burtons morgen im Fenster eines Rothenburger Fachwerkhauses hängen, saufen sie übermorgen aus Martin Luthers Tintenfaß.

Ein Heiliger verläßt die Säule

von Daniel Doppler

Willy Brandt hat in den letzten Tagen mehrfach glaubhaft versichert: „Ich bin kein Säulenheiliger!" Offenbar mit mehr Erfolg als Richard Nixon, dessen Erklärung „Ich bin kein Schurke!" („I'm not a crook") durch seine branchenfesten Dialoge aus der Welt des „Paten" immer mehr den Eindruck falscher Bescheidenheit erweckt.

Ich hatte die Gelegenheit, mit dem Sprecher des „Dachverbands der Säulenheiligen" (Sitz: Bad Godesberg) über Brandts Distanzierungen von dieser Berufssparte zu sprechen.

Pater Pekavi seufzte, als ich ihn auf die Erklärungen des scheidenden Kanzlers ansprach, und wechselte die Sitzhaltung auf seiner teakholzverkleideten 1,5 Meter hohen Säule, die er als seinen „Arbeitsplatz" bezeichnete, während ich auf einer durchaus normalen Besuchsbank Platz nehmen durfte.

„Pater", begann ich das Gespräch, „war der Kanzler je Mitglied der Gesellschaft der Säulenheiligen?"

„Nun, Brandt hat sich nie direkt um eine Mitgliedschaft beworben. Aber wir nehmen oft auch Mitglieder auf, von denen wir Gutes hören. Gewisse Hinweise, daß der, äh, von Ihnen Genannte, laut Aussagen seiner Freunde, in den Wolken schwebe, ließen Rückschlüsse auf eine Tätigkeit zu, die der der Säulenheiligen nicht unähnlich ist."

„Was ist diese spezielle Tätigkeit?"

„Säulenheilige tun — und das ist der schwerste Teil ihrer Aufgabe — vorwiegend nichts. Dies vor allem auf dem privaten Sektor. Gerade deshalb haben ..." Pekavi unterbrach sich und wies mit einem milden Lächeln auf die schmale Plattform seiner Säule hin, „... deshalb haben die Säulen eine nur begrenzte Sitzfläche, bei Orthodoxen übrigens Stehfläche, weil so jegliche gefährdenden Kontakte erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden."

„Mit diesen Säulen beliefern Sie also die Heiligen Ihres Vereins?"

„Ja. Wer in den Ruf gerät, eine solche Säule zu benötigen, wird von uns mit Vorschlägen dreier Modelle bedacht. Härene Gewänder inklusive."

„Und Sie haben also auch den Bundeskanzler ...?"

„Nein, nein, denn als wir seine Aufnahme in Erwägung zogen, erreichte uns Herbert Wehners Nachricht, daß der Kanzler gern lau, noch dazu in Schaum bade. Und dies sind luxuriöse Gewohnheiten, die sich mit unserer strengen Berufsmoral nur schwer vereinen lassen."

„Sie können also Kandidaten auch wieder ausschließen?"

Der Pater seufzte: „Gewiß. Sie können sich gar nicht vorstellen, was wir nach den diversen Amerika-Besuchen eines bayrischen Spitzenkandidaten für Mühe hatten, die jeweils schon angelieferten Säulen wieder abholen zu lassen."

„Wer drängt denn vor allem in Ihre Organisation?"

„Nun, vor allem Politiker, die Wert auf ein gewisses Charisma legen. Heute läßt das ja mehr und mehr nach, aber in den fünfziger Jahren waren wir eine gefragte Organisation, weil die Mitgliedschaft bei uns die Stimmen sämtlicher älterer Wählerinnen einbrachte."

„Wie empfinden Sie Brandts Distanzierung zu der Gemeinschaft der Säulenheiligen?"

Pekavi blickte schmerzlich zu mir herab und begab sich in eine besonders unbequeme Hocke:

„Es ist ein Rütteln an unseren Fundamenten. Wie sollen wir andere Mitglieder bei der Säule halten, wenn die Öffentlichkeit den Abstieg in die Niederungen der Welt mit Beifall aufnimmt? Fünfzehn Berliner haben in der letzten Woche ihre Säulen zurückgeschickt. Darunter, was mich besonders erschreckt, allein zehn Verheiratete, so daß wir annehmen müssen, daß nicht einmal mehr die häusliche Aufsicht die Leute auf die Säule nagelt."

„Die Säulenbewegung hat also Schaden genommen?"

„Unbedingt." Pater Pekavi sah sich scheu um. „Wir sind das, was man einen aussterbenden Beruf nennt. Entweder sind unsere Mitglieder zu alt, um die Säulen überhaupt ersteigen zu können, oder sie sind zu jung und unruhig für das kontemplative Dasein. Der öffentlichen Abwerbungskampagne durch Herrn Brandt hätte es also gar nicht bedurft. Wir sind inzwischen sogar schon dankbar, wenn einer, der uns verläßt, das ohne Prahlen tut."

Eisige Stille

Westdeutsche Ärzte können ihre Patienten häufig nicht verstehen und sich ihnen oft nicht verständlich machen — zum Nachteil der Kranken.

Nach einem Jahr fortgesetzter Behandlung beim Hausarzt wollte es der Kranke genau wissen. „Herr Doktor", fragte er, „was habe ich eigentlich?" Die Antwort des Praktikers: „Wenn ich es weiß, genügt es."

Ein anderer Patient, seit Wochen in der Klinik, erhielt auf dieselbe Frage vom Arzt die ebenso mysteriöse Auskunft, er habe, sozusagen, „Läuse und Flöhe" — der Mann litt an zwei lebensgefährlichen Krankheiten zugleich.

Von der Art, wie westdeutsche Mediziner und ihre Patienten miteinander kommunizieren, handelt ein Buch, das unter dem Titel „Sprechende und stumme Medizin" soeben in Frankfurt erschienen ist*. Der Autor Paul Lüth, selber Arzt und Inhaber einer Dorfpraxis in Hessen, kommt in seiner Untersuchung zu einem deprimierenden Ergebnis: In Praxen und Kliniken, konstatiert er, herrsche zwischen Ärzten und Kranken weithin „eisige Stille".



Medizinkritiker Lüth
Ritual in der Sprechstunde

So erübrigt ein Klinikarzt, wie Lüth notiert, im Durchschnitt von zehn Arbeitsstunden nur viereinhalb Minuten für den Wortwechsel mit Patienten; ein Gespräch komme bei den Blitz-Visiten am Krankenbett kaum je zustande. Und wortkarg bleibe die Zwiesprache zwischen Arzt und Patient auch bei den Praktikern: Eine Durchschnittsberatung dauert bei ihnen zwischen vier und sieben Minuten.

Doch selbst wenn Ärzte und Patienten ausführlicher miteinander reden,

* Paul Lüth: „Sprechende und stumme Medizin". Herder & Herder Verlag, Frankfurt/New York; 256 Seiten; 16,80 Mark.

Frauen: „Wir verzichten auf Sex“

„Von Feministinnen höre ich“, notierte der Berliner Schriftsteller Peter Schneider im jüngsten „Kursbuch“, „daß immer mehr Frauen dahin kommen, die Verwirklichung ihrer emotionalen und sexuellen Bedürfnisse von den Männern gar nicht mehr zu erwarten.“ Was Schneider noch als „Vorstellung beunruhigt“, ist innerhalb der amerikanischen Frauenbewegung schon als Richtung ausgerufen — unter dem Schlagwort „Sex-Separatismus“. Nach verkorksten Ehen und tränenreichen Affären, nach seelischer Ausplünderung und geistiger Degradierung durch Ehemänner, Liebhaber und Bettgenossen suchen immer mehr Frauen ihr Heil (und ihr verschüttetes Ich) in einem — zumindest vorübergehend — sexlosen Leben.

„Ich bin der Konflikte und Kämpfe einfach müde“, gesteht Sex-Separatistin Terri Schultz in der amerikanischen Frauenzeitschrift „Viva“, und fügt hinzu: Seit sie sich von Männern gelöst habe, empfinde sie „eine ungeheure Ruhe und eine ungeahnte Freiheit“. Die Anhängerinnen der neuen Richtung seien weder lesbisch noch bisexuell, erklärt Terri: „Auf Sex zu verzichten, bedeutet für uns ein Opfer — aber es ist nötig, damit wir zu uns selbst finden.“



„Blinzel“-Spieler im New Yorker Central Park

Neues Gesellschaftsspiel: Paare im Kreis

„Blinzel-Spiel“ heißt der jüngste Frühjahrsspaß im New Yorker Central Park. Bei dem Spiel, das wie die moderne Version eines primitiven Paarungsrituals anmutet, bilden junge Männer und Mädchen paarweise einen Kreis, nur in der Mitte bleibt eine Frau allein. Sie wählt aus der Runde einen Partner und zwinkert ihm zu. Auf dieses Zeichen hin muß der Erwählte sich von seiner Partnerin lösen und jene, die das Auge auf ihn warf, zu küssen versuchen — woran ihn die angestammte Partnerin zu hindern sucht. Gelingt der Kuß, „erbt“ das Mädchen im Kreis den Mann; nun muß die „Verlassene“ in die Mitte. New Yorker Blinzel-Experten bezeichnen das Spiel als „mitunter etwas rauh“, aber „gut für den Kreislauf“.

Hamburg: Führer zu Mutterns Küche

„Alle Unternehmungslustigen zwischen 14 und 40, in Anzug und Jeans“, will der ehemalige Hamburger Werbetexter Klaus Heidorn seit Anfang dieses Jahres mit der 40-Seiten-Postille „Szene Hamburg“ (Auflage: 15 000) erreichen. Ihm war aufgefallen, daß westdeutsche Kultur- und Veranstaltungsführer meist nur unter eingeschränktem Blickwinkel offerieren, was eine Stadt Einheimischen und Fremden allmonatlich zu bieten hat: entweder vorwiegend Renommierkultur oder linke Subkultur. „Den Markt dazwischen“ hat sich Heidorn vorgenommen. Sein Blatt informiert über das Monatsprogramm, beurteilt aber auch Eßlokale und Bierpinten, berichtet über Sportereignisse und Bürgerinitiativen. Schwerpunkt des Mai-Heftes: eine Übersicht über billige und gute Mittagstische („Essen wie bei Muttern“). Zudem will die „Szene“-Redaktion die „städtische Kommunikation anregen“: Am Himmelfahrtstag läßt sie im Hamburger Stadtpark Lokalbands jazzen und rocken.





Kühlbox im Kofferraum

Einen mobilen Kühlschrank fürs Wochenende und für den Urlaub, der im Kofferraum eines Autos oder im Stauraum eines Segelbootes Platz findet, hat die Paderborner Firma Mobicool entwickelt. Das Kleinkühlgerät (Inhalt 40 Liter) kann wahlweise mit Netzanschluß oder mit einer 12-Volt-Batterie betrieben werden. Als besonderen Vorteil preisen die Hersteller die „Lage-Unabhängigkeit“ des Geräts; es arbeitet noch in einer Schräglage bis zu 60 Grad. (Hersteller: Mobicool Gesellschaft für Kältetechnik, 479 Paderborn; Preis: etwa 500 Mark.)

Countdown zur Konferenz

Ein nützliches Spielzeug für den Schreibtisch entstand aus einer Kombination von Mini-Computer und elektrischem Uhrwerk: „Addmaster 2002“, „die Uhr, mit der Sie rechnen können“ (Werbeslogan), vollführt (achtstellig) alle einfachen Rechenarten, läuft aber auf Knopfdruck auch als Digitaluhr (wahlweise mit oder ohne Sekunden), zeigt ferner das Datum, weckt mit sanftem Piep-piep zur vorgesehenen, durch Eintasten exakt programmierbaren Minute, etwa um an eine wichtige Konferenz zu erinnern — und dient schließlich noch als Countdown-Uhr, etwa um die Dauer eines unliebsamen Gesprächs zu begrenzen. Wer die (nicht allzu formschöne) Tastatur beherrscht, kommt sich fast vor wie Neil Armstrong an seinem Bordcomputer, kurz vor der Mondlandung. (Vertrieb: Donelly & Gerardi, 7505 Ettlingen; unverbindlicher Zehn-Tage-Test wird offeriert; Preis: 698 Mark.)



wird nach Ansicht Lüths selten ein Dialog daraus. Das Wort, so Lüth, führe in der Sprechstunde durchweg der Arzt, während der Kranke, oft hilflos stammelnd, allenfalls Fragen zu beantworten habe — eine laut Lüth eher frustrierende Begegnung zwischen „Profi und Amateur", die offenkundig für die „Patienten nachteilig strukturiert" sei.

Am Ergebnis von Patienten-Umfragen erläutert Lüth das Ausmaß des medizinischen „Kommunikationsdefizits": Nur jeder dritte Patient, so berichtet er, besitze „über die eigene Krankheit ... richtige Vorstellungen"; insgesamt 69 Prozent der Kranken wußten auf Fragen nicht anzugeben, „was in der Klinik mit ihnen gemacht worden war".

Die Ursachen dafür sieht Lüth nicht nur in der fortschreitenden Technisierung der Medizin, in der Überlastung der Kliniker mit Organisationsaufgaben und der Massenabfertigung in den Kassenarztpraxen; für noch gravierender hält er, daß bis heute den Ärzten während der Ausbildung „niemals erklärt wird, wie sie das Gespräch mit dem Patienten beginnen sollen".

So sei der Sprechstunden-Dialog zu einem „Ritual" erstarrt: „Der Patient wird auf seine Rolle reduziert, die ihm vorschreibt, genau Auskunft zu geben und sich den Anordnungen zu fügen, während der Arzt demonstriert, daß er der Herr der Situation ist." Vor allem dieser Rollenverteilung, weniger dem Informationsaustausch, meint Lüth, diene in westdeutschen Praxen das Zeremoniell der ärztlichen Beratung.

Denn „die Frage", so Lüth, „ob Patient und Arzt die gleiche Sprache sprechen", müsse pauschal „verneint" werden: Zwischen dem mit Fachausdrükken verfremdeten Akademiker-Deutsch der Ärzte und den verschiedenen „Sozialdialekten" der Kranken speziell aus den Unterschichten liege eine „Sprachbarriere", die der Verständigung hinderlich sei — besonders wenn es darum gehe, etwa psychosomatische Krankheitsbilder zu erkennen.

Einen Ausweg aus der „stummen" Medizin dürften indes die Ärzte nach Ansicht Lüths aus eigener Kraft nicht finden: Wenn die gängige „Praxis der totalen Unterwerfung des Patienten" im medizinischen Rollenspiel beendet werden solle, müsse der Arzt die „dramaturgische Schaltstelle" räumen, die er immer noch innehabe; der Doktor, bislang schweigender „rocher de bronce", werde künftig die Patienten als gleichberechtigte Partner anerkennen und sich in ein Therapeuten-Team einordnen müssen.

Nur im Verein mit Psychologen und Sozialpädagogen, glaubt Lüth, könne die Ärzteschaft das medizinische Kommunikationsdefizit abbauen — und sich zugleich von „jenem altehrwürdigen Patientenbild" trennen, das „die ärztliche Berufsideologie durch alle Anfechtungen" zu bewahren hoffe.

PERSONALIEN

Heinz-Hermann Schauwecker, 60, Richter am Amtsgericht in Düsseldorf, erkannte jetzt eine homosexuelle Lebensgemeinschaft an. Mit der Begründung „Der Angeklagte lebt in geordneten familiären Verhältnissen" setzte er einem wegen versuchter räuberischer Erpressung Verurteilten die zehnmonatige Reststrafe zur Bewährung aus. Der Freund des Angeklagten hatte vor Gericht als Zeuge versichert: „Ich verdiene als Prokurist das Geld, mein Freund führt unseren Haushalt." Richter Schauwecker: „Unter diesen Umständen mußte ich von günstigen Zukunftsaussichten ausgehen, genau wie wenn der Mann verheiratet wäre."

Hans R. Beierlein, 44, Manager und Eigentümer der „Miss Germany GmbH zur Durchführung der Wahl der schönsten Frau Deutschlands", wählte persönlich eine „Miss Germany 1974", die sich zur Wahl der „Miss Europa" am 29. Mai in Wien stellen darf — ein Mädchen namens Monia Bageritz, 20. Noch 1973, Beierleins erstem Jahr als Wahlchef, wurden regionale Schönheitsköniginnen gewählt, die dann an der bundesweiten Endausscheidung teilnahmen. In diesem Jahr aber fand der Münchner Manager nur in Köln einen Veranstalter, der bereit war, wenigstens die „Miss Rheinland" wählen zu lassen. Auch Beierlein ist inzwischen lustlos: „Am liebsten würde ich meine Gesellschaft verkaufen." Und Monika Sarp, die „Miss Europa 1972", über das Miss-Geschäft: „Alles Beschiß."



Beverly Harrell, 40 (vorn), Besitzerin eines florierenden Wohnwagen-Bordells („Cottontail Ranch") in der Wüste Nevada, bewirbt sich um ein Abgeordneten-Mandat. Die Puffmutter, die ihr Gewerbe seit sieben Jahren auf einem vom Staat gepachteten Einöd-Gelände betreibt und sich als „Geschäftsfrau und Steuerzahlerin" versteht, will von der Demokratischen Partei für einen Sitz in einem Regionalparlament nominiert werden. Ihre Kandidatur meldete sie vergangenen Montag mit der Begründung an, sie „kenne die Menschen wahrscheinlich besser als die meisten Leute, die sich um ein öffentliches Amt bemühen". Im Falle ihrer Wahl will die Freudenhaus-Chefin „eine Kampagne zur Aufklärung der Teenager über Geschlechtskrankheiten führen". Und sie nannte auch schon ein zweites vordringliches politisches Ziel: Legalisierung der — bisher nur außerhalb der Städte erlaubten — Prostitution in ganz Nevada.

Alberto Brandt, 38, Architekt in Süderbrarup (Schleswig-Holstein), feierte jetzt das zweite Richtfest seines Eigenheims (Photo). Vor zwei Monaten hatte das Bauamt in der Kreisstadt Schleswig das bereits bewohnte Einfamilienhaus wieder abreißen lassen — „weil Brandt keine Baugenehmigung hatte und unsere Warnungen mißachtete". Kaum waren die Trümmer geräumt, ließ der Bauherr die Maurer wieder anrücken: „Das Haus wird gebaut. Moralisch bin ich im Recht." Vor fünf Jahren hatte Brandt in der Gemeinde Süderbrarup einen Hektar Grund gekauft, der jedoch später „völlig grundlos" (Brandt) als landwirtschaftliche Nutzfläche ausgewiesen wurde. Kreisverwaltung und Innenministerium verweigerten daraufhin die Baugenehmigung. Ein Sprecher der Kreisverwaltung: „Ganz sicher reißen wir auch das zweite Haus ab." Brandt bleibt stur: „Noch im Mai ziehen wir ein und bleiben dort — auch wenn die Bulldozer kommen."



Henry Kissinger, 50, im fränkischen Fürth geborener US-Außenminister, scherzte über Bestrebungen im Kongreß, seinetwegen Artikel II der amerikanischen Verfassung zu ändern, wonach nur in den USA geborene Bürger zum Präsidenten gewählt werden können: „Da steckt wohl das Außenministerium dahinter, denn das ist der einzige Weg, wie sie mich loswerden können." Ähnlich skurrile Ansichten äußerten auch prominente Amerikaner bei einer Umfrage des New Yorker Frauenblatts „Women's Wear Daily". So fragte die Klatschkolumnistin Barbara Howar zurück: „Warum sollte Henry Präsident werden wollen? Er hat doch schon mehr Macht, als der Präsident je hatte." Und für William Loeb, den konservativen Verleger des „Manchester Union Leader", ist Kissinger ein „Versager", denn: „Alles, was bei seinen Verhandlungen mit China für uns herauskam, war ein Pandabären-Paar."

Mathias Brandt, 12, jüngster Sohn des zurückgetretenen Bundeskanzlers, hat den als DDR-Spion verhafteten Referenten Günter Guillaume schärfer observiert als die zuständigen Sicherheitsbeamten. Nach dem Norwegen-Urlaub im vergangenen Jahr nervte er seine arglose Mutter Rut unentwegt mit dem Ansinnen, er wünsche sich zum Geburtstag ein so kleines Tonbandgerät, wie es Guillaume stets in der Tasche trage.



Corona Mark II

Bevor Sie ihn gewinnen, sollten Sie ihn gefahren haben. TOYOTA lädt zum Fragespiel ein.

Um Ihnen ein noch besseres Auto geben zu können, brauchen wir Ihre Meinung. Wenn Sie deshalb unsere Fragen beantworten – am leichtesten nach einer Probefahrt – haben Sie die Chance, einen von vier Toyotas zu gewinnen. Und wir wissen dann, was Sie wollen. Wenden Sie sich deshalb um Teilnahmekarten an Ihren Toyota-Händler oder direkt an uns. Toyota fahren ist immer ein Gewinn:

Überdurchschnittliche Ausstattung
Extraausstattung ohne extra dafür zu bezahlen. Wie jeder Toyota besitzt der Corona Mark II Komforteinrichtungen, die über das in seiner Klasse übliche weit hinausgehen – z. B. solche Kleinigkeiten wie heizbare Heckscheibe, getönte Scheiben rundum oder elektrischer Scheibenwascher, verstellbare Kopfstützen. Wie jeder Toyota besticht auch der Corona Mark II durch:

Robustes, zuverlässiges Herz
Drehfester Vierzylinder mit obenliegender Nocken- und fünffach-gelagerter Kurbelwelle, auf den man sich immer verlassen kann.
1968 ccm, 89 DIN PS, Spitze 165 km/h, Verbrauch ca. 10-11 Ltr. (Schnitt).

Fahrwerk europäischen Formats
Exakt geführte spur- und sturzkonstante Hinterachse, vorne Einzelradaufhängung. Schraubenfedern vorn und hinten. Gürtelreifen. Standfestes Servobremssystem mit Bremskraftregler. Auch die passiven Sicherheitseinrichtungen – z. B. aufprallgeschützter 60-Ltr.-Tank – entsprechen den heutigen Anforderungen.

Individueller Kundendienst
Wie jeder Toyota ist der Corona Mark II durch seine sorgfältige Verarbeitung auf lange Freude am Auto eingerichtet. Daß es so bleibt, dafür sorgen die mehr als 500 – auf individuelle Betreuung geschulten – Toyota-Händler in der BRD, einschließlich West-Berlin.

Garantieleistung
Eine Garantie – 1 Jahr/20.000 km – ist für Toyota selbstverständlich.

Nicht nur den Toyota Corona Mark II (ab DM 10.950,–)* lernt man schnell zu schätzen – auch die anderen, genauso preisvernünftigen Modelle von Toyota, eine der großen Automarken der Welt.
Toyota Corolla 1200, ab DM 7.635,–*
Toyota Carina 1600, ab DM 9.055,–*
Toyota Celica 1600, ab DM 10.490,–*
Eine Probefahrt wird Sie überzeugen, daß Toyota fahren immer ein Gewinn ist. Besuchen Sie Ihren nächsten Toyota-Händler – selbst wenn Sie im Moment noch an kein neues Auto denken. Es zahlt sich aus.

*unverbindliche Preisempfehlung ab Köln.

Coupon Sp 21

TOYOTA

Mit weniger Auto sollten Sie nicht zufrieden sein

Schicken Sie mir bitte unverbindlich
☐ Teilnahmeschein und -bedingungen
☐ Informationsmaterial und Händlerliste, um auch eine Probefahrt zu machen.

Deutsche Toyota Vertrieb GmbH & Co. KG
5021 Königsdorf, Postfach
Kennwort Fragespiel

Name

PLZ/Wohnort

Straße

REGISTER

GESTORBEN

Fritz Baade, 81. Der einstige Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (1948 bis 1961) und SPD-Bundestagsabgeordnete (1949 bis 1965) galt in Politik und Wissenschaft der Adenauer-Ära als Individualist mit Sinn für das Utopische. Bald nach dem Zweiten Weltkrieg verkündete Nationalökonom Baade einen rauschenden Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft. In seinem Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000" ließ Agrarspezialist Baade wenig Zweifel, daß die Welternährungsprobleme elegant gelöst werden können. 1965 schlug Parlamentarier Baade westdeutsche Ausgleichszahlungen an die DDR vor, um den gesamtdeutschen Lebensstandard zu vereinheitlichen und der Wiedervereinigung näher zu kommen. Altsozialist Baade, bis zuletzt für Verstaatlichung der Grundstoff-Industrie, zog seine Meinungsvielfalt aus einem vielfältigen Berufsweg: Theologiestudent mit Fabrikerfahrung, Soldatenratsvorsitzender, Ökonomie-Dozent, Agrarberater der türkischen Regierung, Publizist in den USA. Gelegentlich bot Baade dem Land Sonderservice: Über amerikanische Freunde ließ er 1948 alliierte Demontagen stoppen, und in den zwanziger Jahren beglückte er die Bauern mit einer „Schweinefibel" in Versform. Fritz Baade starb vergangenen Mittwoch in Kiel.

Carlos Mugica, 44. Der streitbare Pater gehörte zu jenen lateinamerikanischen Geistlichen, die auf der Seite der Armen „gegen die institutionalisierte Gewalt, die Wurzel allen Übels" (Mugica) kämpften. Sein Vater war Großgrundbesitzer und einst Argentiniens Außenminister, der Sohn wurde einer der Anführer der „Priesterbewegung der Dritten Welt". In einem der Elendsviertel von Buenos Aires predigte er, organisierte er die Selbsthilfe der Armen und hielt in einer Baracke politische Diskussionen ab. Als vor einem Jahr Juan Domingo Perón aus dem Madrider Exil heimkehrte, sah der Pater darin einen „bedeutenden Beitrag zur Befreiung" des Volkes. Zwar mißbilligte er die Schwenkung nach rechts, die Perón inzwischen vollzog, doch distanzierte er sich auch von jenen Links-Peronisten, die ihre Ideen mit Guerilla-Aktionen durchsetzen wollen. Im Argentinien von heute, so glaubte Pater Mugica, habe „die Gewalt keinerlei politische oder moralische Rechtfertigung mehr". Am vorletzten Wochenende wurde er auf offener Straße erschossen.

Maud von Ossietzky, 86. Sie stammte aus einer alten englischen Soldatenfamilie, kämpfte zusammen mit der englischen Ober-Suffragette Emmeline Pankhurst um die Emanzipierung der Frau und heiratete den Herausgeber der Berliner „Weltbühne", Carl von Ossietzky. Der Pazifist und spätere Friedensnobelpreisträger starb 1938, seine Witwe war bis zuletzt Mitherausgeberin der in der DDR nach dem Krieg wieder erschienenen „Weltbühne". Am vergangenen Montag starb sie in Ost-Berlin.

BERUFLICHES

Johannes Baptist Rösler, 51, seit 1971 Mainzer Landtagspräsident, wurde am vergangenen Donnerstag zum „Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz" gewählt. Der Christdemokrat aus dem Rheinstädtchen Bingen war einziger Kandidat für das in der Bundesrepublik bislang einmalige Amt, das Helmut Kohls absolute CDU-Mehrheit im Landesparlament zuvor gesetzlich verankert hatte. Aufgabe des promovierten Staatswissenschaftlers und Religionslehrers Rösler, der noch 1970 einen ersten Gesetzentwurf der SPD abgeschmettert hatte, weil er sich „mit der Etablierung des Bürgerbeauftragten nicht recht befreunden" konnte: „die Stellung des Bürgers im Verkehr mit den Behörden zu stärken". Dabei wird er es freilich schwer haben, denn das CDU-Gesetz räumt dem Ombudsmann (Grundgehalt: 6784,79 Mark) weit weniger Rechte ein als etwa dem rheinland-pfälzischen Petitionsausschuß. Die SPD im Mainzer Landtag monierte bereits, daß „dem Bürger Sand in die Augen gestreut" werde. Und für die FDP ist der rechtlose Volkstribun schlicht „überflüssig".

Donald Coggan, 64, Erzbischof von York, wurde von Königin Elizabeth von England zum neuen Erzbischof von Canterbury und damit zum geistlichen Oberhaupt der gesamten Anglikanischen Kirche ernannt. Er soll gegen Jahresende als Nachfolger Michael Ramseys, der am 15. November, einen Tag nach seinem 70. Geburtstag, in den Ruhestand tritt, in der Kathedrale von Canterbury als 101. Erzbischof von Canterbury inthronisiert werden. Bislang hat sich Coggan als Bibelforscher und als Verwaltungsfachmann in der englischen Staatskirche einen Namen gemacht. Zu den spektakulärsten Amtspflichten des Primas von ganz England gehört es, den jeweiligen Souverän zu krönen. Bei feierlichen Prozessionen darf der Erzbischof von Canterbury dem gesamten Adel voranschreiten — lediglich Mitgliedern der königlichen Familie muß er Vortritt lassen.



B.F.Goodrich ein guter Griff



Pomadenheini ist tot. Dry Look ist da.

Dry Look ist das neue Frisiermittel für den lockeren, vollen, natürlichen Haarlook.

Dry Look hat eine spezielle Wirkstoffkombination und 63% Alkohol. Das macht das Haar mühelos frisierbar – und gibt der Frisur locker-natürlichen Sitz für den ganzen Tag. Ohne Kleben. Ohne Fetten. Ohne Spuren, die man sehen oder fühlen kann.

Seid locker, Männer. Holt Euch 'ne Dose.

Dry Look. Das Frisiermittel für locker-natürlichen Sitz. Von Gillette.

TG 2/74

Montag, 20. 5.

15.00 Uhr. ZDF. Debatte über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers (sw)

Direkt-Übertragung aus dem Bundestag. Ausschnitte um 19.30 Uhr (ZDF) und um 21.45 Uhr (ARD).

20.15 Uhr. ARD. Report

Moderator: Franz Alt. Geplant sind ein Interview mit CDU-Generalsekretär Biedenkopf zur Regierungserklärung und ein Bericht zum Streit um den Sitz des Europäischen Patentamts. Außerdem sollen die „zwielichtigen Geschäfte und Hetzparolen eines CDU-Rechtsaußens" vorgeführt und Allensbach-Umfragen zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes veröffentlicht werden.

20.15 Uhr. ZDF. Kontakte

Das „Magazin für Lebensfragen" befaßt sich mit Einsamkeits-Syndromen bei Alleinstehenden.

22.50 Uhr. ARD. Geschichtsunterricht

Der zur Zeit radikalste Kino-Asket Jean-Marie Straub („Die Chronik der Anna Magdalena Bach", „Nicht versöhnt") hat seinem neuen strapaziösen Polit-Lehrstück (1972) Brechts Romanfragment über „Die Geschäfte des Herrn Julius Cäsar" zugrunde gelegt. In historischem Gewand und skandiertem Sprechstil monologisieren vier alte Römer über Macht, Korruption, Krieg und Politik. Straub: „Ein Film über Demokratie und Geschäft, über den Ursprung des Imperialismus."



Dienstag, 21. 5.

8.55 Uhr. ARD. Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung

Eine Zusammenfassung bringt das ZDF um 21.10 Uhr.

21.00 Uhr. ARD. Seine Scheidung, ihre Scheidung

Zweiter Teil des TV-Ehespektakels mit Elizabeth Taylor und Richard Burton (siehe Seite 148).

21.30 Uhr. ZDF. Kennzeichen D

Moderator: Hanns Werner Schwarze. Drei in Ost-Berlin akkreditierte Korrespondenten — Klaus Kämpgen („WAZ"), Walter Leo („Vorwärts") und Jörg R. Mettke (SPIEGEL) — werden zu DDR-Reaktionen auf den Kanzler-Wechsel befragt. Weitere Themen: das DDR-Gesundheitswesen und die Komplikationen, die sich bei Kontakten zwischen Bürgern beider deutscher Staaten aus der Definition der deutschen Staatsangehörigkeit ergeben.

22.35 Uhr. ARD. Das Leben ist schöner als ein Traum (sw)

Porträt des Futurologen Bertrand de Jouvenel, eines der schärfsten Kritiker der Leistungsgesellschaft.

Mittwoch, 22. 5.

9.00 Uhr. ZDF. Bundeshaushalt 1974

Direkt-Übertragung der zweiten Lesung.

20.25 Uhr. ARD. Die Republik auf Abruf

ARD-Sondersendung zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes. Dazu alte Wochenschauen, ein Studio-Gespräch mit Rudolf Augstein und Rüdiger Altmann, Filmbeiträge von Heinz Werner Hübner, Friedrich Nowottny, Rudolf Mühlfenzl und Peter Schultze sowie Kommentare ausländischer Journalisten. Leitung: Dieter Kronzucker.

20.15 Uhr. ZDF. Bilanz

Angekündigt sind Interviews mit Bonner Kabinettsmitgliedern zur künftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

20.15 Uhr. Nord III. Baisers Volés

Zwei Tage bevor die ARD den Truffaut-Film synchronisiert zeigt, wird die Originalfassung der „Geraubten Küsse" vorgeführt.

20.15 Uhr. West III und Hessen III. Brigitte et Brigitte (sw)

In der saloppen Jungmädchen-Burleske (1966) von Luc Mollet spielt Claude Chabrol einen geilen Onkel, der seinen zwei Nichten nachstellt.

20.15 Uhr. Bayern III. Solange es Menschen gibt

Der letzte Spielfilm (1959) von Douglas Sirk ist für Sirk-Bewunderer Fassbinder „ein großer wahnsinniger Film vom Leben und vom Tod und ein Film über Amerika".

21.15 Uhr. ZDF. Aspekte

Walther Schmieding zieht in einem „Aspekte-Special" eine Bilanz der letzten Theater-Saison. Dazu Interviews, Porträts und Szenenausschnitte, unter anderem aus dem „Antikenprojekt" der Berliner Schaubühne, Zadeks „Lear" und Edward Bonds „Die See".

21.30 Uhr. West III und Hessen III. 21.45 Uhr. Nord III. Kino Live

45-Minuten-Report von den Filmfestspielen in Cannes.

21.55 Uhr. ARD. Wer dreimal lügt

Fünfte Folge des intelligenten Ratespiels mit dem Pforzheimer Wirtschaftsprofessor Harald Scheerer.

22.15 Uhr. ZDF. Die phantastische Welt des Matthew Madson

An „die naive und ungebrochene Sinnlichkeit des deutschen phantastischen Films der 20er Jahre" soll dieser Science-fiction-Film erinnern, an dem der Hamburger Trickfilmer Helmut Herbst und Regisseur Klaus Wyborny drei Jahre lang gearbeitet haben. In der esoterischen Zukunft-Parabel um einen verschollenen Astronauten treten die zwei auch als Darsteller auf.



Donnerstag, 23. 5.

15.40 Uhr. ZDF. Tartüff (sw)

„Wieder eines dieser künstlerischen deutschen Stücke, die keinen Pfennig wert sind", mäkelten amerikanische Kritiker über F. W. Murnaus expressionistische Molière-Verfilmung mit Ufa-Prominenz (Emil Jannings, Lil Dagover, Werner Krauß), die 1926 zur Gala-Eröffnung des Berliner Gloria-Palastes uraufgeführt wurde. Wiederholung.

17.00 Uhr. ARD. Land der tausend Abenteuer
Henry Hathaways Goldgräber-Western (1960) mit John Wayne und Stewart Granger. Wiederholung.

19.10 Uhr. ZDF, und 20.15 Uhr, ARD. 25 Jahre Grundgesetz
Erklärung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt.

20.20 Uhr. ARD. Bilder aus der Wissenschaft
Das Magazin informiert über typisches Fehlverhalten im Urlaub.

21.05 Uhr. ARD. Frühlingsfluten
Die poetische TV-Inszenierung von Turgenjews Liebesnovelle — mit Senta Berger, Photo, in einer Hauptrolle — rühmte der sowjetische Film-Einkäufer nach einer Vorführung in den Baden-



Badener SWF-Studios als „eine der besten Verfilmungen russischer Literatur". Regie führte der Exil-Slowake Vojtech Jasny, Kameramann ist Igor Luther („Ein unheimlich starker Abgang").

22.30 Uhr. ZDF. Kontrovers: Ist das Eigentum in Gefahr?
Über „die Eigentumsfreiheit und ihre Schranken" diskutieren Gerhard Erdmann (Arbeitgeberverbände), der Juso-Chefideologe Johano Strasser und die Rechtswissenschaftler Helmut Ridder und Hans Heinrich Rupp. Leitung: Gerd Jauch.

Freitag, 24. 5.

11.00 Uhr. ARD und ZDF. 25 Jahre Grundgesetz
Direkt-Übertragung des Staatsakts aus dem Bundestag mit anschließender Ansprache von Bundespräsident Heinemann.

19.40 Uhr. Bayern III. Schwarz auf weiß
Die medienkritische Sendung analysiert die Berichterstattung von „Stern" und „Quick" über den Kanzler-Rücktritt und die Folgen.

20.15 Uhr. ARD. Geraubte Küsse
Letzter Film der Truffaut-Werkschau. Die melancholisch-verspielte Komödie (1968) zeigt den pubertären Helden



(Jean-Pierre Léaud, Photo) aus „Sie küßten und sie schlugen ihn" als erwachsenen Traumtänzer bei beruflichen und amourösen Abenteuern.

21.15 Uhr. ARD. Bericht aus Bonn
Leitung: Friedrich Nowottny.

21.30 Uhr. ZDF. Veränderung in Milden
In einer deutschen Provinzstadt will ein Verleger seinen „Täglichen Anzeiger" und die daran angeschlossene Buchhandlung an einen Konzern verkaufen und nach Lugano retirieren. „Im Vorspann dieses klassenbewußten Films" des einstigen Kleinstadt-Buchhändlers Otto Jägersberg könnte, so Regisseur Eberhard Itzenplitz, „auch ‚produziert von der Defa' stehen".

22.30 Uhr. ARD. Jaider, der einsame Jäger
Volker Vogelers plakativ sozialkritischer Heimatfilm (1971) über den legendären oberbayrischen Wilderer, der seinem Fürsten nicht als Büttel dienen will. Wiederholung.

Samstag, 25. 5.

18.00 Uhr. ZDF. Direkt
Die Sendung informiert über spezifische Probleme der Landjugend.

20.15 Uhr. ZDF. Der Scheck heiligt die Mittel (1)
Zweiteiliger Fernsehfilm von Henry Kolarz (Buch) und Peter Schulze-Rohr (Regie) über den Memoiren-Fälscher Clifford Irving (siehe Seite 127). Fortsetzung: 26. Mai, 20.15 Uhr.

21.00 Uhr. West III. Umberto D. (sw)
Vittorio De Sicas neorealistisches Porträt eines diffamierten Außenseiters wurde 1951 von der italienischen Regierung als „zu pessimistisch" gerügt.

22.05 Uhr. ARD. Die Spur im Dunkel (sw)
Ein blinder Detektiv entlarvt mit Hilfe seines Hundes einen Clan von Nazi-Agenten, die sich im Haus eines US-Erfinders eingenistet haben. Den konventionellen Spionage-Thriller (1947) des „High Noon"-Regisseurs Fred Zinnemann zeigt die ARD als deutsche Erstaufführung.

23.05 Uhr. ZDF. Das Dorf der Verdammten (sw)
In der Reihe „Der phantastische Film" wird der englische Science-fiction- und Gruselfilm (1969) von Wolf Rilla wiederholt.

Sonntag, 26. 5.

20.15 Uhr. ARD. Tatort: 3:0 für Weigl
Der ursprünglich als „Olympiade-Krimi" gedrehte Thriller wurde im Herbst 1972 kurzfristig abgesetzt, weil es — so Regisseur Franz Josef Wild — „nach dem Massaker geschmacklos wäre, Witze über die Münchner Polizei zu machen". Um die rund eine halbe Million teure Produktion zu retten, wurde der Olympia-Background gegen eine Fußball-WM-Kulisse ausgetauscht.

20.30 Uhr. Nord III. The Renegades (sw)
Melodramatischer Wüstenfilm (USA, 1930) um drei Fremdenlegionäre, die zu einem Berberstamm desertieren, und eine mysteriöse weiße Frau (Stummfilm-Vamp Myrna Loy). Regie: Victor Fleming („Vom Winde verweht"). Originalfassung mit Untertiteln.

21.40 Uhr. ZDF. Wolf Biermann — Dichter und Sänger
Weil der Ost-Berliner Polit-Sänger „drüben statt der Gitarre nur die Schnauze halten darf", will TV-Journalist Peter Laudan („Ein Drittel der ARD-Zuschauer sitzt in der DDR") Wolf Biermann nun im West-Fernsehen vorstellen.

22.50 Uhr. ZDF. Ich bin ein Tänzer
250 000 Dollar soll Rudolf Nurejew einem Ondit nach geboten haben, um die Ausstrahlung seines glanzlosen Porträts (Regie: Pierre Jourdan) zu verhindern, das auch in den Kinos lief.

22.30 Uhr. ARD. Internationale Filmfestspiele in Cannes
Interviews, Reportagen und Filmausschnitte, zusammengestellt und kommentiert vom Kulturmagazin „Titel, Thesen, Temperamente".

Das Urteil über ein Auto von einem Mann, dessen Leben von einem Auto abhängt.



Bei dem fliegenden Auto auf dem Foto handelt es sich um einen Fiat 124.

Der Mann, der dieses Auto fliegt, ist ein Franzose namens Rémy Julienne. Europas größter lebender Sensationsfahrer für gefährliche Filmaufnahmen.

„Wenn Sie in meinem Beruf überleben wollen, dürfen Sie nichts dem Zufall überlassen.

Vom Fahrzeug hängt alles ab. Bevor ich ein Fahrzeug fahre, muß ich es hundertprozentig kennen. Ganz besonders stabil müssen Karosserie und Radaufhängung sein.

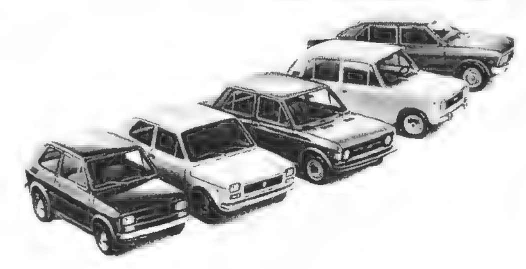
Und die Technik muß präzis funktionieren. Das Fahrzeug muß genau tun, was ich will. Und genau dann, wann ich will. Denn wenn ich nur um eine hundertstel Sekunde daneben liege – Gute Nacht".

Für Sie könnte besonders interessant sein, daß Rémy Julienne immerhin ein paar Dutzend Automarken für seine Sensationsfahrten zur Verfügung stehen. Daß er in seinen über hundert Filmen mehr Fiats als alles andere gefahren hat. Und daß sein Lieblings-Fiat der Fiat 124 ist.

Ein richtiges Familienauto.

FIAT

In Europa die meistgekauften Wagen.



Alle Fiats sind jetzt serienmäßig korrosionsgeschützt. Mit besonderer Garantie.

HOHLSPIEGEL



Aus einer Broschüre der Jungen Union, Kreisverband Starnberg.

▽

Niedersachsen ist das Land der Pferde –

Celle ist die Stadt der Hengste:

Wählen Sie **F.D.P.** –

auch da gibt es keine ungedeckten Versprechungen!

Handzettel der niedersächsischen FDP.

▽

Bundesrepublikanische Partei mit dem Trend zur Mitte sucht strebsame

Politologen

für Parteiarbeit mit der Möglichkeit, als

Kandidat für die nächste Bundestagswahl

aufgestellt zu werden. Zuschriften unter **P C 363210** an die Frankfurter Allgemeine, 6 Ffm. 1, Postfach 2901.

Aus der „Frankfurter Allgemeinen".

▽

In Otterbach bei Kaiserslautern ist ab 1. Oktober 1974 die **evangelische Kirche** ohne Auflagen für Verwendung zu vermieten. Ölheizung, Wasser-, Kanal- und Kraftstromanschuß vorhanden. Auskunft: W. Steil, 675 Kaiserslautern 26, Lampertshof 3, ☎ 0 63 01 / 10 52. (32g

Aus der Ludwigshafener „Rheinpfalz".

▽

Aus den „Neureuter Nachrichten": „Der Gemeindesaal war bis auf den letzten Platz gefüllt, alle Glieder der Gemeinde wollten durch ihre Teilnahme ihren Dank bekunden, den sie Schwester Luise für ihre 13jährige aufopfernde Tätigkeit in der Krankenpflege mit auf den Weg geben wollten."

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die Düsseldorfer „Rheinische Post":

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Stücklen „weiß aus den Zeitungen mehr, als er im Vertrauensmännergremium erfährt". Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL wiederum weiß — ganze Passagen aus den streng geheimen Beratungen des Vertrauensmännergremiums zitierend — offensichtlich mehr, als die Regierung weiß (oder ihr lieb ist).

▽

Die „Deutsche Zeitung":

Weshalb es so kommen mußte, darüber zerbrechen sich übernächtigte Politiker und Journalisten den ganzen folgenden Tag den Kopf. Wenn denn einer „vom Schlitten" mußte — wie Rudolf Augstein in der jüngsten, den Kanzlerentschluß fördernden SPIEGEL-Ausgabe noch philosophierte —, hätte dann Ehmke nicht genügt? Dieser aber, obgleich er mit sichtlich verstörter Miene durch die Zimmer und Gänge der Bonner Regierungsetablissements streicht, läßt am selben Tag bekanntgeben, er habe Brandt zweimal seinen Rücktritt angeboten.



Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 20/1974 PANORAMA über den vorletzte Woche beim Athener Staatsrat eingegangenen Antrag des griechischen Oppositionspolitikers Georgios Mavros, den Beschluß zu annullieren, aufgrund dessen er am 15. März auf die KZ-Insel Jaros deportiert worden war. Er hatte eine Entscheidung der britischen Regierung gelobt, die den Besuch von zwei Kriegsschiffen in Griechenland abgesagt hatte.

Vergangenen Mittwoch wurde Mavros auf Anordnung der griechischen Militärbehörden — ohne Begründung — auf freien Fuß gesetzt.

▽

... in Nr. 13/1973 ITALIEN – ZANK UM PALMEN über den Streit römischer Naturschützer mit der deutschen Botschaft um den Park Villa Blanc.

Vergangene Woche beschloß der römische Stadtrat, die Villa Blanc in einen öffentlichen Park umzuwandeln. Die Bundesrepublik, die das vier Hektar große Grundstück für 15,5 Millionen Mark erworben hatte, um darauf die neue römische Botschaft zu errichten, erhält mithin keine Baugenehmigung und muß unter erheblichen finanziellen Verlusten vom Kaufvertrag zurücktreten.



Sonnige leichte
Ernte 23
aromatisch und leicht
Auslesetabake
ERNTE
ERNTE 23
20 FILTER CIGARETTEN
Aus edlen
Tabaken
leicht gemischt
Unsere Tabak-Experten
wählen in den besten Anbaugebieten
der Welt Sorten aus, deren Charakter
die Geschmacksnote „leicht" verdient.
Nach der Ernte prüfen sie Blattstruktur, Reifegrad,
Farbe und Aroma. Auf den großen Tabakauktionen
treffen sie ihre letzte Entscheidung: Ausgewählt für Ernte 23. Das ist das
Prädikat für Leichttabake von höchster Qualität.
H. F. & PH. F. REEMTSMA, HAMBURG
REEMTSMA
ERNTE 23
CIGARETTEN
FILTER
Sonnengereifter heller Virginia, mattbrauner Burley
und eine besondere Auswahl anderer wertvoller
Tabake aus den bedeutendsten Anbaugebieten der
Welt garantieren die hohe Qualität dieser leichten
Cigarette: ERNTE 23. H. F. & Ph. F. Reemtsma